

Inhalt

Editorial	167
Günther Anders: Der Feierabend	171
Volker Braun: Die Kolonie	172

Revolution oder Restauration oder ...?

Wolfgang Fritz Haug Aus dem Tagebuch des Umbruchs	173
--	-----

André Gunder Frank Zwölf Lektionen aus der 89er Revolution	191
---	-----

Peter Ruben im Gespräch mit Michael Grabek Nicht der Sozialismus stirbt, sondern der »rohe Kommunismus«	204
--	-----

Klaus Peter Kisker Ökonomische Lehren aus dem Scheitern des »Feudosozialismus«	213
---	-----

Karl Hermann Tjaden Politische Ökonomie des Sozialismus — außer Spesen nichts gewesen?	225
---	-----

Eckhard Stratmann Wider die Verdrängung der nationalen Frage	233
---	-----

Frieder O. Wolf Für linke Vernunft im deutsch-deutschen Taumel	238
---	-----

* * *

Wilhelm Kempf: Wahlentscheidung oder Kapitulation in Nicaragua? ..	243
--	-----

Volker Gransow: Zivilgesellschaft und demokratische Frage	249
---	-----

Frauenbewegung in der DDR

Ina Merkel: Manifest für eine autonome Frauenbewegung	255
---	-----

Frigga Haug: Die Frauenfrage als Systemfrage. Zum Frauen-Manifest	263
---	-----

Irene Dölling: Frauenforschung	267
--------------------------------------	-----

Eva Schäfer: Wer sich nicht wehrt, kommt an den Herd	273
--	-----

Kongreßberichte

Sozialistische Feministinnen; Frauen-Dachverband der DDR; Europa; Heidegger; Wissenschaft und Risiko	281
---	-----

Besprechungen

Medienwissenschaft; Bourdieu; Bildungsgeschichte; Frauen — Politik — Bewegung; Schuldenkrise Dritte Welt	290
---	-----

VerfasserInnen; Zeitschriftenschau; Summaries	333
---	-----

Besprechungen

Kunst- und Kulturwissenschaft

<i>Glaser, Hermann</i> : Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Band 3: Zwischen Protest und Anpassung 1968-1989 (<i>F. Semmelroth</i>) ...	290
<i>Wolschke-Bulmahn, Joachim</i> : Auf der Suche nach Arkadien. Zu Landschaftsidealen und Formen der Naturaneignung in der Jugendbewegung und ihrer Bedeutung für die Landespflege (<i>J. Zimmer</i>)	291
<i>Bohn, Rainer, u.a. (Hrsg.)</i> : Ansichten einer künftigen Medienwissenschaft (<i>U. Schmid</i>)	293
<i>Zielinski, Siegfried</i> : Audiovisionen. Kino und Fernsehen als Zwischenspiel in der Geschichte (<i>U. Schmid</i>)	296

Soziologie

<i>Bourdieu, Pierre</i> : La noblesse d'Etat. Grandes écoles et esprit des corps (<i>W. Kowalsky</i>)	298
<i>Giesen, Bernhard, und Hans Haferkamp (Hrsg.)</i> : Soziologie der sozialen Ungleichheit (<i>N. Dimmel</i>)	301
<i>Brandt, Gerhard</i> : Arbeit, Technik und gesellschaftliche Entwicklung (<i>W. van Treeck</i>)	303
<i>Jander, Martin</i> : Theo Pirker über Pirker (<i>G. Hurrle</i>)	304

Erziehungswissenschaft

Handbuch der Deutschen Bildungsgeschichte, Band III: 1800-1870. Von der Neuordnung Deutschlands bis zur Gründung des Deutschen Reiches (<i>G. Ruder</i>)	308
Handbuch der Deutschen Bildungsgeschichte, Band V: 1918-1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur (<i>G. Ruder</i>) ...	308
<i>Oelkers, Jürgen</i> : Reformpädagogik. Eine kritische Dogmengeschichte (<i>M. Winkler</i>)	311
<i>Tenorth, Heinz-Elmar</i> : Geschichte der Erziehung. Einführung in die Grundzüge ihrer neuzeitlichen Entwicklung (<i>K. Ruschky</i>)	312
<i>Flitner, Wilhelm</i> : Gesammelte Schriften. Band 2: Pädagogik (<i>A. Schäfer</i>)	313
<i>Flitner, Wilhelm</i> : Gesammelte Schriften. Band 3: Theoretische Schriften (<i>A. Schäfer</i>)	313
<i>Röhrs, Hermann, und Hans Scheuerl (Hrsg.)</i> : Richtungsstreit in der Erziehungswissenschaft und pädagogische Verständigung. Wilhelm Flitner zur Vollendung seines 100. Lebensjahres (<i>A. Schäfer</i>)	313

Soziale Bewegungen und Politik

<i>Dertinger, Antje</i> : Frauen der ersten Stunde. Aus den Gründerjahren der Bundesrepublik (<i>U.C. Schmidt</i>)	317
<i>Busse-Wilson, Elisabeth</i> : Die Frau und die Jugendbewegung. Ein Beitrag zur weiblichen Charakterologie und zur Kritik des Antifeminismus (<i>K. Hauser</i>)	319

(Fortsetzung Seite VIII)

Editorial

Von der durch Michail Gorbatschow personifizierten Politik der sowjetischen Perestrojka ist ein unumkehrbarer welthistorischer Umbruch ausgegangen. Niemand bezweifelt das mehr. Doch der geschichtliche Sinn dieses Umbruchs ist noch nicht heraus. Ob es in der Sowjetunion noch gemäß dem Gorbatschowschen Projekt um die radikale Umgestaltung des Sozialismus geht oder um den Zusammenbruch desselben mit umwegigem Übergang zum Kapitalismus, ist eine offene Frage. Die Zeichen stehen schlecht, zwischen Nationalitätenkonflikten und Wirtschaftskrise droht die organisierte gesellschaftliche Handlungsfähigkeit zerrieben zu werden. Nicht daß einfach ein Stillstand eingetreten wäre. Die politische Umgestaltung in der SU ist einen entscheidenden Schritt weiter: Eine Präsidialdemokratie à la Frankreich oder USA ist durchgesetzt, der Übergang zum Mehrparteiensystem angebahnt, desgleichen die Transformation der Union in eine Konföderation mit geregelter Austrittsmöglichkeit, freilich im Wettlauf mit den Konflikten um den »ungeregelten« Austritt Litauens. Der Staat wird durch Wahlen legitimierter Staat und läßt »die« Partei, von der er sich emanzipiert, zurück unter anderen Parteien. »Zentrum der Umgestaltung«, schrieb Christian Schmidt-Heuer in der »Zeit«, »ist der epochale Versuch, die Exekutivgewalt der Partei in demokratisch verankerte Regierungsstrukturen zu überführen.« Er nennt das eine »Notstandsdemokratie«, und die Gesichter der Abgeordneten im Fernsehen drückten skeptischen Ernst aus. Nun sind die politischen Voraussetzungen für die radikale Wirtschaftsreform geschaffen; es gehört keine Sehergabe zu der Voraussage, daß ihr Schicksal zu dem der Perestrojka wird. Von ihr wird mit dem Konsens in der Bevölkerung der Zusammenhalt des multinationalen Staats- bzw. Staatengebildes abhängen.

Anders als in der SU scheint in der DDR die Alternative von Revolution oder Restauration zugunsten der letzteren entschieden. Freilich ist der Begriff »Restauration« nur angebracht, solange man die Dinge sehr allgemein und von oben betrachtet. Demokratisierung ist nicht gleich Restauration. Vor allem verliert der Begriff seinen Sinn, sobald man sich klar macht, daß der in stalinistischem Muster unter sowjetischer Herrschaft ausgebildete befehlsadministrative Sozialismus nicht die historisch höhere, weil humanere und (im nichtproduktivistischen Sinn) produktivere Alternative zum demokratisch regierten und von Sozialkompromissen geprägten Kapitalismus war. »Restauration« beschreibt den Vorgang nur zum Teil. Wie groß der Teil sein wird, auf den der Begriff paßt, zum Beispiel in Gestalt der Wiederherstellung alter Eigentumsverhältnisse — darum gehen die Auseinandersetzungen.

Deren Bedingungen sind denkbar schlecht. Das magnetische Dispositiv der langfristig angelegten Wiedervereinigungspolitik ist zunächst durch die Öffnung des Eisernen Vorhangs an der ungarischen Grenze, dann durch die Revolution in der DDR — vor allem seit der unter noch immer ungeklärten Umständen überstürzt vollzogenen Öffnung der Mauer — jäh aktiviert worden. Helmut Kohl beschloß, die Früchte ohne Rücksicht auf Verluste zu ernten. Der Erfolg schien ihm nach deutschnationalen und nach expansionsstrategischen Kriterien des Kapitals recht zu geben. Seine »Blitzkrieg-Strategie« (Herbert Schui in der FR)

hat ihre ersten Hindernisse überrannt: die Revolutionäre in der DDR wurden ihrer Revolution enteignet, die Wähler der DDR haben ihnen eine Niederlage bereitet und mehrheitlich für den sofortigen Anschluß der DDR an die BRD gestimmt. Damit scheiden nicht nur »Dritter Weg« und »Moderner« oder »Demokratischer Sozialismus« aus, ist nicht nur jede Vorstellung eines nicht-sozialistischen eigenständigen Weges der DDR erledigt, sondern selbst der bloße Spielraum für Übergabeverhandlungen, bei denen es um die Wahrung von Interessen der DDR-Bevölkerung und um einen schonlichen Übergang geht, ist äußerst eingeschränkt.

Neben der Überwältigung der DDR-Reformer hat die Bundesregierung zugleich eine Schlacht gegen die bundesdeutsche Opposition gewonnen. »Rot-Grün« ist ebenso zurückgedrängt wie die latente Möglichkeit einer sozialliberalen Koalition, die sich in vielen Sachfragen andeutete. Last not least richtete sich die Beschleunigungs- und Dynamisierungsstrategie Kohls gegen die Alliierten, gegen die westeuropäischen Partner und die östlichen Nachbarländer. Der Zug sollte so schnell in Fahrt kommen, daß alle Hindernisse überfahren würden.

Die so entfesselte Dynamik treibt zur Destabilisierung innerer und äußerer Ordnungen. Enttäuschungspotentiale und Machtverschiebungen halten gefährliche Überraschungen in petto. Vor allem sind nun kurzfristige Erwartungen aufgeladen, die den Anschlußprozeß mit enormer Dynamik versehen. Somit beginnen die Probleme erst.

Wenn es bis gestern richtig war, die Möglichkeiten einer eigenständigen demokratischen Revolution in der DDR zu verteidigen, so ist dies heute bereits historisch. Nun kommt es darauf an, sich in den Gestaltungsprozeß einzumischen und ihn mit wachsamer Kritik zu begleiten. Die Kräfteverhältnisse werden mit davon abhängen, wie gut und wie schnell die Linken aus BRD und DDR sich miteinander vernetzen, um in der neuen »gesamtdeutschen« Arena handlungsfähig zu werden. Nichts ist wichtiger, als Potentiale der demokratischen Revolution der DDR hinüberzuretten in den künftigen Einheitsstaat. Ob dies gelingt, hängt davon ab, daß die Kräfte der *Demokratie der Runden Tische*, die Frauenbewegung, die alternativen ökologischen und kulturellen Bürgerbewegungen usw., die Barrieren zu ihresgleichen im Westen wegarbeiten — und umgekehrt.

Die ersten Erfahrungen deuten darauf hin, daß das nicht leicht sein wird. Wie koordinieren sich Gewerkschaften, deren Mitglieder hier im Vergleich zu dort fast 15 Prozent kürzere Arbeitszeit bei gut doppelt so hohen Löhnen haben, abgesehen vom Auseinanderklaffen der politischen Orientierungen? Was tun gegen Sozialdumping, das die beiden Arbeiterklassen desolidarisiert, weil es der ärmeren dabei noch immer besser geht als bisher? Wie mit innerdeutscher Schwarz- oder Wanderarbeit umgehen? Frauenpolitisch droht ein Roll-back, falls im Zuge der Durchkapitalisierung der bisherigen DDR tatsächlich Frauen zu Hunderttausenden aus dem Berufsleben zurück in die Familie gedrängt werden sollten. Auch die ersten einschlägigen Erfahrungen in Medien der Gegenöffentlichkeit und kritischer Wissenschaft deuten auf Sprachschwierigkeiten.

Die staatliche Umgruppierung der Deutschen führte schon im Vorfeld zur Renationalisierung der Politik. Sie wird in der Nähe der äußerst gefährlichen Materie des Deutschnationalen operieren. Um Gegengewichte zu finden, kommt

es darauf an, das »Gesamtdeutsche« zugleich europäisch und international zu artikulieren.

Die Börse zeigt es an: Zur »Ostphantasie« hat sich die »Deutschlandphantasie« gesellt, die beiden verstärken einander, weil man sich ausrechnet, daß das vereinigte Deutschland mit seinem Potential und seiner Gründerkonjunktur zugleich die östlichen Wirtschaftsverbindungen der einstmaligen DDR erbt, also ein enormes Ausdehnungspotential gen Osten besitzt. Nicht nur die Kurse deutscher Aktien gehen seither nach oben, sondern auch die der deutschen Sprache. Einen neuen »Sprachstolz« propagiert die FAZ, während es heißt, daß in Osteuropa Tausende von Russischlehrern in Deutschlehrer umgeschult werden sollen.

Trotz der unverkennbaren Gefahren von rechts, wo wieder einmal gestiefelte Schläger zu marschieren beginnen und die sozialen Spannungen gegen »Andersartige« gerichtet werden — die deutsche Einigung bedeutet nicht notwendig einen Marsch ins Vierte Reich. Die das behaupten und sich nostalgisch-trotzig auf überholte Positionen versteifen, schwächen eben dadurch die demokratischen Mitwirkungskräfte beim Tauziehen um diesen Prozeß, engen den Handlungsraum linker Opposition ein und tragen so zur Erfüllung ihrer schwarzen Prophezeiungen bei. Von entscheidender Bedeutung wird es sein, daß die Linke im weitesten Sinn und über die ehemalige Mauer hinweg unter den gewandelten Bedingungen die neue Wirklichkeit analysiert und ein alternatives und realitätstüchtiges strategisches Konzept entwickelt.

W.F.H.

Zum vorliegenden Heft

»Was ansteht«, schrieben wir im Editorial von Heft 179, »ist die kollektive Verarbeitung der riesigen Erfahrungsmasse, die durch den Zusammenbruch des autoritären Staatssozialismus aufgebrochen ist.« An und für sich sollte Heft 180 von der autonomen Frauenredaktion gestaltet werden. Angesichts des Umbruchs in der DDR haben wir dieses Heft eingeschoben, um einen Beitrag zu dieser Aufgabe zu leisten. Im Juni erscheint bei Argument ein politisch-theoretisches Tagebuch von *W.F. Haug*. Seine Studie über die Ideen der Perestrojka hatte die Frage zurückgelassen, was aus diesen Ideen werden würde. Aus dem geplanten »Perestrojka-Journal« wurde eine tägliche Auseinandersetzung mit den Um- und Zusammenbrüchen in der sozialistischen Welt und schließlich vor allem mit der Revolution in der DDR. Wir bringen einige Fragmente, in denen ein widersprüchlicher Erfahrungsprozeß sich spiegelt.

André Gunder Frank untersucht Bewegungsformen, Ziele und Perspektiven der osteuropäischen Revolution von 1989 im internationalen Zusammenhang und versucht eine Neubewertung sozialdemokratischer und sozialistischer Theorien und Politikvorschläge. Das Interview mit *Peter Ruben* dokumentiert eine Umbruchsituation, in der die Option eines »modernen Sozialismus« für die DDR noch realistisch erscheinen konnte. Der sozialdemokratische Ökonom *Klaus Peter Kisker* unternimmt eine erste Analyse des ökonomisch-politischen Scheiterns des von ihm so genannten »Feudosozialismus«. *Karl Hermann Tjaden* versucht, die wissenschaftlichen Leistungen der »Politischen Ökonomie des Sozialismus« gegen eine unkritische Markteuphorie festzuhalten. Der grüne Bundestagsabgeordnete *Eckhard Stratmann* plädiert für ein positives Verhältnis der Linken zur deutschen Einheit und zugleich für eine scharfe Abgrenzung der Grünen von der PDS. Demgegenüber versucht *Frieder Otto Wolf* zu zeigen, wie die Linke an ihrer Kritik des Vereinigungstaumels

festhalten und zugleich auf verschiedenen Ebenen konkret in den Prozeß eingreifen kann.

In den Auseinandersetzungen über Scheitern und Neubestimmung des Sozialismus spielt der Begriff der »Zivilgesellschaft« eine zunehmende Rolle. Der Literaturbericht von *Volker Gransow* gibt einen Überblick über neuere Diskussionen. — Der unerwarte Wahlausgang in Nicaragua gilt bürgerlichen Kommentatoren als ein neuer Beweis, daß der Sozialismus in »freien Wahlen« durchfallen muß. *Wilhelm Kempf* analysiert das Funktionieren dieser Wahlen in der Strategie der »Kriegsführung niedriger Intensität« (»low intensity warfare«), mit der die USA die Entscheidung der Bevölkerung herbeiführten.

Frauenbewegung in der DDR: Wir dokumentieren den auf der Gründungsversammlung des Unabhängigen Frauendachverbands vorgetragenen Versuch von *Ina Merkel*, Frauenunterdrückung gesellschaftstheoretisch zu formulieren und zu politischen Losungen zu verdichten. *Frigga Haug* problematisiert die Mütterzentriertheit des Frauen-Manifests und schlägt andererseits vor, aus den konkreten Politikvorschlägen Lehren für die Frauenbewegung in der BRD zu ziehen. *Irene Dölling* führt vor, wie die neugegründete Sektion für Frauenforschung an der Humboldt-Universität damit beginnt, sich die vielen aus den westlichen Frauenbewegungen bekannten Standpunkte und Fragen anzueignen. *Eva Schäfer* formuliert erste Thesen zur besonderen Geschichte der »Frauenemanzipation« in der DDR: die Orientierung an männlicher Erwerbstätigkeit, die Verkürzung auf den Klassenaspekt, die Vereinnahmung für Bevölkerungspolitik. JR/FOW

Veränderung in der Redaktion

Wie im letzten Heft angekündigt, bemühen wir uns um Redaktionsmitglieder aus der DDR. Die autonome Frauenredaktion war dabei besonders erfolgreich: die Beiträge von Irene Dölling, Ina Merkel und Eva Schäfer im vorliegenden Heft bezeugen es. Einzelheiten wird das nächste Editorial mitteilen. Ein erstes »Joint venture« stellt die Wahlbroschüre des Unabhängigen Frauenverbandes dar, die als »Argument Extra« erschienen ist. (Gefolgt von einem »Argument Extra« der Grünen Partei.)

Der allgemeinen Redaktion ist Wolfgang Bialas, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei den Historikern der Akademie der Wissenschaften, beigetreten. Er hat in Leipzig Philosophie studiert und mit einer Arbeit über die Kritische Theorie unter besonderer Berücksichtigung von Habermas promoviert. Er wird auch in der Redaktion des *Neuen marxistischen Wörterbuchs* mitarbeiten.

Volkuni 1990: »Der Sozialismus ist tot! Es lebe der Sozialismus?«

Die 11. Berliner Volkuni wird die erste gesamtdeutsche sein, und die Erwartungen sind dementsprechend groß. Weit über 100 Veranstaltungen sollen über Pfingsten beitragen zur Formierung einer pluralistischen neuen Linken im zusammenwachsenden deutschen Staat (siehe Anzeige Seite 190 in diesem Heft). Ein ungeheurer Nachholbedarf an Kommunikation hat sich aufgestaut, erst allmählich wird es gelingen, einander zu verstehen, gemeinsame Haltungen und Horizonte auszubilden. Wir rufen die Leser dieser Zeitschrift zur Teilnahme auf. Informationen (und Übernachtungsmöglichkeiten) können angefordert werden bei: Volkuni Berlin e.V., Groninger Straße 50, 1000 Berlin 65, Telefon 455 99 98.

Günther Anders

Der Feierabend

Als Pythagoras, nicht ahnend, daß es eine sogenannte »Außenwelt« gab, zeichnend und kopfschüttelnd, die Spur zu einem neuen, große Schönheit versprechenden Gesetz verfolgte, traten die zwei Brüder seiner Frau in seinen Arbeitsraum, und jeder von ihnen versuchte, dem anderen den Vortritt zu lassen.

»Raus!« brüllte Pythagoras. »Wie oft muß ich es Euch noch erklären, daß vor Feierabend niemand, nicht einmal meine Frau ...«

»Deine Frau«, erklärte nun der Ältere, das Stichwort benützend, »ist nämlich verunglückt ...«

»Was Du nicht sagst!« höhnte Pythagoras, der offenbar nichts verstanden hatte.

»Sie ist nämlich tot«, ergänzte nun flüsternd der Jüngere.

»Nämlich!« wiederholte Pythagoras. Und von neuem schreiend: »Und damit habt Ihr nicht bis zum Feierabend warten können? Bis ich ... also raus mit Euch!«

Statt ihren Schwager, wie es sich gehört hätte, auf der Stelle zu erschlagen, zogen sich die zwei Störenfriede stumm, wenn nicht sogar mit einer Spur von schlechtem Gewissen, zurück. Woraufhin Pythagoras, zwar noch brummend, aber sich rasch beruhigend, an sein schönes Problem zurückging, das sich bald in einen schönen, selbstverständlich auch heute noch geltenden Lehrsatz verwandelt hatte, der ihn, solange er seinen, alle Außenwelt ausschließenden, Verschlag nicht verließ, mit der größten Freude und der edelsten Bewunderung erfüllte. —

Über seinen Feierabend ist freilich nichts überliefert worden.

Die Kolonie

Die Leute sagten immer: wenn wir nur könnten! Wenn sie uns erst machen lassen! Aber dann! — Nun sind die Besatzer abgezogen.

Nicht ganz und gar, es wohnen noch etliche in den Wäldern; es ist nur so, daß sie noch weniger auffallen als sonst, sie liegen in ihren auffälligen Stellungen, ohne eigentlich von uns Notiz zu nehmen; sie regieren nicht mehr herein. Ihre Kanonen sind vermutlich längst lavede und warten auf den Tag, an dem auch sie verschrottet werden. Das ist jetzt die Strategie dieser unbegreiflichen Macht, daß sie sich aufgibt; man löst die Bandagen; nun können wir uns recken.

Ah, nun sind wir die Kette los.

Aber es hat sich was; bleischwere Handgelenke; krummer Gang; die Füße angelötet. Irgendwer zurrt die Stricke noch einmal fest, irgendwer brüllt, irgendwas röchelt. Es sind die Geräusche unserer großartigen Jugendzeit. Es muß uns irgendwie daran liegen, das gewohnte Gefühl zu bewahren (den Schmerz), das alte Gedächtnis (den Haß). Wie sind noch nicht genug gestraft. Unsere düsteren Ahnungen, daß es von selbst funktionierte, zumindest in den letzten erinnerlichen Jahrfünften, scheinen wahr gewesen. Wir sind es selbst. Der durchgerechnete, planvoll folternde Apparat. Zerstört müssen wir werden, zerrieben, weggefegt. Es muß ein Ende haben. Was haben sie mit uns gemacht? Aber nun mal eine andere Frage: Was machen wir?

Wolfgang Fritz Haug

Aus dem Tagebuch des Umbruchs*

Meine Studie über die Ideen der Perestrojka**, im Frühjahr 1989 fertiggestellt, hatte die Frage zurückgelassen, was aus diesen Ideen werden würde. Ich nahm mir vor, den realen Prozeß zu verfolgen und Erfahrungen niederzuschreiben, die im Verlauf der »revolutionären Umgestaltung« der Sowjetunion zu machen waren.

Unter dem vorläufigen Titel »Perestrojka-Journal« machte ich mich an die Arbeit. Was ich vorhatte, war nur in Gestalt eines Werkstatt-Journals zu leisten. Die Form des Tagebuchs schien geeignet für den Versuch, beim täglichen Verlieren des Bodens unter den Füßen neuen Grund zu gewinnen. An objektive und zusammenfassende Analyse und Einschätzung der im folgenden protokollierten Ereignisse und Gedanken war (und ist) noch nicht zu denken. Einzelheiten, subjektive Sicht und der jeweilige Moment durften in ihrer Abfolge das Bild ausmachen. Und nicht nur das. Das Subjektive macht sich hier auch dadurch geltend, daß es sich zurücknimmt, seinen Anspruch auf Kohärenz ermäßigt: mit vielen Stimmen sprechend, in vielen Gedanken denkend; nicht das schneidende Wort, sondern das tastende.

Ich gestehe, ich hatte gehofft, zum Chronisten einer glückenden Umgestaltung zu werden. Aber dann mußte ich mehr und mehr gegen meine Erwartungen schreiben.

4. Juni 1989, Zürich

Gestern Abend *Lenins Tod* von Volker Braun im Theater am Neumarkt. Was für eine vertane Chance der DDR, dieses Stück vor 19 Jahren zu verbieten! Der Text muß aber unter der Hand zirkuliert sein, denn Giaco Schießer erzählt, daß er 1974 in einem germanistischen Seminar, ich glaube in Leipzig, eine Abschrift gelesen und diskutiert hat. Nun kommt das Stück — im Einklang mit Gorbatschow, nicht mit dessen Ära, die sich von Lenin absetzt.

Trauerarbeit des Bolschewismus, plötzlich erwachend aus dem großen Alptraum.

Anti-Requiem: Die unguete Unruhe, die Lenins Sterben hinterließ. Daß L noch denken, aber nicht mehr handeln konnte; dieser eingesperrte und desartikulierte *Gedanke* in seiner wachsenden Diskrepanz zur Politik bildete das Medium.

Stalins graue Stärke gegen die gespaltenen Helden. Nichts Anklagendes.

Man dächte, das könnte allenfalls von historisch bewanderten Altgenossen verstanden werden. Aber das Stück zeigte sich spielbar, obwohl weniger »Stück« als szenisches Rezitativ. Das Publikum ging mit.

6. Juni 1989

Mao wird der antipolitische Satz zugeschrieben, alle Macht komme aus den Gewehrläufen. Deng, meint die Int. Herald Tribune, glaube daran. Das Nieder-machen der Studentenbewegung hat jedoch den Boden der Politik verbrannt.

* Aus dem im Juni 1990 bei Argument erscheinenden »Versuch, beim täglichen Verlieren des Bodens unter den Füßen neuen Grund zu gewinnen — Politisches Tagebuch Juni 1989 bis März 1990«.

** Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken. Hamburg (Argument) 1989.

Dieses Regime wird keine stabile politische Handlungsfähigkeit mehr bilden können. Deng verachtet Intellektuelle, Theorie, auch marxistische — vielleicht gerade die. Nur zur Legitimation krimineller Staatsdummheit wird der »Marxismus-Leninismus« wieder herangezogen. Auf den unterdrückten Marxismus kommt außer der Unterdrückung auch noch das Blut, das seine Unterdrücker vergießen. So etwas auch nur zu denken, wird immer esoterischer.

31. August 1989, Steyr

Pessimismus weht mich an aus der SU. Schwächt in mir die selbstverständliche Kraft, die mich anderen als selbsternannten Botschafter der Perestrojka erscheinen ließ. Es ist wahr, daß ich nicht aufhöre, Wahrnehmungsversuche zu machen, hat etwas Optimistisches.

SU: Ist der Moment der relativen Einheit vorbei? Anfangs versammelte sich alles Unzufriedene unterm Dach der Perestrojka. Jetzt Spaltung.

Was nicht vergehen kann, verkommt.

25. September 1989, Frankfurt

Aufspaltung des Marxismus in einen exoterischen und einen esoterischen.

Der *esoterische* hält die Kategorien in radikal-utopischer Perspektive. Hier zielt das Denken auf Herrschaftsfreiheit, d.h. auf klassenlose Selbstvergesellschaftung bei Staatsabbau und Ende aller Herrschaftsideologien, ja, der Ideologie schlechthin und damit auch der formellen Philosophie.

Der *exoterische Marxismus* hält den Kontakt zur jetzigen Realität und zum gegebenen Bewußtseinsstand. Er geht nicht über das hinaus, was Rosa Luxemburg »revolutionäre Realpolitik« nannte. Er kennt marxistische Philosophie und ethische Grundwerte des Sozialismus. Er stützt sich auf die »Marxismen der Sache selbst«, und ihn interessieren die »Marxisten der Sache nach«, die nie etwas von Marx gelesen haben müssen ...

14. Oktober 1989

Gestern wurde ich im Radio-Interview gefragt, ob die Sozialismus-Utopie vor dem Hintergrund der Krisen in den sozialistischen Staaten noch eine Zukunftsperspektive habe. Es stimmt, unsere schönen Pläne stehen in diesem historischen Moment bis auf die Knochen blamiert und entsetzlich verwandelt da. Aber wenn Utopie bedeutet: vorausdenken, soziologische Phantasie aufbringen, sich nicht in Betriebsblindheit erschöpfen, nicht im kurzfristig-Opportunen — dann ist der Begriff brauchbar. Dann muß man den vermeintlichen Realisten sagen: Kein Realismus mehr ohne Utopie, weil Eure Realität einer negativen Utopie zustrebt. Über den freilich schwarzen Tag hinaus eröffnet die Krise dem Sozialismus zugleich eine ungeheure Chance. Und zwar als Krise (genauer: historisches Ende) des autoritären Staatssozialismus. Dieser unvereinbar mit der hochtechnologischen Produktionsweise. Über den Tag hinaus geht es um die Neuentdeckung des Individuums — die Auflösung der falsch-selbstverständlichen Gleichung »Sozialismus = autoritär-staatlicher Kollektivismus«. Gefragt ist Selbsttätigkeit auf allen Ebenen — freilich auch Selbstverwaltung und Demokratie, die dem Wirtschaftshandeln soziale und ökologisch bestimmte Rahmen setzen. In diesem Sinne ist die Notwendigkeit von Sozialismus auch bei uns größer denn je. Durch

das Abwirtschaften von Politiken, die den Begriff bislang besetzt hielten, wird das momentan verdeckt. Die sozialen Gebrauchsweisen und Folgen der Hochtechnologie mit ihrer ungeheuren Reichweite in den Mikrokosmos wie in den Makrokosmos bedürfen mehr denn je der sozialen Kontrolle — sozial nicht nur im technischen Sinn, sondern zuvor im normativen Sinn von Bedingungen eines menschenwürdigen Lebens. Ökokatastrophe, Kriegsgefahr, Verelendung der Dritten Welt, Perspektiven von Frankensteins Monster aus dem gentechnischen Labor — dies alles zu zähmen, in humane und umweltverträgliche Formen umzuwandeln, macht menschheitliche Solidarität mit allen Völkern und nicht zuletzt mit den kommenden Generationen zum kategorischen Imperativ. RLs Satz: Kein Sozialismus ohne Demokratie — keine Demokratie ohne Sozialismus. Heute zu ergänzen: Kein Sozialismus ohne Ökologie — keine Ökologie ohne Sozialismus.

Die zweite Frage: Welche Auswirkung hat das Bestehen/Verschwinden dieser Utopie auf den Kapitalismus? Erstens muß man zunächst daran erinnern, daß die Anhänger des Kapitalismus — sehr bundesdeutsch! — behaupten, es gebe ihn gar nicht mehr; uneins sind sie darüber, wann sie ihn enden lassen. Zweitens gilt es sich klar zu machen, was für ein »Kapitalismus« gegenwärtig in Entwicklung ist: transnationaler Kapitalismus auf High-Tech-Basis. Wie wird er sich gestalten ohne Systemgegensatz, ohne Konkurrenz? Im Innern steht Sozialpolitik auf dem Spiel und droht Dehumanisierung der Arbeit. Nach außen die Ent/Fesselung der Antagonismen und Aggressionen. Der historische Moment hält sich noch bedeckt. Insgesamt hat er bisher die *Demokratie* nach vorne gestellt. Man bilde sich nicht ein, Kapitalismus und Demokratie seien Zwillinge. Allenfalls existiert bisher ein historischer Kompromiß in hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften, der sich unter Bedingungen der Systemkonkurrenz gebildet hat. Kehren nun, da diese Systemkonkurrenz verblaßt, Kriege zwischen kapitalistischen Ländern bzw. Zentren wieder?

Die Utopie eines dritten Weges aufzugeben wäre Selbstaufgabe.

20. Oktober 1989

Im Sinne der FAZ bedeutet Kohls Geld-gegen-Reformen: *Kapital im Austausch gegen Kapitalismus*. Ihr enteignet Euch, dafür eignen wir uns an. Als unsere Klientel soll es die Bevölkerung materiell besser haben.

Sie richten den Warenhunger der Bevölkerung gegen das Volkseigentum in der Warenproduktion. Solange keine dynamische sozialistische Marktwirtschaft erfunden wird, reproduziert dies Arrangement die Attraktivität des Kapitalismus. Der Witz ist, daß auch die immateriellen Potenzen des Sozialismus auf seiten des Kapitalismus zu wirken scheinen: Handlungsfähigkeit, geistige Freiheit. Lassen sich potentielle Attraktionskräfte des Sozialismus durch dessen Demokratisierung freisetzen? Offenheit, Beteiligung, Solidarität — ließe sich nicht einem scheinhaften und brutalisierten Simulationssystem im Westen ein wirkliches Leben, wenngleich auf ärmerem Niveau, entgegensetzen? Ein Stück davon wird jetzt ausprobiert. Nachdem die Unteren es sich unlicenziert herausgenommen haben, machen die Oberen zunächst einmal gute Miene und räumen mehr Kompetenzen ein.

Denkwürdiges Schauspiel der Diskussion des neuen Generalsekretärs mit Arbeitern. Laßt die Rede von dem Unten und Oben, sagte er irgendwann; laßt uns als Genossen sprechen. Aber er ist nun mal oben, und wie. Ein Arbeiter redete mit ihm gutmütig-überlegen. Es ist nicht das Reisen oder das Warenangebot, es ist überhaupt nichts einzelnes, was geändert werden muß, sondern es kommt alles zusammen in der Unzufriedenheit, muß also auch alles geändert werden. »Dann hört die Flitzerei auf.« Krenz versucht es pädagogisch: Wir dürfen nicht nur reden, wir müssen auch Entscheidungen fällen und handeln. »Klar«, sagt der Arbeiter, »entscheiden und handeln, haben wir nichts gegen.« Er erwidert den Paternalismus mit einer fast therapeutischen Geduld, die desto unwiderstehlicher ist. Seltene Szene eines Stücks, das da heißt: Erziehung eines Staats durch sein Volk. Noch utopischer: nur ein Arbeiter kann genau so sprechen.

4. November 1989

Auf dem Alex eine riesige Kundgebung, es könnte eine Million Menschen gewesen sein. Über drei Stunden. Eine Revolution — und wir haben, sagt Stefan Heym, bisher noch keine in Deutschland, die geglückt ist. Merkwürdige Dialektik zwischen den beiden Mächten, der zivilgesellschaftlichen und der staatlichen — Doppelmacht mit »Sicherheitspartnerschaft«. Ein Glück für das Land viele dieser Intellektuellen, die da plötzlich eine Revolution in Worte fassen.

10. November 1989

Gestern Abend gab Schabowski auf der live übertragenen Pressekonferenz die faktische Öffnung der Grenzübergänge für Ausreisewillige bekannt. Heute Nacht dann die Grenze umstandslos geöffnet. Seitdem strömt es nach Westberlin.

Brigitte Kahl erzählte von den Aktivitäten des Neuen Forum in Schöneiche: sie verbinden das Nahe mit dem Fernen, das Lokale mit dem Staat, sie regieren (sich) selber. Das vorherrschende Gefühl: Zur Zeit ist alles möglich. Wie lang dauert dieser Moment? Die kurze, ganz andere Zeit.

Sibylle Wirsing beschreibt im Feuilleton der FAZ die vorgestrige (war es wirklich erst vorgestern?) Demo der SED-Basis. Der Bericht glänzend, hat jedoch eine dumpfe Stelle, wo die Pointe verschluckt ist, und das Verschluckte ist zufällig genau das, was der FAZ nicht ins Konzept paßt. Ihr Bericht endet so: »Ein wendiger Ordner packte den Moment beim Schopf: 'Brüder zur Sonne, zur Freiheit'. Die Revolutionäre verabschiedeten sich singend von ihrem historischen Moment am Abend des 8. November.« In Wahrheit aber hatten die Demonstranten, als sie aufgefordert wurden, »Brüder, zur Sonne ...« zu singen, die Internationale gesungen. Von hinten fing es an, ergriff immer mehr Menschen, bis der Gesang vorgedrungen war bis zum Podium. Sie sangen alle vier Verse. Und der Text paßte!

Gegenzene: Heute vorm Rathaus Schöneberg wollte Wohlrabe das Deutschlandlied gesungen haben. Man hörte ein Konzert von Buhrufen und Pfiffen und dazwischen vier dissonante heisere Stimmen. Ich war überglücklich. Denn dies bedeutete, daß von den Massen nicht der Nationalismus, sondern die demokratische Revolution gefeiert wurde. Hierzu stimmten die meisten Antworten vor der

Kamera. »Wiedervereinigung« sei kein Thema. Vereinzelt sogar bei Jungen die Zuversicht, die DDR würde sich jetzt zum Musterländle entwickeln. Als ein Bus mit Reklame für die Wodkamarke »Gorbatschow« vorbeifuhr, brachen diese Westberlinbesichtiger aus der DDR in Gorbi-Gorbi-Sprechchöre aus.

16. November 1989

Franz Steinkühler auf dem IG Metall-Kongreß: Eine »Zeit globaler Trendbrüche und gesellschaftlicher Umbrüche«, »geradezu Fieberstunden der Geschichte«. Werte und Institutionen veralten, neue erst im Keim. Globale Umweltzerstörung, Verelendung der Dritten Welt im Zusammenhang mit der »Schuldenkrise«. »Globalisierung von Kapitalstrukturen und die Internationalisierung von Konzernstrategien führen zu einer immer stärkeren Zentralisierung wirtschaftlicher Macht und zu immer anonymen Entscheidungen über Wohl und Wehe einzelner Belegschaften — ja sogar ganzer Volkswirtschaften.« Ohne die Perestrojka wäre das »Aufkeimen neuer Hoffnung auf eine bessere und würdigere Zukunft unmöglich gewesen«. Die Ideologen des Kapitalismus versuchen, diese Zukunft wegzuinterpretieren.

»Es ist diese drückende Unterversorgung der Bevölkerung, die niedrige, von Unlust geprägte Arbeitsproduktivität und der als Planwirtschaft firmierende gigantische Wirrwarr, was sich der besonderen Aufmerksamkeit des Kapitals im Westen erfreut. Sie sehen schon die Morgenröte einer jeder Fessel enthobenen uneingeschränkten Profitwirtschaft. Sie verkünden lauthals nicht etwa das Ende der stalin-kommunistischen Befehlswirtschaft, sondern den Sieg eines schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus.« Wir erleben »ein förmliches Triumphgeheul« und »ideologische Sektorkerknallerei«. »Da wird der Zusammenbruch einer ganzen Weltanschauung gefeiert, da wird mit unverkennbaren Anspielungen auf unsere Gewerkschaften und alles, was wir ... an sozialem Fortschritt erkämpft haben, der ganze, ach so üble, Kollektivismus abgefertigt.« Beobachtung: »Der ideologische Gegensatz verläuft nicht mehr eindeutig zwischen Ost und West.«

»Die Idee eines humanen und demokratischen Sozialismus steht noch immer deutlich gegen den staatsbürokratischen Kommunismus östlicher Prägung und den inhumanen Kapitalismus westlicher Prägung. Der Zusammenbruch des sogenannten real existierenden Sozialismus ist keinesfalls eine Niederlage des Sozialismus. Und er ist schon gar kein Sieg des Kapitalismus.« Es geht »nicht nur um Wirtschaftssysteme, sondern auch um politische Strukturen«. Kapitalismus ging mit NS und anderen Diktaturformen zusammen. »Demokratische Sozialisten dürfen sich nicht in eine falsche Frontstellung drängen lassen: Bankrott sind nicht die Ideen der sozialen Demokratie, sondern die der kommunistischen Diktatur; gesiegt hat nicht der Kapitalismus über den Sozialismus, sondern die Idee der Demokratie über die Diktatur; überholt ist nicht der demokratische Sozialismus, sondern der Stalinismus und der bürokratische Dogmatismus. Die Zukunft liegt nicht beim Kapitalismus, sondern bei einer freien und sozialen Gesellschaft. Deshalb bedeuten Glasnost und Perestrojka Hoffnung für die Ideale des demokratischen Sozialismus.« »Es würde ein Stück gemeinsamer Zukunft verspielt werden, wenn Perestrojka letztlich nur darauf hinausliefe, unser Zivilisationsmodell zu kopieren, auf unser Produktions- und Lebenstempo zu beschleunigen.

Wenn die Sowjetunion, von China ganz zu schweigen, nur eine halb so hohe Automobildichte hätte wie die USA, dann können wir diesen Planeten abschreiben.« »Weniger denn je können wir es uns leisten, Arbeitsplatzinteressen ohne Wenn und Aber zu vertreten; wir haben die Frage zu stellen, was und wofür wir produzieren, ob es gesellschaftlich akzeptabel und ökologisch verträglich ist.« Fordert »Demokratisierung der Wirtschaft«, u.a. durch »paritätische Wirtschafts- und Sozialräte und durch praktische Beteiligung der Betroffenen«. Starker Akzent auf ökologischem Umbau und ökologischer Wirtschaftshilfe für weniger entwickelte Zonen. Usw.

* * *

Scharfe Auseinandersetzungen zwischen SPD und CDU — über die Zukunft der DDR. Momper wird nicht müde, den Rechten das »gesamtddeutsche Patronat über die DDR« aus der FAZ um die Ohren zu hauen. Sie versuchen, ihn zum Verfassungsfeind zu stempeln, weil er vom »Volk der DDR« spricht. Momper einer der Glücksfälle des historischen Moments (wie dieser für ihn). Fröhlich führt er die CDU als »verkniffen« vor, um das Glück des Volkes gegen sie zu artikulieren.

Antje Vollmer verspottete am 8. November im Bundestag »die phrasenhafte und gönnerhafte Sprache unserer Politiker ... Die schläfrige Geduld, mit der wir leere Worte allabendlich über uns ergehen lassen, erscheint als kindliches Demokratieverhalten gegenüber dem, was es an demokratischem Selbstbewußtsein jetzt in der DDR gibt. (...) Was da in der DDR entsteht, ... das ist die erste selbsterkämpfte Demokratie auf deutschem Boden ... Alle wissen dies gleichzeitig, sie brauchen keine Führer mehr, sie brauchen keine brillanten Redner. (...) Die Gesellschaft organisiert sich auf leiseste und unumkehrbare Weise von selbst und schafft etwas Neues, eine gewaltfreie Demokratie.« Idealisiert. Sie übergeht die brillanten Sprecher auf der Demonstration am 4. November, und sie verwechselt eine Phase der Revolution mit dem gesamten Revolutionsprozeß.

20. November 1989

Der Umbruch in der DDR verändert auch das politische Profil der Grünen. Bei deren Perspektiven-Kongreß in Saarbrücken verkündete Udo Knapp »einen unauflösbaren Zusammenhang zwischen Sozialismus und Stalinismus«. Ludwig Mehlhorn von »Demokratie Jetzt«: »Der reale Sozialismus hat abgewirtschaftet, und ich habe noch keinen anderen erlebt.« Gegen einen Sozialismus der schönen Idee. Zunächst gehe es darum, eine seit 1933 zerstörte demokratische Infrastruktur zu schaffen. Joschka Fischer verhöhnte Altwater, der an den Widerspruch zwischen Marktwirtschaft und Umweltpolitik erinnert hatte. Wie Bahro, der sich in die DDR verabschiedete: »Weltmarkt und Weltzerstörung sind dasselbe.« Renate Damus sagte, die Subventionierung von Brot und Mieten in der DDR habe die Armen ärmer und die Reichen reicher gemacht.

26. November 1989

Überraschender Besuch von Askoldow. (...) Er war bei der Kundgebung in Leningrad. Die dort verlesene Resolution könnte der Funke sein, der das Pulverfaß zur Entzündung bringt. Wären die Arbeiter organisiert, hätten sie längst landesweit gestreikt. Askoldow sprach immer wieder von erschreckend vulgärem Populismus, hielt sogar ein Umkippen ins Faschistische für möglich. Offenbar

haben die meisten Intellektuellen sich von Gorbatschow, den sie noch vor zwei Jahren in den Himmel hoben, zurückgezogen. Sie flüchten in Gruppenegoismen. Dabei hätte die Umgestaltung gerade jetzt ihre Unterstützung bitter nötig. Es herrscht materielle Not, das Volk ist unzufrieden, seine Enttäuschung richtet sich nun gegen Gorbatschow, dem Untätigkeit vorgeworfen wird. Desorganisation, die nach Sabotage aussieht. Man fühlt sich in gewisser Hinsicht an Chile vor dem Sturz Allendes erinnert, an den Transportunternehmer-»Streik«. Der Ruf nach der starken Hand findet Beifall. Im Politbüro hat Gorbatschow keine wirkliche Stütze. Die Bürokratie, die anfangs desorientiert und ratlos war, hat sich gefangen. Die neuen Wirtschaftsgesetze gut, ihr Weg zur Wirklichkeit ungeheuer lang. Es ist, als ob eine Boeing aus dem Stand in die Luft gehen sollte. Er macht die Bewegung mit den Händen.

30. November 1989

Als hätte die Herrschaftspartei die Revolution gegen sich herbeigesehnt. Sie will die Revolution gegen sich als Revolution. Der Westen lobt die Revolution, möchte sie aber mit dem Sturz der bisher herrschenden Partei beendet sehen. Wir müssen ihre Fortsetzung wollen. Sie hat die Mauer gebrochen, soweit, so gut. Aber nun soll sie etwas Neues schaffen, soll ihre Kräfte institutionalisieren zur Demokratie vor Ort. Die Kapitalfreunde möchten die Revolution zerstreuen mit Begrüßungsgeld und Gratisangeboten im Schaufensterbummel. Die bisher Bevormundeten sollen in aller Freiheit subaltern werden. Die erkämpfte momentane Repressionslosigkeit soll in die strukturelle Repression durch den Markt übergehen. Die Gewalt der Tauschbeziehungen, des Geldes, des Kapitals soll dem gewaltlosen Sieg über die Staatsgewalt folgen. Wir dagegen wünschten, es lernte sich auch auf unserer Seite die Demokratisierung. Oder wird Nationalismus das Nachdenken beenden?

1. Dezember 1989

In mir rumort der Gedanke, daß der west-kapitalistische Blick auf die DDR-Wirtschaft, wo er nur Ruinen zu sehen vorgibt, die Ruinierung des noch fungierenden gesellschaftlichen Kapitals im Sinn hat. Das Kapital dringt auf Kapitalzerstörung. Wenn das alles verschrottet werden könnte, welch ungeheurer Markt! Auf jeden Fall wirkt der Niedergang des Sozialismus als Konjunkturfaktor. Je mehr einer bisher bloß Objekt des »sozialistischen« Korporatismus war, desto leichter kippt er in eine regelrechte Gier nach freiwilliger Subsumtion unters Kapital. G.B. bringt das mit der von Marx in den Grundrissen analysierten Tendenz des Kapitals — das darin der Logik »organischer Systeme« folgt — zusammen, vorgefundene Strukturen anderer Logik sich zu assimilieren, zu seinen Organen umzufunktionieren. Zunächst als umgekehrte Bananenrepublik. Das den Eigenen Vorenthalte den Anderen geben, um diese sich anzueignen.

Was uns im »Argument« gespalten hat: die schwierige (und unmöglich widerspruchsfreie) Balance zwischen Bruch und Kontinuität, zwischen Erneuerung und Anderswerden, zwischen Ausbruch aus den Grenzen und neuer Selbstbegrenzung, ohne die wir uns einfach in die aufnahmefähigen Strukturen des Kapitalismus aufgelöst hätten. Denk-würdig, wie oft nun schon Kräfte an uns vorbeigeblutet sind, mal in die eine, mal in die andere Richtung; oder die Feinde, die

es nicht mehr gibt, oder, freundlicher, die Feindschaften, die erkaltet oder gar in Freundschaften übergegangen sind. Im beständigen Schwanken eine Beständigkeit, schwankend.

2. Dezember 1989

Wenn sich nun die politischen Akteure vervielfältigen, so wird sich aus ihnen eine Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlichen Typs neu zusammensetzen. »Einheit« verliert oder verändert ihren Sinn. Eine Infrastruktur demokratischer Mitsprache auf allen Ebenen. Der Moment der partiellen Staatsaussetzung darf nicht vorübergehen, ohne daß »Staat« stückweise in die Gesellschaft zurückgenommen wird.

Der *Gesamtarbeiter* und die *Zivilgesellschaft* sind an sich keine bürgerlichen Akteure.

Wer den Schmerz des Volkes nicht spürt, dürfte keine politische Funktion, mit der Macht verbunden ist, übertragen bekommen. Ein »Staatsmann«, der nicht derart in der Gesellschaft empfindet, stellt eine Gefahr dar. Abschottung à la Wandlitz macht ihn zu einer solchen.

3. Dezember 1989

Nach schlafloser Nacht seit Jahren zum erstenmal wieder in Ostberlin. Die Umgebung des Bahnhofs Friedrichstraße, angefangen bei der schlecht geflickten Straße selber, kommt mir weit ärmlicher vor als früher. Viel Dreck. Man spürt schockartig den gewachsenen Abstand zum Westen, wo die Infrastruktur periodisch erneuert worden ist.

Meine erste öffentliche Wortmeldung in der DDR, auf der vom Künstlerverband organisierten Kundgebung im Friedrichstadtpalast, wäre beinah im Tumult untergegangen, weil die Nachricht dazwischenplatze, der Devisen-Staatssekretär Schalk-Golodkowski, Politbüromitglied und Chef des außenwirtschaftlichen Schattenimperiums, habe sich in die Schweiz abgesetzt. Womöglich reiße er sich dort ein Milliardenguthaben der DDR untern Nagel. Der Saal tobte. Die Forderungen überschlugen sich. Man solle sofort auf die Straße gehen. Das gesamte Politbüro müsse in Untersuchungshaft genommen werden. (...)

Ich fange mit dem Unpopulärsten an, einem Bekenntnis zum Marxismus, der zu den Gefangenen des alten Systems gehört hat. Wie alle Gefangenen ist auch er in Gefahr, im Moment der Befreiung durch die Trümmer seines Gefängnisses erschlagen zu werden. Das ist eine arge Zumutung. Dann stelle ich die Frage nach der Selbstdeutung der vorsichgehenden Revolution, ob die Anwesenden die Formel brauchbar finden, daß hier eine entwickelte Zivilgesellschaft den Gipsverband des Zwangsstaats absprengt, daß es folglich jetzt darum gehen muß, durch Selbstorganisation auf allen Ebenen, Teile der bisherigen Staatskompetenzen in die Gesellschaft zurück- und den Staat insgesamt an die gesellschaftliche Leine zu nehmen. Dann wäre der unerbittliche Bruch mit dem, was am Gewesenen als schlecht erkannt wird, durch eine mindestens ebenso unerbittliche Besichtigung der historischen Möglichkeiten und des gegenwärtigen Handelns nötig. Volker Brauns Aufforderung zur Organisation von Räten war auf dem Programmzettel betitelt: »Über die Bildung von Reden«. Die Fehlleistung könnte zum Omen werden. Zur unerbittlichen Selbstprüfung gehört die Frage, wie wir

mehr als Reden halten, wie wir vorbeugen können, daß dies nicht, wie 1848, wieder eine deutsche Revolution wird, die sich um ihre Zukunft redet. Jetzt geht es um Befähigung zu gesellschaftlicher Selbstorganisation. Läßt man sich allzu lange ablenken durchs Waschen der schmutzigen Wäsche des alten Regimes, findet man nicht zu neuer Handlungsfähigkeit, fällt das Ganze dem westdeutschen Kapitalismus in den Schoß. Wie zur Illustration hatte zuvor, im Durcheinander, das auf die Mitteilung von der Flucht des Devisenverwalters folgte, auch ein Jungunternehmer das Mikro ergriffen, der ein Privatfernsehen in der DDR gründen und schon jetzt Kameralleute anwerben wollte.

10. Dezember 1989

SED-Parteitag. Die Entstaatlichung der Partei beginnt mit der Entstaatlichung des Vorsitzenden. Ziviler als Gysi kann man nicht auftreten, auch wortwörtlich verstanden: Es ist das *Auftreten* des Zivilen, seine Fernsehfähigkeit, daß er beim Publikum »ankommt«, was zählt. Das Zivile hätte viele andere Gesichter, aber natürlich wären die wenigsten derart telegen. Die im Medium gezeigte Offenheit ist die wahre Verslossenheit, bedeutet sie doch nur, daß der indiskreten Kamera kein Einbruch ins Intime glückt. Gysis Kondition enorm. Nach 40 Stunden angestrenzter Aktivität reagiert er in den Interviews, die zum Teil einer Mischung aus Kreuzverhören und Quiz-Sendungen gleichen, noch ganz wach, ruhig und schnell, witzig und selbstbewußt.

Entstaatlichung, die sich gegen die alte Staatspartei richtet, nützt Gysi zugleich als Kampffeld gegen die neue Verstaatlichung des Nationalen. Als die Fernseh-Interviewer nach der »Vereinigung« der beiden deutschen Staaten fragen, antwortet er mit Interpretationen des »europäischen Hauses«: Er ist für eine Architektur, in der es »so wenig Staatlichkeit gibt und so viel Gesellschaftlichkeit, daß sich viele Fragen von heute gar nicht mehr stellen«. Freizügigkeit in diesem Haus und Abrüstung liest er als Abbau von Staatlichkeit, während »Wiedervereinigung« nicht nur den Nachbarn die vier Wände bestreitet, sondern die Veränderungen wiederum in die Staatsform einschließt. Ob er sich ein gemeinsames Staatsoberhaupt, etwa Willy Brandt oder Richard von Weizsäcker, vorstellen könne? Erstens, erwidert er, könnte ich mir auch jemand aus der DDR vorstellen, zweitens sollte man sich nicht auf die Staatsebene fixieren. »Das bringt den Menschen am wenigsten.« (...)

Der SED hängt Staatskriminalität an und das Versagen der von der Sowjetunion mehr oder weniger aufgezwungenen Ordnung. In gewisser Weise sind das zwei Seiten einer Medaille. Das System korrumpierte bereits durch die auf allgemeiner Entmachtung basierende Machtzuweisung an Funktionsträger auf unterschiedliche Weise die Entmachteten und die Ermächtigten. Das sich abzeichnende Scheitern, die Unmöglichkeit der Konsensgewinnung, diese sich abzeichnende historische Glücklosigkeit, die sich in befehlsadministrativen Verkehrsformen ausdrückte und das Ganze in Zwang und Gewalt einmauern mußte, korrumpierte die Moral der Gewalthaber. Die Gewaltform zerstörte den Idealgehalt, zunächst in der Brust der Gewaltigen selbst. In dieser Situation tritt Gysi auf als personifizierte Justiz und Moral in einer Person. Daß die demoralisierte und kriminalisierte Staatspartei für den Salto mortale ihrer Entstaatlichung diesen ins

Rechtsstaatliche enthobenen Racheengel aufgeboten hat, ist die Voraussetzung dafür, daß es nun nicht mehr ganz unmöglich scheint, daß sie beim Absturz aus dem Staat in der Gesellschaft landet, ohne sich das Genick zu brechen. Ein Jurist an der Spitze, die Verrechtlichung auch als Hoffnung der von Rache Bedrohten.

12. Dezember 1989

Nach dem Ende des Stalinismus »geistert nun das Bild von einem 'menschlichen Sozialismus' durch die Köpfe«, schreibt E.G. Vetter im Wirtschaftsleitartikel der FAZ. Dahinter diagnostiziert er die alte Sehnsucht der Arbeiterbewegung nach einer Gesellschaft ohne »Ausbeutung, Drangsal, Hunger und Not ... Karl Marx hat dieser Sehnsucht intellektuelle Substanz und programmatische Form gegeben. Er hat zugleich die Menschen zu der Ansicht verführt, daß der von ihm beschriebene Sozialismus sich als eine geschichtliche Notwendigkeit durchsetzen werde. Die Lehre von der Zwangsläufigkeit schien lange unsterblich zu sein.« — Interessant, wie der Marx-Töter in dessen Wirkungsbedingungen sich einfüßt. Mit der angeblichen »Zwangsläufigkeit« des Sozialismus schleift er freilich allen wachernen Marxismus weg, der immer gewußt hat, daß die Alternative der Menschheit Sozialismus *oder* Barbarei heißt. Er kann halt nicht Marx, sondern nur ein mechanistisches Marx-Klischee töten. Wie sonst nur die staliniistischen Bonzen verschleift er vor allem den Unterschied zwischen Marxismus und ML, um aus dem Scheitern des ML das endgültige »Scheitern des marxistisch geprägten Sozialismus« zu ziehen.

Gleichwohl trifft Vetter mit seiner Bemerkung, Marx habe nie »die für jede Wirtschaftsordnung zentrale Frage nach der Lenkung der Volkswirtschaft gestellt«, eine wirkliche Lücke bei Marx, die dieser nicht ausfüllen mochte, weil er sich bekanntlich nicht mit Rezepten aus der Garküche der Zukunft blamieren wollte. Sonst nur ideologischer Quark. Zum Beispiel sei von unsereinem »in ideologischer Verblendung hartnäckig übersehen« worden, »daß eine freiheitliche Wirtschaftsordnung des Westens« — so heißt der transnationale Kapitalismus mit seinen gigantischen Machtballungen — »aus systematischen Gründen zwar noch als 'Kapitalismus' bezeichnet werden kann, daß sie aber typische Merkmale jenes Kapitalismus verloren hat, gegen den Sozialisten vor mehr als 100 Jahren zum Kampf angetreten waren.« »Verloren« ist gut! Es ist im Klassenkampf abgewonnen worden, und auch das natürlich nie endgültig und zudem nur in den Reichtumszentren, während die Ausbeutungsdynamik in die Dritte Welt und ins Verhältnis zu unseren Naturbedingungen umgelenkt wurde. Vetter zielt auf »die wieder vordrängenden Marx-Apologeten der Sozialdemokratie« und deren Vorstellung vom Demokratischen Sozialismus anstelle eines »sozialen Kapitalismus«. Wir sollen uns »als marxistische Denkmalspfleger feiern lassen«.

22. Dezember 1989

Sturz des Kommunismus, Sieg des — was? Nationalismus der Hebel, um den Selbstverlust der Revolution zu bewirken. Seit die Rechte den Sieg in der Tasche glaubt, spricht sie von der *deutschen Revolution*, nicht Revolution in der DDR. Der Name wurde zunächst (und bis vor kurzem von Nolte) zur Bezeichnung der Faschisierung Deutschlands von 1933 verwendet. Um sich eine Revolution als deutsche zu verdienen statt zu erlängen, müßten die Bundesdeutschen erst eine machen.

Würde nur ein »Anschluß« daraus, hätten sich die Menschen in der DDR um ihre Revolution bringen lassen. Das wäre wie die Abtreibung des Neuen, denn das alte Regime ging mit besseren Möglichkeiten schwanger. Die Schuld der Alten wüchse ins Unermeßliche, weil sie die Geburt des Neuen so lange behinderten, bis es nicht mehr zum Leben finden konnte.

24. Dezember 1989

Der *Spiegel* lenkt durch seine Attacken auf Kohl nur davon ab, daß er selber die Kohl-Linie steuert, nur für eine oberflächlich-kritische Intelligenz genießbar verpackt. Kohl nicht telegen, seine Sprache nicht geschleckt genug, und er hat Anflüge altmodischer Emotionen und Konfessionen. Aber in der Substanz will der *Spiegel* wie Kohl die Durchkapitalisierung der DDR, und zwar schnell, dazu die »Wiedervereinigung«. Er beißt nur an anderen Stellen die Zähne zusammen, als Kohl. Er betreibt nun die große Demoralisierung der DDR, den ideellen Ausverkauf vor dem materiellen, reale Tendenzen aufnehmend, bearbeitend und auf Kosten anderer, ebenso realer gegenläufiger Tendenzen gewaltig verstärkend. Das ist für die große Zahl der Mitläufer, die immer mit dem Trend gehen möchten. Unsere Veranstaltung im Friedrichstadtpalast kommt vor, auf ihr »faselt« Altvater »von Akkumulation und Konsumtion«. Der *Spiegel* entdeckt sogar die Arbeiterklasse, vor allem ihre demoralisierten Teile. Er spürt sie auf in der Kneipe während der Arbeitszeit und gibt ihren Sprüchen Echo. »Wer Arbeit kennt und sich nicht drückt, der ist verrückt« — die uralte Proletarierlosung ist noch immer Tageslosung in der DDR.«

Immerhin schaut im *Spiegel*-Gespräch mit Rostocker Werftarbeitern die historische Widersprüchlichkeit durch. »Wie haben sie uns immer gesagt: Alle Macht geht vom Volke aus, und so machen wir es jetzt.« Derselbe Arbeiter sagt: »Der Klassenfeind kann kommen.« Sein Kollege ergänzt: »Anders kommen wir nicht mehr aus dem Dreck raus.« Und der dritte: »Alleine können wir's doch gar nicht schaffen. Entweder kaufen uns die gleich richtig auf, oder man läßt uns da halbe machen.« Der *Spiegel* zeichnet und verstärkt eine Kluft zwischen Arbeitern und Intellektuellen, frei nach der Devise, daß beide, sind sie erst voneinander isoliert, geliefert sind — frei kapitalistisches Haus. Das ist negativer Gramscismus für die potentiellen Elemente einer sozialistischen Vergesellschaftung, Zusammenführung von Arbeiter- und Intellektuellenstimmungen unter Hegemonie des euphemistisch umschriebenen Kapitalismus.

26. Dezember 1989

Die Zeit seit 1961, als die Mauer gebaut wurde, scheint nutzlos vertan, der ökonomische Abstand zu Westdeutschland gewachsen. Aber auch das ist noch nicht heraus. Sollte nun ein »Anschluß« in der Art eines großen historischen Abrüstunternehmens bevorstehen, werden sich die Fragen anders stellen, als wenn sich die DDR-Bevölkerung fängt und einen relativ selbständigen Weg geht.

Unter den damaligen Umständen gab es keinen anderen Weg für die DDR-Führung, die Mauer mußte gebaut werden. In einer bipolar geteilten Welt fiel die DDR in den sowjetischen Einflußbereich, und ihr gesellschaftliches System mußte das eines Blockstaats des Ostblocks sein. Der Westen war an dieser Weltordnung beteiligt: er wollte die Mauer und wollte zugleich ihr Odium dem Osten

anhängen. Die Mauer war Systemgrenze im Kalten Krieg, Eiserner Vorhang auf deutsch. Zugleich schloß sie einen Wirtschaftsraum vom kapitalistischen Weltmarkt ab: nicht den der DDR, das wäre Unsinn gewesen, sondern den des »sozialistischen Staatensystems«, einen riesigen Wirtschaftsraum also, dessen eigenständige Entwicklung von der Größe und den Ressourcen her nicht ausgeschlossen werden konnte, vorausgesetzt, ein geeigneter Mechanismus würde erfunden, der Reproduktion und Akkumulation miteinander verbände und alle erdenklichen Innovationspotentiale freisetzte.

Als die Führung der Sowjetunion ihren bisherigen Weg als Sackgasse begriffen hatte, begann das eigentlich Unerklärliche in der DDR. Man begriff nicht, daß nicht nur der bisherige Zwang aufgehoben war, sondern der riesige »geschlossene« Wirtschaftsraum in den Weltmarkt integriert werden sollte, bei gleichzeitigem Umbau der politischen Systeme, die hinsichtlich ihrer politischen Kultur mit denen des Westens offen interaktionsfähig werden sollten. Das »gemeinsame Haus Europa« war offenbar nicht als Phrase gemeint. Glaubte die DDR-Führung wirklich an einen Sonderweg zwischen Ost und West?

28. Dezember 1989

Im Traum hielt ich meine zerdrückte Brille in der Hand, das Glas nicht in Scherben, sondern von unzähligen Bruchlinien durchzogen, auch hatte ich zuvor bereits meine andere Brille ruiniert.

Im Halbschlaf arbeitet es unablässig und ohne Lösung in meinen Gedanken — Mischgesellschaftsformen, Mischformen von Vergesellschaftung. Bisher Auseinandergelegtes —

Der Gegensatz mußte so viel als möglich von seinem Gegensatz aufnehmen, das Privateigentum gab sich sozial, das staatlich verwaltete Sozialeigentum wurde porös ausgelaugt vom Privaten. Wohlwollende Gewalt und dumm gewordene Voraussicht —

Die Stimmung der Intellektuellen, die Wahrnehmung und Interpretation der Abläufe —

Eine weltliche Wurzel der Religion: die gefühlte Unmöglichkeit, »es zu schaffen«.

Verwirrende Dialektik von Selbständigkeit und namenloser Unterwerfung. Sich in die Welt der Privatheit flüchten wie unter einen schicksalhaften Schirm. Den Anspruch der Selbst-Vergesellschaftung loswerden.

Hatte man nicht schon längst alle erdenklichen Konzessionen im scheinbar Unpolitischen gemacht? Mit Gemeinheiten und starken Reizen wurde nach dem Zusammenbruch der edukationistischen Utopie der Anfänge nicht gespart. Nur daß die eingeführte Unterhaltung veraltete Unterhaltung war. Das Neueste war je schärfer.

* * *

Die massenhaften Emotionen sind voller unmittelbarer Erfahrungen: Ein Dispositiv, das alle Beteiligten in unproduktiver Verausgabung hält, diese durch unglaubliche große Worte begleitend. Im Kaufhaus des Westens die eignen Exporte, kaum erreichbar für ihre Produzenten, zu einem Spottpreis. Der Vergleich der Währungen als Umtauschkurs, der Vergleich der Lohnhöhen, in der

wertloseren Währung nochmals die Hälfte oder ein Drittel, so erfuhr man die eigenen materiellen Möglichkeiten relativ als zusammengestaucht in ein Nichts.

Relativ eine bessere Dritte Welt. Was half es, daß der Abstand zur wirklichen Dritten Welt unendlich größer war als der zum reicheren deutschen Staat und daß im Vergleich zu jener die DDR zum reichen »Norden« gehörte?

Der Primat der Disziplinierung, oft genug umgekehrte Elitebildung.

Überlegenheiten des Marktes: Jeder kann seinen eignen Scheiß probieren, und der Mißerfolg wird stets der seine sein. Marktgängigkeit statt behördlicher Billigung. Woher sollte die Behörde das relativ Optimale kennen? Nach welchen objektivierten Verfahren (nachvollziehbar, relativ unbestreitbar, computerisierbar) sollte sie Varianten vergleichen, bewerten, auswählen? Wie ihre Auswahl den Wirtschaftsakteuren nahebringen? Mechanische Lösungen, auf »Bewährtes« setzend, würden es davontragen. Ihr Zeithorizont würde der Verarbeitungskapazität der Bürokratie entspringen, nicht den Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Produktion. Dienstweg braucht Wegzeit. Neues war befugt anzumelden, schuf Arbeit und Umstand für die Behörde, war vielfältig zu genehmigen, dann positivenfalls einzuplanen, schließlich Jahre später zu verwirklichen. Aber erstens war es dann alt; zweitens konnte man nicht sicher sein, daß es vom möglichen Neuen das vorteilhafteste war, drittens verdankte sich jeder Durchlaß auf dem stationenreichen Weg möglicher Verbesserungen der amtlichen Autorität (der Befugnis, einen Stempel zu führen), viertens widersprach diese Logik des Genehmigens, Verbotens und Anweisens der schöpferischen Logik des Erneuerns. Die Konventionen urteilten über das Unkonventionelle.

29. Dezember 1989

Nun halten sich Kriegskommunismus und Ideokratie nur noch in Asien. In Osteuropa treten überall Logik und Akteure der Zivilgesellschaft nach vorn, belauert freilich vom latenten Bürgerkrieg. Vom Standpunkt unserer Kapitaldenker ein zu penetrierender und zu kolonisierender Markt. Die Bevölkerungen wollen einen *funktionierenden* Markt. Ein riesiges Quidproquo. Was mag dabei herauskommen?

Die hochtechnologische Produktionsweise funktioniert nur transnational. Globalisierung aller Strategien und Institutionen ist die Tendenz. Die EG ein riesiges Gebiet, das schon vor seiner Bildung den ehemaligen Ostblock in seinen Bann zieht. Und doch auch wiederum nur eine Basis unter anderen, auf der die übrigen Hauptländer ihre Stützpunkte errichten, wie die EG-Kapitale in diesen, und von wo aus ein Netz von Aktivitäten rund um den Globus gespannt wird. Die Sozialismen dabei gescheitert, ein zweites Weltsystem aufzubauen, das mithalten könnte. Sie brachten es nie weiter als bis zu einer Solidarität, die den ökonomisch Schwachen, soweit sie nicht allzu eigenwillig waren, Gebrauchswerte zuteilte. Im RGW sollte über die Vernetzung der Pläne eine internationale Arbeitsteilung die Vorteile der Großproduktion erschließen. Markt war marginal, zwischen den Volkswirtschaften vermittelte kein »wirkliches« Geld, nur Rechengeld, Transfergeld. Die Genossen waren rettungslos in die Staatsfalle getappt. Dem unausgefüllten und etwas naiven Vergesellschaftungsdenken von Marx hatte sich ihnen bewußtlos der Staat als absolutistisches Subjekt unter-

schoben. So schlug der bei Marx zivilgesellschaftliche Gedanke der »freiwilligen Assoziation der Individuen« um in den mechanischen Zwangsverband des Staatssozialismus.

31. Dezember 1989

Nun da dieses Oben durch seinen Mißerfolg erledigt und vom Volk abgesprengt worden ist, können viele sich eine Besserung ihrer Lage nicht anders als vermittels eines anderen »Oben« vorstellen. »Die Unternehmer« scheinen, in Umkehrung bisheriger Feindpropaganda, eine transzendente Rasse zu verkörpern, die Götter einer Alltagsreligion der Subalternen. Versachlicht im *Kapital*. Das Unausprechliche, für das die bisherige Machtrealität keine Sprache und keine Ansprüche hinterlassen hat (im Gegensatz zum Konsum), worum sich aber jetzt alle Kämpfe drehen, ist die Alternative einer Demokratisierung auch und gerade der Wirtschaft, also der Selbstregierung der Gesellschaft in ihrer Produktion.

Demokratisierung der Wirtschaft wird nicht für sinnvoll gehalten, weil man spürt, daß die eigentümliche Härte des Kalküls der Optimierung, welches die Ökonomie erst zur Ökonomie macht, notwendig ist. Die meisten wünschen diese Härte auch *gegen sich*, nachdem sie lange genug den bloßen Appell zur Produktivität in seiner Idiotie erfahren haben. Man muß untersuchen, wo realer Widerspruch zwischen Demokratie und Produktivität besteht und wie die Verhältnisse in der Ökonomie gestaltet werden müssen, damit hier keine Blockierung eintritt.

* * *

Die von der Apparatmacht verwalteten Ideen sind nie ganz und für alle entwertet worden. Die Verwalter monopolisierten, mit Brecht zu sprechen, eben auch das Tun des Nützlichen. Die radikalsten Revolutionäre gegen den SED-Staat stammten aus der SED. Ein anderes Indiz sind jene unter dem alten Regime verfolgten und geschurigelten Widerständigen, die jetzt zu den Trägern einer sozialistischen Alternative gehören und schon wieder Verfolgung auf sich ziehen.

20. Januar 1990

Die DDR wird unregierbar. Oder die Regierung muß heute tun, was gestern auf der Straße geschrien worden ist. Es fehlen die Transformatoren einer politischen Kultur dazwischen. Am Wochenende gleichzeitig viele Demonstrationen: der Bauern in Neubrandenburg, des Medizinbereichs (»Schreibtischärzte in die Praxis!«), der neuen Polizeigewerkschaft, der unabhängigen Gewerkschaften, wo gegen Sozialabbau und für das Recht auf Arbeit gesprochen wird und wo auch Pagels vom Westberliner DGB auftritt usw. Eine Gesellschaft gruppiert sich um: der Prozeß der Umordnung als Zustand der Unordnung. Auf den Aufbruch der Massen setze ich noch immer Hoffnung, weil dieser Weg (des demokratischen Revolutionierens) selber ein Ziel ist.

24. Januar 1990

In Mainz hörte ich mich sagen, was ich bislang kaum zu denken wagte: Selbst wenn die Perestrojka im Positiven scheitern und Gorbatschow untergehen würde, hätte sie doch in mindestens zwei Hinsichten Weltgeschichte gemacht: Sie hat nicht nur das globale nukleare Regime gesprengt und die Systemkonkurrenz entmilitarisiert, sondern den Teufelskreis gescheiterter Gewaltregime überall

aufgesprengt und eine offene Situation geschaffen. Es ist nicht schade um das alte Regime. Es ist bitter schade um die alternativen Gestaltungsmöglichkeiten, die es in seinen Untergang mitreißt.

Was G. noch schützt, ist der gähnende Abgrund, den das Land bei seinem Sturz vor sich sieht.

26. Januar 1990

Die angeeignete Revolution: »Die deutsche Revolution dauert gerade wenige Monate — und dennoch macht sich große Ungeduld breit. Obwohl das Tempo der Veränderungen atemberaubend war, geht das Tempo vielen nicht schnell genug.« (Monika Zimmermann) Die Zeiterfahrung immer ein Indikator: Das atemberaubende Tempo ist nicht schnell genug. In verschobener Form drückt dieses Gefühl aus, daß ein Wettlauf zweier Prozesse abläuft: Die radikale Demokratisierung der DDR läuft mit der Abschaffung der DDR um die Wette.

29. Januar 1990

Aus Friggas Notizen: Im Zug mit Ina Merkel. Sie ist 32 Jahre alt, schmal, energisch, übermüdet und abgespannt aussehend, leise. Aus Ina spricht ein verzweifelter Optimismus. Sie ist ganz und gar überzeugt, daß der Westen die DDR aufkauft, zum Müllplatz und zum Billiglohnland für sich macht. Und daß da kein Halten ist. Es gibt überhaupt keine Kapitalismuskritik mehr. Und zugleich sagt sie: Bis zum Sommer waren wir alle in Selbstmordstimmung; jetzt ist der Druck der Aussichtslosigkeit von uns genommen, daß man gar nichts machen könnte. Es war ein unglaublicher Zynismus in den Parteiversammlungen davor. (...)

Gysi, neben dem Ina am Runden Tisch saß, hat zu ihr gesagt, für den Wahlkampf fällt ihm nichts mehr ein, außer er setzt sich vor die Fernsehkamera und heult. Dann würden vielleicht einige Mütterchen sagen, den wählen wir, der sieht so traurig aus.

Einer meiner Hamburger Studenten erzählte, sein Vater könne den Gysi nicht ausstehen. Auf die wiederholte Frage, warum denn nicht, dieser sei doch wirklich nicht korrupt, sagte er unvermutet: »Aber er ist Jude, die sind immer verschlagen.«

3. Februar 1990

Nach Modrow nun Gysi bei Gorbatschow. Wegen Modrows Erklärung zur deutschen Einheit ist die VL aus der Regierung gegangen. Die FAZ sieht auch die PDS davon abrücken und wittert hilfswiese eine Verschwörung: verteilte Rollen. Statt Initiative zurückzugewinnen, hat Modrow nur Schmierseife auf seinen eigenen Weg geschüttet: alles rutscht immer schneller. Gerlach von der LDPD überholt ihn, schlägt den Termin der Bundestagswahl für eine Volksabstimmung aller Deutschen vor und nominiert Weizsäcker zum Präsidentschaftskandidaten aller Deutschen. Derweil schwillt die Abwanderungswelle. Das ist logisch, denn wenn das alles abgerissen und angeschlossen wird, warum dann nicht Zeit gewinnen und auf eigene Faust schon jetzt heim ins Reich?

6. Februar 1990

In der Sowjetunion ist Gorbatschow wieder am Zug: Die »Perestrojka der Partei« erhält einen neuen Schub, neue Kräfteverhältnisse werden in Form gebracht.

Nun fällt endlich die absurde Festschreibung der »führenden Rolle« in der Verfassung, das de facto bereits existierende Mehrparteiensystem wird anerkannt, die KPdSU wird eine Partei unter anderen, führend nur, solange sie Initiative und Konsens hat, und die Parteiwahlen werden demokratisiert, der 28. Parteikongreß vorverlegt, das Politbüro ersetzt durch eine Instanz, die der multinationalen Struktur Rechnung trägt. Das alles ist überfällig, ist aber noch immer erst *Voraussetzung* für die Wirtschaftsreform, nicht diese selber und schon gar nicht deren Erfolg. Der große Politiker Gorbatschow hat wenig Sinn für die Ökonomie. Deshalb weiß man noch immer nicht, ob es in der SU zu einer Umgestaltung des Sozialismus kommt oder, wie in der DDR, zu dessen Abriß, nur verzögert und ohne eine nationale Auffangsstruktur, wie der BRD-Kapitalismus sie für die DDR darstellt.

Giorgio Baratta ruft an aus dem Istituto Gramsci, wo außer Vacca alle einen Aufruf unterstützen, die KPI soll ihren Namen beibehalten, weil sie ihn im Gegensatz zu den durch Repression und Korruption blamierten Parteien saubergehalten hat. Das ist Ingraos Argumentation, und ich unterschreibe ebenfalls. Dabei das Gefühl, daß meine Handlungen keine Linie verfolgen, eher eine bestimmte Streubreite haben. Eigentlich halte ich den Begriff Kommunismus für politisch ruiniert, nur noch gut zur Artikulation einer esoterischen Ethik — für jenen Mönchsorden, von dem Heiner Müller gesprochen hat.

Das bundesdeutsche Kapital will die totale Kapitulation; die schütterten Reste einer »eigenständigen« Marktpolitik, die von der DDR-Wirtschaftspolitik noch verteidigt werden, werden mit Investitionsstreik beantwortet. Die deutsche Börse zu immer neuen Rekorden.

8. Februar 1990

Die Idee einer umgehenden Währungs- und Wirtschaftsunion durchspielend, entdeckt man nun folgendes Szenario: Die DDR-Betriebe, plötzlicher Konkurrenz ausgesetzt, sind fast chancenlos, gehen reihenweise in Konkurs; für die westdeutsche Industrie ist es lohnender, in die DDR zu liefern, als dort eine Produktion aufzubauen; die so entstehende Massenarbeitslosigkeit führt zu Massenabwanderung.

Die Ereignisse kommen mir vor wie Bilder eines Kaleidoskops: zwar fallen immer neue Muster zusammen, im Doppelsinn, und doch bleibt irgendwie alles gleich.

Was stürzt, soll stürzen. Es wäre besser, aus dem Weg zu gehen, um nicht von den Trümmern getroffen zu werden.

9. Februar 1990

Beim ökumenischen Symposium an der Humboldt-Universität habe ich die beiden Franziskaner Leonardo Boff und Frei Betto gehört: Sie sprechen vom Standpunkt der Armen, dies gibt ihrer Botschaft den Atem und die emotionale Substanz, vor allem bei Boff, der zugleich Predigt und die revolutionäre Hermeneutik seiner Predigt reflektiert. Interessant seine Dialektik: Vom Gegensatz Immanenz/Transzendenz orientiert er auf *Transparenz*, eine Art Glasnost von Christus her. Den Armen macht er den Reichen im eignen Herzen erfahrbar und erschließt ihnen, daß das Gegenteil von Armut nicht Reichtum (wie sie spontan

glauben), sondern *Gerechtigkeit* ist. Dabei zielt er nicht auf Umverteilung, verkörpert also nicht die Sozialdemokratie in der Theologie, sondern *tätige Partizipation*, Subjektwerdung in Gesellschaftsgestaltung. Die Armen beansprucht er als Subjekte seines eignen Denkens und Handelns, nicht als Objekte seiner Predigt. »Die Armen sind die Subjekte der Evangelisierung der Bücher, der Theologen, der Kirche — durch ihren Schrei. Nicht weil sie *gut*, sondern weil sie *arm* sind.« Sein Zielbegriff ist *das Reich Gottes*, das aus einem totalitären Endzustand, womöglich im Jenseits, ins Jetzt gerückt, freilich auch in einen unabschließbaren Prozeß verwandelt wird. In jenem »Reich« passiert das alles, bzw. wo das alles passiert, ist auch schon dieses Reich. Die Losung lautet *Resurrektion jetzt*. Das alles ist sehr schön, aber auch schön problematisch, indem wir es hier entgegennehmen, für die jene Armen fast so etwas wie edle Wilde sind, jedenfalls nicht die Leute aus unserer Welt. Diesen Effekt seiner Predigt reflektiert Boff nicht.

Witzig charakterisiert er Ratzingers Versuch, die Theologie der Befreiung zu desartikulieren: »Befreiung« ja — aber von der Sünde; auch »Arme« ja — aber arm im Geiste.

Vieles von dem, was Boff von Jesus sagt, wäre entsprechend von Marx zu sagen. (»Jesus hat nicht die Kirche gewollt. Auch nicht sich selbst ins Zentrum gestellt.«) Den Zusammenbruch des DDR-Sozialismus nennt er merkwürdigerweise eine »Reinigungskrise«, »Befreiung des Kerns von allem Zugefügten«. In Wirklichkeit scheint der Vorgang zur »Befreiung« vom Kern selbst zu mißraten.

In der Körperlichkeit seiner Stimme und in seinem Sprechgestus höre ich die Armen, das *pueblo* Lateinamerikas, mitsprechen. Gewiß hat früheren Sozialistengenerationen der proletarische Klassenstandpunkt eine entsprechende Haltung ermöglicht. Jetzt geht uns diese Wärme und dieses Volk ab.

21. Februar 1990

Verwandelt die SU sich in eine Gesellschaft ohne Vision, die weder Moral noch Dritte Sache mehr kennt? Das ist die Botschaft des Filmes »Das asthenische Syndrom« von Kira Muratova. Dazu paßt die Reportage von Hartmut Schoen über Kriminalität in Leningrad (»Kälte, Mord — und Perestrojka«). »Man muß sich bedienen, solange Gorbatschow noch warm ist«, soll die furchtbare Maxime jugendlicher Krimineller lauten. Wie ist es zu verstehen, daß in der »Perestrojka« Hoffnung und Verzweiflung so verschwistert sind? Wie kommt es, daß die Demokratisierung als Nihilismus erfahren wird und Befreiung ein finsternes Gewaltpotential freizusetzen droht?

25. Februar 1990

Mit Mörike-Tönen hat Helga Königsdorf die Erfahrung der linken Intellektuellen und Künstler in dieser Revolution verdichtet:

Bin das Blatt	Nur die Schellenklänge
In allen Winden	Künden
Längst vergaß ich	Was ich bin
Wer ich war	Ich bin ein Narr



11. Berliner Volksuni
Pfingsten, 1. bis 4. Juni 1990

Der Sozialismus ist tot - Es lebe der Sozialismus?

- Sozialismus ohne Zukunft? - Siege des Kapitalismus?
- Demokratischer Sozialismus als 3.Weg
- Scheitert die Perestroika an ihren Erfolgen?
- planloser Sozialismus und geplanter Markt

- rot-grüne Zeiten im neuen Deutschland
- Kein neuer Staat ohne Frauen! Quotiertes Vaterland?
- Berlin - Stadt der Frauen?
- Neue Hegemonialmacht in Europa?
- Diskussionsforum Umweltpolitik
- Umbau der Öffentlichkeit in der DDR
- Rechtsradikalismus in Deutschland

- Umbau der Gewerkschaftspolitik: Kooperation oder Konkurrenz
- Betriebsräte, Arbeitszeitverkürzung und Mitbestimmung

- Entmilitarisierung Europas oder Auflösung der Blöcke
- Neuaufteilung der Welt in Perestroika-Zeiten
- Südafrika: Umbau der Apartheid?

Abends: Audrey Motaung und Band (Südafrika)
Berliner Ensemble: Lenins Tod (mit Diskussion)

Ein ausführliches Programmbuch (3 DM) erscheint Ende April und ist im Buchhandel erhältlich oder zu bestellen beim VOLKSUNI-Büro, Groningerstr. 50, 1000 Berlin 65, zuzüglich 2,40 DM Porto (bitte in Briefmarken beilegen). Tel.: (030) 455 99 98

André Gunder Frank

Die osteuropäische Revolution von 1989

Zwölf Lehren für demokratische soziale Bewegungen (und Sozialisten?)*

Verlauf und Geschwindigkeit der Ereignisse in Osteuropa, die alle überrascht haben (einschließlich ihre Protagonisten), verlangen eine *schmerzhaft* Neubewertung: Wir müssen einige weitverbreitete Theorien und tiefverankerte Ideologien des Sozialismus, aber auch über Demokratie und/oder soziale Demokratie und die Rolle der sozialen Bewegungen Neubewerten. Weiter verdienen die ökonomischen Ursachen und Konsequenzen dieser soziopolitischen Prozesse mehr Aufmerksamkeit als in der euphorischen Rezeption der Revolution von 1989 bislang. Ihre Analyse bietet mindestens ein Dutzend wichtige Lehren. Hoffentlich können sie uns ermutigen, der Zukunft ins Auge zu sehen und entsprechend zu handeln.

1. *Die Rolle sozialer Bewegungen* am Beginn und im Verlauf dieser Ereignisse war vielleicht größer als je zuvor. Die Bedeutung sozialer Bewegungen und ihrer Mitwirkung an der sozialen Transformation verlangt eine Neubewertung. Unsere bisherigen Arbeiten über soziale Bewegungen bezeichneten die im Osten als in mehreren Klassen fundiert, aber sagten wenig mehr, als daß sie massiv und schnell wachsen würden. Die Teilnahme mehrerer Klassen an sozialen Bewegungen scheint sich im Osten fortgesetzt zu haben, während im Westen die Teilnehmer, besonders die Intellektuellen, aus der Mittelschicht kommen und im Süden soziale Bewegungen die Mittelschicht einschließen, sich aber hauptsächlich auf das Volk bzw. die Arbeiterklasse stützen (Fuentes/Frank 1989, Frank/Fuentes 1990). Im Osten stammt die Führung der sozialen Bewegungen auch aus der Intelligenz, aber unter den Teilnehmern scheinen auch Leute mit anderem Mittelschicht-Hintergrund ebenso wie Massen von Arbeitern zu sein. Wie anderswo auch, haben Frauen massiver und in wichtigeren Positionen in diesen neuen sozialen Bewegungen mitgewirkt. Diese soziale Zusammensetzung der Bewegungen kann auch ihren weniger hierarchischen und mehr antiautoritären Charakter im Vergleich zu den eher traditionellen Institutionen erklären, deren Macht und Legitimität sie herausforderten. Diese Zusammensetzung nach Klasse und Geschlecht und ihre über Erwarten starke Mitwirkung an der sozialen Transformation in Osteuropa und Teilen der Sowjetunion verlangen nach weiteren Analysen.

2. Der *friedliche* Charakter der sozialen Bewegungen und politischen Transformationen in Osteuropa von 1989 verdient besondere Aufmerksamkeit. Das heißt: die Bewegungen selber waren absichtsvoll friedlich, und wenig oder keine Waffengewalt wurde angewendet, um sie zu unterdrücken, außer in Rumänien. Dort wurde der bewaffneten Repression der Securitate erfolgreich durch die Armee

* Von der Redaktion gekürzt.

begegnet, die sich auf die Seite eines (größtenteils spontanen?) Aufstands des Volkes stellte. Nicht nur die Rolle der Armee, sondern auch die Spontaneität und Plötzlichkeit des Volksaufstandes in Rumänien machen einen Unterschied zu den sozialen Bewegungen anderswo in Osteuropa. Diese hatten längere, tiefere und organisiertere Wurzeln in den Kirchen der DDR, der Charta 77 in der Tschechoslowakei, einer Vielfalt von Friedens- und Umweltbewegungen in Ungarn, und natürlich der Solidarność und der katholischen Kirche in Polen. Bulgarien stand vielleicht zwischen ihnen und Rumänien. In den russischen Teilen der Sowjetunion haben soziale Bewegungen und eine Vielzahl von Klubs ebenfalls eine größere Rolle beim Voranbringen von Perestrojka und Glasnost gespielt. In der Tat mußte der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, über die Köpfe seiner eigenen Partei hinweg an soziale Bewegungen von Menschen außerhalb und innerhalb der Partei appellieren, um den Fortschritt »seiner« Perestrojka und Glasnost zu sichern. Die Wirksamkeit all dieser (verschiedenen) friedlichen sozialen Bewegungen bei der sozialen Transformation verlangt eine Neubewertung.

3. Das Verlangen nach *Demokratie* war und ist so weitreichend und radikal, daß es die Bedeutung von Demokratie selbst erweitert. Wir müssen über die parlamentarische Demokratie hinausgehen und die »zivile Demokratie« der Zivilgesellschaft einbeziehen. Das heißt, demokratische Partizipation und Forderungen umfassen, aber überschreiten auch den institutionell begrenzten Bereich der parlamentarischen *politischen* Demokratie und der Wirtschaftsdemokratie, z. B. in Gestalt der Ablehnung von Korruption und Privilegien der Nomenklatura. Lokale Teilhabe und partizipatorische Demokratie finden in zahllosen anderen institutionellen, mehr oder weniger organisierten, spontanen und schnell wechselnden Formen Ausdruck. Unser Verständnis von Demokratie verlangt daher eine Revision und Ausweitung.

4. Die Rolle der *Parteilpolitik* wird durch diese friedlichen sozialen Bewegungen und ihre Ansprüche an Demokratie zumindest relativ abgewertet. Viele Bewegungen und ihre Mitglieder weisen das ausschließliche oder prinzipielle Sich-Verlassen auf Parteilpolitik zurück oder definieren es neu. Sie mobilisieren und organisieren Menschen und ihre Ansprüche nicht nur durch andere Formen der Mobilisierung und Institutionalisierung. Die Bewegungen sind auch bewußt und explizit gegen die Parteilform gerichtet. Natürlich sind sie besonders gegen die Kommunistische Partei; aber sie lehnen auch jede andere Partei ab. Mehrere soziale Bewegungen lehnen es ab, sich in politische Parteien zu verwandeln, nachdem sie ihr unmittelbares Ziel der Befreiung erreicht hatten. Bei einem zentralen Treffen des ostdeutschen Neuen Forums waren 80 Prozent der Anwesenden gegen die Umwandlung der Bewegung in eine Partei für die bestehenden Volkskammerwahlen. Das Bürgerforum der Tschechoslowakei hat eine »lockere Organisation« mit »keinem zentralen Plan, keinen Statuten, und seine Strategie wird nicht von bezahlten Beratern entworfen« (New York Times/International Herald Tribune, 7.12.1989). Ein Gründer der Linken Alternative in Ungarn erklärt, daß sie »eine theoretische Richtung ist, keine Partei. Im Gegenteil, sie ist

eine Anti-Partei-Organisation an der Basis der Gesellschaft« (International Viewpoint, 11.12.1989).

Dennoch schließt die Mitgliedschaft der Bewegungen Leute ein, die in (sogar kommunistischen) Parteien waren oder es noch sind; und die Bewegungen erwarten, daß einige ihrer Mitglieder in neuen Parteien aktiv werden, aber als Individuen. Die organisatorische Unabhängigkeit der Bewegungen als Bewegungen wurde zu hart erkämpft und ist zu kostbar, um leichthin Ansprüchen und Forderungen von Parteien geopfert zu werden. Im Gegenteil, die Bewegungen sind sich sehr bewußt, daß sie ihren Beitrag zur Demokratie nur leisten können *als soziale Bewegungen* und nicht als politische Parteien oder doch als Ergänzung zu ihnen.

5. *Nationalismus und Ethnizität* waren ebenfalls Faktoren in *allen* sozialen Bewegungen in Osteuropa. Nationalismus (wenn auch nur gegen »die Russen«) und ethnische Themen halfen, Leute für die sozialen Bewegungen zu mobilisieren und dann einige ihrer Forderungen zu formulieren. In den baltischen Republiken der Sowjetunion ist Nationalismus vielleicht *die* Hauptkraft in den ethnischen Bewegungen und ihren Forderungen. *Andere* ethnische, nationale und religiöse Unterschiede und Forderungen mobilisieren Menschen gegen die Sowjetmacht *und* gegeneinander in ethnischen/nationalistischen (sozialen?) Bewegungen in den transkaukasischen und zentralasiatischen Gebieten der Sowjetunion. Natürlich ist jede dieser Bewegungen anders als die andere, und sie existieren unter spezifischen Umständen. Zudem sind die ethnischen und nationalistischen Forderungen des Augenblicks sehr beeinflußt von der mehr oder weniger privilegierten oder unterprivilegierten Klassenlage und der geopolitischen/wirtschaftlichen Position der Dominanz oder Unterordnung, *sowie von den kürzlichen Veränderungen darin*. Viele dieser nationalistischen und ethnischen Bewegungen schließen Forderungen nach »nationaler« Staatsmacht ein oder geben ihnen sogar Priorität. Diese Forderungen unterscheiden sie ebenfalls von anderen sozialen Bewegungen, die nicht nach Staatsmacht trachten.

6. Das Problem der *staatlichen Macht* stellt eine schwierige und teilweise neuartige Herausforderung für die sozialen Bewegungen und ihre Beziehung zu politischen Parteien und zum Staat dar. Die Revolutionen von 1989 in Osteuropa wurden von großteils friedlichen sozialen Bewegungen gemacht, die den Sturz von Regierungen und das Zerbröseln der Staatsmacht wollten und erreichten, die sie aber meist nicht selbst ersetzen wollten. Angesichts eines politischen Machtvakuum fanden sich die osteuropäischen sozialen Bewegungen »verpflichtet«, sich neu zu organisieren, um Staatsmacht auszuüben. Lech Walesa erklärte, daß der größte Irrtum, den Solidarność je machte, darin bestand, die Regierung in Polen zu übernehmen; aber »sie hatte keine Wahl«. Das Neue Forum der DDR und das Bürgerforum in der Tschechoslowakei widerstehen der Parteiwerdung, aber sie müssen sich beim Wiederaufbau und Betrieb des Staates einmischen. Ein Teil der Mitgliedschaft der sozialen Bewegungen muß eine Art »doppelter Militanz« entwickeln, eine in der Bewegung und eine andere in einer politischen Partei. Der führende tschechische (Bewegungs-)Dissident, Vaclav Havel, wurde Staatspräsident.

Tatsächlich denken viele, daß das dringendste politische Problem nach der »Befreiung« darin besteht, was nun mit dem Staat zu tun sei. Es gibt im In- und Ausland Besorgnisse, daß der Staat in Ostdeutschland zerfällt, bereits zerfallen ist in Rumänien, und daß diese Gefahr sogar in einer Sowjetunion existiert, die bis an die Zähne mit Nuklearwaffen gerüstet ist. Wer wird in der nicht länger verantwortlichen Supermacht verantwortlich sein für den »roten Knopf«, oder wer wird die »öffentliche Ordnung« in den Straßen von Ost-Berlin oder Bukarest aufrechterhalten? Die Sorge um Stabilität wird im Ausland formuliert (für Ost-Berlin ist von außen die Vier-Mächte-Kontrolle als »Lösung« vorgeschlagen worden, während für Moskau allenfalls ein Gebet für Gorbatschow angeboten wird). Von innen jedoch stellt sich das Dilemma auf praktischere Art. Wenn »wir« oder mindestens unsere Bündnispartner nicht handeln, um Machtpositionen einzunehmen, dann werden dies andere tun und/oder unsere Feinde unterstützen. Daher sind, Befreiung hin oder her, die »befreienden« sozialen Bewegungen verpflichtet, sich auf diese oder jene Art eher den existierenden (staatlichen) Institutionen anzupassen als sie zu reformieren. Die Hoffnung auf mehr zivile Demokratie liegt darin, daß neue soziale Bewegungen alte ersetzen, die von den existierenden Institutionen und ihrer eigenen Institutionalisierung geprägt sind.

Die Institutionalisierung von Bewegungen zu Parteien und zur Staatsmacht ist natürlich anderswo nichts Neues. Viele politische Parteien begannen als soziale Bewegungen, und manche endeten als Verwalter oder gar als Teil staatlicher Macht. Die jetzt 60 Jahre alte all(staats-)mächtige mexikanische Partido Revolucionario Institucional (PRI) hat diesen Übergang sogar in ihren Namen eingefügt. Tatsächlich könnte man einigen kommunistischen Parteien in der Sowjetunion und anderswo nachsagen, daß sie ihr Leben ebenfalls als eine soziale Bewegung begonnen haben, wenn auch mehr nach der Art der »alten« kleinbürgerlich geführten »Arbeiterklasse«. Trotzdem endeten sie oder ihr »Führer« nach dem Motto »l'état, c'est moi«.

Der Konflikt zwischen »Fundis« (*Bewegung* mit fundamentalistischen Zielen und Verfahren) und »Realos« (realistische *Partei*-Organisation und Kompromisse mit der Staatsmacht), der die grüne Bewegung/Partei in Westdeutschland spaltet, ist auch eingebaut in die externen (und vielleicht internen) Existenzbedingungen der sozialen Bewegungen in Osteuropa. So können wirtschaftliche, politische und andere Sachzwänge die sozialen Bewegungen in Osteuropa in Richtung Staatsmacht drängen — und in Richtung prinzipieller Kompromisse angesichts der politischen Kosten eines Versagens gegenüber unerträglichen ökonomischen und anderen Zuständen. In Polen muß nun Solidarność ihren Mitgliedern die bittere IWF-Medizin und die Schockbehandlung in den Rachen zwingen. Nationalistische und einige ethnische Bewegungen jedoch wünschen oft eigene »unabhängige« nationale/ethnische Staatsmacht für sich selbst und/oder wollen sie mit ihrem ethnischen Nachbarn teilen, mit dem sie Verschmelzung wünschen. Kaum jemand unter ihnen betrachtet die eigene Schwäche im Licht der gleichen Wirtschaftskrise, die ihren Bewegungen den ersten Auftrieb gab und für sie immer noch der wichtigste Anschlag ist.

7. Die *Wirtschaftskrise* in Osteuropa und in der Sowjetunion hat sich ausgedehnt und vertieft. Die Wirtschaftskrise und damit verbundene wirtschaftliche Faktoren trugen materiell zu Wunsch und Fähigkeit der sozialen (und auch ethnischen/nationalistischen) Bewegungen bei, so viele Menschen zu dieser Zeit für solch weitreichende politische Ziele zu mobilisieren. Die achtziger Jahre, die tatsächlich Mitte der siebziger Jahre begannen, jetzt in der Sowjetunion »Stagnationsperiode« genannt, schufen eine sich beschleunigende Wirtschaftskrise und absolute Verschlechterung des Lebensstandards in fast ganz Osteuropa (wie auch in Lateinamerika, Afrika und anderen Teilen der Welt; vgl. Frank 1988). Besonders in Osteuropa war diese Periode von einer bedeutsamen Verschlechterung der relativen Konkurrenzbedingungen und des Lebensstandards gekennzeichnet — nicht nur im Vergleich zu Westeuropa, sondern sogar zu den »newly industrializing countries« (NICs) in Ostasien. Weiterhin führte der Verlauf und das (Miß-)Management der Wirtschaftskrise zu Verschiebungen der Positionen der Herrschaft und der Privilegien bzw. der Abhängigkeit und Ausbeutung *zwischen Ländern, Sektoren und verschiedenen sozialen, geschlechtlichen und ethnischen Gruppen innerhalb* der Sowjetunion und Osteuropa. All diese wirtschaftlichen Veränderungen und Pressionen schufen oder verstärkten soziale Unzufriedenheit, Forderungen und Mobilisierung, die sich durch lebhaftere soziale (und ethnische/nationalistische) Bewegungen ausdrücken. Es ist bekannt, daß wirtschaftlich begründeter Unmut verstärkt wird durch den (teilweisen) Verlust »gewöhnlicher« Lebensstandards *und* durch verwandte relative Verschiebungen im wirtschaftlichen Wohlergehen zwischen Bevölkerungsgruppen. Die meisten Wirtschaftskrisen polarisieren, indem sie die Wohlhabenderen relativ, wenn nicht absolut, reicher machen; und sie machen *die* relativ und absolut ärmer, denen es bereits schlecht geht, darunter insbesondere Frauen.

Diese Veränderungen können auch zu Ärger und Mobilisierung in *beiden* Gruppen führen. Die weniger Privilegierten aktivieren sich, um ihren Lebensunterhalt zu verteidigen, gegen die Zerstörung durch »das System« und durch jene, die von ihm durch Korruption oder sonstwie profitieren. Unter den identifizierbaren ethnischen Gruppen sind Türken in Bulgarien, Ungarn in Rumänien, Zigeuner und andere in Ungarn, Albanier in Serbien, Serbier in Jugoslawien, Slowaken in der Tschechoslowakei, Aserbeidschaner und eine Masse anderer in der Sowjetunion, die neben anderen Problemen seit kurzem mit Massenarbeitslosigkeit geschlagen sind. Die Privilegierteren entwickeln jedoch auch Wut gegenüber dem »System«, das die Reicheren verpflichtet, auf eigene »Kosten« ihre »nichtsnutzigen«, »faulen«, ärmeren Nachbarn zu »subventionieren«. Weiterhin finden diese privilegiierteren Gruppen das Gras noch grüner auf der anderen Seite einer sozialistisch/kapitalistischen oder sonstigen Grenze. Darunter sind viele Russen, Armenier und andere in der Sowjetunion und besonders die Esten, Letten und Litauer. Dazu gehören auch die Slowenen und in einem geringeren Maß die Kroaten in Jugoslawien und natürlich viele Deutsche in der DDR, deren Augen und sogar Füße nach dem Wirtschaftsmagneten im Westen ausgerichtet sind. (Unter-)Privilegiert oder nicht — Tausende von »Volksdeutschen« in der Sowjetunion, Polen und Rumänien entdecken plötzlich ihr uraltes Deutschtum und ihren Wunsch, am deutschen Wunder in der Bundesrepublik

teilzuhaben. Die Bevölkerung im ganzen, jenseits ethnischer, nationaler oder sonstiger Gruppen, mobilisiert sich — oder ist immer mehr mobilisierbar — für Forderungen, die aus zunehmend wirtschaftlich begründeter Empörung resultieren. Diese Forderungen können leicht politisiert und zum Ausdruck gebracht werden durch die partizipatorische Ausübung von wirtschaftlicher, politischer und ziviler Demokratie, um die ethnischen und nationalistischen Forderungen gar nicht (wieder) zu nennen, in die sie ebenso leicht überführt werden können. Diese seit kurzem zunehmend wirtschaftlich begründete Empörung in ganz Osteuropa und der Sowjetunion ist unbestreitbarer Hauptfaktor für die weitverbreitete Volksmobilisierung durch soziale (und ethnische/nationalistische) Bewegungen hier und jetzt.

8. *Strategische und politische Veränderungen* bereiteten neue weltpolitische und regionale Verhältnisse vor, die ebenfalls den sozialen Bewegungen halfen, ihre soziale Mobilisierung und politischen Forderungen zu entwickeln, bis jetzt mit Erfolg. Besonders wichtig für Osteuropa war die Abschaffung der Breschnew-Doktrin. In der Tat stellte Gorbatschow vielleicht deshalb die Breschnew-Doktrin auf den Kopf, um Druck für politischen und wirtschaftlichen Wandel in Osteuropa zu machen. Der ungarische Außenminister z.B. konsultierte den sowjetischen Botschafter und bekam seine Zustimmung, bevor die Grenzen zu Österreich geöffnet und die Schleusen für die DDR aufgemacht wurden. Während seines Besuchs in der DDR gab Gorbatschow Erich Honecker im wörtlichen Sinne den Todeskuß auf die Wange und signalisierte dann, daß eine bewaffnete Unterdrückung der Demonstration in Leipzig am 9. Oktober unakzeptabel wäre (manche Berichte melden, daß er sogar drohte, dort stationierte Sowjettruppen zwischen den Demonstranten und irgendeinem drohenden ostdeutschen staatlichen Angriff auf sie aufziehen zu lassen).

In der Sowjetunion selber haben natürlich Perestrojka und Glasnost den Weg für die Mobilisierung sozialer (und ethnisch/nationalistischer) Bewegungen geebnet; und diese sind ihrerseits ein notwendiger Mobilisierungsfaktor, um Perestrojka und Glasnost voranzubringen — und eine Bedrohung für sie, wenn sie »außer Kontrolle geraten«. Polen und China haben schon demonstriert, daß »Perestrojka« — wirtschaftliche Umgestaltung — allzu beschränkt und möglicherweise kontraproduktiv sein kann, wenn sie nicht von »Glasnost« — politischer Reform — begleitet wird; dem gegenüber zeigte das ungarische Beispiel, daß sie Hand in Hand gehen können und müssen, zumindest bis jetzt. Indem er tatsächlich vielleicht diese auswärtige Erfahrung betrachtete, hat Gorbatschow selbst erklärt, warum Glasnost eine zwingende Bedingung für eine erfolgreiche Perestrojka in der Sowjetunion ist. Und eine erfolgreiche Perestrojka ist eine zwingende Bedingung für die Sowjetunion, um irgendeine Art von Macht zu behalten, den Status einer »Supermacht« im Wettbewerb der Weltwirtschaft ganz beiseite gelassen. Vielleicht klingt es daher paradox, aber die politische Abschaffung der Breschnew-Doktrin und etwas »Befreiung« der Sowjetunion von ihrer ökonomischen Bürde in Osteuropa sind auch politisch-wirtschaftliche Notwendigkeiten für die Aufrechterhaltung strategischer Sicherheit und die Förderung wirtschaftlicher Entwicklung in der heutigen Sowjetunion.

Kurzum, diese politischen und strategischen Veränderungen sind eine wichtige Existenzbedingung für die Mobilisierung und den Erfolg der sozialen Bewegungen bis jetzt, weiterhin sind die Weltwirtschaftskrise und ihre besonderen Erscheinungsformen in der Sowjetunion und Osteuropa wesentliche Faktoren — direkt durch ökonomisch motivierte Empörung, indirekt durch die wirtschaftlichen Erfordernisse, die sie den politischen Veränderungen vorgeben —, die die sozialen Bewegungen und ihren relativen Erfolg so weit möglich gemacht haben. Die Bedeutung dieser wirtschaftlichen, politischen und strategischen Umstände erfordert weitere Aufhellung.

9. *Frühe Euphorie verdeckt bittere Realitäten.* Die Euphorie des demokratischen Erfolgs und die Flitterwochen der Befreiung haben all diese wirtschaftlichen Prozesse und polarisierenden Probleme in den letzten Gepäckwagen des volkstümlichen D-Zugs verwiesen. Die Lokomotive fährt nur durch politischen Dampf, und sie wird versorgt oder eher geschoben durch die sozialen Bewegungen aus den überfüllten Wagen der zweiten Klasse. Besonders die Presse, und noch stärker die im Westen, zeichnet fast den gesamten Prozeß als eine überglückliche Vergnügungsfahrt in Richtung Freiheit und Demokratie. Und das ist es auch, aber nicht nur. Die wirtschaftlichen Strukturen, Prozesse und Probleme werden nicht durch politische Euphorie allein transformiert.

Die bittere Realität sich noch verschlechternder wirtschaftlicher Not bedrückt in ihrem Alltag die Bevölkerung in Polen und großen Teilen Jugoslawiens; weniger, aber immerhin auch in Ungarn, der Tschechoslowakei, in Bulgarien und Ostdeutschland; und jeden Tag stärker in der Sowjetunion. Rumänien erfreut sich eines zeitweiligen Aufschubs der verheerenden Nahrungsmittelexporte, aber die anderen Probleme werden bald folgen. Wenige Menschen wissen, oder wagen auszurechnen, wie gewichtig die wirtschaftliche Wirklichkeit ist, die die Richtung dieses politischen Zuges bestimmt, ganz wie die Gleise und Weichen und der Bahnkörper darunter bestimmen, in welche Richtung und in welchem Tempo ein Zug sich bewegt.

Dennoch nehmen viele Menschen die wirtschaftlichen Prozesse und Konsequenzen genau wahr, die die politischen Veränderungen begleiten, die von den sozialen Bewegungen hervorgebracht worden sind. In Polen ist es schon so, und anderswo droht es so zu werden, als ob das schwere ökonomische Gepäck unablässig durch den Zug nach vorn geschleppt wird und dabei mehr und mehr die Reisenden aus den sozialen Bewegungen verdrängt. Der Ärger der Reisenden verschiebt sich mehr und mehr von der politischen Unterdrückung zum wirtschaftlichen Mangel. Und er richtet sich auch gegeneinander, gegen die privilegierten Mitreisenden und gegen die Wagen weiter vorn (und von ihnen aus gesehen, gegen die hinten, die nur als »nutzloser Ballast« mitgeschleift werden müssen), und der Ärger richtet sich bei nahezu allen Reisenden und der Besatzung gegen die Lokomotive, die Bahnhofsvorsteher und vielleicht gegen das ganze Eisenbahnsystem. Natürlich und zu Recht wird jede/r Reisende darauf bestehen, daß er oder sie die neugewonnene Demokratie und die damit verbundenen sozialen Bewegungen dazu nutzen kann, in diesen lebenswichtigen Dingen ein Wort mitzureden. Viele Reisende werden bald wünschen, ihre neue (sozial

bewegte) Unterstützung einem populistischen neuen Zugführer zu geben, der ihnen endlich Erlösung verspricht, insbesondere von ungeliebten Mitreisenden. Der serbische Führer Milosevic und sein Anhang bieten ein hinreichend abschreckendes Beispiel. Ethnische und national(istisch)e Wagen können schon bald vom Zug abgekoppelt werden in Jugoslawien, der Sowjetunion und vielleicht anderswo. Die Wagen weiter vorn im Baltikum, in Slowenien und Ostdeutschland können lockerer oder fester mit nach Westen gerichteten Lokomotiven verbunden werden. Schwerer ist es zu sagen, ob alternative politisch-wirtschaftliche Gleise oder besser: Rangiergleise für die hinteren Wagen zur Verfügung stehen.

So könnten die gleichen sozialen Bewegungen, die zunächst die Befreiung förderten, die politischen demokratischen Prozesse gefährden, die sie selbst in Gang gesetzt haben. Tatsächlich könnten in den Wehen wirtschaftlicher und politischer Krisen sekundäre oder andere soziale Bewegungen Träger von ethnischen, nationalistischen oder Klassenauseinandersetzungen und -rivalitäten werden — mit unvorhersehbaren Konsequenzen, die diktatorische populistische Rückschläge gegen die neugewonnene Demokratie einschließen könnten.

10. *Ein historischer Vergleich* der Revolutionen und ihrer sozialen (aber nicht nationalistischen) Bewegungen von 1789, 1848, 1917, 1968 und 1989 mag angemessen sein (und einige vergleichende Reflektionen über den Platz und die Rolle Rußlands). Dies kann die Revolution von 1989 in eine Art historischen Kontext stellen, anstelle einer Zusammenfassung dieser Betrachtung eines noch andauernden Prozesses in Osteuropa und der Sowjetunion. Die Revolution von 1789 war anfangs friedlich, aber sie wurde gewaltsam und konterrevolutionär nach der Übernahme der Staatsmacht. Es war eine »bürgerliche« Revolution, um für mehr Kapitalismus den Weg zu bahnen, aber sie war nicht gegen »Feudalismus«. Die Revolutionen von 1848 waren sowohl friedliche wie gewaltsame Anschläge auf die Staatsmacht, aber alle wurden gewaltsam unterdrückt und zum Scheitern verurteilt. Die Revolutionen scheiterten darin, auf der Stelle liberale bürgerliche Grundsätze gegenüber konservativen durchzusetzen, obwohl viel davon in der Folgezeit irgendwie aufgegriffen wurde, nicht zuletzt dank der sozialen Bewegungen, die von der Arbeiterklasse geführt wurden.

1917 begann die Revolution im wesentlichen friedlich und wurde gewaltsam, um die Staatsmacht von den Zaren zur Kerenski-Regierung zu verlagern. Im Oktober/November 1917 war das ursprüngliche Ziel eine friedliche Warnung gegenüber der Regierung; aber der revolutionäre Prozeß beschleunigte sich bis hin zum bewaffneten Angriff auf die Staatsmacht. Das war erfolgreich, führte aber zum Bürgerkrieg und in der Folge zur Macht der sowjetischen kommunistischen Partei. Die sozialen Bewegungen der Arbeiterklasse versagten überall im Nachkriegseuropa. Selbst in Rußland bildeten die Arbeiter nur einen kleinen Teil der revolutionären Kräfte, weiter dezimiert durch den Bürgerkrieg. Die »Revolutionen« von 1968 waren großteils friedliche soziale Bewegungen, die oft mit Waffengewalt unterdrückt wurden, obwohl niemand ernsthaft die Staatsmacht bedrohte. Ein besonderes Merkmal der »neuen« sozialen Bewegungen war, daß sie nicht durch die Arbeiterklasse geführt oder begründet wurden. Im Gegenteil,

1968 bedeutet das Eingeständnis, daß soziale Bewegungen weit über die »traditionelle« (industrielle) Arbeiterklasse, die kommunistische Partei und/oder Gewerkschaftsführung hinausgreifen müssen.

Die Revolutionen von 1989 begannen friedlich als weitverbreitete und tiefgehende soziale Bewegungen. Sie hatten schneller und nachhaltiger Erfolg damit, zivile Demokratie und Zivilgesellschaft einzuführen und politische Befreiung zu erreichen, als sogar ihre Protagonisten erwarteten. Schließlich funktionierte diesmal (wenn auch unerwartet) die Dominotheorie; dies zum Teil darum, weil die sozialen Bewegungen keine bewaffnete Repression erlitten, weder von innen noch von außen (außer im »unabhängigeren« Rumänien, wo jedoch die Armee den Volksaufstand unterstützte und rettete). Dieser allgemein milde Widerstand an der Spitze war natürlich den Veränderungen der Bedingungen und der Politik in der Sowjetunion geschuldet. Der Zusammenbruch an der Spitze angesichts dieser Bewegungen führte dann in einigen Fällen nahezu zum Ende der Staatsmacht und der Institutionen, die »die öffentliche Ordnung garantieren«, so sehr, daß sogar westliche Kommentatoren Alarm schlugen. Vielleicht kommt in dieser Beunruhigung ihr Versagen oder hoffentlich nur ihre Verspätung zum Ausdruck, die folgeschwere Neuformulierung und Ausdehnung des demokratischen Prozesses anzuerkennen, wenn er — um Abraham Lincoln zu paraphrasieren — »durch, von und für das Volk« ausgedehnt wird über die parlamentarische politische Demokratie hinaus zu ziviler Demokratie in der Zivilgesellschaft. Zur gleichen Zeit haben die ökonomischen Strukturen und Prozesse nicht die Aufmerksamkeit erhalten, die sie wegen ihrer Bedeutung verdienen. Die harten Schläge des wirtschaftlichen Lebens drohen die sozialen Bewegungen und politischen Prozesse in gefährliche Richtungen abzulenken, wenn auch hoffentlich nicht zurückzuschlagen. Wenn 1989 wie 1789 in die Geschichte als das Jahr der Revolution eingehen wird — was folgt daraus für 1990 und die neunziger Jahre —, wird es Analogien zu den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts geben? Ob noch einige, und welche, konterrevolutionäre Thermidore für wann zu erwarten sind, würden wir ungern vorhersehen. Nach der militärischen Niederlage in Afghanistan (ein zweiter Krimkrieg?) ist die »imperiale« Reichweite der Sowjetunion politisch wirksam herausgefordert auf Grund ihres wirtschaftlichen Versagens, und die »Union« kann sich faktisch auflösen. Rußland, ob noch »sowjetisch« oder nicht, mag dadurch relativ geschwächt, aber vielleicht absolut wiederbelebt und gestärkt werden (zur Vielfalt sozialer Bewegungen und ihrer Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert siehe Amin u.a.1990; zur ost-westeuropäischen Wiedervereinigung siehe Frank 1983/1984).

11. *Der real existierende Sozialismus* wurde durch diese Ereignisse grundlegend transformiert und muß neu bedacht werden. Ausschlaggebend für das Versagen des real existierenden (Nicht-)Sozialismus in Osteuropa und der Sowjetunion war das Unvermögen, wirtschaftlich effektiv mit dem Westen zu konkurrieren. Es ist bekannt, daß die zentralisierten Planwirtschaften relative Erfolge mit ihren Anstrengungen hatten, ein absolutes Wachstum zu erzielen. Schwerindustrie und in einigen Ländern im großen Stil industrialisierte Landwirtschaft schossen in die Höhe. Soziale Dienste wurden entwickelt, aber nicht individuelle Dienst-

leistungen. Ebenso ist deutlich, daß die unflexiblen Ökonomien außerstande waren, intensives Wachstum voranzutreiben. Die Sowjetunion und Osteuropa waren unfähig, mit der jüngsten technologischen Revolution, besonders der Computerisierung des Westens (ebenso der ostasiatischen NICs) Schritt zu halten. Im Gegenteil, sie verloren absolut und relativ an Boden. Dies war der bestimmende Ausgangspunkt für die sozialen Bewegungen und Revolutionen.

Diese Osteuropa betreffenden Beobachtungen verlangen allerdings nach Relativierung im Blick auf andere Weltgegenden. Bemerkenswert ist, daß die Ökonomien in ganz Afrika, im größten Teil Lateinamerikas und in Teilen von Asien neuerdings mit der *gleichen* Wettbewerbsunfähigkeit geschlagen sind, was im verheerenden Niedergang des absoluten Lebensstandards und in weltwirtschaftlicher Marginalisierung zum Ausdruck kommt. Ähnlich bedeutsam ist, daß in keinem dieser Länder ein ernsthafter Versuch (von Erfolg zu schweigen) verzeichnet werden kann, das scheiternde Wirtschaftssystem durch ein radikal anderes zu ersetzen (geschweige denn den dort fehlgeschlagenen Kapitalismus durch Sozialismus). Keins der neuen demokratischen Regime Lateinamerikas will das »exportgesteuerte Wachstum« (ob absolutes Wachstum wie in Chile oder absoluter Rückgang wie in Argentinien) reformieren oder gar rückgängig machen. Statt dessen ist die demokratische Öffnung selbst bedroht von den repressiven wirtschaftlichen Maßnahmen, die die demokratischen Regierungen (nicht zuletzt durch Intervention des IWF) ihren Bevölkerungen auferlegen müssen. Die ökonomische Niederlage des »Sozialismus« als solchem ist also relativ zum Erfolg wie auch zum Mißerfolg des »Kapitalismus« zu sehen, sich auf demselben (»kapitalistischen«) Weltmarkt zu behaupten. Die Auswechslung eines »Systems« durch das andere garantiert nicht, daß eine Ökonomie konkurrenzfähiger wird; die meisten müssen nach wie vor auf der Strecke bleiben. Die Abkehr der osteuropäischen Ökonomien vom »Sozialismus« zugunsten größerer Marktfreiheit und Integration ins Konkurrenzsystem des Weltmarkts folgt unmittelbar auf ihr Scheitern, im Augenblick einer wirtschaftlicher Schwäche, die zugenommen hat und weiter zunimmt. Die Gefahren, nicht zuletzt des fortgesetzten ökonomischen Scheiterns und einer politisch in die Sackgasse mündenden Desillusionierung der Bevölkerung, sind deshalb groß.

Die Wirtschaftskrise in Osteuropa und der Sowjetunion wird sich fast sicher kurzfristig weiter vertiefen. Sowohl die sich vertiefende Krise als auch die marktwirtschaftliche Antwort auf sie wird zu noch größerem Mangel, neuer Arbeitslosigkeit, rasanter Inflation und Durchlöcherung des Sozialstaates führen. All dies, und besonders letzteres, wird insbesondere zu Lasten von Frauen und Kindern gehen, deren bereits überproportional große Belastung dadurch noch zunimmt. Die politisch-ökonomische Bewegung in Richtung auf Markt und Privatisierung, ob »kapitalistisch« oder »sozialistisch« — erzeugt durch die sozialen Bewegungen in Osteuropa —, kann bestenfalls eine ökonomische und soziale Polarisierung durch eine andere ersetzen. Korruption und Privilegien, begründet in der Herrschaft der Kommunistischen Partei, können in großem Umfang, wengleich nicht völlig beseitigt werden. Aber Markt und Privatisierung erzeugen eine andere, in höherem Grad automatische Polarisierung von Einkommen und Position, auch zwischen den Geschlechtern und unter den Klassen, ethnischen

Gruppen und Regionen. Eine Minderheit wird an die Oberfläche einer vielleicht zunächst zurückweichenden, dann aber steigenden Flut gespült, und die Mehrheit wird weiter unter die Oberfläche gedrückt. Diese Polarisierung wird wahrscheinlich ethnisch, national und international zunehmen. Ethnische, nationale und internationale Spannungen und Konflikte werden sich weiter verschlimmern. Die bereits jetzt im Konkurrenzkampf privilegierten Regionen und Völker werden wahrscheinlich ihre Positionen weiter verbessern, vielleicht durch engere ökonomische und politische Beziehungen oder sogar Integration mit westlichen und nördlichen Nachbarn. Unterprivilegierte Minderheiten dort und unterprivilegierte Mehrheiten sonstwo werden wahrscheinlich zunehmend marginalisiert. Der Traum von einem sich vereinigenden Westeuropa mag so für wenige verwirklicht werden. Bestenfalls werden einige Teile des Ostens zu einem anderen Südeuropa, wiewohl auf Kosten beider Konkurrenten, was zu wachsenden Befürchtungen im Süden Europas geführt hat. Jedoch stehen viele in Osteuropa und vielleicht den südöstlichen Teilen der Sowjetunion vor der realen Bedrohung einer Lateinamerikanisierung, die bereits Polen ergriffen hat. Den osteuropäischen Ländern stehen innen Inflation und außen Abwertung bevor, und danach eine mögliche Währungsreform als Schockbehandlung. Die sozialen Kosten sind gewiß, aber die ökonomischen Erfolge nicht, wie die jüngsten Mißerfolge in Argentinien und Brasilien gezeigt haben. In einigen Fällen, besonders in der Sowjetunion, droht die wirtschaftliche Afrikanisierung oder zumindest ein wirtschaftlicher Zustand wie im Mittleren Osten und ein politischer wie im Libanon. Kurzfristig wird jedes Aufbrechen der »zweiten« Welt einigen ihrer Mitglieder ermöglichen, sich der (kapitalistischen) »ersten« Welt anzuschließen, aber die meisten werden auf die (ebenfalls kapitalistische) »dritte« Welt verwiesen.

12. Gibt es also in Zukunft *einen anderen Sozialismus*? Wie würde er zustandekommen? Ein oft behandeltes Thema, zumindest von denjenigen, die sich selbst als Sozialisten verstehen, ist die Frage, ob die Sowjetunion und Osteuropa, oder irgendetwas an anderer Stelle, wirklich »sozialistisch« gewesen sind. Weil ihre Antwort ein schrilles Nein ist, argumentieren sie, daß die seit langem bekannten Mängel und Probleme des real existierenden Sozialismus, die schließlich zu den Revolutionen von 1989 führten, nicht wirklich zum »Sozialismus« gehörten, sondern nur zum »Stalinismus« oder zu irgendeiner anderen Abweichung vom oder Verfälschung des »wahren Sozialismus«.

Praktikabilität und theoretische Kohärenz dieses vielleicht gut gemeinten Arguments kollidieren jedoch mit der sozio-politischen Realität der ganzen Welt. Erstens, wenn es jemals ein Argument gab, das sich nur an die schon Bekehrten wendet, dann ist es dies. Es könnte wohl kaum jene bekehren, die schon den real existierenden Sozialismus erfahren haben, selbst wenn es der reale Nicht-Sozialismus war: Diejenigen, die jetzt den größten Teil des bisher existierenden (Nicht-)Sozialismus ablehnen, werden sehr wahrscheinlich auch jeden potentiellen »wirklichen« Sozialismus zurückweisen. Viele werden ihr Vertrauen statt dessen der Zauberkraft des Marktes schenken oder leider einer rechten Politik.

Zweitens: Wie anti-stalinistisch auch immer die subjektive Absicht dieses Arguments sein mag, seine objektive Konsequenz ist ein Festhalten an den Waffen der stalinistischen Theorie des »Sozialismus in einem Lande« oder in irgendeiner noch kleineren Gemeinschaft. Dieses Argument stößt an die Wirklichkeit des Konkurrenzkampfs auf der ganzen Welt. Die Unfähigkeit, dem Rechnung zu tragen, war das Grundversagen des stalinistischen »Sozialismus«, oder was immer es war. Welcher Sozialismus auch immer, oder Kapitalismus, oder gemischte Wirtschaft, oder islamische politische Ökonomie, oder wofür immer irgendwelche Leute »sich entscheiden« mögen, sie können dem weltweiten Konkurrenzkampf nicht entfliehen.

Drittens: Die (einzige) alternative Interpretation des »wirklichen« Sozialismus ist »Welt«-Sozialismus. Von seiner Irrealität für irgendeine vorhersehbare Zukunft abgesehen, ist es schwierig sich vorzustellen, was dieser »Sozialismus« überhaupt bedeuten soll. Was würde diesen »Weltsozialismus« vom »Weltkapitalismus« unterscheiden, solange der Wettbewerb herrscht als eine (oder die) Tatsache des Lebens in der zukünftigen Welt wie schon seit Jahrtausenden?

Was ist mit der Sozialdemokratie, alternativ zum demokratischen Sozialismus? Bei »Sozialisten« in Ost und West, selbst bei Gorbatschow, fand sie mit einem Mal neuerliche Wertschätzung als die bestmögliche Verbindung von »Sozialismus« und »Demokratie«. Sie blicken, wieder mit Gorbatschow, auf Schweden, manchmal auf Österreich, als Modell für Osteuropa und sogar für die Sowjetunion. Im architektonischen Design des »Gemeinsamen Europäischen Hauses« sorgten dann viele Sozialisten und Sozialdemokraten für entsprechende Einflüsse, die auch vom Osten in den Westen strömen würden. Ganz Europa ein Schweden in Großbuchstaben. »Es wäre eine gute Idee«, sagte Gandhi, gefragt, was er von der europäischen Zivilisation halte. Leider nehmen diese guten Ideen selten Notiz von ein paar harten Fakten. Selbst wenn, was kaum realistisch ist, die Sowjetunion beiseite bleibt, sind die Aussichten für eine kurzfristige Verschwendung Osteuropas nicht allzu rosig. Statt dessen wird es allen, auch Westeuropa und sogar den USA und Japan, einiges abverlangen, auch nur einige ökonomische (sozialdemokratische) Fundamente zu legen (bzw. bereits vorhandene zu erhalten), die für eine politische Sozialdemokratie in Osteuropa nötig sind. Ob und wie weit ein westdeutsch/europäischer »Marschallplan« diese befördern würde, ist im besten Falle ungewiß. Profitable Investitionen in den Osten könnten ebenso leicht stärkere Polarisierung im Westen bedeuten. Wirklich »neue« soziale Bewegungen, in Ost und West, könnten sich entwickeln und eine derart beschleunigte Polarisierung sowohl widerspiegeln wie auch vorantreiben.

Daher sind »Sozialisten« tatsächlich durch die harten Fakten des Lebens verpflichtet, den »Sozialismus« zu aktualisieren, wenn sie darauf bestehen, auf ihrer »sozialistischen« Ideologie zu beharren. Wir würden nicht vorgeben, diese Aktualisierung hier und jetzt zu unternehmen und schon gar nicht allein. Um jedoch realistisch zu sein: Jeder Sozialismus müßte nicht nur den Wettbewerb berücksichtigen, sondern auch die Regeln des (Wettbewerbs-)Spiels neu schreiben, die es bestimmen: Geschlecht, Klasse, nationale, ethnische, religiöse, nachbarschaftliche und wirtschaftliche, politische, soziale, kulturelle, ideologische und andere Interessengruppen, Familien und individuelle Beziehungen

müßten neue partizipatorische sozial (bewegte) Ausdrucksformen und institutionellen Schutz bekommen sowie Garantien für den wechselseitigen Respekt ihrer demokratischen Artikulation und für die friedliche Lösung ihrer Interessenkonflikte jenseits von allem, was bisher die Welt gesehen hat. Realistisch gesprochen, sind die Aussichten für einen solchen »demokratischen Sozialismus« oder etwas Ähnliches in der Welt im großen und ganzen düster. Tatsächlich deutet alles darauf hin, daß die Lage noch schlechter werden muß, ehe sie besser werden kann.

Doch vielleicht wird sich die Lage tatsächlich so schnell und so sehr verschlechtern, daß die Menschheit einer gemeinsamen wirtschaftlich-ökologischen und/oder militärisch-politischen Krise und daher soziokulturellen Krise von so alarmierender Größe entgegenseht, einer absoluten Bedrohung der physischen Vernichtung oder des Überlebens, daß wir endlich veranlaßt werden, uns zu sammeln.

Aus dem Englischen von Volker Gransow und Werner van Treeck

Literaturverzeichnis

- Amin, Samir u.a., 1990: Transforming the revolution: Social Movements in the World-System. New York (i.E.)
- Frank, André Gunder, 1983/1984: The European Challenge: From Atlantic Alliance to Pan-European entente for Peace and Jobs. Nottingham (1983), Westport (1984)
- Frank, André Gunder, und Marta Fuentes, 1990: Social Movements in recent World History. In: Samir Amin u.a. 1990
- Fuentes, Marta, und André Gunder Frank, 1989: Ten Theses on Social Movements, In: World Development XVII, 2, Februar
- dies., 1987: Nine Theses on Social Movements, In: Economic and Political Weekly XXII, 35, 29. August

Weitere Beiträge zum Themenschwerpunkt

- Wolfgang Fritz Haug: Marktsozialismus? Argument 179 (1990)
- Pierre Juquin und Frieder O. Wolf: Die Perestrojka im Westen ist überfällig! Argument 179 (1990)
- Jan Rehmann: Die vorweggenommene Kapitulation. Manifest der »Radikalen Linken«. Argument 179 (1990)
- Cynthia Cockburn: Perestrojka und Feminismus. Argument 178 (1989)
- Zur gegenwärtigen Lage der DDR: Diskussionsmaterial der Sektion marxistisch-leninistische Philosophie der Humboldt-Universität. Argument 178 (1989)
- Irene Dölling: Marxismus und Frauenfrage in der DDR. Argument 177 (1989)
- Georges Labica: Der Begriff der Revolution. Argument 176 (1989)
- Wolfgang Fritz Haug: Die Perestrojka als Revolution — wogegen? Argument 176 (1989)
- Frigga Haug: Die Perestrojka auf sozialdemokratisch? Ein Eingriff in die Diskussion um Lafontaine. Argument 174 (1989)
- Klaus Segbers: Überlegungen zu einer Dialektik der Perestrojka. Argument 170 (1988)
- Wolfgang Fritz Haug: Gorbatschow — oder Revolution wider die Apathiemaschine. Argument 170 (1988)
- Frigga Haug und Barbara Ketelhut: Die Perestrojka und die Frauen. Argument 170 (1988)
- Theodor Bergmann: Die zweite Entstalinisierung. Argument 170 (1988)
- Hansgeorg Conert: Die Gorbatschowschen Reformen. Argument 168 (1988)
- Helmut Fleischer: Die Perestrojka erreicht die Philosophie. Argument 167 und 170 (1988)
- Hansgeorg Conert: Revolutionäre Reform? Zu Gorbatschows Projekt. Argument 162 (1987)
- Theodor Bergmann: Über die Reformfähigkeit des Sozialismus. Argument 160 (1986)
- Michael A. Lebowitz: Die Krise der sozialistischen Wirtschaft überwinden! Argument 160 (1986)
- Hansgeorg Conert: Gorbatschows Wirtschaftspolitik des indirekten Zentralismus. Argument 154 (1985)
- Istvan Balogh: Sozialistische Warenproduktion und Marxismus. Argument 153 (1985)
- J.A. Amarzumow: Gesellschaftlich-politische Krisen im Sozialismus. Argument 152 (1985)

Nicht der Sozialismus stirbt, sondern der »rohe Kommunismus«

Peter Ruben im Gespräch mit Michael Grabek*

Steht die DDR am Beginn einer wirklichen Erneuerung, in der die revolutionären Traditionen von 1789 und 1917 aufgehoben werden können?

Das würde ich schon sagen. Man muß sich nur darüber klar werden, daß die Revolution von 1917 und ihre Folgerevolutionen als *politische* Negation des Kapitalverhältnisses durchgeführt worden sind. Das heißt, es waren *politische* Revolutionen ... unter dem Kommando einer modernen, *militärisch* potenten KP, die zu ihrer Verteidigung die Herrschaft des politischen Apparats ausbilden mußte. Die erste Frage dieser Revolution war die Formierung einer Armee. Und nach diesen Prinzipien dreht sich nun, angesichts der Frage, wie man denn die Wirtschaft führen soll, plötzlich die sachliche Problemstellung, ohne daß die Führung es bemerkt. Sie übertragen — eigentlich ist es Trotzki's Auffassung — die politische und militärische Administration auf die Wirtschaft. Machbar ist dies, insofern bloßes Wachstum betrieben wird, *nicht Entwicklung* der Produktivkräfte.

Die heutige Chance bestünde also darin, endlich mit jener, nun sterbenden, militärbürokratischen Befehlswirtschaft Schluß zu machen?

Genau, nicht der Sozialismus stirbt, sondern der »rohe Kommunismus«. Man hat den Eindruck einer Metamorphose. Eine Haut wird abgestoßen, die schon tot ist. Und dies hängt natürlich mit der Entwicklung der Zyklen der Weltwirtschaft zusammen ...

Dann läge der Beginn der Erneuerung gerade am Ende der Depressions- und am Anfang der Erholungsphase?

Genau hier liegt unsere große Chance. Die jetzige Krise muß die Kräfte freisetzen, die uns die Möglichkeit geben, in der Erholungsphase die Produktivkräfte zu konstituieren, die uns für die folgenden Generationen weitere Entwicklungsschübe erlauben. Da bin ich gar nicht so skeptisch. Und das bedeutet, daß jetzt im eigentlichen Marxschen Sinne der »Deutschen Ideologie« überhaupt erst die Aufgabe besteht, Sozialismus zu konstituieren, im Gegensatz zum »rohen Kommunismus« ... Sozialismus hieße, anknüpfend an die alten Lateiner eigentlich *societas*, also Leute oder Kommunen, die miteinander im Verkehr stehen, *Verträge* abschließen. Und hier haben wir den eigentlichen Punkt, um den es geht: Der rohe Kommunismus hat den Austausch ausgeschlossen und ihn durch die Distribution ersetzt. Wir sind ein Distributionssystem und der Austausch ist verschwunden, folglich wurde die Preispolitik notwendig für den Staat ... Worauf es jetzt ankommt ist nicht die Reproduktion des *Privat*austauschs, was die Herren da drüben gerne möchten, sondern den Austausch zwischen Gliedern der Gemeinschaft, die als souveräne Produzenten nach ihren Fähigkeiten in der Produktion selbst entscheiden, was sie bedarfsgerecht produzieren müssen ...

Also stünden wir wieder bei Marx, daß »der Kommunismus die Produktion der Verkehrsform selbst ist«, und wir hätten endlich zu bestimmen, was die den sozialistischen Kommunen adäquate Verkehrsform wäre?

* Das Gespräch wurde am 18. November 1989 geführt. Im nächsten Heft bringen wir ein Nachgespräch im Anschluß an die Wahlen vom 18. März 1990.

Ja, und dies ist eine experimentelle Sache. Wir sind keine Utopisten, aber nichts desto weniger brauchen wir Hypothesen über die Natur des Sozialismus, und zwar gesellschaftlich konsensfähige — und gleichzeitig das Bewußtsein, daß unsere praktische Arbeit das Experiment auf die Möglichkeit der Hypothesen ist ...

Welche positiven Erfahrungen liefert uns da der RGW?

Gar keine. Der RGW in seiner bisherigen Verfassung kann so nicht weiter existieren, das ist völlig klar. Der RGW ist nichts weiter als eine gelegentliche — auf Grund des politischen Verteidigungsbündnisses mit der SU — Koordinierung von Wirtschaftsabläufen, und im Grunde auch Zuteilung.

Da wäre der RGW nur die Fortführung der alten stalinschen Vorstellungen vom Kommunismus als Weltstaat, der das Produzierte irgendwie verteilt?

Ganz recht. Der RGW ist entstanden unter der Voraussetzung, der Annahme, daß es einen Weltmarkt nicht mehr gibt, hingegen nun einen demokratischen Weltmarkt und einen kapitalistischen, »imperialistischen« andererseits. Überhaupt ist die Annahme, daß der Weltmarkt verschwinden könnte, die *Vollendung* des rohen Kommunismus. Die Attacke auf den Markt, auf den Austausch ist der eigentliche Gegenstand des rohen Kommunismus. Es ist die Attacke auf das Geld. Und seit 1970/71 wurde diese Vorstellung von den RGW-Staaten in geradezu atemberaubender Weise durchbrochen. Die Erhöhung der Kreditaufnahme stieg um das Elfache in zehn Jahren. Das bedeutet, daß sie nunmehr die Teilhaberschaft am kapitalistischen Mehrwert betreiben und so auf ihre ursprünglichen Vorstellungen von der Existenz eines demokratischen oder sozialistischen Weltmarkts gepfiffen hatten, weil der nämlich nichts bot.

Man sagt gewöhnlich, daß die Deutschen nie eine wirkliche Revolution vollbracht, nie eine vollendet hätten. Was ist »übrig geblieben« von der Reformation, 1789, 1848, 1917/18 und dem Beginn des DDR-Aufbaus, auch an Positivem, das in einer wirklich sozialistischen Erneuerung aufgehoben werden kann?

Zunächst, diese Vorstellung, daß die Deutschen zur Revolution unfähig waren, basiert auf einer *bloß politischen* Ansicht von der Revolution ... Die deutsche Entwicklung ist aber keine bloße politische Sache, keine bloße Konstitution eines nationalen Gemeinwesens, sondern die Deutschen sind in die Geschichte eingetreten als ein *Bündnis* verschiedener Stämme, das heißt als eine *Gesellschaft im kleinen*. Eine Gesellschaft wohlgemerkt, nicht eine Kommune ... Versteht man nun aber unter Revolution gesellschaftliche Revolution, kulturelle Revolution, Revolution des Geistes, dann kann man über die Deutschen gar nicht meckern. Da haben sie kräftig mitgemacht. Die Revolution, die dazu führt, die Dominanz der katholischen Ideologie in Europa zu brechen, ging von Deutschland aus. Man denke nur an Luther.

Stichwort Luther in der Gegenwart (Fritz Schorlemmer z. B.). Ist diese Tradition noch relevant für die Verteidigung des Sozialismus?

Marx selber erkennt in Luther den ersten Nationalökonom. Das ist das, was mich an Luther hier interessiert. Der Luther hat das Problem des Kaufhandels zur Debatte gestellt ... das heißt, die Identifikation der Handelstätigkeit als Arbeit. Das ist Luther. Das haben die deutschen Kommunisten bis heute nicht begriffen.

Ist das noch präsent in der protestantischen Kirche von heute?

Ja, weil die protestantische Kirche als Gemeinde originär demokratisch verfaßt ist. In der Ideologie, der Theologie, in der Religionsvorstellung natürlich mystifiziert und verdreht, aber diese eigene ökonomische Fragestellung ist noch da.

Schorlemmer also der objektive Repräsentant diese Denkens in der Geschichte und insofern kein Opponent des Sozialismus ...

Überhaupt nicht. Was die Kirche immer mitbringt, ist das klare Bewußtsein von der Notwendigkeit der Gemeinschaftlichkeit ... und bei den Deutschen war es eben so, daß die Gemeinde überhaupt nur noch bei der evangelischen Kirche präsent war. Sonst wurde sie ja zerstört und an ihre Stelle tritt das privat-egoistische Individuum, als bürgerliches Individuum konstituiert. Dagegen hat die Kirche auch als protestantische Kirche die Gemeinde immer festgehalten. Natürlich nur als Kirchengemeinde.

Und die Kirche in der DDR verteidigt dann erneut die Gemeinschaftlichkeit gegen die hier wachsenden Privategoisten, und darin bestünde ihre positive Funktion für die gegenwärtige Erneuerung?

Ja, so ist es. Die Kirche ist sozusagen selber einer der Repräsentanten des eigentlich kommunistischen Gedankens. Kommune heißt Gemeinde, weiter nichts. Die Kirche ist in diesem Sinne immer antiliberal.

Wenn die Kirche immer antiliberal ist, wie verhalten sich dann Schorlemmer und Gerlach zueinander? Ist Gerlach dann der Repräsentant von 1789?

Ja, hat er expressis verbis artikuliert. ... Wenn Gerlach auftritt und sich Liberal-Demokrat nennt, also zwei verschiedene Sachen vereinigt und nun die Losungen der französischen Revolution artikuliert, dann geht es um den citoyen, aber nicht mehr in der Abstraktion vom Bourgeois, sondern nunmehr als Bürger der DDR, so daß jeder Produzent ein sozialistischer citoyen ist ... und die Sozialismus-Erklärungen beider sind überhaupt keine Phrase.

Also keine Taktiererei, wirklicher Sozialismus-Denken, das ernst zu nehmen ist?

In jedem Falle. Der Mindestkonsens, soweit man das wahrnehmen kann, besteht darin, daß die Kirche die Gemeinschaftsidee einbringt, die Liberalen den citoyen und der normale Arbeiter eben die Vorstellung der sozialen Sicherheit, das heißt im einfachen Wissen, daß wir mehr sind, als eine Bande von Privategoisten.

Der Herbst '89 eine »Wende«?

Wenn man mit Wende den gesamten Vorgang meint, der hier abläuft, dann ist die Wende am 9. Oktober passiert. Nämlich mit der Entscheidung, nicht die Waffen einzusetzen. Dies war bereits die Spaltung in der Führung. Wenn sie konsequent eine »chinesische Lösung« angestrebt hätte, hätten sie schießen müssen.

Ist die »chinesische Lösung« nun ausgeschlossen?

Ich halte sie für absolut ausgeschlossen. Sie ist damit am 9. Oktober erledigt worden.

Und Modrows Regierungserklärung?

Zeigt uns die Entfaltung der »Wende« und insbesondere, daß nunmehr in der DDR seit Jahrzehnten zum ersten Male eine Regierung besteht, die sich als Vollzugsorgan der Volkskammer versteht und nicht mehr irgendeinem Parteisekretariat oder Polit-Büro Untertan ist und Weisungen entgegennehmen wird.

Zu Modrow. Haben wir einen Gorbatschow an der Spitze, auch von den Fähigkeiten her?

Modrow ist ein unglaublicher Glücksfall. Von den Fähigkeiten her ist er sogar noch besser. Modrow hat etwas, was Gorbatschow fehlt, die Einsicht in die Natur der wirtschaftlichen Aufgaben. Er stand doch dauernd mit einer intelligenzintensiven Dresdener Industrie in Kommunikation, und außerdem ist er promovierter Ökonom, Gorbatschow hingegen Jurist. Gorbatschow sieht die Sache mehr politisch, was auch richtig ist, ich will da nichts in Abrede stellen, aber für uns ...

Also Modrow brächte demnach die Fähigkeiten mit, die Gramsci von einem modernen Politiker verlangt? Intelligenz und Fachkompetenz, die er in sich vereinigt ...

... und noch etwas dazu, was nach den Erfahrungen der letzten zehn Jahre von sehr großer Wichtigkeit ist, nämlich die moralische Integrität der Person. Das spielt eine ungeheure Rolle. Dieser Mann ist nicht korrumpierbar. Der läßt sich totschiagen, aber er ist nicht korrumpierbar. Und genau weil das so war, kam er ja in die Führung nicht rein, blieb er ein Outsider ...

Zur gegenwärtigen Krise. Die DDR hat 130 Milliarden Mark Inlandsschulden und 21 Milliarden Dollar Auslandsschulden. Ist die DDR bankrott? Droht der Ausverkauf?

Davon kann keine Rede sein. Die Inlandsverschuldung, wenn sie in dieser Höhe richtig angegeben wurde, bewegt sich in einer handelsüblichen Größenordnung. ... Das sind in etwa 40 Prozent des Brutto sozialprodukts. Eine Verschuldung in dieser Höhe kann eine Volkswirtschaft, die sich produktiv entwickelt, allemal tragen.

Also die zentrale Frage ist die nach der Produktion ...

Das ist der Punkt. Man sollte Schumpeter ernst nehmen: »Auf seinen Schulden reitet man zum Erfolg!« Die Leute denken immer, wenn Schulden da sind, ist es etwas Schlechtes. Quatsch, Schulden zu machen, heißt, wenn sie richtig gemacht werden, *Potential für Entwicklung bilden!* Wenn man natürlich den Kredit verfrisst und sich feudal verhält, wie der Adel gegenüber seinen Gläubigern, dann ist es aus. Alle wirklichen Entwicklungen der Produktivkräfte sind immer über das Eingehen von Schuldverhältnissen realisiert worden. Mein Problem ist, ich will eine detaillierte Aufstellung, wofür die Inlands- und Auslandsschulden genau gemacht wurden.

Wir brauchen ein neues Zirkulationssystem mit einer Zentralbank, die die jetzige bisher inflationstreibende Staatsbank ersetzt ...

Das ist eine der Fragen, die bisher nicht gestellt wurden ... Wir haben leider wenig Fachleute. Das heißt, der »rohe Kommunismus« hat eben mit seiner Attacke auf das Geld auch dazu geführt, daß eine ziemliche Ahnungslosigkeit über die Natur des Geldes vorhanden ist. Wir brauchen eine Reform des Bankensystems und damit zugleich das Erwerben von Kompetenz über Banken, Geld, Währung, Börsen etc., was ja alles denunziert wurde, bis hin zu Mittags Intervention ab 1978/79 »Geld spielt keine Rolle«. Wir müssen uns Zeit lassen für einen neuen Lernprozeß ...

In diesem Zusammenhang sprichst Du Dich strikt gegen Preispolitik aus ...

Das muß das Endziel der ökonomischen Reform sein. Der Preis, die Preisbildung selbst, ist eine Angelegenheit des Marktes. Der Markt ist die einzige Institution, die einen objektiven Preis bildet. Alles andere ist Nonsense. *Preispolitik* bedeutet immer Verzerrung der Wertverhältnisse ...

Wir müssen also lernen, Preise zu bilden. Aber wer, die Produzenten untereinander?

Ja, jeder Produzent ist ja auch ein Abnehmer. Er braucht Rohstoffe, Maschinen usw. Die muß er kaufen ... Markt heißt persönliche Entscheidung der am Austausch beteiligten Partner über die Höhe des Preises. Der Preis ist der Index des Austauschs.

Modrow sprach in seiner Regierungserklärung vom »sozialistischen Unternehmergeist« als Ausdruck einer völlig neuen Produktionspolitik, die seinerseits gemacht werden soll. Nun wissen wir, daß die Geschichte der DDR immer auch eine Geschichte der — oft willkürlichen — Liquidierungen von Produktivkräften war (man denke nur an die Luft- und Raumfahrt-Industrie, den Automobilbau, die Vernachlässigung der Schwachstromtechnik mit ihren Folgen für die gegenwärtige Mikroelektronik u.a.). Wo finden sich trotz der gravierenden Rückständigkeit Potenzen zur Erneuerung?

Es wird sich zunächst generell darum handeln, die *Potenzen der Personen*, der *Individuen* in dieser Wirtschaft *juristisch* und *ökonomisch* freizusetzen. Also, alle Vorschriften aufzuheben, insbesondere die Beschränkungen der Vertragsabschlußfähigkeit für die Arbeitskräfte. ... und zweitens: Beseitigung aller Steuern, wie Gewinn- und Einkommenssteuern, die implizieren, daß die Leute nicht arbeiten, ihr Leistungspotential nicht ausschöpfen. ... ich will also kein politisch motiviertes Steuersystem mehr, sondern die klare *ökonomische* Begründung der Steuer und zwar so, daß die Produktivkräfte entwickelt und nicht beschränkt werden. ... Des weiteren muß das leninsche Prinzip der Einzelleistung realisiert werden. Die *Person* war ja gar nicht verantwortlich.

Du würdest Lenin hier nicht kritisieren wollen?

Nein, ganz im Gegenteil. Wir hatten eine unleninsche Realisation. Lenin ist doch kein Militarist gewesen. Seine Neue Ökonomische Politik ist das genaue Gegenteil von dieser Realisation ... Das war Stalinismus in Reinkultur, bürokratisch-militärische Verfassung eines Apparats, in dem *niemand* mehr verantwortlich war.

Was bringt, da wir ja über den Sozialismus reden, der heutige DDR-Arbeiter trotz seiner staatlich-hörigen Vergangenheit und außerhalb des doppelt-freien Lohnarbeiters an Fähigkeiten und Erfahrungen mit, so daß Du sagen kannst, in nuce ist das Potential vorhanden für den persönlich freien Arbeiter im sozialistischen Sinne?

Seine Produktionskompetenz! Ganz einfach, praktische Produktionskompetenz. Das heißt, er weiß, wie man Güter erzeugt oder Dienstleistungen produziert. Welche unter welchen Bedingungen, wann ökonomisch am günstigsten, am rentabelsten. Die Arbeiter wissen ganz genau, wie sie, je nach Arbeitsart, die sie realisieren, eine ökonomisch-vernünftige Arbeit zu organisieren haben. Man muß sie nur befragen. ... das Problem, um das es geht, ist oft — was Intellektuelle gar nicht wissen, weil sie die Produktionserfahrung nicht haben — nicht so sehr, was produziert wird, das versteht sich sowieso, aber *wie* die Organisation der Produktion *rationell* zu machen ist, so daß rentabel produziert werden kann. Und das ist eine enorme Kompetenz, die unsere Arbeiter haben. Sie wird nur nicht genutzt, weil nämlich dieses Organisationspotential, das der Arbeiter selber hat, nicht zugelassen ist, auf Grund der Kommandostruktur der Wirtschaft.

Nächste Frage gleich in diesem Zusammenhang, Produktionskompetenz und Arbeitsmittel, Produktionsmittel ... Wir haben ja nun sehr oft darüber diskutiert, daß einer der entscheidenden Punkte der ökonomischen Krise der siebziger und achtziger

Jahre gerade der ist, daß Arbeiter (Ingenieure und Techniker inbegriffen) die notwendigen Produktionsmittel, die Mittel, die sie zum Produzieren brauchen, heute nicht mehr haben, heute nicht mehr kompensieren können per Bastlerarbeiten in den »berühmten« Bastel-Kammern der Neubauten usw. Wo siehst Du da den Ansatz, aus dem — für mich — Dilemma herauszukommen, um über die Restrukturierung des eignen Maschinenbaus, den Außenhandel etc. Produktionsmittel herzustellen, die es ermöglichen würden, daß der DDR-Facharbeiter sich dem Niveau seiner Kollegen im Westen wieder annäherte? (Die Ausreisewelle hat doch auch die Tatsache deutlich offenbart, daß in ganzen Berufen, Produktionsarten, Industriezweigen nicht mehr die Fachkompetenz wie in der BRD vorhanden ist.)

Ja, so ist es ... Da kann ich nur sagen, daß dies der eigentliche substanzielle Kern der Wirtschaftsreform ist. In bezug auf dieses Problem müssen wir uns auf eine jahrelange Entwicklung einstellen. Ganz klar, da gibt es überhaupt keine andere Lösung mehr, so tief steckt die Karre eben im Dreck ... Das System hat eine ganze Generation lang unter der Situation des Dilettantismus gelitten. Dies muß man überhaupt in dieser Klarheit und Präzision wahrnehmen. Das wäre die erste Frage. Die zweite ist: Natürlich ist in diesem Lande die volle Durchsetzung des Dilettantismus nicht überall gelungen. Sie ist z.B. nicht durchgeschlagen in der Landwirtschaft wegen des genossenschaftlichen Eigentums. Da ist die Subsumtion unter die Staatsgewalt nur partiell gelungen, so daß wir dort hohe Kompetenz haben. Und dann gibt es natürlich eine Reihe von Produktionszweigen oder Betrieben, die durchaus Weltmarktstandard besitzen. Z.B. die polygraphische Industrie und auch der Textilmaschinenbau ... Und man kann Deine Fragen nicht vom abstrakten oder allgemeinen Standpunkt, den Du in der Wissenschaft zunächst realisierst, beantworten. Ich müßte jetzt die LPG x, y oder z aufsuchen und fragen, »was habt ihr für Möglichkeiten?«. Und die geben mir die Antworten ...

Also, wir wissen heute noch gar nicht, was überhaupt produziert werden kann. Wir müßten erst analysieren, um dann entscheiden zu können.

Genau. Es gibt Tausende von wirklich guten Wirtschaftskadern, die uns sagen könnten, »also, wenn diese Vorschrift beseitigt wird, jene nicht mehr ist, dann könnte ich hier dieses oder jenes machen und das würde uns soundsoviel einbringen ...«. Das sind die Leute, die Du hervorlocken mußt. Dazu muß die Presse helfen, der Rundfunk und alle möglichen Leute. Das wäre eine *Offensive* der ökonomischen Reform für das Volksbewußtsein in einem solchen Maße, daß sich jeder engagieren würde. Und das wäre ein Druck auf die Rationalität des Bewußtseins und weg von der Ideologie. Den brauchen wir, und da muß man einen langen Atem haben. Ich rechne mit zehn bis zwanzig Jahren in der Wiederherstellung der Potenzen der DDR-Volkswirtschaft.

Und bis dahin laufen die Leute nicht weg?

Die Leute laufen doch deshalb nicht weg, weil wir hier schlechter leben als anderswo. Warum laufen uns die Leute weg? Meine einfache Antwort lautet: Weil sie ihre *persönliche Produktivkraft* hier nicht entwickeln können! Dies ist der wirkliche Hauptgrund des Weglaufens. Wenn mir eine junge Frau im Fernsehen erklärt, ich möchte doch endlich mal Verkäuferin sein und nicht immer nur sagen »ham wa nich«, dann weiß ich, was die Glocke geschlagen hat. Und das ist genau die *deutsche* Antwort auf den rohen Kommunismus. Die Deutschen sind nicht gegen die Gemeinschaft, aber sie sind dagegen, daß die *Person* unterworfen wird und aufhört, als

Person zu existieren. Wenn Du den Deutschen in der *Persönlichkeit* attackierst, dann rennt er Dir entweder weg oder macht'n Aufstand. Und genau das ist der Punkt. Wir haben den Dualismus von Volkseigentum, Gemeinschaftspotenz einerseits und persönlichem Eigentum, persönlicher Potenz in der Produktion so liquidiert, daß wir die Person zum Element des Systems der Gemeinde gemacht haben. Wir brauchen ja gar keine Personen mehr ... Der einzelne will etwas tun, will zeigen, was er kann. Ein Arbeiter will immer zeigen, was er kann, in der Produktion, an der Dienstleistung, die er verrichtet ... Dieses Potential freisetzen, dann würdest Du — bei einer genauen ökonomischen Analyse, die wir noch gar nicht haben — die Antwort auf Deine Fragen (einschließlich der Fundamentalfrage, wo das Potential für die Erneuerung überhaupt ist) in einem dauernden Reaktionsprozeß schrittweise ermitteln und weiterentwickeln müssen. Es gibt keine ad-hoc-Antwort auf Deine Frage. Ich kann ebensogut auch antworten, ja es ist möglich, daß dieser Laden Pleite geht. Ich hatte es als Möglichkeit kalkuliert und bin froh ...

... daß die DDR erstmal nicht pleite ging ...

... ja, daß es vorher passiert ist, mit der Abservierung dieser politischen Scheiße und daß wir jetzt freie Bahn haben. Dies ist für mich die reelle Chance, die die DDR hat. Es ist überraschenderweise gelungen, diese politische starre Haut abzusprengen, ehe es ökonomisch zu spät war. Und das ist die erfreuliche historische Situation.

Kommen wir noch einmal auf eines der ideologischen Zentralprobleme: Plan und/oder Markt? Im Westen wird ja immer wieder unterstellt, die DDR müsse sich aus der Planwirtschaft befreien und endlich zu einer Marktwirtschaft, einer »freien« oder »sozialen«, übergehen. Also Liquidierung der Planung und Etablierung von Marktverhältnissen ...

Also, dies ist natürlich ökonomischer Dilettantismus sondergleichen. Eine Alternative zwischen Plan und Markt gibt es nicht, hat es nie gegeben in der Weltwirtschaft, absoluter Unsinn. Solange es Wirtschaft gibt, und ich spreche von der alt-orientalischen Tempelwirtschaft, gibt es Planung. Und jeder Bauer in einer, von mir aus feudale verfaßten Landwirtschaft, *plant* natürlich seine Produktion, mindestens für seine Familie. Das als erstes. Das zweite ist, der Markt wird konstituiert — theoretisch mal betrachtet — durch *mindestens zwei Planer*, die als Produzenten miteinander in den Austausch treten, in den Verkehr treten. Der Markt hat also *in sich* das Element des Plans. Worum es nun geht, ist überhaupt nicht die Alternative von Planwirtschaft und Markt, sondern erstens, daß man begreift, daß es nicht um *die* Planwirtschaft geht, sondern um eine bestimmte Art von Planwirtschaft, die in Wahrheit keine Planwirtschaft war, sondern das *politische Chaos*, eine chaotische Wirtschaft unter dem *Schein* des Plans. Unter der Voraussetzung nämlich, daß die politische Gewalt Macht bekommen hat, Investitionsentscheidungen nach ihren politischen Bedürfnissen durchzusetzen, ohne die Proportionalität, also die Verhältnisse in der Volkswirtschaft überhaupt in Rechnung zu stellen. Dies ist keine Planwirtschaft gewesen. Planwirtschaft kann doch nur eine Wirtschaft sein, die auf Grund einer ökonomischen Analyse (die es nicht gab, da keine ökonomische Theorie da war, die als Mittel der Analyse unterstellt werden konnte) den gegebenen Zustand der Wirtschaft so führt, leitet, daß eine Steigerung der Arbeitsproduktivität insgesamt herauskommt. So, und nun möchte ich auf die wirkliche Geschichte seit der Oktoberrevolution zurückverweisen. In den zwanziger Jahren hat es in der SU die Debatte um *indikative* oder *direktive Planung* gegeben. Das war die große Frage, daran sollte man sich erinnern. Und dies ist in der Phase der NÖP die große Debatte gewesen, und einer der

Hauptrepräsentanten war Kondratjew für die indikative Planung. Etwas, was man in Japan gemacht hat. Die japanische Wirtschaft ist eine Planwirtschaft, und zwar — ich habe kürzlich einen ungarischen Ökonomen gehört — ist die so rigide, wie es sich kein sozialistisches Land leistet. Die Frage ist nicht Plan oder Markt, sondern die, um welche Planung es sich handelt. Nehmen wir die Volkswirtschaftsplanung, dann muß man wissen, was eine *Volkswirtschaft* im Unterschied zu einer *Betriebswirtschaft* oder zur *Weltwirtschaft* ist. Und nun frage ich, welche ökonomische Theorie erklärt dir diesen Zusammenhang, so daß im exakten Sinne von einer Planwirtschaft geredet werden kann. Da kann ich dir nur sagen, das Modellbeispiel ist Japan. Dort ist das MITI, das Ministerium für Industrie und Handel dafür verantwortlich, daß die Entwicklung der Weltwirtschaft genau studiert wird, um Investitions- und Absatzchancen der japanischen Industrie so exakt zu ermitteln, daß neue Investitionsentscheidungen über den Staat möglich sind ...

Also würdest Du demnach die staatliche Plankommission in eine Art MITI zum Studium der Weltwirtschaft umfunktionieren ...

Ja, genau. Die zentrale Planung soll darauf hinauslaufen, daß die Chancen der Volkswirtschaft auf dem Weltmarkt — und sie können immer nur als *Chancen* ermittelt werden und nicht als harte Fakten — genau ermittelt und mit möglichst minimiertem Risiko neue Wege für die DDR-Volkswirtschaft auf dem Weltmarkt erschlossen werden.

Wenn die DDR-Ökonomie nun endlich den Weltmarkt ernst nähme, stünden wir dann vor dem Problem einer kommenden Massenarbeitslosigkeit?

Zunächst, als faktisches Problem sehe ich überhaupt keine Arbeitslosigkeit. Ich sehe nur Arbeitskräftemangel in diesem Land. In bezug auf die Freisetzung der Entscheidungskompetenz der Kombinat- und Betriebsdirektoren handelt es sich klarerweise darum, daß man davon ausgehen muß, wenn Produktivkraftsteigerung betrieben werden soll, wird selbstverständlich Arbeitskräftefreisetzung durch Senkung des Arbeitskraftaufwandes betrieben. Insofern ist natürlich klar, daß Arbeitslosigkeit als Möglichkeit bedacht werden muß ... Das heißt, natürlich brauchen wir einen Sozialfonds, in dem möglicherweise auftretende Arbeitslose ihre Unterstützung erhalten und gleichzeitig eine solche Steuerung durch das Gemeinwesen, daß wir Umqualifikationen der Arbeit erzielen, daß wir neue Produktionen eröffnen.

Wer den Weltmarkt konsequent annehmen will, muß zwangsläufig die eigene Währung konvertibel machen ...

Da muß ich sagen, hüte uns der liebe Gott davor, diese Sache sofort in Angriff zu nehmen! Wir können keine konvertible Währung haben, wenn die DDR-Industrie und -Landwirtschaft nicht auf dem Weltmarkt *voll wettbewerbsfähig* ist. Ist die Weltmarkt-Wettbewerbsfähigkeit wiederhergestellt, dann kann die DDR-Mark selbstverständlich konvertibel gemacht werden, unter der Bedingung, daß eine vernünftige Zentralbankpolitik geführt wird. Also, daß *nicht* eine *politische* Entscheidung über die Geldmenge getroffen wird, sondern eine *ausschließlich ökonomische*. Sukzessive muß dies angesteuert werden. Diejenigen Betriebe, die konkurrenzfähig sind, muß man sofort frei laufen lassen, andere müssen abgebaut, umstrukturiert werden, um eine derartige Wettbewerbsfähigkeit zu erlangen.

Das heißt also, die Konvertibilität der DDR-Mark ist der Endpunkt einer neuen Geld- und Kreditpolitik auf Basis der Reorganisation der Produktion?

Ganz klar, anders nicht. Die Konvertibilität muß am Ende stehen, nicht am Anfang. Es gibt Leute, abstrakte Ökonomen, die sagen, wir haben zu viel Geld und zu wenig Waren, also müssen wir eine Geld- und Währungsreform machen. Furchtbares Geschrei, sie gehen immer von der falschen Seite aus. Sie gehen von der Geldseite an die Reorganisation der Produktion, des Wirtschaftssystems heran. Das halte ich für falsch, das sind Fehler in Polen und Ungarn. Es führt unweigerlich zu inflationären Erscheinungen und letzten Endes wie in Polen dazu, daß die eigene Landeswährung von den Polen selbst »Heu« genannt wird. Das gilt schon gar nicht mehr als Geld und zunehmend werden Dollar oder DM die eigentlich fungierende Währung ...

Nun könnte man, vielleicht zynisch, fragen, was ist daran so schlecht?

Daran ist schlecht, daß die Betriebe nicht mehr planen können. Die Betriebe brauchen ein stabiles Preissystem zur Planung der Betriebswirtschaft. Man muß wissen, bei diesen und jenen Kosten ist dieser oder jener Gewinn zu erwarten ... Sobald die Preise sich nicht mehr kalkulierbar verändern, also sozusagen *galoppierende Inflation* besteht, hört jede Kalkulierbarkeit der Produktion des Betriebes auf.

Kommen wir zur Notwendigkeit einer umfassenden Demokratisierung. Du sprichst in diesem Zusammenhang explizit von »kooperativer Demokratie« ...

Schon durch die Benennung soll der Unterschied z.B. zur CDU/CSU-Argumentation deutlich gemacht werden. Da geht es klarerweise von der Voraussetzung aus, Demokratie besteht darin, daß eine Regierungspartei eine Oppositionspartei vor sich hat und daß die Regierungsverhältnisse wechseln können, daß die Opposition an die Regierung kommt etc. Jedenfalls ist klar, daß es sich bei dieser Auffassung von Demokratie um einander *gegenüberstehende* Opponenten handelt ... Geht man nun davon aus, daß bei uns das Gemeinwesen nicht nur im politischen Ideenhimmel realisiert ist, also im Parlament nur als politische Abstraktion seine Existenz hat, sondern ökonomisch im Gemeineigentum, im Volkseigentum, so bedeutet das, daß nunmehr dieses Verhältnis der Demokratie als des Wechselspiels, als der Regierungsübernahme bloßer Opponenten gegeneinander, durch ein neues Verhältnis zu den Sachfragen nach der ökonomischen Entwicklung dieses Landes abgelöst werden muß. Unsere Fragen sind daher nicht mehr dominant politisch, sondern sie sind ökonomische Sachfragen und in der Bestimmung der Probleme ist die Frage nach der Parteizugehörigkeit plötzlich sekundär. Wenn es um die Frage geht, wie die Rentabilität eines Betriebes gesichert werden soll, geht es um *Sachkompetenz*. Und die Entscheidung darüber liegt nicht in der Tatsache, daß jemand einer Partei angehört. Dies ist ja gerade der *rationelle* Kern des Kampfes gegen den Führungsanspruch der SED ... In der sozialistischen Gesellschaft hast Du sehr wohl verschiedene Interessen und daher verschiedene Parteien, aber diese sind immer rückgekoppelt an ein gemeinsames, verbindendes Interesse auf Grund des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln, am Land, so daß sie nicht mehr als Opponenten gegeneinander wirken. Außer den bloßen, wie in der bürgerlichen Gesellschaft konstituierten Sonderinteressen, gibt es eben das alle bindende konstituierte Gemeininteresse wirklich. An die Stelle des Spiels von Regierung und Opposition tritt eine *Kooperation* von Leuten, die gewiß Sonderinteressen haben — was wir jetzt endlich anerkennen —, die zweitens aber auch ein gemeinschaftliches Interesse besitzen. Damit existiert eine völlig neue Situation für die Demokratie in diesem Lande.

Klaus Peter Kisker

Ökonomische Lehren aus dem Scheitern des »Feudozialismus«

Vorbemerkung: Der Aufsatz erscheint gekürzt um den historischen Teil, in dem der Verfasser die Voraussetzungen für die ungeplante Metamorphose des Leninschen Projekts untersucht, die er mit dem Begriff »Feudozialismus« umschreibt: Im Gegensatz zu Lenins These von 1899, daß in Rußland bereits Kapitalismus herrsche, legt er den Akzent auf das Fehlen einer »ursprünglichen Akkumulation des Kapitals« und die Dominanz feudaler und absolutistischer Strukturen. Er kommt zu dem Schluß, daß der Versuch, »auf den Trümmern der untergehenden Feudalordnung eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, in einem Mischsystem aus Feudalismus und Sozialismus mündete, kurz: in einem *Feudozialismus*. Das heißt aber auch: nicht erst mit dem Stalinismus sind die Weichen falsch gestellt worden. Bereits im Oktober 1917 begann eine Entwicklung, die bis in die achtziger Jahre nicht revidiert wurde und die bis heute fälschlicherweise als die sozialistische bezeichnet wird.« Gleichwohl besteht Kisker darauf: »Die Oktoberrevolution war kein Fehler. Die Alternative hieß nicht Sozialismus oder bürgerlich-demokratische Republik, sondern Versuch eines Sozialismus oder Errichtung einer reaktionären, volksfeindlichen Militärdiktatur.«

Red.

Die Übertragung des Feudozialismus auf die osteuropäischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg

Die DDR war und ist das höchstentwickelte Land im ehemaligen Ostblock. Auf Grund ihrer Entstehung und ihrer geopolitischen Lage war sie bisher in besonderem Maße Objekt eines Systemvergleichs mit der kapitalistischen Bundesrepublik. Das Scheitern des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der DDR hat die Diskussion um die Krise des angeblichen Sozialismus deshalb in voller Schärfe entbrennen lassen. Aber in der DDR ist nicht ein Sozialismus, sondern, ähnlich wie in der UdSSR, ein *Feudozialismus* an seine Grenzen gestoßen.

Die sowjetische Besatzungszone war nach dem Zweiten Weltkrieg genau so wenig frei, ihre Wirtschaftsordnung zu wählen, wie die drei westlichen Besatzungszonen.¹ Die KPD wollte nach dem Zusammenbruch eine bürgerlich-demokratische Republik aufbauen. »Wir sind der Auffassung«, hieß es in einem Aufruf vom 11. Juni 1945, »daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.« In der Zeitschrift *Einheit* wurde der »besondere deutsche Weg zum Sozialismus« in klarer Abgrenzung vom sowjetischen begründet.² Diese Konzeption wurde drei Jahre später unter dem Druck der sowjetischen Administration für falsch erklärt. Im September 1948 schrieb die *Einheit* dementsprechend: »Der einzige Weg zum Sozialismus sei der sowjetische«. In die Sowjetisierung der osteuropäischen Staaten, die Stalin 1947/48 in Angriff nahm, wurde die DDR bis 1952 allerdings nicht einbezogen. Erst ab Mitte 1952 wurde hier das zentral gelenkte, administrative Herrschaftssystem sowjetischen Typs endgültig eingeführt.

Es ist hier nicht von Interesse, den Auf- und Umbau des administrativen Planungssystems in der DDR und die Schwerpunkte der verschiedenen 2-, 5- oder 7-Jahrpläne darzustellen. Festzuhalten ist, daß es mit diesen Plänen gelang, trotz

ungünstiger Voraussetzungen eine Grundstoffindustrie mit beachtlichen Kapazitäten aufzubauen, allerdings zu Lasten einer befriedigenden proportionalen Entwicklung der Gesamtwirtschaft und zu Lasten einer den Planzielen entsprechenden Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des privaten Verbrauchs.³ Die Bemühungen der Parteiführung, die aufgetretenen Mängel abzustellen, führten zu einer immer stärkeren Zentralisierung des Staats- und Wirtschaftsapparates.

Die von der Führung der DDR Ende 1962 initiierten Diskussionen über mögliche und notwendige Reformmaßnahmen, die durch Libermann stark beeinflusst waren, führten 1963 zur Verabschiedung der »Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft«. Die Intention des NÖSPL war, die staatliche Planung von Detailfragen zu entlasten und mit einer indirekten Steuerung der Betriebe über monetäre Hebel zu verbinden. Obwohl damit gerechnet wurde, daß eine so weitreichende Reform nicht störungsfrei verlaufen würde, war die Entwicklung seit 1963 positiv. Hohe und stabile Zuwachsraten der Gesamtproduktion und der Investitionen kennzeichneten die Periode bis 1969/70. In diesen Jahren stieß die Planung — wie zuvor unter dem alten System Anfang der sechziger Jahre — an die durch die Entwicklung der Produktivkräfte bedingten Grenzen.

Die Wachstumskrise wurde von der DDR-Führung nicht zum Anlaß genommen, das Reformmodell weiter zu entwickeln. Statt dessen erfolgte 1971 eine Rezentralisierung, die — nach anfänglichen ökonomischen Erfolgen — die Entwicklung der Produktivkräfte in den achtziger Jahren zunehmend hemmte. Es ist davon auszugehen, daß die Retransformation insbesondere politische Gründe hatte. Der absolutistische Herrscher, das Politbüro der Partei, hatte die Furcht, die Kontrolle über das betriebliche Geschehen und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu verlieren (vgl. Mittag 1970).

Das Ergebnis der bisherigen Überlegungen ist: Der grandiose Versuch Lenins, das Unmögliche zu versuchen, in Rußland auf dem untergehenden Feudalsystem einen Sozialismus aufzubauen, in dem individuelle Freiheit und Entfaltung der Persönlichkeit in einem entwicklungsfähigen Wirtschaftssystem gewährleistet sind, ist aus objektiven Gründen gescheitert. Es entstand ein Mischsystem aus Feudalismus und sozialistischen Elementen. Die Versuche Lenins, mit der NÖP den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft neu zu beginnen, ist nach anfänglichen Erfolgen von Stalin auf das Größte entstellt und in ihr Gegenteil verkehrt worden. Es entstand ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das Ressourcen für partikuläre Ziele mobilisieren konnte, das, von extremer Rückständigkeit ausgehend, ein extensives Wachstum bestimmter Prioritätsbereiche ermöglichte, das aber an seinen eigenen Erfolgen, nämlich der Entwicklung der Produktivkräfte, zugrunde gehen mußte. Der notwendige und angestrebte Übergang von der extensiven zur intensiven Reproduktion Mitte der siebziger Jahre ist in allen feudosozialistischen Gesellschaften gescheitert. Sie waren nicht fähig, die intensive Entwicklung einer zunehmend komplexeren Wirtschaft als Basis für eine freie Entfaltung der Menschen zu fördern.

Die Krise des gegenwärtigen Kapitalismus

Der Kapitalismus hat sich in seiner rund 160jährigen Geschichte als ein dynamisches Wirtschaftssystem erwiesen. Die Entwicklung der Produktivkräfte erfolgte nirgendwo schneller, das wirtschaftliche Wachstum war nirgendwo stärker. Auf diesem Boden konnte eine Arbeiterbewegung entstehen, der es in zähen gewerkschaftlichen Kämpfen gelang, die materielle Lage der abhängig Beschäftigten in den hochindustrialisierten Ländern deutlich zu verbessern. Aber alle diejenigen, die heute das Loblied des Kapitalismus singen, übersehen die Warnsignale, die das Ende der zivilisatorischen Funktion der kapitalistischen Systeme anzeigen. Verdrängt werden die konjunkturellen Krisen und die Entwicklung des Kapitalismus zum Faschismus, die Verarmung der Dritten Welt, die von den kapitalistischen Ländern verursachten ökologischen Katastrophen und die Zunahme von Massenarbeitslosigkeit und Verarmung selbst in den reichsten Industrienationen.

Durch eine relativ lange, aber auf brüchigem Boden stehende Prosperitätsphase wird zur Zeit verdeckt, daß sich der Kapitalismus seit Mitte der siebziger Jahre weltweit in einer überzyklischen, strukturellen Überakkumulationskrise befindet.⁴ Zyklische Krisen sind nichts Neues. Sie treten mit großer Regelmäßigkeit seit etwa 160 Jahren in allen kapitalistischen Ländern auf.⁵ Das zyklische Auf und Ab ergibt sich aus der Logik der kapitalistischen Steuerung und ist unverändert das Grundmuster der kapitalistischen Entwicklung. Aber im Unterschied zu früheren Aufschwungphasen sehen wir seit der Mitte der siebziger Jahre, daß die Wachstumsraten in den Aufschwüngen deutlich hinter den früheren zurückbleiben, daß die Arbeitslosigkeit im Zuge des Aufschwunges nicht abgebaut wird, daß die Armut auch in den reichen Ländern zunimmt, daß in den Aufschwungphasen eine massenhafte Kapitalvernichtung insbesondere durch Fusionen mit Stilllegungen und eine in dieser Rigorosität noch nie zu beobachtende Verdrängungskonkurrenz eingesetzt hat und daß trotz dieser Kapitalvernichtung Überkapazitäten über den Zyklus hinweg bestehen bleiben⁶.

Diese neuen Phänomene sind Zeichen eines Strukturbruches in der längerfristigen Entwicklung des Kapitalismus.

Jede Belebung begann bis in die siebziger Jahre mit einer Erneuerung des Maschinenparkes. In jeder Prosperitätsphase wurden zusätzliche, technisch fortschrittlichere Anlagen installiert. In jedem Abschwung wurde ein Teil der Produktionsmittel entwertet. Die Folge war, am Beginn jedes neuen Zyklus standen mehr und technologisch wirkungsfähigere Anlagen bereit als zu Beginn des vorangegangenen. Für die längerfristige Entwicklung hieß das: gemäß der technischen Entwicklung wuchs die Mehrwertrate, gemäß dem Wachstum des Kapitals wuchs die Profitmasse und gemäß dem Ersatz von Menschen durch Maschinen fiel die Profitrate. Diese Tendenz der längerfristig — d.h. über die konjunkturellen Schwankungen hinweg — fallenden Profitrate hat zwar zu immer stärkeren Klagen der Industrie geführt, war aber solange für den Bestand des kapitalistischen Systems unproblematisch, wie die fallenden Profitraten durch steigende Profitmassen kompensiert werden konnten.

Neu ist nun seit Mitte der siebziger Jahre, daß die längerfristige Akkumula-

tionsrate, d.h. das neue, zusätzlich gebildete Kapital, gesamtgesellschaftlich und tendenziell gesehen nicht mehr ausreicht, den Fall der Profitrate zu kompensieren. Die Akkumulationsrate fällt stärker als die Profitrate, weil die Ausgangsmenge an Kapital immer größer geworden ist. Die Folge ist, seit Mitte der siebziger Jahre sinken im längerfristigen Trend nicht nur die Profitraten, sondern es sinkt auch die gesamtgesellschaftliche Profitmasse.⁷ So ist zu erklären, daß die Unternehmer versuchen, ihre Realinvestitionen einzuschränken und auf Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen zu beschränken, daß sie zu Lasten der Realinvestitionen riesige Geldkapitale bilden und eher andere Firmen aufkaufen, als die Gewinne zum Ausbau bestehender Unternehmen zu verwenden. Diese als *Strukturelle Überakkumulation* bezeichnete längerfristige Entwicklung bedeutet eine Bedrohung für den Fortbestand des kapitalistischen Systems. Es ist logisch, daß das System als Ganzes wie jedes Einzelkapital für sich versuchen muß, diese Entwicklung zumindest abzubremesen.

Kapitalistische Auswege aus der Krise?

Angesichts des Scheiterns des Feudosozialismus die Hoffnungen auf einen langfristig stabilen, modernisierten, postfordistischen oder ökologisch orientierten Kapitalismus zu setzen, zeugen auf dem Hintergrund der skizzierten Entwicklung von tiefgreifender Ignoranz gegenüber der Logik dieses Systems. Die Schumpetersche Frage »Kann der Kapitalismus weiterleben?« ist im Unterschied zu ihm zwar nicht einfach mit Nein zu beantworten (vgl. Schumpeter 1950, 105). Der Kapitalismus ist dank seiner inneren Flexibilität und Regenerationsfähigkeit nicht am Ende, aber, ähnlich wie der Feudalismus im 18. Jahrhundert, längst an seine zivilisatorischen Schranken gestoßen. D.h. er wird bei zunehmender gesellschaftlicher Irrationalität zu einem das Überleben der Menschheit gefährdenden System.

Der Kapitalismus ist im Prinzip ein ahumanes System von bestechender Logik.⁸ Es beruht auf der freien Verfügungsmacht des Kapitalisten über die Produktionsmittel und den Profit. Diese Verfügungsmacht ist im Verlauf der Geschichte des Kapitalismus, insbesondere durch die Arbeiterbewegung in sozialen Konflikten und Klassenauseinandersetzungen, zwar eingeschränkt, aber nie beseitigt worden. Auf Grund der Konkurrenz der Einzelkapitale — egal, ob es sich dabei um viele kleine oder wenige große multinationale Konzerne handelt — ist der Kapitalist bei Strafe des Unterganges gezwungen, seinen Profit unter den gegebenen gesellschaftlichen Umständen zu maximieren und zu akkumulieren. Dieser Zwang bestand im 19. Jahrhundert bei der Konkurrenz vieler kleiner und relativ machtloser Kapitale genauso wie heute, wo die Entwicklung wesentlich durch die Konkurrenz großer multinationaler Konzerne geprägt ist.⁹ Diejenigen, die davon träumen, den Kapitalismus von Krisen befreien und sozialverträglich wie ökologisch umgestalten zu können, gehen davon aus, daß die bisherigen Einschränkungen der Verfügungsmacht nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern wesentlich zu erweitern sind. Sie träumen davon, durch ein System von gesetzlichen Ge- und Verboten, durch einen Umbau des Steuersystems sowie durch Subventionen die Kapitalisten über das bisher Er kämpfte

hinaus zu einem ihren Vorstellungen gemäßen Verhalten anreizen bzw. zwingen zu können.¹⁰ Solche Träumereien beruhen auf der Extrapolation der Phase der beschleunigten Kapitalakkumulation, der kapitalistischen Entwicklung, wie sie bis in die siebziger Jahre stattgefunden hat, über die Gegenwart hinaus in die Zukunft.

Trotz dieser Entwicklung ist nicht davon auszugehen, daß in Zukunft jeder Versuch, das komplexe Netz sozialstaatlicher Regelungen zu erhalten und auszubauen und das Steuer- und Subventionssystem ökologisch umzugestalten, zum Scheitern verurteilt ist. Aber angesichts erlahmender Produktivitätsreserven und damit abnehmender Möglichkeiten, die relative Mehrwertrate zu steigern, werden die Konzessionsspielräume des Kapitals immer kleiner. Seit Mitte der siebziger Jahre sind die Befürworter eines sozial-ökologischen Gestaltungsauftrages des Staates in die Defensive gedrängt worden. Der Ruf der Kapitalvertreter nach weniger staatlichem Handeln (Deregulierung) ist immer lauter geworden. Sie sehen im staatlichen Handeln zu Gunsten der abhängig Beschäftigten wie auch in den meisten Maßnahmen zum Schutz der Natur ein Hindernis für eine freie Entfaltung der Marktkräfte, die ihrer Ideologie nach allein Garant für Vollbeschäftigung und allgemeinen Wohlstandszuwachs sind. Deregulierung wurde praktisch zeitgleich in allen hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern durchgesetzt.¹¹ Die Gründe dafür sind in der ähnlich verlaufenden wirtschaftlichen Entwicklung zu suchen.

Als Forderung des Kapitals hat der Deregulierungsbegriff heute eine spezifische Verengung erfahren. Seit Ende der siebziger Jahre heißt Deregulierung: weniger Vorschriften zur Produktsicherheit und zum Umweltschutz, mehr Freiheit für den Außenhandel — z.B. für den Export von Rüstungsgütern und von Giftmüll — und vor allem Abbau von Schutzbestimmungen auf dem Arbeitsmarkt. Deregulierung meint nicht Abbau der Milliardensubventionen für die Industrie, heißt nicht, spezifische Steuervorteile für die Industrie abzuschaffen — wie die Steuerreformen in den USA und in der BRD beweisen — und meint schon gar nicht, Regelungen wie z.B. das Verbot der spontanen Arbeitsniederlegungen aufzuheben.¹² Deregulierung heißt also heute nicht *weniger staatliches Handeln*. Hinter diesem Begriff verbirgt sich die Forderung an den Staat, dem Kapital zu helfen, durch rigorose Umverteilung des Volkseinkommens zu Lasten der abhängig Beschäftigten, durch schärfere Ausplünderung der Länder der Dritten Welt und nicht zuletzt auf Kosten der Natur den Profitverfall aufzuhalten.

Auf den letzten Punkt ist wegen seiner besonderen Bedeutung für die weitere Entwicklung genauer einzugehen. Die zunehmend dramatischere Umweltzerstörung ist überwiegend das Ergebnis der beschleunigten Kapitalakkumulation in den hochindustrialisierten Ländern. Pro Produktionseinheit ist die Umweltbelastung in den osteuropäischen Ländern größer als in den kapitalistischen Industrienationen. Auf Grund der wesentlich stärkeren Industrialisierung, der weitergehenden Ausplünderung der Entwicklungsländer und des höheren Verbrauchs umweltbelastender Konsumgüter — das betrifft Herstellung, Verpackung, Transport, Konsumtion und Abfall — ist, weltweit gesehen, die drohende ökologische Katastrophe im wesentlichen nicht-intendierte Folge der beschleunigten Kapitalakkumulation. Sie ist aber nicht nur Folge, sie war wegen

der fast unbegrenzten Verfügbarkeit über billige Rohstoffe sowie der Möglichkeit, die Naturgrundlagen der Produktion als kostenlose Produktivkraft auszubenten, auch eine der entscheidenden Grundlagen dieser Entwicklung. Der Logik des kapitalistischen Systems entspricht es, zu versuchen, die abnehmenden Möglichkeiten der Ausbeutung von Arbeitskräften durch eine verstärkte Ausplünderung der Natur zu kompensieren. Gelingt es auf Grund wachsenden Umweltbewußtseins, Widerstand dagegen zu organisieren, gelingt es, den Staat zu den dringend gebotenen regulierenden Eingriffen zu zwingen, mindert dies gesamtgesellschaftlich die Möglichkeiten, Profite zu erzielen. D.h. jeder Erfolg im Kampf gegen die Umweltkatastrophe verschärft, gesamtgesellschaftlich gesehen, die strukturelle Überakkumulationskrise.¹³

In der nächsten zyklischen Krise und in dem sich daran anschließenden, vermutlich langanhaltenden Abschwung werden sich die aus dieser Entwicklung ergebenden Probleme zuspitzen. Die Versuche der Kapitale, durch noch rigorosere Umverteilung des Volkseinkommens zu Lasten der abhängig Beschäftigten, durch noch schärfere Ausplünderung der Länder der Dritten Welt und nicht zuletzt auf Kosten der Natur den Profitverfall aufzuhalten, werden dann mit Sicherheit zunehmen.

Die Durchsetzung von Sozialismus — eine Frage des Überlebens der Menschheit

Die Ineffizienz, die Verschwendung von Naturressourcen, die hohen sozialen Kosten und die ökologischen Schäden im Bereich des Feudosozialismus sind nicht durch Korrekturen einzelner Deformationen zu beseitigen (vgl. Gorbatschow 1990). Demgegenüber hat sich der Kapitalismus in den hochindustrialisierten Ländern bisher zwar als hochflexibel und regenerationsfähig erwiesen, hat sich aber — global gesehen — auf Grund seiner sozialen Kosten (insbesondere in Form der Massenarbeitslosigkeit und Verelendung), der Fetischisierung des Wachstums und der ökologischen Belastungen zu einem gattungsgefährdenden Leviathan entwickelt. D.h. wir sind bei Strafe des Unterganges gezwungen, nach neuen Wegen zu suchen. Abstrakt ausgedrückt, muß das Ziel der Aufbau einer Gesellschaft sein, in der die höchstmögliche freie Entwicklung jedes einzelnen Menschen die Bedingung der freien Entwicklung aller ist. Anders und auf die ökonomische Frage zugespißt: eine Gesellschaft freier Menschen, die die materielle Produktion sowie ihre eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse *beherrschen* und die in gesellschaftlicher Verantwortung entscheiden, was wo in welchen Mengen unter welchen Bedingungen produziert wird. Gesellschaftliche Verantwortung schließt, da der Mensch Teil der Natur ist und nur in und mit der Natur leben kann, die Verantwortung für die Natur ein. Da die Erde ein geschlossenes ökologisches System ist, bedeutet dieses Ziel eine *globale* Herausforderung für die Gattung. Diesem Ziel können wir uns nicht mit einem »modernen« Kapitalismus, nicht mit einer »Modernisierung« des Feudosozialismus und auch nicht über einen »Dritten Weg« nähern, sondern nur durch eine Rückbesinnung auf die *ursprüngliche Idee des Sozialismus*, die entsprechend den Herausforderungen unserer Zeit umzusetzen ist.¹⁴

Sozialismus ist nicht ein Glaube an die Existenz totaler Lösungsrezepte, sondern die notwendige Voraussetzung, um Lösungsmöglichkeiten angehen zu können. Es widerspricht seiner Idee, ein verbindliches, verführerisches Bild von der Zukunft zu entwerfen und dieses dann den Menschen aufzuzwingen.¹⁵ Aber angesichts der Gefahr einer allgemeinen Resignation oder der Lust am Untergang kann die Schlußfolgerung daraus nicht sein, von der Zukunft nur zu träumen. Angesichts der gegenwärtigen Lage ist es notwendiger denn je zu erforschen, welche Optionen für die Zukunft aus der gegenwärtigen Realität erwachsen. Gegen die vorherrschende Larmoyanz und Endzeitstimmung gilt es, über Grundlagen einer Theorie des Sozialismus nachzudenken. Eine handlungsorientierende Theorie des Sozialismus als Langzeitstrategie für eine bewußt gestaltete menschliche Gesellschaft gibt es bisher nicht. Sie kann nur in einer breiten Diskussion auf der Basis eines Bewußtseins von der Notwendigkeit von Veränderungen entwickelt werden. Was hier als Resümee der Untersuchung existierender Regulierungssysteme versucht werden soll, ist, Wege zu einem neuen Diskurs über ein politisches Programm der Transformation zu öffnen. Dies erfordert m.E. vor allem, ideologischen Schutt wegzuräumen, der bisher die Sicht auf Alternativen versperrt hat.¹⁶ Dazu gehört u.a. die Gleichsetzung von Kapitalismus mit Marktwirtschaft und die Behauptung der Rationalität und Effizienz von marktgesteuerten Wirtschaften. Dazu gehört aber auch, Sozialismus mit zentraler Planung und Verwaltung zu identifizieren und gesellschaftliche Planung grundsätzlich als ineffizient zu diskreditieren. Schließlich zählt dazu die These: Markt und Plan seien Alternativen oder sogar unvereinbare Gegensätze.

Gehen wir das Problem von der Seite des Marktes an.¹⁷ Märkte gab es in vielen Gesellschaften lange vor dem Kapitalismus, und Märkte gab es im Feudozialismus. In den vorkapitalistischen Gesellschaften war vorgeschrieben, was durch wen gehandelt werden durfte bzw. wem zunächst angeboten werden mußte. Erst im Kapitalismus wird der Markt zu einem den Charakter der gesamten Gesellschaft bestimmenden Moment.¹⁸ Aber auch der Markt oder die Geldsteuerung im Kapitalismus ist weder theoretisch noch praktisch völlig plan- bzw. staatsfrei. Markt und Geld setzen Staat als konstituierendes Element voraus. Ohne die staatliche Garantie, daß Produkte als Waren getauscht werden können, und ohne die (implizite) Planung, was als privates Gut getauscht werden kann und was als öffentliches Gut durch die Gesellschaft bereitzustellen ist, ist das Geld nicht in der Lage, seine Allokationsfunktion zu erfüllen.

Da im Kapitalismus die Profiterzielung und -verwertung über Aufstieg oder Untergang des Einzelkapitals entscheidet und Profit nur in Konkurrenz zu anderen auf dem Markt zu realisieren ist, zwingt der Markt jedes einzelne Kapital zu höchster einzelwirtschaftlicher Effizienz. Er zwingt aber auch die Arbeiterinnen und Arbeiter dazu, ihre Arbeitskraft auf dem Markt in Konkurrenz zu anderen zu verkaufen und ein Maximum an individueller Leistung zu erbringen. Die allgemeine Durchsetzung des Marktprinzips isoliert das Einzelkapital wie den einzelnen Menschen. Die anarchische Produktion unter Unsicherheit ist das eine Ergebnis, die Abstraktion des als Ware zugelassenen Produktes von den sozialen und ökologischen Systemzusammenhängen das andere. Diese Abstraktion ist die eine, die Gleichheit der Marktteilnehmer die andere Voraussetzung für die

Annahme der Rationalität des Marktes.¹⁹ Materielle Gleichheit gab es für den Arbeitsmarkt nie und gibt es auf Grund der zunehmenden Konzentration immer weniger. D.h. es entsteht eine wachsende Differenz zwischen Anspruch und Realität des Marktes. Andererseits ist festzustellen: die Probleme des Marktes, die auf der Abstraktion von Systemzusammenhängen bzw. auf der Herausbildung von Macht beruhen, sind offensichtlich keine Probleme des Marktes schlechthin. Sie ergeben sich aus der Art und Weise, wie der Markt in das Gesellschaftssystem eingebettet ist. D.h. sie sind abhängig vom Verhältnis von Markt und gesellschaftlicher Willensbildung und Steuerung.

In einem kapitalistischen Regulierungssystem kann der Markt einerseits Wachstum quantitativ stimulieren und Wohlstand steigern, andererseits ist er eine Ursache der Massenarbeitslosigkeit und Marginalisierung zunehmender Teile der Lohnabhängigen sowie der kapitalistischen Krisen und ökologischen Katastrophen. Die von bürgerlichen Ökonomen immer wieder beschworene Produktivität, Rationalität und Effizienz des kapitalistischen Marktes beruht auf den genannten realitätsfernen Annahmen und auf der bedenkenlosen Identifikation der Interessen des Kapitals mit den Interessen der Gesellschaft. Faktisch bedeutet die betriebswirtschaftliche Rationalität gesamtgesellschaftlich eine enorme Vergeudung von Ressourcen, die in den ökonomischen und ökologischen Krisen besonders deutlich zutage tritt. Dies ist keine neue Erkenntnis, aber eine, die immer wieder zu verdrängen versucht wird. Bereits in den zwanziger und dann vor allem seit den fünfziger Jahren wurde durch Kapp (1958) mit seinem Sozialkostenkonzept darauf hingewiesen. Er hat insbesondere an Hand der Umweltproblematik gezeigt, daß sich privatwirtschaftliche Rationalität immer weiter von der gesellschaftlichen entfernt. D.h. die auf Profitsteuerung aufbauende Allokation ist mit zunehmenden gesellschaftlichen Kosten verbunden. In der herrschenden Lehre wird dieses Problem entweder negiert oder auf die finanzpolitische Frage der Behandlung externer Effekte reduziert.²⁰

Skizzieren wir nun das Problem von *Markt und Staat* von der Seite der Planung her. Auch hier ist festzustellen, daß es ein gewisses Maß an gesellschaftlicher Regulierung schon immer gab und in allen Gesellschaftssystemen gibt. Sie erfolgt in den kapitalistischen Systemen weitgehend implizit und vor allem unkoordiniert auf einzelne Ziele gerichtet, wie z.B. die Verteidigung, bestimmte Forschungsgebiete oder den sozialen Wohnungsbau. Der springende Punkt jeder bisherigen Planung — im Feudalismus wie auch in den ihrem Selbstverständnis nach demokratischen Staaten — liegt darin, daß sie niemals *vergesellschaftet* worden ist, also niemals zu einem Prozeß gestaltet wurde, in den die Bevölkerung aktiv und partizipativ einbezogen wurde.²¹ Der Hinweis, dies beruhe auf dem Mangel an geeigneten Verfahren, volkswirtschaftliche Probleme demokratisch zu lösen (vgl. Aganbegjan 1989, 27), stimmt zwar, zeugt aber angesichts der bisherigen Nicht-Beschäftigung mit diesem Thema eher von einer — auch der Linken anzulastenden — Krise der Theorien als von der prinzipiellen Unmöglichkeit. Auch diese Erkenntnis, daß ohne eine Demokratisierung der Wirtschaft eine Politik im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung unmöglich ist, ist nicht neu. Bereits im 19. Jahrhundert und dann vor allem in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts ist immer wieder gefordert worden, die politische

Demokratie durch die Demokratisierung der Wirtschaft zu vollenden. Zweifellos besteht zwischen der Steuerung durch Profit und einer durch demokratische Planung ein Spannungsverhältnis. Es kann deshalb nicht darum gehen, ein — notwendigerweise inkohärentes — duales System der Steuerung durch gesellschaftliche Prozesse *und* durch Marktmechanismen zu konstruieren. Das Ziel neuer Überlegungen muß sein, den Markt als Allokationsmechanismus in ein System der gesellschaftlichen Willensbildung *einzubeziehen*. Wir dürfen den Markt nicht länger als eine Ideologie betrachten, sondern müssen ihn als ein Instrument begreifen, dem innerhalb gesellschaftlicher Willensbildung gemäß global vorgegebener Ziele der Raum für die Allokation vorbehalten bleibt, der durch gesellschaftliche Steuerung nicht abzudecken ist. D.h. die Flexibilität des Marktes auszunutzen, ihn insbesondere als Instrument der Feinsteuerung zu funktionalisieren und ihm die Bereiche zu überlassen, wo gesellschaftliche Willensbildung nicht stattfindet oder unsinnig wäre.²²

Auf Grund der negativen Erfahrungen in den feudozialistischen Staaten ergibt sich die Konsequenz: Globale Ziele können nur vorgegeben werden, wenn sie auf einem Informationsprozeß aufbauen, der auf Partizipation bzw. Selbstbestimmung beruht. Ein solcher Prozeß muß von den Betrieben ausgehen. Er muß über branchen- und regionalspezifische Wirtschafts- und Sozialräte zu einem gesamtwirtschaftlichen Wirtschafts- und Sozialrat laufen, der mit einer entsprechenden globalen Organisation zusammenarbeiten muß. Nur so sind rationale Grundlagen für die Entscheidungen über Möglichkeiten — wer, was, wie und zu welchen Preisen wo produzieren kann und produzieren möchte — und über Alternativen zu gewinnen. Nur auf einer solchen Informationsbasis kann die Gesellschaft entscheiden, wofür die vorhandenen bzw. mobilisierbaren Ressourcen eingesetzt werden sollen, was in welchen Mengen unter welchen Rahmenbedingungen produziert werden soll. Um starre Planung zu vermeiden und innerhalb der gesellschaftlichen Vorgaben eine flexible Anpassung an die Wünsche der Konsumenten zu fördern, wären dann bestimmte Teile des Sozialproduktes den Branchen als Fonds zur freien Verfügung zu stellen. Hieraus ergibt sich eine Budgetbeschränkung, innerhalb derer die einzelnen Unternehmen der Branche, auch hinsichtlich der Preisgestaltung, frei operieren können. Ein solches System böte hinreichend starke Anreize, durch Produktivkraftsteigerung, bessere Qualität der Produkte und Anpassung an die Bedürfnisse der Konsumenten die gegebenen Mittel optimal zu nutzen. D.h. daß das besser wirtschaftende Unternehmen mehr Gewinn erzielt als der weniger effiziente Konkurrent und daß es seine Produktion zu Lasten des anderen ausweiten kann. Ein solches Modell schränkt die Steuerung durch den Gewinn zwar ein, beseitigt sie aber nicht. Es geht davon aus, daß jede Leistung eines Unternehmens auf zwei Komponenten beruht: einmal auf der individuellen Leistung, zum anderen auf dem gesellschaftlichen Umfeld, dem es die Möglichkeit zur Leistungserbringung verdankt. Eine individuelle Entlohnung gemäß der ersten Komponente erhält den Anreiz. Auf der anderen Seite muß ein solches Modell die Möglichkeit des Scheiterns enthalten, d.h. das Ausscheiden relativ ineffizienter Unternehmen. Um zu verhindern, daß auch unter den hier skizzierten Vorgaben Gewinnmaximierung auf Kosten der abhängig Beschäftigten, der Gesellschaft oder der Natur erfolgt, erscheint ein

gesetzlicher Rahmen notwendig, der die Unternehmen verpflichtet, auf der Basis einer gesellschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnung zu kalkulieren.²³ Ein solches Modell ist m.E. mit vielerlei Eigentumsformen zu praktizieren. Wichtig erscheint hierbei, daß wirklich nur *globale* Ziele vorgegeben werden, die dann gegebenenfalls auf Branchen- und Regionalebene zu differenzieren sind. Wichtig erscheint ferner, mit wenigen Vorgaben anzufangen. Sowohl das Informations- wie das Vorgabesystem können letztlich nicht am Grünen Tisch entworfen werden. Was wir brauchen, sind keine starren Vorgaben, sondern Grundlagen für ein in sich lernfähiges System.

Anmerkungen

- 1 Es sei hier nur daran erinnert, daß die West-Alliierten die in den meisten Länderverfassungen enthaltenen und von einer großen Mehrheit der Bevölkerung getragenen Sozialisierungartikel suspendierten. Vgl. Brauns u.a. 1976, 15ff.
- 2 *Einheit* H.1 (Februar 1946). Ausführungen und Zitate nach Daschtschew 1990.
- 3 Dabei waren die Ausgangsbedingungen der DDR wesentlich schlechter als die der BRD.
- 4 Die gegenwärtige Entwicklung (1990) ist durch zwei Besonderheiten bestimmt: 1987 haben sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft verpflichtet, bis Ende 1992 den Europäischen Binnenmarkt zu schaffen. Dieser Beschluß hat 1978 ein »Gründungsieber«, ähnlich wie nach 1871/71, ausgelöst. Durch die Umwälzungen in Ost-Europa hat dieses »Gründungsieber« einen zweiten Schub erhalten.
- 5 Auch die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, die in der Bundesrepublik mit dem irreführenden, verklärenden Namen *Wirtschaftswunder* bezeichnet wurde, war nicht frei von solchen Schwankungen.
- 6 Nach der Krise 1974/75 stagnierte die Kapazitätsauslastung drei Jahre bei rd. 80 % und erreichte 1979 mit 84,5 % ihr Maximum. In dem gegenwärtigen Zyklus lag sie bis 1987 unter 85 %, erst dann stieg sie auf Grund des »EG-Gründungsiebers«.
- 7 Das seit Mitte der achtziger Jahre zu beobachtende Ansteigen der Profitrate ist eine nicht zu der Trendaussage in Widerspruch stehende zyklische Bewegung. Außerdem ist bei der Interpretation der Daten zu berücksichtigen, daß die Steigerung der Gewinne insbesondere auf den Steuerentlastungen und der Umverteilung zu Lasten der Löhne beruht.
- 8 Auch die immanenten Widersprüche sind Teil dieser Logik, die innerhalb eines Bezugssystems gilt.
- 9 Konkurrenz ist ein Wesensmerkmal des Kapitalismus, das nicht mit zunehmender Konzentration oder Zentralisation verschwindet. Im Zuge der Monopolisierung haben sich allerdings die Formen der Konkurrenz geändert. Davon auszugehen, daß mit zunehmender Vergesellschaftung der Produktion zunehmende gesellschaftliche Vernunft einhergeht, ist weder theoretisch noch empirisch zu belegen. Die Reproduktion der Gesellschaft entbehrt auch bei großen Kapitalen eines Subjektes, sie vollzieht sich nach wie vor hinter dem Rücken der Akteure.
- 10 Trotz breiter Diskussion und vieler Ver- und Gebote vergeht keine Woche, in der nicht ein neuer Umweltskandal aufgedeckt wird. Zu berücksichtigen ist dabei, daß Gesetze und Verordnungen insbesondere gegenüber Großunternehmen auf Grund fehlender Kontrollmöglichkeiten schwer durchzusetzen sind.
- 11 In Großbritannien erfolgte der Wechsel zur Thatcher-Regierung 1979, in den USA regierte Reagan seit 1981, in der BRD wurde die Wende 1981 eingeläutet.
- 12 Wie weit die Deregulierung im einzelnen gehen soll, ist umstritten. Dies zeigt die Kontroverse innerhalb der Koalitionsparteien sowie zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen. So wird z.B. die Öffnung des Tarifsystems und die Aufhebung des Arbeitsvermittlungsmonopols der Bundesanstalt für Arbeit von der Bundesvereinigung der Arbeitgeber (BDA) entgegen den Forderungen vieler mittelständischen Betriebe und des Bundeswirtschaftsministers nicht befürwortet.

- 13 Ein wesentlicher Teil des Sozialproduktes wird für die Reparatur früher angerichteter Schäden verwendet werden müssen. Das mindert das allgemeine materielle Reproduktionsniveau (vgl. Gorz 1977). Auch unabhängig davon, wer als Verursacher anzusehen ist, muß bezweifelt werden, daß ein auf individueller Profitmaximierung beruhendes System in der Lage ist, die bereits eingetretenen und die täglich hinzukommenden Umweltschäden zu beseitigen.
- 14 Die Ablehnung des Begriffs »Moderner« Sozialismus ist keine semantische Frage. Der Begriff »modern«, der heute eine wahre Inflation erlebt, ist weit ausdeutbar und daher unbestimmt. Er suggeriert, daß es bisher einen Sozialismus gegeben habe, der jetzt zu modernisieren sei. Der Begriff »Dritter Weg« impliziert die Vorstellung einer Alternative zwischen Kapitalismus und Feudozialismus. M.E. gibt es nur einen Weg, und der führt über den Kapitalismus hinaus zum Sozialismus. Dies scheint mir die bittere Lehre der Ereignisse im ehemaligen Ostblock.
- 15 »Mancher versucht uns vorzuwerfen, wir hätten keinen genau detaillierten Plan zur Verwirklichung der Konzeption der Perestrojka ... Ich meine, wir begingen einen theoretischen Fehler, wenn wir erneut begännen, der Gesellschaft fertige Rezepte aufzuzwingen und das Leben, die Wirklichkeit in ein Prokrustesbett zu pressen.« (Gorbatschow 1990)
- 16 Ich beschränke mich hier bewußt auf einige im engeren Sinn ökonomische Fragen und klammere die Probleme der politischen Durchsetzung durch die Formierung neuer hegemonialer Kräfte aus.
- 17 Es ist bemerkenswert, daß es kaum allgemeine — d.h. von den spezifischen Problemen der osteuropäischen Länder abstrahierende — theoretische Arbeiten zum Verhältnis von Markt und Plan gibt. Dieses Thema war und ist in der bürgerlichen Theorie ein Tabu. Aber auch die sozialistische Linke hat den Fehler gemacht, den Markt mit einer spezifischen Produktionsweise zu identifizieren, anstatt ihn zutreffend als Moment der Zirkulationssphäre zu untersuchen.
- 18 Dabei ist zu beachten, daß es in der Realität nie einen von staatlicher Planung freien Kapitalismus gegeben hat und daß in allen Notzeiten — wie z.B. während der beiden Weltkriege — der Markt immer weitgehend suspendiert wurde.
- 19 So eine der wesentlichen Erkenntnisse der neoklassischen Theorie und die Grundlage der Wettbewerbspolitik.
- 20 Eine neue Variante stellt das als marktkonform bezeichnete Umweltbörsenmodell dar.
- 21 Ausnahmen gibt es z.B. auf kommunaler Ebene.
- 22 Als Beispiel für letzteres wäre an die konsumnahen Dienstleistungen zu denken.
- 23 Eine Vergesellschaftung von Unternehmen sollte dann und soweit möglich sein, wie privates Kapital nicht bereit ist, unter den dann gegebenen Umständen das verbleibende Risiko der Produktion zu tragen. Die Übertragung der Eigentumstitel auf die Belegschaft garantiert alleine nicht die Rückbindung der Gewinne an die gesellschaftliche Arbeit. Ohne den gesetzlichen Rahmen kann sich eine Belegschaft genau so individualistisch verhalten wie ein Unternehmer.

Literaturverzeichnis

- Aganbegjan, Abel, 1989: Markt und Perestrojka. Hamburg
- Brauns, H.J., U. Jaeggi, K.P. Kisker, A. Zerdick und B. Zimmermann, 1976: SPD in der Krise, Frankfurt/M.
- Daschtschew, Wjatscheslaw, 1990: Denkschrift des Moskauer Instituts für die Wirtschaft des sozialistischen Weltsystems. In: Der Spiegel 6 (5.2.), 142ff.
- Gorbatschow, Michail, 1990: »Die sozialistische Idee und die revolutionäre Umgestaltung«. In: Der Spiegel, Beilage zu H. 4 (22.1.)
- Gorz, André, 1977: Ökologie und Politik. Reinbek
- Kapp, K. William, 1958: Die volkswirtschaftlichen Kosten der Privatwirtschaft. Tübingen und Zürich
- ders., 1979: Soziale Kosten der Marktwirtschaft. Frankfurt/M.
- Lenin, W.I., 1899: Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland. Der Prozeß der Bildung eines inneren Marktes für die Großindustrie. In: Lenin Werke Bd.3, Berlin/DDR 1953ff.
- Mittag, Günter, 1970: »Die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes im Jahr 1970«. In: Neues Deutschland, 11./12.6.
- Schumpeter, Joseph A., 1950: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern

konkret

kommentare



Hermann L. Gremliza
Krautland
einig Vaterland

**AB SOFORT IM BUCH-
UND ZEITSCHRIFTEN-
HANDEL**

Karl Hermann Tjaden

Politische Ökonomie des Sozialismus: Außer Spesen nichts gewesen?

Der Ausverkauf des Sozialismus in der DDR, der in der Praxis angebahnt ist und der kaum zu stoppen zu sein scheint, hat sich in der Theorie anscheinend schon nahezu vollendet. Nicht nur, daß die Kirchenvertreter in der DDR, nicht anders als die Vertreter des Kapitals in der BRD, die Segnungen der sogenannten Marktwirtschaft preisen, nein: auch gestandene Marxisten in Ost und West oder zumindest Leute, die man als solche anzusehen gewohnt war, betonen die Vorzüge des Wettbewerbs der Unternehmungen, zumal des Wettbewerbs auf dem Weltmarkt, auch und gerade für die DDR, damit deren Wirtschaft gesunde. Demgegenüber hatte Karl Marx gemeint, behaupten zu können: »Während die kapitalistische Produktionsweise in jedem individuellen Geschäft Ökonomie erzwingt, erzeugt ihr anarchisches System der Konkurrenz die maßloseste Verschwendung der gesellschaftlichen Produktionsmittel und Arbeitskräfte, neben einer Unzahl jetzt unentbehrlicher, aber an und für sich überflüssiger Funktionen.« (Das Kapital Bd. 1, MEGA II/5, 429) Und die Meinung, die freie Konkurrenz sei die letzte Form »der Entwicklung der Productivkräfte und daher der menschlichen Freiheit«, war ihm als »Abgeschmacktheit« erschienen (Grundrisse, MEGA II/1.2, 534f.). Aber das ist selbstverständlich eine Theorie aus dem vergangenen Jahrhundert, die sich in der Praxis nicht bewährt hat — oder?

Neueren Datums ist die theoretische Konzeption einer »Politischen Ökonomie des Sozialismus«, die in den letzten Jahrzehnten insbesondere in der DDR entwickelt und durch die praktische Ökonomie des Herrn Mittag (die ihre inneren und ihre äußeren Ursachen hatte) am laufenden Band desavouiert worden ist. Sie war zuletzt von einigen Anpassungen an diese etatistisch-technokratische Wirtschaftslenkung nicht frei, verdient aber trotzdem, als wissenschaftliche Leistung, die über die kapitalistische Ökonomie deutlich hinausweist, gewürdigt zu werden. An dieser Stelle können nur einige ausgewählte Lehrstücke umrissen werden, die freilich besonders wichtig sind und die miteinander zusammenhängen (vgl. Tjaden 1990, 141-189). Es handelt sich um den Begriff der wirtschaftlichen Wirksamkeit, um das Maß des volkswirtschaftlichen Aufwands und um das volkswirtschaftliche Wohlstandsmaß. Es versteht sich, daß alle drei Lehrstücke eine Volkswirtschaft unterstellen, in der gesellschaftliches Eigentum gemeinschaftlich bewirtschaftet wird, eine Voraussetzung, die eben in der Wirklichkeit nur bruchstückhaft verwirklicht worden war.

Der Begriff der wirtschaftlichen Wirksamkeit

Die Forderung, in der DDR müsse die Produktivität und Effizienz auf internationales (scil: westdeutsches) Niveau gebracht werden, durchzieht die gegenwärtigen Rekonstruktions-Debatten wie ein schwarzer Faden, an Hand dessen sich der Geist des kapitalistischen Unternehmertums in das Volkseigentum einschleichen soll, um es schließlich zu beherrschen. Gemeint ist in der Regel, daß die

betriebliche Nettoproduktion oder besser noch: Wertschöpfung mit einem betrieblich minimalen Einsatz bezahlter Arbeitsstunden bzw. zu betrieblichen Minimalkostenkombinationen hervorgebracht werden soll. Es handelt sich also um ein spezifisch kapitalistisches Produktivitäts- bzw. Effizienz-Konzept, bei dem es um die Steigerung des einzelwirtschaftlichen Gewinns bzw. die Verringerung der einzelwirtschaftlichen Kosten geht. Die Politische Ökonomie des Sozialismus hatte schon früh mit dieser Beschränkung auf die einzelwirtschaftliche Betrachtungsweise gebrochen, ohne dabei grundsätzlich die Wirtschaftlichkeit der vergesellschafteten Unternehmen aus den Augen zu verlieren. Es ging ihr nicht in erster Linie um den Arbeitsaufwand und die Mehrarbeit in den einzelnen Wirtschaftseinheiten, sondern um den gesellschaftlichen Arbeitsaufwand und die Wertschöpfung oder den Neuwert in der gesamten Volkswirtschaft — ein Begriff, in dem der Widerspruch zwischen der Werterzeugung durch die Arbeitskräfte und der Wertaneignung durch die Unternehmen, der die kapitalistische Wirtschaft kennzeichnet, aufgehoben ist (Autorenkollektiv 1969, 254f.). Daß es der Politischen Ökonomie des Sozialismus zufolge nicht mehr darauf ankommt, aus den Arbeitskräften eines Unternehmens möglichst viel Mehrprodukt — also ein Wertprodukt, das über den Reproduktionswert der Arbeitskraft hinausgeht — herauszupressen, ist für die weitere Begriffsbildung der Theorie (freilich auch für die Gestaltungsaufgaben der Praxis) grundlegend.

Bereits auf dieser Grundlage läßt sich ein neues Konzept der Arbeitsproduktivität konstruieren, das die kapitalistische Vorstellungswelt überschreitet, nämlich das Verhältnis von volkswirtschaftlicher Wertschöpfung zu volkswirtschaftlichem Verbrauch von (lebendiger) Arbeit. In einem solchen Konzept können unter Umständen beispielsweise bestimmte mikroökonomisch effiziente Parallelproduktionen bereits als das erscheinen, was sie sind: als Restriktionen makroökonomischer Produktivität. (Ob sie so erscheinen, hängt beispielsweise davon ab, ob überflüssige Arbeit in Zusammenhang mit Parallelinvestitionen als gesellschaftlicher Arbeitsaufwand des Berichtszeitraums verbucht werden muß.) Die Politische Ökonomie des Sozialismus hat jedoch, im Anschluß an Karl Marx und Friedrich Engels, einen genaueren Begriff der volkswirtschaftlichen Produktivkraft der Arbeit entwickelt, der die Kapital- und Mehrwertbeschränktheit des kapitalistischen Produktivitätskonzepts endgültig sprengt. Bei diesen Klassikern der Politischen Ökonomie wird unter Produktivkraft der Arbeit der Wirkungsgrad von konkreter nützlicher Arbeit verstanden, welche Gebrauchswerte hervorbringt, die sich erst im Gebrauch verwirklichen, wobei eine Gesamtmenge Arbeit verbraucht wird, zu der auch die in den verbrauchten Arbeitsmitteln und Arbeitsgegenständen steckende Arbeit gehört (Kapital Bd. 1, MEGA II/5, 18 u. 26; Bd. 3, MEW 25, 271). Entsprechend begreift die moderne Politische Ökonomie des Sozialismus die volkswirtschaftliche Produktivkraft sowohl von der Aufwand- als auch von der Ergebnisseite her recht umfassend. Einerseits heißt es: »Der Wirkungsgrad der konkreten nützlichen Arbeit wird somit erhöht, wenn bei der Produktion eines bestimmten Gebrauchswertes sowohl lebendige Arbeit als auch physisch vergegenständlichte Arbeit (Material, Rohstoffe, Energie, Verschleiß) eingespart bzw. reduziert wird.«¹ (Richter u.a. 1989, 576) Daß sich, andererseits, Gebrauchswerte im Gebrauch, nämlich in der (produktiven

oder konsumtiven) Konsumtion zu bewähren haben, hat für die Fassung des gesellschaftlichen Produkts die Konsequenz, daß in ihm lediglich Güter erscheinen, die produktiv oder konsumtiv gebraucht werden. Das ist der Inhalt des Begriffs des volkswirtschaftlichen Endprodukts, das aus solchen Gebrauchswerten besteht, also keine durchlaufenden Materialien oder Halbfabrikate enthält, sondern nur »das für den Endverbrauch tatsächlich fertiggestellte Produkt« (Richter u.a. 1989, 562). Auch wenn die Begriffsbildungen in manchen Lehrbüchern der sozialistischen Wirtschaftslehre zuweilen etwas ungenau sind, kann man insgesamt doch sagen, daß das Verhältnis »Endprodukt an Gebrauchswerten« zu »Laufendem Gesamtaufwand an Arbeit« in volkswirtschaftlichem Maßstab den Kern des politisch-ökonomischen Produktivkraftbegriffs bildet. Offenbar handelt es sich um ein sozial und ökologisch weiterweisendes Konzept. Dieses einmal, weil die Produktivkraft der Arbeit diesem Begriff zufolge bei wachsendem Verbrauch von Material, Energie und (sonstigen) Zwischenprodukten für ein Endprodukt nicht steigt, sondern sinkt. Wenn man außerdem — dank der Arbeiten von Christian Leipert (1989) — beispielsweise weiß, wieviel Defensivprodukte für die nachträgliche Reparatur oder Filtrierung im Sozialprodukt der kapitalistischen Marktwirtschaft stecken, dann wird man auch für die skizzierte Konzeption des gesellschaftlichen Endprodukts dankbar sein, die in dem politisch-ökonomisch präzisierten Produktivkraftkonzept steckt. Und man wird traurig darüber sein müssen, daß dieses Konzept in seinem Ursprungsland nicht ernst genommen wurde. Letzteres gilt für dessen Weiterentwicklung, für das politisch-ökonomische Effektivitäts-Konzept, in noch höherem Maße. Volkswirtschaftliche Effektivität ist, im Unterschied zur Produktionskategorie Produktivkraft oder Produktivität der Arbeit, eine Kategorie der gesellschaftlichen Reproduktion, die die Wirksamkeit gesamtgesellschaftlicher Arbeit im gesamten Kreislauf der Produktion, Distribution/Zirkulation und (produktiven und konsumtiven) Konsumtion der gesellschaftlich bereitgestellten Gebrauchswerte ausdrücken soll, wie insbesondere Wolfgang Heinrichs hervorhebt (1982, 68ff.; vgl. Richter u.a. 1989, 578f.). Im Vergleich zur Produktivkraftentwicklung zusätzliche Bedingungen der Effektivitäts-Steigerung sind die Einsparung auch von einmaligen Aufwendungen vergegenständlichter Arbeit (Vorschub von konstantem Kapital oder von Grund- und Umlauffonds) und/oder die Erhöhung des Gebrauchswert-Nutzens in sachlicher, zeitlicher und räumlicher Hinsicht für die gesellschaftliche Bedürfnisbefriedigung. Danach würden z.B. sowohl die Errichtung überflüssiger großer Wärmekraftwerke als auch die Erzeugung möglicherweise unfallträchtiger Verbrauchsgüter die volkswirtschaftliche Effektivität verringern. Von nach kapitalistischen Kriterien produktivitäts- und effizienzsteigernden Innovationen, zu denen man nun die DDR drängt, statt sie an ihren eigenen Idealkonzepten zu messen, kann man das nicht von vornherein sagen.

Das Maß des volkswirtschaftlichen Aufwands

Ein beliebtes Thema — beliebt, weil es an der zweifellos mehr negativ als positiv sich auswirkenden Subventionierung von Energie- und Nahrungsmittelpreisen festzumachen ist — stellt auch die Preispolitik in der DDR dar. Dabei ist das

unaufhaltsame Rufen nach sogenannten marktgerechten Preisen wohl vor allem Ausfluß des Strebens, der DDR-Ökonomie, bei unterstellter falscher Alternative »Plan — Markt«, die volkswirtschaftliche Planung und Leitung vollständig auszutreiben. Diese Parole suggeriert nicht nur, daß einer durch Wettbewerb vermittelten Gleichgewichts-Preisbildung hierzulande die Rolle zukomme, die Allokation der Produktionsfaktoren und die Organisation der Produktionsprozesse im Sinne kapitalistischer Effizienz zu steuern, sondern sie abstrahiert vor allem von der Frage des Aufwands für an sich vermehrbare Güter, die in einer Welt nicht-vermehrbarer Ressourcen und Umweltmedien von brennender Bedeutung ist. Bei einer Neugestaltung der Preisbildung in der DDR geht es daher auch nicht um die Durchsetzung jener ominösen marktgerechten Preise, sondern zunächst und vor allem um die Planung und Verwirklichung von aufwandgerechten Preisen. Die notwendige Widerspiegelung des langfristigen und umfassenden gesellschaftlichen Arbeitsaufwandes für eine (Wieder-)Bereitstellung eines Gebrauchswerts in dessen Preis stellt ein seit langem erkanntes zentrales Problem der sozialistischen Ökonomie — und zweifellos nicht nur dieser — dar. Immerhin hat die DDR-Wirtschaftspolitik bezüglich der menschlichen Arbeit in der Güterproduktion bereits seit längerem ein extensives Reproduktionskosten-Konzept verwirklicht, welches in Rechnung stellt, daß die produktive lebendige Arbeit nicht nur an der Aufzucht des Arbeitskräfte-Nachwuchses, sondern auch an einer Vielzahl reproduktiver Arbeiten außerhalb des engeren Wirtschaftskreislaufs hängt. Damit wurde zugleich die spezifisch kapitalistische Unterbewertung der menschlichen Arbeit allein als Arbeitskraft-Ware und somit der Bewertungsunterschied zu Produktionsmitteln, bei denen der Betrieb den Neuwert voll in Rechnung gestellt erhält, beseitigt. »Mit der Einführung eines kalkulatorischen Zuschlags in Höhe von 70 Prozent auf die Lohnkosten in der DDR als 'Beitrag für gesellschaftliche Fonds' wurde, beginnend 1984 in der Industrie, die unterschiedliche Bewertung von Arbeitszeit in Geld je nach ihrer Form als lebendige oder als vergangene Arbeit weitgehend beseitigt. (...) Die bezahlte Kost aus der Sicht des Betriebes ist der wirklichen Kost aus gesellschaftlicher Sicht wesentlich angenähert und damit für den Betrieb spürbar.« (Richter 1985, 59f.) Eine solche Arbeits-Preispolitik dürfte auf die Dauer nicht nur zu wesentlichen Veränderungen der Bewegungsform prozeßtechnischen Wandels — insbesondere zu seiner Verstetigung — führen. Sie verkörpert auch einen gesellschaftspolitischen Grundsatz, den die kapitalistischen Investoren in der DDR — in ihrem Drang, gegen alle die freie Entfaltung der unternehmerischen Persönlichkeit ungerechtfertigt hemmenden Steuern anzugehen — vermutlich bald verteufeln werden: »Das Sichtbarmachen von Kosten, die der Gesellschaft vor allem bei der Reproduktion der Arbeitskraft und der Bürger entstehen, ... verdeutlicht auch, daß es sich bei diesen Positionen der gesellschaftlichen Fonds um anfallende gesellschaftliche Kosten handelt, die durch ein zu erwirtschaftendes Produkt ersetzt werden müssen.« (Heinrichs 1987, 370) Es handelt sich, wohlgemerkt, um gesellschaftliche Aufwendungen, die getätigt und ersetzt, nicht um soziale Kosten, die abgewälzt oder vernachlässigt werden sollen. Und dieses Prinzip der sozial- und wirtschaftspolitischen Einfügung gesellschaftlicher Reproduktionskosten in die betrieblichen Selbstkosten, also der planmäßigen Bildung eines

»reproduktiven Aufwandspreises« (ebd., 371), ist auf die Ressourcen- und Umweltpolitik zu übertragen, wie wir spätestens aus der hiesigen Öko-Abgaben-Debatte wissen². Daß dabei die Bildung von Umstellungsfonds vielfach eine wichtige Rolle spielen kann, ist — von Olav Hohmeyer — besonders am Beispiel der notwendigen Umstellung unseres Fossil- und Nuklearenergie-Systems auf ein System regenerativer solarbasierter Energie gezeigt worden (Hohmeyer 1989). In der Ressourcen- und Umweltökonomie im Rahmen der Theorie sozialistischer Reproduktion sind entsprechende Prinzipien der Preispolitik von Dieter Graf herausgearbeitet worden, der hierbei an die zumindest in der BRD bekannten umweltökonomischen Untersuchungen der DDR-Autoren Hans Roos und Günter Streibel (1979) anknüpft. Hatte etwa Hans Roos den Gedanken der zeitlichen Übertragung von gegenwärtig erwirtschafteten Mitteln für den Ersatz von Naturquellen in der Zukunft ins Spiel gebracht³, so schlägt Dieter Graf vor allem vor, alle notwendigen gesellschaftlichen Aufwendungen eines Gegenwartszeitraums für ein Endverbrauchserzeugnis in dessen Bewertung einzubeziehen (vgl. Graf 1982, 376ff.). Auf diese Weise würde der Wert des stofflichen Endprodukts außer dem Explorations-, Extraktions- und Transformationsaufwand im Prozeß von der Ressource zum Produkt auch alle Protektions-, Restitutions- und Rekultivierungskosten enthalten, die in bezug auf die gebrauchten Ressourcen auftreten, und er würde darüber hinaus auch alle möglichen Rezyklierungs-, Konservierungs- und notfalls Deponierungskosten umfassen, die in Zusammenhang mit den übrigbleibenden Resten der Konsumtion anfallen, wobei der Wert der verwerteten Reste — bei gleichen Gebrauchswerteigenschaften — dem von neugewonnenen Stoffen entsprechen soll. Mit dieser Einrechnung des vollen gesellschaftlichen Aufwands — ein Ziel, das den Befürwortern einer »marktgerechten« Preisbildung wohl als Teufelszeug erscheint — geht somit als zweites preispolitisches Ziel auch eine Beachtung der gesellschaftlichen Nutzwirkung eines Gebrauchswerts einher. Damit sind wir beim dritten der hier behandelten Lehrstücke angelangt.

Das volkswirtschaftliche Wohlfahrtsmaß

Eine Volkswirtschaft, die nicht Herrin ihrer selbst ist, sondern dem Regime der Konkurrenz der Kapitale unterworfen ist und daher den Namen Volkswirtschaft gar nicht verdient, strebt kein eigentümliches Ziel an. Gesellschaftliche Gemeinwirtschaft aber zeichnet sich dadurch aus, daß sie das kapitalistische Unternehmensziel, Werte zu erzeugen, um Werte zu vermehren, durch das Ziel jener Befriedigung von Bedürfnissen ersetzt, um derentwillen eine Gesellschaft da ist. Dabei interessieren die zuweilen etwas schwülstigen Bekräftigungen dieses volkswirtschaftlichen Ziels in den Werken der Politischen Ökonomie des Sozialismus weniger als die theoretischen Reflexionen über das Maß, mit dem sich der Grad der volkswirtschaftlichen Wohlfahrt bestimmen läßt. Bei diesen freilich bislang noch im Fluß befindlichen Überlegungen ist immerhin deutlich geworden, daß es der sozialistischen Ökonomie weder in erster Linie um die volkswirtschaftliche Erzeugung von Werten noch um die von Gebrauchswerten, und seien es die des nützlichen Endprodukts, gehen kann. Zunächst wird, besonders von

Eva Müller (1987), hervorgehoben, daß es der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion nicht um die bloße Mehrung einer Erzeugnismenge, sondern um die Bewahrung und Erweiterung des bereits vorhandenen gesellschaftlichen Reichtums gehen muß. Dabei werden menschliche, natürliche und sächliche Beiträge zu diesem Reichtum unterschieden, der sowohl als Reichtumsbestand als auch als das Vermögen gedacht wird, Gebrauchswertreichtum zu schaffen. Das ist immerhin ein deutlicher Unterschied zu der bei uns immer noch nicht überwundenen Verherrlichung des Wachstums des Sozialprodukts. Deutlich wird in der theoretischen Diskussion des Wohlfahrtsmaßes ferner, daß es bei der gesellschaftlichen Reproduktion um gesellschaftliche Beiträge nicht nur zur Regeneration menschlichen Lebens, sondern auch zu derjenigen natürlicher Reichtümer gehen muß, auch wenn diese Einsicht immer wieder durch die Fetischisierung der sogenannten wissenschaftlich-technischen Revolution beengt worden ist, in der sich eine etatistisch-technokratische Wirtschaftspolitik gespiegelt hat (vgl. Heinrichs 1987, 51ff.; Heinrichs/Kusicka 1989). Von Bedeutung schließlich sind die in den letzten Jahren angebahnten Überlegung zu einer genaueren Bestimmung dessen, was den Nutzen von Gebrauchswerten für die Bedürfnisbefriedigung ausmacht. So kommt einer der Autoren der sozialistischen Reproduktionstheorie, Wolfgang Heinrichs, immerhin zu dem Schluß, daß es bei der Verfügbarmachung von Gebrauchswerten letztlich um den »Beitrag« geht, »den ein Gebrauchsgegenstand, ein Ding oder Kombinationen zwischen ihnen zur Befriedigung der produktiven und konsumtiven Bedürfnisse der Gesellschaft leisten.«⁴ (Heinrichs 1982, 209f.) Von hierher ist es nur noch ein Schritt zu dem Gedanken von Friedrich Engels und von Karl Marx, daß es bei der Gestaltung der Volkswirtschaft letztlich, abgesehen von der Geringhaltung des gesamten Arbeitsaufwandes, um die »Nutzeffekte«, die »nützlichen Wirkungen« oder die »Dienste« der verfügbar gemachten Gebrauchswerte für die Bedürfnisbefriedigung gehe (MEW 20, 288f. Anm.; Kapitel Bd. 1, MEGA II/5, 142). Wir kennen diesen Begriff als den der »Dienstleistung« von Nutzenergie, einem Gebrauchswert, aus der energiepolitischen Diskussion der letzten Jahre (Krause/Bossel 1980), und er zeigt einige Verwandtschaft mit der Kritik des Sozialprodukts als volkswirtschaftliches Wohlstandsmaß, die Herman E. Daly (1988) geübt hat (vgl. Leipert 1986). Die kritischen Wirtschaftswissenschaftler/innen in der DDR werden sich ihren einmal erreichten Stand der kritischen Reflexion moderner Ökonomie — auch wenn es sich zum Teil erst um bruchstückhafte und um weiter zu entwickelnde Überlegungen handelt — hoffentlich nicht ausreden lassen.

Natürlich ist nach der »Wende« vieles anders, aber es ist eben doch nicht alles anders. Und was spricht eigentlich dagegen, bei der künftigen Entwicklung in der DDR von den noch gegebenen Voraussetzungen und bereits erkannten Grundsätzen sozialistischer Ökonomie auszugehen. Was deren Grundlagen in der DDR betrifft, so hat sich dazu kürzlich Helmut Seidl (1990) in der *FAZ* geäußert. »Ein Streit darüber, ob es hier eine marktorientierte Planwirtschaft oder eine geplante Warenwirtschaft sein soll, ist ziemlich scholastisch. (...) Mir scheint, daß sozialistische Produktion durch drei Momente gekennzeichnet wird: 1. Durch ihre Ausrichtung auf die Bedürfnisse ..., eine Feststellung, die zu treffen angesichts der realen Entwicklung der DDR schwer fällt, was aber nichts

an der Richtigkeit der These ändert. 2. Durch ihren planmäßigen Charakter infolge der im Sozialismus vollzogenen Vergesellschaftung von Arbeit und Produktion. 3. Durch ihren Ablauf als Warenproduktion infolge der objektiven Beschränktheit und Begrenztheit der Vergesellschaftung und der daraus resultierenden Selbständigkeit der Wirtschaftseinheiten.« Das ist soweit ganz richtig; der Verfasser ist ja auch Professor für politische Ökonomie des Sozialismus in Halle-Wittenberg. Aber es käme nun wohl darauf an, mit der gesellschaftlichen Ausrichtung der Produktion auf die Bedürfnisse und mit der gesellschaftlichen Bestimmung der Warenwerte ernst zu machen, und zwar dadurch, daß das gesellschaftliche Nationalvermögen durch vielfältige Besitz-, Nutzungs- und Verfügungsformen wirklich für die Bedürfnisse der Gesellschaft genutzt wird und daß die gesellschaftliche Steuerung des Warentausches mit Hilfe vielfältiger plan- und marktwirtschaftlicher Steuerungsmittel wirklich zur Einsparung des Arbeitsaufwands der Gesellschaft führt (vgl. Tjaden 1990, 165-216). Eine Realisierung des makroökonomischen Effektivitäts-Prinzips durch wirkliche Bedürfnisorientierung und Arbeitsökonomie im gesamtgesellschaftlichen Maßstab würde die Volkswirtschaft der DDR auf den Weg einer leistungsfähigen ökologisch-sozialen Wirtschaft bringen, nämlich auf den Weg einer eigenständigen und nachhaltigen Entwicklung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit. Der Fonds- und der Devisenbedarf der DDR — und damit ihre Abhängigkeit von der Fürsorge des Kapitals und seiner politischen Vertreter im westlichen Ausland — würden sich hierdurch erheblich verringern. Dieser Entwicklungsweg setzt zweierlei voraus: Erstens die Realisierung demokratischer Souveränität über die eigene Wirtschaftstätigkeit, einschließlich der Kontrolle der ökonomischen und sozialen Außenbeziehungen; zweitens, angesichts der unvermeidlich engen Beziehungen mit der BRD, eine Änderung der Wirtschaftsentwicklung im Rahmen der gegebenen Wirtschaftsverfassung in Richtung auf einen wirklichen ökologisch-sozialen Umbau auch in diesem Lande (vgl. Düe/Tjaden 1990). Nur in einer solchen ökologisch-sozialen Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit im Rahmen sowohl der sozialistischen wie der kapitalistischen Gesellschaftsformation läßt sich auf die Dauer eine vernünftige, menschenwürdige und kräfte-sparende Regelung der Wirtschaftstätigkeit und Mensch-Natur-Beziehungen in beiden deutschen Staaten erreichen.

Verfaßt Anfang Januar 1990

Anmerkungen

- 1 Hierbei ist strittig, ob die verbrauchte vergegenständlichte Arbeit genuines Element des Aufwandes an konkreter nützlicher Arbeit (was mir richtig erscheint) oder nur zusätzlicher Indikator von Aufwand lebendiger Arbeit ist. Vgl. zur Diskussion dieses diffizilen Problems Möller/Wegener 1988 und, kritisch hierzu, Viertel 1989.
- 2 Dabei ist zwar richtig, daß wir die ressourcien- und umweltpolitisch relevanten gesellschaftlichen Kosten und Umstellungskosten von Prozessen und Produkten nicht genügend kennen. Entscheidend an der Idee des reproduktiven Aufwandspreises dürfte hier aber der Gedanke der Sicherstellung der künftigen Reproduktion, d.h. vor allem der Zweck der Verwendung von Abgaben für die Umstellung auf alternative Produkte und Prozesse sein. Vgl. Krätke 1989, 538, 544ff.

- 3 Dies allerdings mit bestimmten Einschränkungen, die anscheinend nicht zuletzt unter dem Eindruck von Parteitagebeschlüssen der SED zustande gekommen waren: vgl. Roos 1982, 367ff.
- 4 Beim selben Autor war freilich in der jüngsten Vergangenheit eine handfeste Anpassung an Erfordernisse der technokratisch-etatistischen Wirtschaftspolitik zu verzeichnen, beispielsweise in seiner positiven Wertung einer hohen organischen und technischen Fonds-(Kapital-)Zusammensetzung; vgl. Heinrichs 1989, 702.

Literaturverzeichnis

- Autorenkollektiv, 1969: Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR. Berlin/DDR
- Daly, E., 1988: On Sustainable Development and National Accounts. In: David Collard (et al.): Growth and Sustainable Environments. Essays in Memory of Richard Lecomber. New York
- Düe, D., und K.H. Tjaden, 1990: Kapitalismus o.k. — Sozialismus passé? Gesellschaftliche Entwicklungserfordernisse und Entwicklungsansätze in BRD und DDR. Vorgesehen für: Z — Zeitschrift für marxistische Erneuerung 1 (H.1)
- Graf, D., 1982: Reproduktionstheoretische Probleme der volkswirtschaftlichen Bewertung von Naturressourcen. In: W. Heinrichs (Hrsg.)
- Heinrichs, W. (Hrsg.), 1982: Grundfragen der sozialistischen Reproduktionstheorie. Berlin/DDR
- ders. (Hrsg.), 1987: Umfassende Intensivierungs- und Reproduktionstheorie. Berlin/DDR
- ders., 1989: Politische Ökonomie des Sozialismus und gesellschaftliche Entwicklung. In: Wirtschaftswissenschaft 37
- ders. und H. Kusicka, 1989: Grundfragen der Steigerung der Arbeitsproduktivität durch weitere Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und die Erhöhung seiner ökonomischen Wirksamkeit. In: Wirtschaftswissenschaft 37
- Hohmeyer, O., 1989: Soziale Kosten des Energieverbrauchs. Externe Kosten des Elektrizitätsverbrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. West-Berlin (etc.)
- Krause, F., H. Bossel u.a., 1980: Energie-Wende. Frankfurt/M.
- Krätke, M., 1989: Mit Öko-Steuern steuern? In: spw 12
- Leipert, Chr., 1986: Sozialproduktkritik, Nettowohlfahrtsmessung und umweltbezogene Rechnungslegung. Historische Entwicklung und alternative Entwicklungslinien. In: Zs. f. Umweltpolitik u. Umweltrecht 9
- ders., 1989: Die heimlichen Kosten des Fortschritts. Frankfurt/M.
- MEGA: Marx-Engels Gesamtausgabe. Berlin/DDR 1975ff.
- MEW: Marx-Engels Werke. Berlin/DDR 1953ff.
- Müller E., 1987: Der Nationalreichtum. Berlin/DDR
- Möller, U., und H. Wegener, 1988: Die aktuelle Bedeutung der Marxschen Erkenntnisse zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. In: Wirtschaftswissenschaft 36
- Richter, G., 1985: Die Steigerung der Arbeitsproduktivität als Leistungskennziffer der Wirtschaftseinheiten. In: Produktivität im entwickelten Sozialismus. Berlin/DDR
- Richter, H. u.a., (Hrsg.), 1989: Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus. Berlin/DDR
- Roos, H., 1982: Probleme der Nutzung der Naturressourcen im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß. In: W. Heinrichs (Hrsg.)
- ders., G. Streibel u.a., 1979: Umwelgestaltung und Ökonomie der Naturressourcen. Berlin/DDR
- Seidl, H., 1990: »Marktorientierte Planwirtschaft« oder »geplante Warenwirtschaft«. FAZ 2.1.
- Tjaden, K.H., 1990: Mensch, Gesellschaftsformation, Biosphäre. Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur. Marburg
- Viertel, K., 1989: Intensiver Reproduktionstyp und Steigerung der Arbeitsproduktivität. In: Wirtschaftswissenschaft 37

Eckhard Stratmann

Die deutsche Einheit: ein linkes Politikprojekt

Wider die Verdrängung der nationalen Frage

»Nie wieder Deutschland!« Mit dieser Parole bläst ein Teil der bundesdeutschen Linken aus dem grün-alternativen und DKP-nahen Spektrum zum Widerstand gegen die deutsche Einheit. Was im europäischen und erst recht im nicht-europäischen Ausland zunehmend als »natürliches« Bedürfnis der Deutschen anerkannt wird, nämlich eine aufgezwungene Spaltung zu überwinden, was die DDR-Bevölkerung am 18. März mit überwältigender Mehrheit als ihren politischen Willen zur Einheit zum Ausdruck gebracht hat, wird von den Advokaten des Status quo als Apokalypse des Vierten Reiches beschworen, mit dem selbstverschuldeten Ergebnis, daß sich diese Linke gettoisiert und sich ihrer Möglichkeit beraubt, den Prozeß zur deutschen Einheit mit seinen Chancen und Risiken wirksam mitzugestalten. Die Angst vor der nationalen Frage ist verständlich, da in Deutschland seit der Niederlage der Paulskirchen-Bewegung 1848/49 National-Geschichte von »rechts« betrieben wurde und seitdem mit drei großen Kriegen (1870/71, 1914-18, 1939-45) und wiederholten Niederlagen der deutschen Linken verbunden war. Die Zustimmung der Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten 1914 zeigte auch die Anfälligkeit der Linken gegenüber dem nationalistischen Sog. Wie um sich vor neuerlichen Niederlagen und Gefährdungen zu schützen, wird nun im linken main-stream die nationale Ebene ausgeschaltet und diffamiert: Die Zeit der Nationalstaaten sei vorüber, gefragt seien in Zukunft supranationale Integration und Stärkung der Regionen.

Unbestreitbar erfordern die Fragen der Ökologie, der Friedensordnung und der ökonomischen Regulierung verstärkt internationale Zusammenarbeit und die teilweise Abtretung nationaler Souveränitätsrechte an demokratisch legitimierte und kontrollierte supra-nationale Institutionen. Und ohne Zweifel erfordern gerade ökologische und demokratische Interessen eine Dezentralisierung von Handlungsräumen und Entscheidungsebenen, also eine verstärkte Regionalisierung. Dennoch kann auf absehbare Zeit in Europa, auch in Deutschland, nicht auf den Nationalstaat verzichtet werden; zwar verliert er an Bedeutung, und das ist gut so, bleibt aber noch notwendiges und sinnvolles Ordnungsprinzip:

— Wie soll sich ein Gesamteuropa, eine gesamteuropäische Friedens- und Wirtschaftsordnung, konstituieren und integrieren, wenn nicht auf der Basis von Nationalstaaten? Bei 35 KSZE-Signatarstaaten würde ein Heruntergehen auf die regionale Ebene (z.B. der Bundesländer) den supra-nationalen Integrationsprozeß behindern, statt ihn zu fördern.

— Was ist überhaupt das »Europa der Regionen«? Wodurch sind Regionen voneinander abgrenzbar? Bis heute ist — von wenigen Ausnahmen abgesehen, z.B. Ökoregion Ruhrgebiet — der Regionsbegriff ein Schlagwort geblieben, politisch nicht operationalisierbar.

— Das Gefahrenrisiko des Nationalismus schlummert in vergleichbarer Weise nicht minder in supra-nationalen Zusammenschlüssen und im Regionalismus.

Eine ökonomisch und militärisch noch weiter integrierte EG ist heute eine größere potentielle Gefahr für eine friedliche und solidarische Weltordnung, insbesondere im Nord-Süd-Verhältnis, als es heute noch einzelne europäische Nationalstaaten sein können. Wozu regionalistische Bewegungen imstande sein können, zeigt sich heute z.B. in Norditalien: In der Lombardei hetzt eine separatistische Bewegung mit Unterstützung von Hunderttausenden gegen die »Schmarotzer« in Süditalien/Sizilien, es kommt zu Mord und Totschlag gegen zugewanderte Süditaliener, und in Erwartung der politischen Union EG wird der Austritt des reichen Norditalien aus der italienischen Republik propagiert.

Der enorme Druck in Richtung deutsche Einheit ist keineswegs in erster Linie auf das Vereinnahmungsinteresse der ökonomisch und politisch herrschenden Klasse in der BRD zurückzuführen, wie die ökonomistische Sichtweise vieler Linker nahelegt. Hierdurch wird zwar das Tempo und auch der gesellschaftspolitische Rahmen des deutsch-deutschen Einigungsprozesses maßgeblich bestimmt. Fundamental ist allerdings die Bindungswirkung gemeinsamer, auch staatlicher, Geschichte und Kultur, enorm überlagert und verstärkt von sozialen Faktoren, dem Nachholbedarf der DDR-Bevölkerung in Sachen Wohlstand. Die Linke in Deutschland wird nur realitätstüchtig und politikfähig sein, wenn sie den Zusammenhang von nationaler und sozialer Frage anerkennt und zu ihrer Handlungsgrundlage macht. Ihre Aufgabe und ihre Chance liegt darin, den Prozeß der deutschen Vereinigung *gesamteuropäisch zu orientieren* und die *förderativen und direkt-demokratischen Elemente* in Deutschland zu stärken. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit will ich mich im folgenden auf zwei Handlungsfelder konzentrieren.

Ökologische Wirtschaftsdemokratie

Mit der Volkskammerwahl ist die Entscheidung für die Adaption der kapitalistischen Marktwirtschaft (»soziale Marktwirtschaft«) in der DDR gefallen; der Begriff Sozialismus gleichwie das damit Gemeinte sind gründlich und verständlicherweise diskreditiert. Die schnelle Währungsunion der BRD mit der DDR, in gleicher Weise von der Bundesregierung und der SPD betrieben, würde die ökonomische und politische Vereinnahmung der DDR durch die BRD erleichtern und beschleunigen. Dennoch lohnt der Widerstand gegen die schnelle Währungsunion, da sie infolge der mit ihr verbundenen sozialen und fiskalischen Probleme noch keineswegs durchgesetzt ist. In der DDR ergeben sich durch die anstehende Systemtransformation spezifische Handlungsspielräume: Die Überführung der »Volkseigenen Betriebe« in andere Eigentumsformen bietet nicht nur Expansionschancen für das westliche Kapital, sondern auch Chancen für demokratische Aneignungsformen für Belegschaften/Gewerkschaften und Kommunen (z.B. im Energiebereich). Dem derzeit fehlenden Druck seitens der an Befehlswirtschaft gewöhnten Belegschaften korrespondiert ein Mangel an Konzeptionen für demokratische Unternehmensverfassungen, die betriebswirtschaftliche Effektivität und Rentabilität mit demokratischen und ökologischen Erfordernissen verbinden. Ein Mangel, der auch die bundesdeutsche Linke trotz ungleich günstigerer Ausgangsbedingungen kennzeichnet.

Doch besteht auch in der BRD gewerkschaftlicher und betrieblicher Hand-

lungsbedarf in Sachen Ausbau der Mitbestimmung in Unternehmen: Der EG-Binnenmarkt '92 naht und mit ihm eine Unternehmensrechtsform für EG-Aktiengesellschaften. Der DGB-Kongreß im Mai dieses Jahres wird sich mit den bisherigen Erfahrungen mit der Unternehmensmitbestimmung in der BRD und diesbezüglichen Anträgen befassen. Der Zeitpunkt für die betrieblich/gewerkschaftliche und außerbetriebliche Linke in der BRD und der DDR, mit eigenen Konzeptionen in die politische Willensbildung einzugreifen, ist also günstig.

Interventionsfähig wird aber die bundesdeutsche Linke nur, wenn sie sich löst vom Affekt gegen Marktmechanismus und Wettbewerb, gegen Gewinnstreben und Leistungsprinzip. Der Klassegegensatz von Kapital und Arbeit ist auch in weiten Teilen der Linken so verinnerlicht, daß Belegschaftseigentum am Produktivkapital (»neutralisiertes Kapital«) und Gewinnbeteiligung weithin mit dem Argument abgelehnt werden, der Gegensatz von Kapital und Arbeit würde damit verwischt. Es wird aber keine Demokratisierung der Unternehmensverfassung geben, wenn sich nicht die Belegschaften zunehmend Kapitalfunktionen in eigentums- und verfügungsrechtlicher Hinsicht aneignen, inklusive des Risikos, bei Konkurs des eigenen Unternehmens die eigenen Vermögenswerte zusätzlich zum Arbeitsplatz zu verlieren.

Mir scheint für die BRD und die DDR eine *Doppelstrategie* sinnvoll: Zum einen ein *Ausbau der Unternehmensmitbestimmung* über die Montan-Mitbestimmung hinaus (sog. überparitätische Mitbestimmung); dabei wären sowohl die Negativverfahren mit den sozialpartnerschaftlichen Mitbestimmungsmodellen in der BRD zu berücksichtigen als auch Umwelt- und VerbraucherInneninteressen in der Unternehmensverfassung zu verankern. Zum anderen — flankierend dazu — eine Strategie der *Eigentumsbildung der Belegschaften als Kollektiv am Produktivkapital*, z.B. auf dem Wege über eine progressive Gewinnbeteiligung der Belegschaften in Form von Investiv-Lohnanteilen. Gerade in der DDR träfe die Vermögensstrategie auf gute Voraussetzungen: den politischen Gestaltungsspielraum auf Grund des heute noch öffentlichen Eigentums und den hohen Kaufkraftüberhang, der durch Kapitalbildung der Beschäftigten eigentums- und investitionsfördernd abgebaut werden könnte.

Eine ökologisch-sozialistische Wirtschaftsordnung muß über Mitbestimmungs- und Kapitalbeteiligungsformen für die Belegschaften in *Richtung selbstverwalteter Unternehmen* hinausgehen. Es sollten hier allerdings nur Wege skizziert werden, diesem Ziel unter den gegebenen Bedingungen näherzukommen.

Wirtschaftsdemokratie auf der Basis marktwirtschaftlicher Regulierung wird ohne *demokratische Rahmenplanung* nicht auskommen können, wenn die offenkundigen Funktionsdefizite von Marktwirtschaften überwunden werden sollen: u.a. die Konjunkturzyklen mit Inflation und/oder Massenerwerbslosigkeit und die auseinanderklaffende Schere von Produktivitäts- und Wirtschaftswachstum einerseits und ökologischem Destruktivitätswachstum (ökologische Folgeschäden) andererseits. Rahmenplanung wird meistens mit staatlicher Rahmensetzung verwechselt: Es geht bei der Planung allerdings um mehr und um etwas anderes als um sozialstaatliche und umweltpolitische Gesetzgebungs- und Verordnungstatbestände (z.B. Kündigungsschutz; Auflagen, Grenzwerte, Produktionsverbote). Es geht um eine gleichgewichtige, krisenvermeidende Entwicklung von

wirtschaftlichen Makrogrößen: zwischen Unternehmensgewinnen und privatem Einkommen, Investition und Konsumtion, Produktion und Umweltentwicklung, Beschäftigtenstand und Arbeitszeitverkürzung u.a. Eine solche gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung darf nicht dirigistisch in die Unternehmensautonomie eingreifen; sie muß indirekt über demokratisch vereinbarte Absprachen zwischen den relevanten Wirtschaftssubjekten (Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Staat, VerbraucherInnen- und Umweltschutzverbände) funktionieren.

Gesamteuropäische Friedens- und Wirtschaftsordnung

Daß in dem Prozeß der deutschen Vereinigung Gefahren einer nationalistischen Großmachtspolitik infolge ökonomischer, militärischer und politischer Stärke lauern, liegt auf der Hand. Der gar nicht tapsige, sondern mit Blick auf die Vertriebenenverbände und Republikaner wohlkalkulierte Umgang Kohls mit der polnischen Westgrenze und dessen internationale Folgen gibt davon lediglich einen Vorgeschmack. Nicht nur dieser Gefahren wegen resultiert für die Linke daraus, alle Kraft darauf zu richten, das sich vereinigende Deutschland gesamteuropäisch einzubetten, ja, die deutsche Politik selbst zu einem Motor der Entmilitarisierung, der Überwindung der Militärblöcke und der gesamteuropäischen Integration zu machen. Die Chancen dazu sind nicht geringer als die gegenläufigen Gefahren. Es gilt, eine neue Friedensbewegung zu initiieren mit dem Ziel einseitiger Abrüstungsschritte, zunächst Halbierung der Bundeswehr und NVA, Verkürzung der Wehrdienstzeiten, darüber hinaus »Deutschland ohne Armee«, um damit Impulse für eine europäische und weltweite Abrüstung und Entmilitarisierung zu geben. Im Rahmen der KSZE-Gipfelkonferenz im Herbst 1990 ist noch für die neunziger Jahre eine Überwindung der Militärblöcke im Rahmen einer *Gesamteuropäischen Sicherheitsordnung* anzustreben; einen militärischen Sonderweg Deutschlands darf es genauso wenig geben wie eine Osterweiterung der NATO infolge der deutschen Einigung.

Die Entwicklung einer gesamteuropäischen Friedensordnung muß ökonomisch fundiert werden durch eine *Gesamteuropäische Wirtschaftsordnung*. Auch hier darf es nicht eine Osterweiterung der EG durch eine selektive Aufnahme bzw. Assoziierung der Noch-RGW-Staaten geben. Die EG-Integration ist charakterisiert durch das Primat der Kapitalinteressen und ein fundamentales Demokratiedefizit der EG-Institutionen. Angesichts der Umbruchsituation könnte die Chance bestehen, die nächsten Integrationsstufen der EG, Binnenmarkt '92 und Währungsunion, zu verlangsamen und die Dynamik der Integration gesamteuropäisch auszurichten. Eine Gesamteuropäische Wirtschaftsordnung müßte an der Kooperation der bestehenden Wirtschaftsräume EG, EFTA und RGW anknüpfen und eine neuartige Wirtschaftsgemeinschaft unter Einbeziehung der Sowjetunion daraus entstehen lassen. Teile der Gewerkschaften könnten für eine solche Strategie ansprechbar sein, weil die EG des Kapitals auch für gewerkschaftliche Interessen erhebliche Gefahren mit sich bringt.

Um für die gesamteuropäische Integration das Primat der Politik vor der Ökonomie sicherzustellen, sollte der *Europarat* als schon bestehende Menschenrechtsinstitution eine Schlüsselrolle einnehmen. Sein Gewicht wird durch den

anstehenden Beitritt von Warschauer-Pakt-Staaten zunehmen. Die *Parlamentarische Versammlung* des Europarats sollte zu einem kontinuierlich tagenden Parlament mit eigenem Haushalt und Direktwahl entwickelt werden, um den gesamteuropäischen Integrationsprozeß von vorneherein parlamentarisch zu steuern. Angesichts des dringenden ökonomischen und ökologischen Entwicklungsbedarfs und der Verschuldung vieler RGW-Staaten ist bald eine *Europäische Schuldenkonferenz* einzuberufen: Hier sollten eine weitreichende Schuldenstreichung vereinbart, die Restschulden in sog. ökologische Gegenwertfonds umgewandelt werden: daraus könnten dann ökologische Projekte von internationaler Bedeutung, wie z.B. die Sanierung der Ostsee, finanziert werden.

Auf Grund des enormen Kapitalbedarfs für die ökonomisch-ökologische Entwicklung der DDR und Mittel- und Osteuropas ist heute schon ein erheblicher Zinsanstieg zu beobachten und eine Verschärfung der Schuldenfalle für die Dritte Welt zu befürchten. Gerade großdimensionierte Soforthilfeprogramme für die DDR und Mittel- und Osteuropa machen eine Entschuldung der Dritte-Welt-Staaten unausweichlich, soll die Ost-West-Integration nicht durch eine verschärfte Ausbeutung des Südens erkaufte werden.

Linkes Bündnis mit der PDS?

Angesichts der skizzierten politischen Projekte und der programmatischen Aussagen der PDS, ehemals SED, könnte es scheinen, als böte sich die PDS für ein linkes Bündnis geradezu an. Dennoch ist es mehr als erstaunlich, wie Teile der Linken die Verantwortung der SED-PDS für eine vierzigjährige unmenschliche Diktatur überspielen und unvermittelt auf Versöhnung und Neuanfang setzen; dieselben Linken, die — völlig zu Recht — die bruchlose Übernahme von Verantwortlichen während der Nazi-Diktatur in der Aufbauphase der BRD beklagen.

Wie glaubwürdig ist eine PDS, wenn sie sich in ihrem Wahlprogramm für »unbedingte Toleranz gegenüber Andersdenkenden«, »gegen Berufsverbote« und »für eine gesunde und schöne Umwelt« einsetzt, wo im wesentlichen dieselben Parteimitglieder bis Oktober letzten Jahres eine Partei gestützt haben, die für das krasse Gegenteil stand und nicht durch internen Reformdruck einen Kurswechsel herbeiführte, sondern nur durch den Druck der Straße dazu gezwungen werden konnte. Modrow hatte noch in der ersten Oktoberwoche 1989 als Bezirkseinsatzleiter von Dresden brutale Übergriffe der Bereitschaftspolizei gegenüber Dresdener DemonstrantInnen zu verantworten, bevor er durch deren Hartnäckigkeit zu einem Dialog gezwungen wurde. Gysi legitimierte noch nach seiner Wahl zum SED-PDS-Vorsitzenden in einem ZDF-Interview nachträglich den Bau der Mauer und damit das SED-Regime. Bis in diese Tage behindert die PDS die Auflösung und Durchleuchtung des Stasi-Apparates. Kein Wunder, denn eine vierzigjährige Vergangenheit legt keine Parteimitgliedschaft über Nacht ab.

Gerade die gebotene Aufarbeitung und Überwindung der SED-Vergangenheit erfordert es, die Partei PDS in die volle politische Haftung für die vergangenen 40 Jahre DDR zu nehmen. Ein Bündnis oder mehr als eine punktuelle Zusammenarbeit mit ihr verhindert gerade eine Bewältigung der DDR-Vergangenheit.

Plädoyer für eine linke Vernunft im deutsch-deutschen Taumel

Die angelaufene deutsch-deutsche Vereinigung bringt die Verhältnisse zum Tanzen. Einer der größten Transformationsprozesse der jüngeren Geschichte hat dem Herrschaftssystem der alten DDR ein Ende gemacht und droht jetzt, eine neue Periode der aggressiven kapitalistischen Hegemonie einzuleiten. Gerade eine linke Perspektive, für die der Gedanke der Befreiung keine wohlfeile Phrase und die Kategorie der Emanzipation kein bloßer Traditionsbestand ist, bedarf in dieser Umbruchsituation der Vernunft, der nüchternen Erkenntnis der Lage.

Das Scheitern des »modernen Sozialismus«

Zu dieser Vernunft gehört, die Krise der »sozialistischen Länder«, in deren Zusammenhang der angelaufene »Anschluß« der DDR allererst möglich geworden ist, radikal ernstzunehmen. Die Konzeption eines Umbaus der DDR zu einem »modernen Sozialismus« (Brie u.a. 1990), wie sie im Herbst 1989 vorübergehend als reale Möglichkeit erschien, hat in Wirklichkeit die handelnden Subjekte vernachlässigt. Auch unter der deutschen Variante des produktivistischen Staatssozialismus sind die subjektiven Voraussetzungen für eine Demokratie der DDR-Bevölkerung läßt sich zwar nicht einfach als »Untertanen«¹ kennzeichnen. Sie hat sich aber nur aus einer Untertanen-Subjektstruktur herausgewunden, indem sie sich auf andere Weise unterwarf: als atomisierte Subjekte auf dem Weg zu einer durch Massenkonsum fremdbestimmten Individualität. Die unterdrückten Staatsbürger der alten DDR haben sich dabei zu genau dem befreit, was ihnen diese immer schon als Ausweg gelassen hatte: zu bürgerlichen Privatindividuen. Sie haben die Chance gewählt, in einem neuen kapitalistischen »Gründerboom« ihr Glück zu machen. Kohl, der BRD-Staat und selbst die DM sind dabei für sie nur notwendige Übel.

Trotz aller autoritären Fixierung auf die alten Staatsführer, auf die jetzt der Selbsthaß vieler DDR-Bürger für die eigene Unterwürfigkeit projiziert wird, finden wir in ihnen nicht in erster Linie die alte preußisch-deutsche Untertanenmentalität. Sie sind vielmehr einfach darauf aus, individuell ihr kleines »Glück« (vgl. Wullweber 1990) zu machen und die Genüsse des von der BRD adaptierten »american way of life« zu kosten. Dies verbietet einen Rückgriff auf alte Modelle einer linken Kritik am deutschen »Nationalcharakter« — und läßt es als durchaus lohnend erscheinen, gegenüber den in Kohl-Wähler verwandelten Montagsdemonstranten an der Frage festzuhalten, in welche sozialen Widerspruchsstrukturen sie eingespannt sind und wie eine linke Politik sie für gesellschaftliche Alternativen ansprechen könnte.

Neben diesem Typus eines angepaßten Normalsubjektes, das die Mutation vom Mittäter staatlicher Unterdrückung zum konsumfixierten Privatmenschen vollzogen hat, hatte sich in den fragmentarischen zivilgesellschaftlichen Räumen der DDR auch der Typus einer Gegenkultur entwickelt, deren radikal demo-

kratische Persönlichkeiten dann im Herbst 1989 dazu fähig waren, die demokratische Umwälzung innerhalb der DDR noch gegen die Repressionsdrohungen des alten Regimes zu initiieren und zunächst zu stabilisieren. Diese Fähigkeit konnten sie in dieser Gesellschaft nur um den Preis einer großen Schwierigkeit im Umgang mit den Stimmungen der breiten Massen des eigenen Landes entwickeln — und um den Preis einer starken Neigung zur organisatorischen Zersplitterung.

Schon Rudolf Bahro hatte in seiner Analyse der strukturellen Krise des »real existierenden Sozialismus« darauf hingewiesen, daß in den Strukturen dieses Herrschaftssystems die Angehörigen der herrschenden kommunistischen Partei immer auch »gegen sich selbst« organisiert waren (Bahro 1977, 294 u. 386; vgl. Stamm 1989). In dem Maße, wie sich unter Gysi und Modrow die SED als herrschende Staatspartei — unter Verlust von mehr als zwei Dritteln ihrer Mitglieder — zu einer Oppositionspartei gegen den sich abzeichnenden Anschlußprozeß umzubauen begann, konnte sie die in sie selbst eingebundenen kritischen Kräfte für sich aktivieren. Es ist einfach falsch, die PDS als eine bloße Tarnfirma der alten SED zu denunzieren und die Aufrichtigkeit ihrer Selbstkritik und ihres inneren Umbaus pauschal zu bestreiten. Es wäre jedoch auch verfrüht, aus dem inneren Wandel von der alten herrschenden Partei SED zur neuen Oppositionspartei PDS zu schließen, damit sei bereits eine Parteistruktur aufgebaut, die weiterhin tragfähig bleiben würde, sobald der Anschluß der DDR an die BRD vollzogen wäre. Schon gar nicht kann davon ausgegangen werden, es sei bereits die notwendige radikale Erneuerung sozialistischer oder auch kommunistischer Politik vollzogen. Daher ist auch — sinnfällig ablesbar an den BürgermeisterInnen oder BetriebsleiterInnen der SED, die auch in der PDS immer noch ein Stück alter Staatsmacht repräsentieren — die Zusammenarbeit zwischen dieser PDS und den Kräften der Bürgerbewegung oder den VertreterInnen einer alternativen Politik in der DDR immer noch schwierig. Eine offene Benennung und Berücksichtigung dieser Schwierigkeiten muß keineswegs dazu führen, daß Möglichkeiten der Zusammenarbeit an konkreten politischen Projekten — etwa Entmilitarisierung, Sozialpolitik, Verteidigung der Bodenreform oder der Abtreibungsfreiheit — nicht ausgeschöpft werden.

Der z.B. von Eckhard Stratmann in diesem Heft unternommene Versuch, die eigene »marktsozialistische« Position dadurch gegen ein anti-linkes Roll-back in der BRD zu verteidigen zu wollen, daß er selbst einen Beitrag zur Stigmatisierung der PDS und zu einer denunziatorischen Ausgrenzung ihrer Mitglieder leistet, wird linke Positionen nicht schützen können. Wirksam bleibt dabei allein der eigene Beitrag zur Ausgrenzung aller Positionen, die der ideologische »mainstream« als PDS-nah zu brandmarken beschließt. Die *Grünen* insgesamt wären daher gut beraten, die Auseinandersetzung über spätere gesamtdeutsche Parteienkonstellationen im Vertrauen auf das eigene historische Projekt ebenso selbstbewußt wie offen zu führen: Die ökologischen und alternativen Bewegungen und die demokratische Bürgerbewegung in der DDR bieten sich als ihre politischen Partner an, aber eben auch alle diejenigen, die sich als dazu bereit erweisen werden, gemeinsam für eine ökologische, feministische und basisdemokratische Alternative zur herrschenden kapitalistischen Produktionsweise einzutreten.

Kein »Paradigmenwechsel« linker Politik

Bei Linken und Grünen in der BRD wird die Auseinandersetzung über die Deutschlandpolitik überwiegend bekenntnishaft geführt. Das Spektrum der Positionen reicht dabei von der Anerkennung eines »natürlichen Bedürfnisses« nach nationaler Einheit (Stratmann) bis zur Postulierung des notwendig antideutschen Charakters linker Politik in Deutschland (Gremliza). Nur eine nüchterne Bestandsaufnahme kann die Debatte weiterbringen.

Solange die Zweistaatlichkeit von BRD und DDR eine gesellschaftliche Realität war, in gewissem Grade sogar, solange sich überhaupt noch wirksame gesellschaftliche Oppositionspotentiale daran sammeln konnten, war die Verteidigung dieser Zweistaatlichkeit ein Knotenpunkt oppositioneller Politik in beiden deutschen Staaten. In dem Moment, in dem der allergrößte Teil auch der gegen einen Anschluß radikal opponierenden Gruppen in der DDR sich gezwungen sah, seinen Kampf von der Verteidigung der bestehenden Zweistaatlichkeit auf die Beeinflussung der Bedingungen und der Verlaufsformen einer möglichen staatlichen Verbindung zu verlagern, funktioniert dieser Knotenpunkt nicht mehr.

Daraus folgt keineswegs, daß damit die *Befürwortung* der deutschen Einstaatlichkeit zur Vorbedingung linker Politikfähigkeit würde. Die Argumente, die 1989 gegen die Neugründung eines großen deutschen Nationalstaates gesprochen haben, gelten heute unvermindert fort. Es wäre illusorisch, zu glauben, die Linke müßte sich nur am vorherrschenden »Rückgriff aufs Nationale« beteiligen, um die demokratischen, ökologischen und feministischen Interessen der ihm unterstellten Subjekte erfolgreich »ansprechen« zu können.

Das »Nationale« läßt sich nicht einfach beliebig »von links besetzen«. Als ideologische Macht hat es seine eigene Logik, für die, jedenfalls unter den historischen Bedingungen von DDR und BRD, gilt, was Michael Stamm für die »heutigen Montagsdemonstranten in Leipzig« formuliert hat: Die Unterwerfung unter die Macht des »Nationalen« macht die Menschen »zum Material der Herrschenden« sowie zu »gefährlichen Gegnern jeder fortschrittlichen Politik« (Stamm 1990, 22).²

Aus den immer noch gültigen Kriterien, die bisher der linken Kritik an der Option eines deutschen Nationalstaates zugrunde lagen, ergeben sich heute für den weiteren Prozeß eine begründbare Hierarchie von »kleineren Übeln« und abgeleiteten Zielen: Wenn schon eine nationalstaatliche Einheit unvermeidlich geworden ist³, dann lieber als ein Zusammenwachsen auf Grund eines wechselseitigen Reformprozesses, denn als eine einseitige Unterordnung der DDR unter die BRD; wenn schon eine derartige Unterordnung nicht mehr abzuwenden ist, dann lieber in der Form eines neuen, möglichst breit demokratisch kontrollierten Verfassungsgebungsprozesses als in Form eines Anschlusses nach Artikel 23 des Grundgesetzes.

Ohne Zweifel gibt es irgendwo auf dieser Skala den Punkt, wo das Übel so groß wird, daß auch eine eingriffsfähige Linke sehr sorgfältig deutlich machen muß, daß sie mit diesem Übel als solchem gar nichts zu schaffen hat. Dennoch gibt es selbst innerhalb der Anschlußoption noch Varianten, die einen wirklichen Unterschied ausmachen würden — etwa zwischen einer konsequenten Umsetzung

der »Wahldrohung« der konservativen »Allianz« mit einem *sofortigen* Anschluß, der katastrophale ökonomische und politische Konsequenzen nach sich zöge (vgl. Arbeitsgruppe 1990), und einem Anschluß in Gestalt eines kontrollierten und zeitlich hinreichend gestreckten Stufenplanes, der insbesondere auch die Beziehungen der ökonomischen Strukturen des DDR-Territoriums zu den EG-Instanzen und -Regulierungen sowie zu den RGW-Handelspartnern konstruktiv regelte. Gegenwärtig zeichnet sich hier — auch in den Erklärungen Kanzler Kohls am Wahlabend — ein »mittlerer Weg« ab, der den Versuch macht, die monetäre Eingliederung vergleichsweise rasch (noch vor der »Sommerpause«), die realwirtschaftliche Durchdringung mit länger gestreckten Übergangsfristen (bis Ende 1992) und die völkerrechtliche Vereinigung in zeitlicher Abstimmung mit den Alliierten durchzuführen.

Ebenen linken Eingreifens

Für eine linke Politik kommen in dieser Lage grundsätzlich zwei Möglichkeiten in Betracht: *Erstens* könnte sie sich als Radikalopposition immer noch das Ziel setzen, die verlorenegegangene Zweistaatlichkeit wiederherzustellen. So konstituierte sich, nachdem zunächst eine große Mehrheit der Österreicher 1938 für den Anschluß an Nazi-Deutschland votiert hatte, die eigenständige Staatlichkeit der zweiten österreichischen Republik, ausgehend von der Minderheit der demokratischen AnschlußgegnerInnen. Ein derartiges Vorgehen setzt jedoch — außer einer schweren Niederlage des neugebildeten Einheitsstaates — eine starke Eigenständigkeit des sich wieder verselbständigenden Teilstaates voraus, die dazu in der Lage ist, ein tragfähiges politisches Gemeinwesen zu definieren — gerade auch in seiner notwendigerweise imaginären Gemeinschaftlichkeit. Daß ein derartiger Weg für die DDR möglich werden könnte, kann m.E. auf Grund ihrer sehr viel kürzeren, allein von der Phase des »Kalten Krieges« bestimmten Geschichte ausgeschlossen werden.

Damit bleibt *zweitens* nur noch der Weg »nach vorn« für eine linke Opposition mit einer tragfähigen politischen Perspektive: die *kurzfristige* Orientierung auf eine völkerrechtlich verbindliche und durch supranationale Institutionen abgesicherte »Selbstbeschränkung« dieses neuen deutschen Nationalstaates und die voraussichtlich *längerfristige* Perspektive auf eine schrittweise Zurückdrängung der Nationalstaaten überhaupt und gerade dieses ganz besonderen Nationalstaates. Dies kann gleichzeitig durch eine Verlagerung ihrer Funktionen »nach unten« — in die »Zivilgesellschaft« und in regional verankerte Selbstregierungszusammenhänge hinein⁴ — und »nach oben« angestrebt werden — auf inter- und supranationale Institutionen der friedlichen Konfliktaustragung und der strukturellen ökonomischen Regulierung. Eine langfristig angelegte Politik der Zähmung des »neuen Leviathans« in der Mitte Europas wird alle Gestaltungsebenen nutzen müssen: Von der Wiederherstellung der Eigenständigkeit der kommunalen Selbstverwaltung über die Stärkung der föderalistischen Vielfalt innerhalb eines neuen deutschen Bundesstaates, der Entmilitarisierung und der Schaffung von Institutionen nichtmilitärischen Konfliktlösung bis zur Einbindung in ein verbindliches kollektives Sicherheitssystem nach Auflösung der Militärböcke.

Dabei ist eine Öffnung und Umgestaltung der EG ebenso zu fordern wie eine Nutzung des KSZE-Verhandlungsprozesses, um eine gleichberechtigte Wirtschaftszusammenarbeit zum wechselseitigen Vorteil über die gegenwärtigen Blockgrenzen hinaus zu vertraglich zu vereinbaren und durch entsprechende Funktionserweiterungen der UN-Wirtschaftskommission für Europa und des Europarates sowie durch die Einlösung des westlichen Versprechens einer multilateral vereinbarten Handels-, Währungs- und Kreditpolitik zwischen EG-, EFTA- und RGW-Ländern (vgl. Brüggens 1990) institutionell abzusichern.

Jedoch hätte eine alternative Politik, die sich *vorrangig* auf diese »staatspolitische« Ebene verlegen würde, gerade angesichts der Verfassung der Subjekte in der DDR bereits ein Stück weit verloren. Denn die Betroffenen und die Anliegen der meisten Menschen richten sich nicht auf derartige Fragen, sondern auf die Probleme ihrer eigenen Lebenssphäre. An konkreten Problemen und Gefährdungen von Interessen wird in BRD und DDR im Zuge des Vereinigungsprozesses kein Mangel herrschen. Es wird für künftige Kräfteverhältnisse entscheidend sein, wie sich das in der DDR herangebildete kritische Potential mit dem der BRD zu einer neuen linken, grünen und alternativen Politik verbinden kann. Dabei kann und muß auch durchaus in längeren Zeiträumen gedacht werden: Das Beispiel des politischen Katholizismus im rheinischen Deutschland angesichts von Bismarckreich und Wilhelminismus hat hinreichend gezeigt, daß auch unter deutschen Menschen eine Haltung mit eindeutig bestimmten Zielvorstellungen, die zugleich die alltäglichen Lebensinteressen breiter Massen organisiert, selbst als ausgegrenzte Opposition gegen eine staatliche Übermacht erfolgreich bestehen kann.

Anmerkungen

- 1 Wie dies in unterschiedlichen Kontexten, aber mit dem gleichen Effekt, Konrad Weiß, Wolf Biermann und Michael Stamm getan haben (vgl. Reents 1990).
- 2 Wie gerade die jüngeren Entwicklungen in der sog. »Dritten Welt« gezeigt haben, kann selbst unter den Bedingungen (neo-)kolonialer Abhängigkeit das »Nationale« nicht einfach zu einer fortschrittlichen und emanzipatorischen ideologischen Macht umfunktioniert werden — nicht zuletzt wegen der darin angelegten Tendenz zu etatistischen und in der Konsequenz auch militaristischen Politikmustern.
- 3 Die Unvermeidlichkeit des einen deutschen Nationalstaats zu bedauern, bedeutet selbstverständlich nicht, das »Wiederschen« der DDR- und BRD-Bürger im November 1989 zu bedauern oder sich gar die »Mauer« zurückzuwünschen.
- 4 In der Tat ist es, wie Stratmann in diesem Heft bemerkt, unzureichend, einfach auf »die Regionen« als Ort alternativer Politik zu verweisen. Daraus ergibt sich jedoch keineswegs die schlichte Rückkehr in den Rahmen der bestehenden nationalstaatlichen Regulierungsmodelle. »Dezentralisierung« ist im Sinne einer Machtübertragung in Richtung auf Formen der Selbstvergesellschaftung und nicht etwa bloß geographisch aufzufassen.

Literaturverzeichnis

- Albers, D., u.a. (Hrsg.), 1989: Fernaufklärung. Glasnost und bundesdeutsche Linke. Köln
Arbeitsgruppe kritischer Ökonomen und Politikwissenschaftler aus BRD und DDR (Hrsg.), 1990: Wenn die D-Mark kommt ... Warnruf der ökonomischen Vernunft. Argument extra, Hamburg
- Bahro, R., 1977: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Frankfurt/M.
- Brie M., u.a., 1990: Das Umbaupapier. Argumente gegen die Wiedervereinigung. West-Berlin
- Brüggens, W., 1990: Konvertibilität ohne Zusammenbruch und Einverleibung. In: Arbeitsgruppe (Hrsg.), 1990, 48-53
- Reents, J., 1990: Einen Schluck Wasser, bitte! GAL-Rundbrief. Sonderheft, Hamburg, 36-37
- Stamm, M., 1989: Von der Sowjetunion lernen heißt ...? Bestätigte und enttäuschte (Vor-)Lieben. In Albers u.a. 1989
- ders., 1990: Deutschland erwache? — Lieber nicht! GAL-Rundbrief. Sonderheft, Hamburg, 21-22
- Wolf, F.O., 1990: Der mögliche Beitrag von Institutionen europäischer Zusammenarbeit neben und außerhalb der EG. In: Arbeitsgruppe (Hrsg.), 1990, 53-59
- Wullweber, H., 1990: Für eine Politik der Subjekte. GAL-Rundbrief. Sonderheft, Hamburg, 40-42

Wilhelm Kempf

Wahlentscheidung oder Kapitulation?

Versuch einer politisch-psychologischen Analyse der nicaraguanischen Wahlen vom Februar 1990

Zehneinhalb Jahre nach dem Sturz der Somoza-Diktatur und fünfeinviertel Jahre nach dem überwältigenden Wahlsieg, welchen die FSLN bei den ersten freien Wahlen in der Geschichte Nicaraguas im November 1984 errungen hatte, brachten die Wahlen vom 25. Februar 1990 den Sandinisten eine schwere Niederlage bei. 55,2 % der Wähler votierten für das von den USA unterstützte Oppositionsbündnis UNO. Auf die FSLN entfielen lediglich 40,8 % der abgegebenen Stimmen. Will man das Zustandekommen dieses — für alle Beteiligten völlig unerwarteten — Wahlergebnisses verstehen, so muß man die Wahlen im Kontext des unerklärten Krieges sehen, welchen die USA neun Jahre lang gegen die nicaraguanische Bevölkerung geführt haben und welchen daher auch nur die nicaraguanische Bevölkerung durch ihre Kapitulation beenden konnte. Folgerichtig erklärte US-Präsident Bush sofort nach Bekanntwerden des Wahlausganges die Kriegsziele der USA als erreicht und forderte, daß unverzüglich ein Waffenstillstand eingehalten werde. Nun gebe es keinen Grund mehr für weitere militärische Aktivitäten irgendeiner Seite.¹

Innerhalb der Militärdoktrin der *Low-intensity Warfare* (Kriegsführung niedriger Intensität), wie sie von den USA gegenüber Nicaragua angewendet wurde, stellen militärische Aktivitäten herkömmlicher Art nur einen Teilaspekt der Kriegsführung dar. Auch wirtschaftliche, politische und psychologische Maßnahmen werden als integraler Bestandteil einer militärischen Praxis begriffen, deren Ziel — anders als in traditionellen Kriegen — nicht in der Eroberung von Territorium besteht, sondern darin, eine gewünschte Verhaltensänderung in der Bevölkerung zu erzwingen.² Im konkreten Fall des Krieges gegen Nicaragua standen von Anfang an ökonomische Maßnahmen im Zentrum der Kriegsführung. Hatte US-Präsident Carter noch versucht, die nicaraguanische Revolution durch selektive (finanzielle) Anreize und politischen Druck zu kanalisieren, so richtete sein Amtsnachfolger Reagan die Nicaraguapolitik der USA auf die Destabilisierung und den Sturz der Regierung in Managua aus. Zielsetzung war es, den nationalen Konsens zu zerstören, der sich im Widerstand gegen die Diktatur herausgebildet hatte. Gleichzeitig sollte verhindert werden, daß eine erfolgreiche Revolution zum Beispiel für ganz Lateinamerika werden könnte.

Um eine solche Beispielswirkung zu verhindern, wurde sofort nach Reagans Amtsantritt die bilaterale Wirtschaftshilfe der USA an Nicaragua gestrichen. Selbst Zusagen über Nahrungsmittellieferungen wurden nicht eingehalten und die Einfuhrquoten für nicaraguanischen Zucker radikal gekürzt. Bereits genehmigte Kredite wurden gesperrt. Weltbank und Interamerikanische Entwicklungsbank wurden von den USA unter Druck gesetzt, um Nicaragua jeden Zugang zu Krediten zu verweigern. US-Konzerne verlegten ihre Produktion aus

Nicaragua in andere zentralamerikanische Länder. Laufende Verträge wurden nicht eingehalten und Handelsbeschränkungen wurden erlassen.

Gleichzeitig begann Reagan mit dem Aufbau einer konterrevolutionären Söldnertruppe (»Contra«), die sich hauptsächlich aus ehemaligen Mitgliedern der berüchtigten Nationalgarde Somozas rekrutierte. Ende 1983 standen um die 12000 Mann unter Waffen. Da sich das Ziel, an der honduranischen Grenze »befreite Gebiete« zu besetzen, um dort eine Gegenregierung auszurufen, als nicht realisierbar erwies, wurden auch die Aktionen der Contra in erster Linie auf die Untergrabung der ökonomischen Existenzfähigkeit Nicaraguas ausgerichtet, um so die Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu schüren. Die Anschläge der Contra richteten sich gegen ökonomische Ziele und die Infrastruktur des Landes. Im Oktober 1983 erfolgten außerdem Angriffe des CIA auf Corinto und Puerto Sandino, die beiden wichtigsten Häfen Nicaraguas. Von den Erfolgen ermutigt, betrieb der CIA in den ersten Monaten des Jahres 1984 die Verminderung der nicaraguanischen Häfen, die später zur Verurteilung der USA durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag führte. Bei all diesen Operationen ging es nicht nur um die direkten ökonomischen Schäden, welche durch die Überfälle verursacht wurden, sondern — wie US-Regierungsbeamte offen eingestanden — auch darum, daß »die Contras die Sandinisten schwächen, indem sie sie zwingen, ohnehin knappe Mittel für den Krieg aufzuwenden und den Sozialprogrammen zu entziehen« (zit. n. Chomsky 1988, 49).

»Jede neue Schule und jedes neue Krankenhaus, das nicht gebaut wurde, jede Genossenschaft ohne Saatgut oder Dünger, jeder zum Militärdienst eingezogene produktive Arbeiter konnte das Versagen der Revolution widerspiegeln, den Bedürfnissen der Leute zu entsprechen. Zwischen Oktober 1983 und Oktober 1984 verloren die Löhne nicaraguanischer Arbeiter 40 % ihrer Kaufkraft. In der gleichen Zeit mußten mehr als 50 Krankenhäuser, 360 Schulen und 840 Einrichtungen der Erwachsenenbildung wegen Angriffen oder Sabotage geschlossen werden.« (Miles 1986, 31)

Wenn es Reagan zu diesem Zeitpunkt dennoch nicht gelungen ist, in Nicaragua eine politische Opposition zu schaffen, welche die Machtfrage hätte stellen können, so ist dies vor allem auf die Konsequenz zurückzuführen, mit welcher die FSLN trotz sich verschärfender Kriegsbedingungen die demokratische Neuordnung des Landes betrieb und damit die Propaganda Lügen strafte, welche die Regierung in Managua als totalitäres Regime erscheinen lassen wollte. Aus den Wahlen, welche im November 1984 unter der Kontrolle von über 400 Wahlbeobachtern aus aller Welt stattfanden, ging die FSLN mit zwei Drittel der abgegebenen Stimmen als Sieger hervor. 33 Prozent der Stimmen verteilten sich auf die sechs Oppositionsparteien PCD (14,04 %), PLI (9,60 %), PPSC (5,56 %), PCdN (1,54 %), PSN (1,31 %) und MAP-ML (1,03 %) (zit. n. Instituto ... 1989, 29).

Die Hoffnung Nicaraguas, die USA durch die demokratische Legitimierung seiner Revolution zum Einlenken bewegen zu können, erfüllte sich jedoch nicht. Nachdem Reagan bereits einen Teil der Oppositionsparteien zum Wahlboykott gedrängt hatte, erklärte er die Wahlen zur »Farce« und nahm sie einfach nicht zur Kenntnis. Statt dessen verfügte Reagan Anfang Mai 1985 mit einem totalen Handelsembargo gegen Nicaragua eine weitere und für die Erreichung der

Kriegsziele der USA entscheidende Eskalation des Krieges: Erlitt das Land zwischen 1982 und 1987 durch Contraüberfälle, von außen kommende Angriffe und die Verminung nicaraguanischer Häfen durch den CIA Schäden in Höhe von 297,9 Mio. US-Dollar an Produktionsmitteln und Einrichtungen der sozialen Versorgung sowie kriegsbedingte Produktionsverluste in Höhe von 1288 Mio US-Dollar, so gingen Nicaragua infolge des Handelsembargos innerhalb von zweieinhalb Jahren (bis Ende 1987) Exporteinkünfte in Höhe von 325,4 Mio US-Dollar verloren. Die durch das Handelsembargo entstandenen Verluste im Brutto-Inlandsprodukt werden auf 2546 Mio. US-Dollar geschätzt. Zusammen gerechnet: 4477,3 Mio. US-Dollar.

Was diese Zahlen — bei einem Bruttosozialprodukt von 2760 Mio. US-Dollar (1985) bedeuten, liegt auf der Hand. Nicaragua wurde in die schwerste Wirtschaftskrise seiner Geschichte gestürzt. Eine Inflationsrate, die 1987 die Rekordhöhe von 300 % im Monat erreichte, zwang die Regierung 1988 zu einer Reihe von drastischen Maßnahmen, deren Hauptlast die ärmeren Teile der Bevölkerung zu tragen hatten. Dadurch konnte die nicaraguanische Wirtschaft zwar noch einmal vor dem Kollaps gerettet werden. Gleichzeitig war es den USA damit jedoch gelungen, nicht nur die Beispielswirkung Nicaraguas auf andere Länder der Region ein Stück weit zu neutralisieren, sondern auch eine Basis für die psychologische Destabilisierung der nicaraguanischen Bevölkerung zu schaffen. Wie die Ergebnisse einer psychologischen Erhebung zeigen, die Jaime Whitford (1990) zwischen 1986 und 1988 in Managua, Matagalpa, Jinotega und Juigalpa durchführte, sind es nicht die militärischen Auswirkungen des Krieges, sondern vor allem die ökonomischen Kriegsfolgen, welche zum Auslöser von Angst und Verunsicherung in der Bevölkerung wurden. Während die militärische Situation des Landes von der Regierung kontrolliert wurde, hat sich die ökonomische Lage zu einer existentiellen Bedrohung zugespitzt, welche die tägliche Reproduktion besonders für die Lohnarbeiter in den Städten zu einem schier unlösbaren Problem werden ließ. Es ist daher auch kaum verwunderlich, daß die Opposition bei den Wahlen vom Februar 1990 besonders in den Arbeitervierteln der Großstädte Stimmen gewinnen konnte.

Daß das Votum vom 25. Februar 1990 so deutlich zugunsten des Oppositionsbündnisses UNO ausgefallen ist, kann durch die wirtschaftliche Misere allein dennoch nicht zufriedenstellend erklärt werden. Auch dann nicht, wenn man unterstellt, daß es der US-Propaganda gelungen sei, den Zusammenhang zwischen dem Krieg und seinen wirtschaftlichen Folgen zu verschleiern. Denn, wie aus einer Meinungsumfrage hervorgeht, die das Forschungszentrum ITZTANI im Juni 1988 in Managua durchgeführt hat, unterstützten zu diesem Zeitpunkt immer noch 71,7 % der Befragten die Politik Präsident Ortegas, obwohl nur 19 % die Ansicht vertraten, daß der Grund für die wirtschaftlichen Probleme »Reagan«, »die Aggression«, »die Blockade« oder »der Krieg« seien — und 36 % der Befragten meinten, daß das Hauptproblem der Wirtschaft »die niedrigen Löhne«, »die geringe Produktion« oder eine »schlechte Regierung« seien (vgl. Kempf 1990, 84). Die darin zum Ausdruck kommende Diskrepanz macht deutlich, daß die wirtschaftliche Notlage allein nicht ausreichte, um der Regierung das Vertrauen zu entziehen — jedenfalls solange nicht, als die Regierung durch ihre

erfolgreiche Friedenspolitik (im März 1988 war die Vereinbarung eines Waffenstillstandes mit der Contra gelungen) die Hoffnung auf ein bevorstehendes Kriegsende vermitteln konnte.

Wie Jaime Whitford (1990, 81f.) berichtet, hatten zwischen 78,8 % (in Juigalpa) und 87 % (in Matagalpa und Jinotega) der Befragten eine negative Wahrnehmung der Situation des Landes. Trotzdem beurteilten aber nur jene (maximal 5,4 %) der Befragten die Situation als »unerträglich« oder »unhaltbar«, die vom Krieg am stärksten betroffen waren und auch sich selbst als ohnmächtig gegenüber der Realität empfanden. Im Gegensatz dazu glaubten 80 % der Befragten, »daß in ihnen positive Veränderungen stattfinden werden, Gefühle der Heiterkeit, des Glücks und der Ruhe, sofern der Krieg ein Ende findet. Und viele sehen, daß es im Frieden einen Weg für die Entwicklung des Landes gibt«.

Diese Hoffnung ist es denn auch gewesen, die sich am Ende als wahlentscheidend herausstellen sollte. Denn so sehr die Sandinisten eine Aussöhnung mit den USA anstrebten und ihre Bereitschaft zu Demokratie, Frieden und nationaler Aussöhnung *praktisch* unter Beweis stellten, sie erwiesen damit nur ihre Ohnmacht gegenüber dem Diktat der USA, die sich die Entscheidung über die Beendigung des Krieges und die Aufhebung der Wirtschaftsblockade vorbehalten. Die nicaraguanische Bevölkerung hatte nicht zwischen den regierenden Sandinisten und dem Oppositionsbündnis UNO zu wählen. Sie hatte lediglich zu entscheiden, ob sie die Fortsetzung ihrer militärischen Nötigung und ihrer ökonomischen Strangulierung durch die USA sechs weitere Jahre ertragen wollte.

Nach Einschätzung des Ministers für Planung und Staatshaushalt, Alejandro Martinez Cuenca³, haben Krieg und Wirtschaftsboykott Nicaragua um fast 50 Jahre zurückgeworfen. Selbst wenn es gelingen sollte, die Exportkapazität von 1979 wiederzuerlangen, würden die Exporte von 25 Jahren benötigt werden, nur um die während der Amtszeit Reagans erlittenen Verluste auszugleichen. Ähnliche Rechnungen werden neuerdings auch von nordamerikanischen Experten aufgestellt: Zwei Jahrzehnte lang müßte das nicaraguanische Bruttosozialprodukt jährlich um 5 Prozent wachsen, um auch nur auf den Stand von 1979 zu kommen (*Der Spiegel* 5.3.90, 167). Daß eine Erholung der nicaraguanischen Wirtschaft nur möglich ist, »wenn die westlichen Demokratien — vor allem die Vereinigten Staaten, aber auch wir — dieser neuen Demokratie massiv helfen«, wurde drei Tage nach der Wahl auch vom ehemaligen CDU-Generalsekretär Heiner Geißler⁴ offen eingestanden: »Wenn nun wieder Devisen da sind, wenn Geld da ist und diese Abkapselung aufhört, dann habe ich keine Zweifel, daß in Nicaragua dasselbe möglich sein kann wie in Costa Rica.«

Auch die nicaraguanische Regierung versuchte nicht darüber hinwegzutäuschen, »daß es ohne regionale Entspannung unmöglich ist, den inneren Friedensprozeß und den Wirtschaftsaufbau zu verwirklichen«, wie Victor Tirado Lopez, Mitglied der Nationalen FSLN-Führung, in einer Broschüre zum 10. Jahrestag der Revolution formulierte. Und sie versuchte auch nicht darüber hinwegzutäuschen, daß der Erfolg des Enspannungsprozesses letztlich von den USA abhing. Entsprechend erklärte Präsident Ortega bereits vor Beginn des Wahlkampfes⁵, daß Nicaragua bereit sei, mit den USA gemeinsam für Frieden in Lateinamerika zu arbeiten. Und noch bei der Stimmabgabe⁶ versicherte er der

Bevölkerung seinen Willen, das Verhältnis zwischen Nicaragua und den USA zu normalisieren.

Die Sandinisten selbst hatten damit die Erfüllbarkeit ihrer Wahlversprechen vom *Good Will* der USA abhängig gemacht, die ihrerseits keinen Zweifel daran ließen, daß sie dazu kaum bereit sein würden, wenn die Sandinisten die Wahlen gewinnen. Zwar versicherte der Beauftragte des UN-Generalsekretärs zur Beobachtung der Wahlen, Elliott Richardson, am 15. Januar in Managua, die USA würden jedes Ergebnis der bevorstehenden Wahlen anerkennen, wenn dieses auf korrekte Weise zustandekomme (FR 17.1.90), doch diente dies nur als Auftakt für die Infragestellung der Gültigkeit der Wahlen durch das US-Außenministerium drei Tage später (FR 20.1.90). Und nachdem sich abzeichnete, daß infolge der strengen internationalen Wahlkontrollen eine Anfechtung der Wahlen wenig glaubwürdig sein würde, erklärte US-Außenminister Baker zwei Tage vor der Wahl, daß reguläre Wahlen allein für die USA keinen hinreichenden Grund darstellen würden, ihre Beziehungen zu Nicaragua zu normalisieren. Im Falle eines Wahlsieges der Sandinisten sei eine längere Periode »guter Führung« notwendig, bevor die USA »ins Auge fassen können, mit einer Prüfung zu beginnen, wie wir unsere Beziehungen normalisieren könnten« (FR 24.2.90). Für den Fall eines Wahlsieges der Opposition hatte US-Präsident Bush bereits im November angekündigt, das Handelsembargo gegen Nicaragua aufzuheben und die Wirtschaftshilfe wieder aufzunehmen (FR 10.11.89).

An diesem 25. Februar wurde in Nicaragua weder gegen die Sandinisten gestimmt noch für Doña Violeta. Gestimmt wurde für das nackte Überleben und die Hoffnung, daß auch der Machtwechsel nicht restlos zerstören wird, was die sandinistische Revolution dem Land gegeben hat: »Ein bißchen Würde, ein bißchen Demokratie und soziale Gerechtigkeit«, wie Daniel Ortega das in seiner Stellungnahme formulierte, die er nach dem Wahltag um 6 Uhr morgens in einer Pressekonferenz bekanntgab.

Anmerkungen

- 1 US-Präsident Bush in seiner von Regierungssprecher Fitzwater verlesenen Presseerklärung (zit. n. ORF Nachrichten vom 26.2.1990). Dieselbe Formulierung hat inzwischen auch die siegreiche Präsidentschaftskandidatin Violeta Chamorro in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* übernommen. (Vgl. *Der Spiegel* vom 5.3.1990, S.169).
- 2 Zur Integration militärischer und nicht-militärischer Elemente von Low-Intensity-Warfare vgl. u.a. Hippler (1986) sowie Klare & Kornbluh (1988).
- 3 Zit. n. *Barricada internacional*, deutschsprachige Ausgabe Nr.8, März 1989.
- 4 Am 28.2.1990 in einem Fernsehinterview mit SW3.
- 5 U.a. in seiner Rede zum 10. Jahrestag der Revolution (Zit. n. Fernsehen DRS, Tagesschau vom 19.7.89).
- 6 Zit. n. Fernsehen DRS, Nachrichten vom 26.2.1990.

Literaturverzeichnis

- Chomsky, N., 1988: Die 5. Freiheit. Über Macht und Ideologie. Vorlesungen in Managua. Hamburg
- Hippler, J., 1986: Krieg im Frieden. Amerikanische Strategien für die Dritte Welt. Köln
- Instituto Histórico Centroamericano, 1989: »4. November 1984 — Ein historischer Tag«. In: *Envío* 100, Oktober
- Kempf, W. (Hrsg.), 1990: Medienkrieg oder »Der Fall Nicaragua«. Hamburg
- Klare, M.T. und P. Kornbluh, 1988: *Low Intensity Warfare*. New York
- Miles, S., 1986: *The Real War — Low Intensity Conflict in Central America*. NACLA-Report on the Americas, Vol.20, No.2
- Whitford, J., 1990: »Angst und Krieg in Nicaragua«. In: Kempf, W. (Hrsg.), 1990

West- und östliche Geländearbeiten

W. F. Haug

**Versuch, beim Verlieren
des Bodens unter den Füßen
neuen Grund zu gewinnen**



Ein politisches Tagebuch
Juni 1989 - März 1990

Argument

Wolfgang Fritz Haug
**Versuch, beim
täglichen Verlieren des
Bodens unter den
Füßen neuen Grund
zu gewinnen**

Politisches Tagebuch
Juni 1989—März 1990

ca. 300 Seiten, br., ca. DM 30,—

Die jüngsten Ereignisse in den »realsozialistischen« Ländern Mittel- und Osteuropas haben das Koordinatensystem politischen Denkens und Handelns unwiderruflich verändert. Wie nun weiter? Steht der Triumph des Kapitalismus endgültig fest? Ist er das Grabgeläute für alles, was einmal mit sozialistischen Hoffnungen, Utopien, Analysen sich verband?

Wolfgang Fritz Haug hat sich bereits in seiner umfassenden Studie über die Ideen und die Ideologie der Perestrojka (*Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken*, 1989) als gründlicher Analytiker der geistigen und politischen Situation der Sowjetunion ausgewiesen. Er hat nun den Prozeß der Umgestaltung weiter verfolgt, akribisch die Veränderungen, Brüche, Konflikte wahrgenommen und notiert und sich dabei in zunehmendem Maße auf den Transformationsprozeß der sozialistischen Staaten insgesamt konzentriert. Sein Ziel war nicht — und konnte es auch gar nicht sein — die sich überstürzenden Ereignisse zu analysieren und auf ihre objektiven Möglichkeiten hin zu befragen. Vielmehr hat er die subjektive Sichtweise des politischen Tagebuchs gewählt, um sich und anderen Rechenschaft abzulegen über das, was bis vor kurzem noch dem Reich der Phantasie zugehörig schien.

So versteht sich dies Buch denn auch nicht als allumfassender theoretischer Wurf, sondern als Materialsammlung, als täglicher Vergewisserungsprozeß eines linken Intellektuellen, der nicht bereit ist, dem Zeitgeist nachzugeben und den Marxismus — als Möglichkeit und Kritik — ad acta zu legen.

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Volker Gransow

Zivilgesellschaft und demokratische Frage

Ein Literaturbericht

Zivilgesellschaft — ein Wort, das erst seit kurzem in Deutschland aufgetaucht ist. Und noch immer handeln auch deutschsprachige Beiträge zum Thema eher mit Adam Ferguson von der *civil society*, mit Jean-Jacques Rousseau von der *société civile* oder mit Antonio Gramsci von der *società civile*. Das liegt daran, daß bisher im Deutschen für »bürgerliche Gesellschaft« (*bourgeois society* usw.) und »Zivilgesellschaft« (*civil society* usw.) nur ein Wort existierte, nämlich »bürgerliche Gesellschaft«. Dem entspricht, daß im Deutschen *citoyen* oder *citizen* mit »Staatsbürger« und nicht mit »Zivilbürger« oder »Zivilist« übersetzt wird. Nicht zuletzt wegen der bisher fehlenden deutschen Unterscheidung von bürgerlicher Gesellschaft und Zivilgesellschaft ist die Lektüre der Schriften von Hegel und Marx zur Gesellschaftstheorie mühsam. Neuerdings gilt das auch für die Auseinandersetzung mit den sowjetischen Reformen. Die deutsche Ausgabe etwa von Moshe Lewins Gorbatschow-Buch »übersetzt *civil society* mit 'bürgerlicher Gesellschaft'; die sowjetische Zivilgesellschaft wird so zur 'bürgerlichen Sowjetgesellschaft' ... Neue semantische Trübungen werden daraus folgen, wenn das nicht korrigiert wird.« (Haug 1989, 436). Die Ursache solcher semantischer Trübungen liegt in der Sache selbst: weil in Deutschland die Zivilgesellschaft über lange Zeit unentwickelt war und im gewissen Sinn noch ist, konnte sich auch der Begriff nicht herausbilden. Somit ist der vorliegende Beitrag nicht nur ein Bericht zur neueren Diskussion insbesondere um Zivilgesellschaft und Demokratie, sondern will auch die Sache selbst fördern. Diese ist freilich schwer zu fassen: die Spannweite des Verständnisses von Zivilgesellschaft reicht von »staatsbürgerlicher Gesellschaft« (Migranjan) über »informelles Netzwerk« (Lewin) bis zum »Schlüsselbegriff einer neuen kritischen Theorie zeitgenössischer industrieller Gesellschaften« (Arato 1989, 133).

Von Aristoteles bis Arato?

Begriffsgeschichtlich finden sich in der Literatur mehrere Sichtweisen: (a) die traditionelle, (b) die klassisch-liberale, (c) die Hegelsche, (d) die Marxsche, (e) die Gramscis sowie (f) eine neuere, Marx und Gramsci transzendierende Sicht.

Die traditionelle Konzeption läßt sich vom modernen Naturrecht über Cicero bis zu Aristoteles zurückverfolgen (vgl. Aristoteles 1981, Luhmann 1973). Diese Ahnengalerie soll nicht zuletzt das u.a. von Poulantzas vorgetragene Argument widerlegen, daß Zivilgesellschaft erst im 18. Jahrhundert auftauche und letztlich mit »bürgerlicher Gesellschaft« identisch sei. Aristoteles wird zivilgesellschaftlich gelesen. Demzufolge ist nicht so sehr Sklavenhalterordnung und Patriarchat wichtig, sondern eine Zivilgesellschaft (*koinonia politiké*), die mit der politischen Gesellschaft (*polis*) noch eins ist. Dazu gehört eine Vision der Zivilgesellschaft als einer herrschaftsfreien Assoziation von Ebenbürtigen, die kommunikativ und öffentlich ihre Ziele und Handlungsnormen festlegt und ihre Interaktion nach Prinzipien der Gerechtigkeit regelt. Die Gesellschaft wird integriert durch ein ererbtes Ethos; in ihrer politischen Verfaßtheit hat die Gesellschaft das Doppelziel, nicht nur das Leben schlechthin, sondern darüber hinaus das »gute Leben« in Freiheit und Tugend zu ermöglichen (vgl. Keane 1988b, bes. 31f., u.ö.)

Bis ins 18. Jahrhundert hinein blieben (vermittelt durch Ciceros Interpretation des Verhältnisses von *scietas civilis* und Staat) solche Vorstellungen der Einheit von ziviler und politischer Gesellschaft erhalten. Erste Zeichen für einen Zusammenbruch des klassischen Konzeptes finden sich in Adam Fergusons »Essay on the History of Civil Society« (1767). Ferguson modernisiert das Konzept der Zivilgesellschaft durch die Einführung von Bürgerverbindungen (Jurys, Milizen usw.), so daß unabhängige »Gesellschaften in der Gesellschaft« sich rechtmäßig gegen den Staat verteidigen können. Insofern sind für Ferguson auch bewaffnete Milizen zivil — ein Problem, das sich bis heute in der Diskussion um das Recht des U.S. citizen zum Waffentragen erhalten hat. Wesentlich weiter geht Thomas Paine mit seiner Studie über die Menschenrechte (1791-1792), die die französische und die amerikanische Revolution reflektiert. Nach Paine muß die Staatsgewalt zu Gunsten der Zivilgesellschaft eingeschränkt werden, denn bei allen Individuen gibt es ein natürliches Bedürfnis nach Gesellschaft; dies existiert schon vor der Staatsbildung und ermöglicht den Individuen, friedliche und glückliche Beziehungen des Wettbewerbs und der Solidarität durch wechselseitiges Selbst-Interesse und gemeinsame Hilfe zu entwickeln. »Der Staat wird als notwendiges Übel und die Zivilgesellschaft als unbefragtes Gutes betrachtet« (Keane 1988a, 45). Im hieran anschließenden klassisch-liberalen Denken (etwa bei Tocqueville oder Mill) wird Zivilgesellschaft nicht als spezifische Struktur verstanden, sondern als Zustand der Zivilisierung, eine Ebene moralischer Reife (einschließlich Toleranz), eine Sphäre der Realisierung individueller Interessen, individueller Recht und des Privateigentums — gerade der letzte Punkt zeigt natürlich die Ambivalenzen von Zivilgesellschaft und bürgerlicher Gesellschaft im Verhältnis zueinander, aber nicht ihre absolute Identifizierung.

Ist es in der angelsächsischen Philosophie die Gegenüberstellung von *civil society* und *government*, so unterscheidet in Deutschland Hegel in den »Grundlinien der Philosophie des Rechts« die »bürgerliche Gesellschaft« vom »Staat«: »In der Wirklichkeit ist darum der Staat überhaupt vielmehr das Erste, innerhalb dessen sich erst die Familie zur bürgerlichen Gesellschaft ausbildet, und es ist die Idee des Staates selbst, welche sich in diese beiden Momente dirimirt [= trennt; Anm.d.Verf.].« (Rechtsphilosophie § 256) Freilich ist dies weder der Polis-Staat noch der Vertragsstaat des Naturrechts, es ist die »Idee des Staates«, und dort hat Hegel »die emanzipatorischen Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft« eingearbeitet (Riedel 1970, 70). In Hegels Differenzierungen der »bürgerlichen Gesellschaft« in Wirtschaft, Rechtspflege und Verwaltung ist die Zivilgesellschaft trotz aller Idealisierung des Staates noch erhalten.

Daran knüpft Marx zunächst in seiner »Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie« an. Aber ab 1844 und vor allem im »Kapital« steht nicht mehr die bürgerliche Gesellschaft und damit auch nicht die Zivilgesellschaft im Zentrum seines Interesses, denn jetzt geht es um die »Anatomie« der Gesellschaft, also um Arbeit und Klassenbeziehungen. »Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen ... Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen.« (MEW 4, 462f.) In der Reduzierung der modernen Gesellschaft von der zivilen und bürgerlichen zum idealtypisierenden Modell der Zwei-Klassen-Gesellschaft liefert Marx eine großartige Analyse sozialer Dynamik; im Aufzeigen der politischen Folgen sozialer Antagonismen bietet er eine tatsächlich »rücksichtslose Kritik« der Verhältnisse. Nur muß diese »rücksichtslose Kritik« auch Marx selbst gegenüber gelten, wie Jean Cohen in ihrer Arbeit über »Klasse und Zivilgesellschaft« zu recht notiert. In der Zusammenfassung ihrer umfangreichen Studie formuliert Cohen,

Marx zeige die Gefahren kapitalistischer Rationalisierung für die Zivilgesellschaft als solche und für demokratische Politik, während seine Hauptschwäche die Ausschließung positiver Errungenschaften moderner Zivilgesellschaften sei (Legalität, Pluralität, Öffentlichkeit; vgl. Cohen 1987, XIII, 225 u.ö.).

Gramsci stößt — angeregt durch Hegels Rechtsphilosophie — auf dieses Defizit, als er nach Gründen für das Scheitern der Revolution von 1917 im Westen sucht. Bei Gramsci läßt sich ein Drei-Ebenen-Modell von Gesellschaft konstruieren: die Ökonomie, die Zivilgesellschaft und die politische Gesellschaft (vgl. Gramsci 1983, Bobbio 1988). In der Zivilgesellschaft spielt sich hauptsächlich der Kampf um Hegemonie ab, in Kirchen, Gewerkschaften und Parteien, in der laizistischen Volkskultur usw. Sabine Kebir resümiert: »Unter dem Eindruck des Zusammenbruchs der 'Zivilgesellschaft' im Faschismus kam Gramsci als einer der ersten kommunistischen Marxisten zu der Einsicht, daß sie von der Linken nicht als 'bürgerlich' verunglimpft, sondern verteidigt und weiterentwickelt werden müßte bis hin zu einer Situation, in 'die politische Gesellschaft von der Zivilgesellschaft absorbiert' werden könne.« (Kebir 1989, 467). Dazu ist erstens zu fragen, ob Gramsci Zivilgesellschaft nicht auch als »Bollwerk« der kapitalistischen Ökonomie sah, und zweitens, ob nicht in Gramscis Konstruktion von Zivilgesellschaft nicht allein ihre Absorption des Staates beinhaltet ist, sondern auch eine Garantie der Zivilgesellschaft durch den Rechtsstaat — und das könnte Abschied von der Utopie des Absterbens des Staates heißen. Andere Vorwürfe gegen Gramscis Lesart von Zivilgesellschaft sind, er verwechselte Phänomene der Gesellschaft mit ihrer Basis, vertausche Hegemonie und Ideologie, bei seinen Vorstellungen handele es sich gar um einen »tölpelhaften Synkretismus« von Liberalismus und Marxismus (so Hunt 1986; vgl. dagegen die scharfe Antikritik von Adamson 1987/1988).

Zum Teil von Gramsci beeinflusst formiert sich seit Mitte der siebziger Jahre erneute Diskussion um das Konzept von Zivilgesellschaften (vgl. Cohen/Arato 1989). Hintergrund ist das Scheitern des neoklassischen sozialdemokratischen Politikmodells, die Entwicklung »neuer sozialer Bewegungen« und besonders Krise und Zusammenbruch des Realsozialismus (als Geburt bzw. Wiedergeburt von Zivilgesellschaften verstanden, vgl. Pelczynski 1988), zum Teil auch die Erfahrung mit den lateinamerikanischen Diktaturen der siebziger Jahre. Protagonisten sind Intellektuelle, die sich besonders der Charta 77 und Solidarność im Osten verbunden fühlen (Michnik, Havel) oder aus der Tradition der britischen oder US-amerikanischen Neuen Linken kommen (Arato, Cohen, Keane). Sie versuchen, an Gramscis Drei-Ebenen-Rahmen für die Zivilgesellschaft anzuknüpfen und Kernelemente Marxscher Kritik der bürgerlichen Gesellschaft zu bewahren. Aber sie integrieren auch die Ansprüche des Liberalismus in bezug auf individuelle Rechte, Hegels und Tocquevilles Betonung einer Vielfalt gesellschaftlicher Assoziationen und Vermittlungen, Durkheims Emphase für gesellschaftliche Solidarität und die Verteidigung von Öffentlichkeit und Partizipation durch Jürgen Habermas und Hannah Arendt. Solchem — durchaus reflektierten — Eklektizismus entspricht die Offenheit der Diskussion. Umstritten scheint vor allem, ob und wie Marktbeziehungen Teil von Zivilgesellschaften sind, ob es nur bürgerlich-demokratische Zivilgesellschaft oder auch sozialistische Zivilgesellschaft der Zukunft geben kann (d.h. ob Zivilgesellschaft Sozialismus als Ziel ablöst) und ob Habermas' Formel von der Lebenswelt mit Zivilgesellschaften gleichgesetzt werden kann.

Solange das umfassende Manuskript von Andrew Arato und Jean Cohen »Civil Society and Democratic Theory« noch nicht erschienen ist (angekündigt bei MIT Press, Cambridge/USA), informiert am besten der von John Keane herausgegebene

Sammelband »Civil Society and the State« (Keane 1988) über die bisherigen Diskussionen. Ergebnisse zahlreicher Gespräche (u.a. in jedem Frühjahr in Dubrovnik) zur Zivilgesellschaft finden sich in der als Nachfolgerin der legendären jugoslawischen »Praxis« in Oxford erscheinenden Zeitschrift »Praxis International«.

Die demokratische Frage

Wohl aus den oben angedeuteten historischen Gründen waren unter den eben referierten Beiträgen kaum welche aus Deutschland zu finden. Aber diese Situation scheint sich zu ändern. Auch in der DDR entwickelte sich langsam und widersprüchlich eine Zivilgesellschaft (Templin 1989, Tismaneanu 1989) — der Umsturz vom Herbst 1989 läßt sich mit Rosa Luxemburg auch als »Bocksprung in die Zivilgesellschaft« qualifizieren (vgl. Gransow 1989). Für die Bundesrepublik liegt in zwischen ein auf Zivilgesellschaft zentrierter Diskussionsbeitrag vor. Ulrich Rödel, Helmut Dubiel und Günter Frankenberg (Vertreter der »dritten Generation« der »Frankfurter Schule«) stellen die »demokratische Frage« (Rödel u.a. 1989). Gemeint ist damit nicht so sehr eine politische Frage im Unterschied zur »sozialen Frage« des 19. Jahrhunderts, sondern gemeint ist gerade angesichts inflationierter demokratischer Legitimationsformeln eine Präzisierung von Demokratie als einem historisch offenen Projekt gesellschaftlicher Selbstregierung und Selbsterzeugung.

Eingangs behandeln die Autoren Institutionalisten und Anti-Institutionalisten, Fundis, Realos als Langweiler, denn wer die repräsentative Demokratie als pure Repressionsinstanz oder als von Sittlichkeit durchtränkte Ordnung begreift, interessiert sich nicht für symbolische Veränderungen und deren praktische Dimension. Davon ausgehend wird die symbolische Praxis des zivilen Ungehorsams untersucht, der nicht als Unordnung oder Usurpation erscheint, sondern als Ausfüllung des öffentlichen Raums. Dann geht es darum, was Deutsche von ihrer ehemaligen Besatzungsmacht lernen könnten: die amerikanische Revolution. Die freiwilligen Assoziationen durchbrechen die Verhaltensweisen der Untertanen und spinnen eine Sphäre autonomen Handelns, den Bereich des zivilen Umgangs. Die Suche richtet sich »auf eine Verfassung, die das neue politische Gemeinwesen symbolisch einhegt und institutionell auf Dauer stellt, und in deren Rahmen die Bürger und Assoziationen der Zivilgesellschaft ihre Konflikte austragen und koexistieren können« (ebd., 56). Das kann wohl von der Gründung der BRD kaum gesagt werden. Statt dessen wird unter zivilgesellschaftlichem Aspekt von einer »nachholenden Gründung« gehandelt (ebd., 80). In (teils kritischer) Adaption der Schriften von Hannah Arendt, Claude Lefort und Cornelius Castoriadis wird das »symbolische Dispositiv« der Demokratie herausgearbeitet, d.h. »die Selbst-Instituierung einer autonomen Zivilgesellschaft, vermittelt durch die Herstellung einer Sphäre des Öffentlichen und Politischen gegenüber der leeren Stelle der Macht« (ebd., 90). Mit der »Selbst-Erklärung« der Menschenrechte wird die Zivilgesellschaft zu einer handlungsfähigen und konfliktintensiven Pluralität. Das heißt auch, daß alle identifizierenden Ideen von »einem Volk« zurückgewiesen werden. Ebenso werden aber auch Konzepte einer völligen Abschaffung der Macht abgelehnt, da sie eine tatsächliche Machtzunahme bedingten. Abgeschlossen wird das Buch mit einer kritisch-immanenten Diskussion der Thesen von Jürgen Habermas zu den Möglichkeiten symbolischer Reproduktion in den schrumpfenden Bereichen der Lebenswelt, mit einer Kritik an Luhmanns bewußte Handlungskoordination ausschließenden Systemtheorien und mit einer Auseinandersetzung mit Carl Schmitt, dessen dezisionistische Freund-Feind-Polarisierungen dem hier entwickelten Modell diametral entgegen laufen.

Wie weiter?

Zivilgesellschaft ist weder als verfassungsrechtliches Minimum noch als Beschreibung eines bereits erreichten Gesellschaftszustandes zu begreifen, sondern nur als historisch offene soziale Sphäre. Mit satter Selbstzufriedenheit antwortete Daniel Bell auf die selbstgestellte Frage nach den historischen Ursachen amerikanischer Stärke, daß die Vereinigten Staaten die erfüllte Zivilgesellschaft (*complete civil society*) sind, vielleicht die einzige in der politischen Geschichte (Bell 1990, 11). Er übersieht dabei nicht nur, daß die durch die amerikanische Revolution entstandene Zivilgesellschaft durch immer neue *civil rights movements* sich immer wieder erneuert und erneuert, sondern auch, daß Zivilgesellschaft im Spannungsfeld mit der bürgerlichen Gesellschaft existiert, d.h. heute in den USA ja wohl die Zwei-Drittel-Gesellschaft als deren konkrete Form. Richtig resümieren demgegenüber Rödel u.a.: »Die öffentliche Selbst-Erklärung der Menschenrechte durch die Zivilgesellschaft setzt eine Dynamik in Gang, die über heimliche oder offene Privilegien für die Besitzenden und für die Männer hinweggeht« (Rödel, 104). Und in der Tat verträgt sich perspektivisch gesehen Zivilgesellschaft weder mit Monopolmacht noch mit Patriarchat (vgl. Pateman 1988). Was mir aber in der Diskussion bisher gar nicht aufgefallen ist, ist noch offensichtlich: daß *Zivilgesellschaft* in Perspektive nicht Militärgesellschaft sein kann.

Die hier versuchte Zwischenbilanz ergibt, daß zahlreiche — wenn nicht alle — Fragen offen sind. Insbesondere scheint der Begriff methodologisch noch manche Klärung zu benötigen, um nicht unreflektiert normativ aufgeladen zu werden. Zu fragen ist, ob nicht zur besseren Konzeptualisierung einer historisch offenen Zivilgesellschaft Voraussetzungen und Elemente unterschieden werden sollten. *Voraussetzungen* könnten allgemeiner Art sein, etwa natürliche oder im internationalen Zusammenhang. Weiter könnte es soziokulturelle Parameter (Qualifikation, Kultur-niveau usw.) geben. Institutionelle Voraussetzungen wären Rechtsstaatlichkeit, Öffentlichkeit, Pluralismus, individuelle und kollektive Grundrechte. Hier könnte auch die Debatte über das Verhältnis zur bürgerlichen Gesellschaft eingebracht werden. *Elemente* könnten sein: kooperative Geschlechterbeziehungen statt patriarchalischer Strukturen, öffentliche Kommunikation statt paternalistischer Bevormundung, Vergesellschaftung statt Verstaatlichung der Wirtschaft, Zivilisierung statt Militarisierung der Gesellschaft, Respekt vor Minderheiten statt ihrer Unterdrückung. Die jeweilige Verwirklichung solcher Elemente wäre empirisch meßbar. Wie jedoch deren internationale Chancen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts sind — das ist ohne Analyse globaler Probleme unmöglich zu sagen (vgl. dazu die düsteren Prognosen von A.G. Frank in diesem Heft).

Literaturverzeichnis

- Arato, A., 1989: Civil Society. History and Socialism. In Praxis International 9, 1/2
 Arato, A., 1981-82: Empire vs. Civil Society. Poland 1981-1982. In: Telos 50
 Arato, A., und J. Cohen, 1984: Social Movements, Civil Society and the Problem of Sovereignty. In: Praxis International 4, 3
 Aristoteles, 1981: Politik. Hamburg
 Bell, D. 1990: »American Exceptionalism« Revisited: The Role of a Civil Society. In: Dialogue 87
 Bobbio, N., 1987: The Future of Democracy, Cambridge
 Bobbio, N., 1988: Gramsci and the Concept of Civil Society. In: Keane 1988
 Cohen, J., 1987: Class and Civil Society. The Limits of Marxian Critical Theory. Amherst

- Cohen, J., und A. Arato, 1989: Politics and the Reconstruction of the Concept of Civil Society. In: Zwischenbetrachtungen. Im Prozeß der Aufklärung. Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag. Hrsg. von A. Honneth u.a., Frankfurt/M.
- Connolly, W.E., 1988: Political Theory and Modernity. Oxford
- Elias, N., 1976: Über den Prozeß der Zivilisation. Frankfurt/M.
- Evans, P.B., u.a., 1985: Bringing The State Back In. Cambridge, Mass.
- Giner, S., 1985: The Withering Away of Civil Society? In: Praxis International 5, 3
- Gramsci, A., 1983: Marxismus und Kultur. Hamburg
- Gransow, V., 1989: Bocksprung in die Zivilgesellschaft. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 12
- Haug, W.F., 1989: Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken. Hamburg
- Havel, V., 1986: Versuch, in der Wahrheit zu leben. Reinbek
- Hegel, G.W.F., 1970: Grundlinien der Philosophie des Rechts (= Werke Bd. 7). Frankfurt/M.
- Held, D., 1987: Models of Democracy. Cambridge
- Hunt, G., 1986: Gramsci, Civil Society and Bureaucracy. In: Praxis International 6, No. 2
- Keane, J., 1988a: Despotism and Democracy. In: Keane 1988
- Keane, J., 1988b: Democracy and Civil Society. London
- Keane, J., (Hrsg.) 1988: Civil Society and the State. London
- Kebir, S., 1989: Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. In: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft 49
- Konrad, G., 1985: Anti-Politik. Frankfurt/M.
- Koralewicz, J., u.a. 1987: Crisis and Transition. Polish Society in the 1980s. Oxford
- Krizan, M., 1989: Zur Diskussion über eine »Gesellschaft aller Bürger« in Jugoslawien. In: Osteuropa 4
- Lewin, M., 1988: Gorbatschows neue Politik. Die reformierte Realität und die Wirklichkeit der Reformen. Frankfurt/M.
- Luhmann, N., 1973: Gesellschaft. In: Marxismus im Systemvergleich. Frankfurt/M., New York
- Macpherson, C.B., 1983: Nachruf auf die liberale Demokratie. Frankfurt/M.
- Michnik, A., 1988: Towards an Civil Society: Hopes for Polish Democracy. In: Times Literary Supplement, 19.-25.2.
- Migranjan, A. 1988: Der Bremsmechanismus im politischen System und die Wege zu seiner Überwindung. In: Es gibt keine Alternative zur Perestroika. Nördlingen
- Offe, C., 1989: Fessel und Bremse. In: Zwischenbetrachtung. Im Prozeß der Aufklärung. Hrsg. von A. Honneth u.a., Frankfurt/M.
- Pateman, C., 1988: The Fraternal Social Contract. In: Keane 1988
- Pelczynski, Z.A., 1988: Solidarity and the »Rebirth of Civil Society«. In: Keane 1988
- Riedel, M., 1970: Bürgerliche Gesellschaft und Staat bei Hegel. Neuwied
- Rödel, U., u.a., 1989: Die demokratische Frage. Frankfurt/M.
- Rosanvallon, P., und P. Viveret, 1977: Pour une nouvelle culture politique. Paris
- Schmalz-Bruns, R., 1989: »Civil Society« — neue Perspektiven der Demokratisierung? In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen
- Showstack-Sassoon, A., 1983: Civil Society. In: A Dictionary of Marxist Thought. Hrsg. von T. Bottomore. Oxford
- Templin, W., 1989: Zivile Gesellschaft — Osteuropäische Emanzipationsbewegung und unabhängiges Denken in der DDR. Ms., Bonn-Röttgen
- Touraine, A., 1984: Le retour de l'acteur. Paris
- Turgeon, L., 1989: State and Discrimination. The Other Side of the Cold War. Armonk, New York
- Tismaneanu, V., 1989: Nascent Civil Society in the GDR. Problems of Communism XXXVIII, No. 2-3
- Walzer, M., 1983: Spheres of Justice. A Defense of Pluralism and Equality. New York

Ina Merkel

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen

Einige Frauen-Fragen an ein alternatives Gesellschaftskonzept oder: Manifest für eine autonome Frauenbewegung

»Wir müssen in zehn Wochen eine Geschichte machen, wofür andere zehn Jahre Zeit hatten«, sagte Ina Merkel atemlos auf einer Veranstaltung in Hamburg im Januar 1990 und blickte auf ihr »Manifest« vom Dezember 1989, als könne sie sich an so weit zurückliegende Zeiten kaum noch erinnern. Inzwischen sind die Frauen an den Runden Tisch gezogen, arbeiteten in allen Ausschüssen mit, haben ein eigenes Büro, eine Geschäftsführerin und stellten sich am 18. März zur Wahl. Wenn auch jetzt die Zeit für gründliche Überlegungen fehlt, sind sie doch notwendig für die alltägliche Politik. Ina Merckels Überlegungen zum Zusammenhang von Frauenfrage und Gesellschaftsstruktur sind vor den Umwälzungen entstanden; gut die Hälfte wurde in der TAZ nachgedruckt. Wir halten es für wichtig, den gesamten Text zu dokumentieren, um für die kommenden Zeiten eine kritische Weiterentwicklung zu ermöglichen. F.H.

Die Frauenfrage sei gelöst, behaupten die einen, sie sei jetzt nicht das vorrangige Problem sagen die anderen, sie muß jetzt endlich auf die Tagesordnung, sagen die dritten. Aber was ist das überhaupt — die Frauenfrage?

Wir Frauen müssen heute konstatieren: Der Umbruch der DDR-Gesellschaft wurde von den Massen auf der Straße eingeleitet. Frauen waren als Vorkämpferinnen und als Mitstreiterinnen, als Betroffene des Massenexodus und als Opfer der Übergriffe überall dabei. Aber bei der Ausarbeitung zukünftiger Gesellschaftsstrategien zur Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft bleiben Frauen schon wieder außen vor. »Neue Männer braucht das Land«, lautete eine der in den letzten Wochen immer wiederkehrenden Losungen. Braucht es nicht auch neue Frauen? Der erste Mann des Landes, Modrow, hat sich eine Frau an seine Seite geholt — ein neuer Anfang? Die Gesellschaft befindet sich in einer tiefen Krise. Nach wie vor verlassen die BürgerInnen ihr Land zu Tausenden. Die führende Partei ist moralisch bankrott. Die Auflösung des Sozialismus als Gesellschaftssystem scheint unmittelbar bevorzustehen. Auf der anderen Seite leckt man sich schon die Lippen. Können wir uns in einer solch komplizierten Situation überhaupt eine Frauenfrage leisten?

Wir müssen dieser scheinbar zwanghaft ablaufenden Entwicklung ein alternatives Gesellschaftsmodell entgegensetzen. Aber wer wird noch darauf hören, wenn wir für einen erneuerten Sozialismus plädieren? Und dennoch: Dieses Land muß zu einer Gesellschaft entwickelbar werden, in der die Entwicklungsmöglichkeiten der Individuen das eigentliche Ziel sind, oder es wird dieses Land nicht mehr geben. Eine Gesellschaft, in der Arbeit und Konsum, Politik und Lebensumwelt gestaltbar werden, gestaltbar durch sich selbst bestimmende und selbstverwaltende Subjekte. Das schließt eine optimale Entwicklung der Wirtschaft ein, aber so, daß sie nicht länger die lebensweltlichen Bedürfnisse und Interessen der Individuen dominiert, sondern für die individuelle Entwicklung freie gesellschaftliche Räume, frei verfügbare Zeiten und eine funktionale Gegenständlichkeit schafft. Das schließt politische Macht nicht aus, wohl aber

die Unterordnung der Individuen unter diese Macht. Das heißt: Wirtschaft und Politik müssen sich grundsätzlich neue Mechanismen und Strukturen schaffen, die die Durchsetzung sozial-progressiver Ziele garantieren. Das heißt: der Entwicklungsprozeß der Gesellschaft muß für die Subjekte gestaltbar gehalten werden, er muß in Permanenz erneuerbar und lernfähig sein.

Sicher ist: wir brauchen eine Wirtschaftsreform und die Reform des politischen Systems. Aber die zu erwartenden Umbrüche in der Lebensweise, in den Bedürfnissen und in der sozialen Lage dürfen nicht wieder als Folgeprobleme nach hinten geschoben werden. Wir müssen dringend auf ein alternatives Konzept von Lebensweise bestehen, und wir sollten die Parteien und politischen Bewegungen danach fragen, welche neuen Lebensperspektiven diese oder jene Strategien eröffnen, damit auch unsere Erwartungen, unsere Frauen-Fragen in einem alternativen Gesellschaftskonzept politikfähig werden.

Wir müssen darauf bestehen, daß Frauenfragen keine gesellschaftlichen Randprobleme sind, sondern existenzielle Grundfragen. Sie betreffen die Existenzweise der Gesellschaft, ihren reproduktiven Zusammenhang, ihre Entwicklungsmöglichkeiten und Ziele. Daher denke ich, wenn wir Frauen dafür sorgen wollen, daß unsere besonderen Interessen, die wir auf Grund unserer besonderen Lebenslage und unserer spezifischen Erfahrungen haben, in einem modernen Gesellschaftskonzept nicht nur irgendwie berücksichtigt werden, benötigen wir selbst eine gesamtgesellschaftliche Herangehensweise. Welche Problemfragen könnten für ein solches Konzept konstitutiv sein, was sind hier allgemeine und was besondere Frauen-Fragen?

1. Diese Gesellschaft bewegte sich in den letzten Jahren zielgerichtet auf einen Abgrund zu. Es kam zu einer rapiden Verschlechterung der Lebensbedingungen der Menschen, ihrer sozialen Lage. Sehr deutlich äußert sich diese Bewegung u.a. in der Verschärfung der Beziehungen zwischen Mann und Frau. Sie drückt sich aus in einer ständig steigenden Scheidungsrate und einem andauernden Geburtenrückgang. Sie erscheint im geringen Lebensstandard alleinerziehender Mütter, sie erweist sich in der schmachvollen Vernachlässigung unserer älteren Frauen, derjenigen also, auf deren Rücken sich dieses Land nach 1945 aufbaute. Sie zeigt sich aber auch da, wo sie bis heute keiner wahrhaben will: in dem starken Gefälle von männlichem und weiblichen Zugriff auf materielle und kulturelle Lebensbedingungen, auf Entscheidungsbefugnisse und politische Macht. Frauen haben zugleich die Mängel der Versorgung, der Infrastruktur und des Dienstleistungssystems durch ihre Mehrarbeit kompensieren müssen. Frauen sind zunehmend männlicher Aggressivität hilflos ausgeliefert. Die Sexualisierung des weiblichen Körpers ist schon wieder gesellschaftsfähig. Letztendlich aber werden unsere Kinder die wirklichen Opfer dieser verfehlten Entwicklung sein. Ihnen werden die Altlasten versäumten Umweltschutzes, ausgepowerter Natur und jahrzehntelanger Mißwirtschaft aufgebürdet. Sie leiden unter der Nervosität und Gefühllosigkeit bis zum letzten angestrenzter Mütter und Väter. Sie sind die Leidtragenden eines anachronistischen Bildungssystems.

Das sind einige der gravierenden sozio-kulturellen Folgen des staatlich-administrativen bürokratischen Sozialismus. Die Selbstherrlichkeit einer männlich

dominierten Führung hat dieses Land an den Rand des Abgrunds geführt. Männer sind für die Politik der letzten Jahrzehnte hauptverantwortlich und vor allem Männer haben diese Politik als politische Leiter, Direktoren und Betriebsleiter mitgetragen, obwohl sie es hätten besser wissen müssen. Auch Frauen sind politisch mitverantwortlich für die entstandene Lage, aber sie befanden sich in allen gesellschaftlichen Bereichen in einer untergeordneten Position.

2. Heute sehen wir uns mit der Tatsache konfrontiert, daß für viele unserer MitbürgerInnen die soziale und kulturelle Identität mit einer sozialistischen Lebenswelt zu zerbrechen droht. Schon werden die Auswege im »Land der Väter« gesucht. Wir aber sollten uns an dieser Stelle fragen, ob wir zu solchen Wieder/Vereinigungskonzepten eine reale und lebenswerte, eine sozialistische Alternative entwickeln können. Welche Zukunft können wir in einer solchen sozial katastrophalen Lage den Menschen bieten, welche Lebensperspektiven wollen wir ihnen eröffnen, damit es sich für sie lohnt, hierzubleiben.

Wollen wir uns etwa mit den Herren in Bonn wiedervereinigen, die Diktatur des Politbüros durch die Diktatur des Bundeskanzleramts ersetzen? Wiedervereinigung hieße in der Frauenfrage drei Schritte zurück — es hieße, überspitzt gesagt: Frauen zurück an den Herd. Es hieße: wieder kämpfen um das Recht auf Arbeit, kämpfen um einen Platz für den Kindergarten, um die Schulspeisung. Es hieße, vieles mühsam Errungene aufzugeben, statt es auf eine neue qualitative Stufe zu heben. Die Frauen haben kein Vaterland zu verlieren, sondern eine Welt zu gewinnen. Wir sollten gerade jetzt die Chance ergreifen, in einem erneuerten Sozialismus die Vielfalt unserer Lebensformen, unsere individuelle Verschiedenartigkeit, unsere Bedürfnisse und Ansprüche zur Geltung zu bringen. Bringen wir unsere Frauenbewegung auf die Höhe der Zeit. Schließen wir uns den linken Kräften in Europa an. Setzen wir uns für eine multikulturelle Gesellschaft ein, in der jede/r die seinen nationalen, kulturellen und sozialen Besonderheiten entsprechende Lebensstile ausprägen kann. Sorgen wir dafür, daß in unserem Land niemand wegen seiner Herkunft, seiner Nationalität, wegen seiner Behinderung oder einfach seiner Andersartigkeit ausgegrenzt wird. Schaffen wir vielmehr die Bedingungen für die Entwicklung solidarischer Beziehungen — zwischen Männern und Frauen, zwischen Eltern und Kindern, zwischen Alten und Jungen, zwischen Gesunden und Kranken.

3. Ist ein Konzept der Entwicklung zu einer Konsum- und Leistungsgesellschaft nach westlichem Vorbild — aber ohne eine erfahrene und starke Gewerkschafts- und Frauenbewegung — dafür hilfreich? Was versprechen sich Frauen von einer Wirtschaftsreform? Welche Alternativen sind für Frauen interessant, welche Gesellschaftsmodelle sollten sie favorisieren?

Die Völker der Erde stehen heute vor existenziellen globalen Problemen. Umweltzerstörung, Kriegsgefahr und lebensbedrohliche Lage in der Dritten Welt sind die Folge der hemmungslos expandierenden männlich dominierten Industriegesellschaften. Die folgenreiche Logik einer auf der Beherrschung der Natur und der Unterdrückung großer Bevölkerungsgruppen (darunter besonders der Frauen) beruhenden Entwicklung muß durchbrochen werden, wenn die

Menschheit sich nicht am Ende selbst vernichten soll. Frauen sind vielleicht unmittelbarer betroffen von dieser Logik, und sie haben als Mütter eine besondere Verantwortung für die Sicherung einer menschlichen Zukunft.

Die Folgen fortgesetzter Zerstörung der Umwelt sind heute schon spürbar. Wir Frauen bringen unsere Kinder in eine gefährdete Welt und wir haben Angst vor ihrer Zukunft. Wir durchleiden mit ihnen die verpestete Luft, den ständigen Husten, die Allergien. Wir fragen uns, ob wir sie weiterhin mit unserer bleivergifteten Muttermilch nähren dürfen. Schon heute bekommen wir in vielen Gebieten der DDR das Trinkwasser für die Babynahrung in Flaschen geliefert. Wir Mütter sollten aufs höchste beunruhigt sein über den Verfall der Natur und der Städte, über den Verlust von Kulturgeschichte und Landschaft. Denn wenn es so wie bisher weitergeht, werden unsere Kinder bald nicht mehr wissen, was ein Schmetterling ist, wir werden mit ihnen im Sommer an Wassern sitzen, in denen sie nicht baden können. Wir werden nicht wagen, mit ihnen Pilze zu sammeln oder Beeren zu pflücken.

Wir Frauen sollten uns deshalb für ein Wirtschaftskonzept einsetzen, das in der ökologischen Reorganisation der Gesellschaft, d.h. der Wirtschafts- und der Lebensweise, den entscheidenden Ansatz für die Bewältigung der Krise sieht. Ein solches Konzept darf aber nicht dazu führen, daß unsere Lebensweise und Kultur weiterhin vom Mangel diktiert wird, es darf nicht zu einer weiteren Reduktion konsumtiver Standards kommen, sondern wir setzen uns ein für die Entwicklung und Befriedigung vielfältiger Bedürfnisse. Wie soll das aber zusammengehen — eine ökologisch vernünftige Produktion und Entwicklung der Bedürfnisvielfalt? Das kann nur gut gehen, wenn es uns gelingt, überzeugende kulturelle Alternativen zu bisherigen Formen der Konsumtion, Ernährung und Bedürfnisbefriedigung zu entwickeln. Das könnte bedeuten, sich für eine vernünftige Ernährungsweise einzusetzen — mit weniger Fleisch und mehr Obst und Gemüse. Umgestaltung der Lebensweise bedeutet auch mehr frei verfügbare Zeit für jeden und Schaffung sinnvoller gesellschaftlicher Alternativen zur privateigentümlichen Anhäufung von Reichtümern.

Braucht jede Frau ein Auto? Nein, denn nur wenige können sich eines leisten, es ständig pflegen und reparieren und deshalb wären viele Frauen zufrieden, wenn sie für Urlaubsreisen und freie Tage unkompliziert eines mieten könnten oder wenn der Nahverkehr genügend attraktive Sonderangebote für Wochenend- und Ferienreisen bereitstellen würde. Frauen würden auch auf die eigene Datsche verzichten, wenn es komfortable Feriendörfer gäbe, mit Vollverpflegung und Freizeitangeboten vom Sport bis zur Gartenarbeit, in die man auch gemeinsam mit Bekannten und Freunden fahren kann, in denen man jederzeit einen Platz bekommt und die man vielleicht auch gemeinschaftlich verwaltet. Frauen haben ein elementares Interesse an langlebigen und dennoch veränderbaren Wohnungseinrichtungen und an funktionierenden Dienstleistungen.

Wir sollten dazu beitragen, daß attraktive und gemeinnützige Alternativen zur privateigentümlichen Konsumtion entwickelt werden. Setzen wir auf Stadt- und Verkehrsentwicklung statt auf die Erweiterung des Individualverkehrs, auf gemeinnützige Infrastrukturen, auf praktikable Dienstleistungen, auf Öffentlichkeit und Kommunikation anstelle des weiteren Rückzugs in die Privatsphäre.

4. Unsere wackeren VorkämpferInnen bildeten sich lange ein, die Emanzipation der Frau sei vollzogen, wenn die Ausbeutung beseitigt und die ökonomische Unabhängigkeit durch eigene Arbeit gesichert seien. Sie meinten, die Frauen wollten nur nicht an die Macht im Staate und in der Wirtschaft, weil sie sich nicht für fähig hielten und durch ihre Kinder und die Doppelbelastung davon abgehalten würden. Ihr Leben lang bekämpften sie die Vorstellung, daß es auch im Sozialismus eine spezifische Form der Frauenunterdrückung gäbe, aus der die Männer ihren Vorteil ziehen könnten, obwohl ihnen jede Statistik deren schändliche Folgen vor Augen führte. Sie erfanden immer neue Geschenke an die arbeitenden Frauen und versetzten ihnen damit hinterrücks den Dolchstoß. Heute ist es nicht nur soweit, daß jede/r Leiter/in es tunlichst vermeidet, eine halbwegs anspruchsvolle Stelle mit dem Störfall Frau zu besetzen. Frauen müssen sich darüber hinaus den Vorwurf gefallen lassen, sie leisteten zuwenig und bekämen zuviel Unterstützung. Was aber bedeutet für Frauen die Durchsetzung des sogenannten Leistungsprinzips? Solange der Leistungsbegriff von männlicher Arbeit abgeleitet wird und nicht das Verhältnis von aufgewendeter Zeit und erzieltm Ergebnis mißt, also allgemeine Maßstäbe zur Anwendung bringt, wird mit dem Leistungsprinzip die ungerechtfertigte Abwertung weiblicher Arbeit fortgeschrieben. D.h. weibliche Arbeit in Industrie und Landwirtschaft, im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen wird solange unterbezahlt und negativ bewertet, wie diese Gesellschaft nicht neue Kriterien für Leistung entwickelt. Warum erhält eine Krankenschwester weniger Lohn als der Fahrer eines Lkws? Weil sie weniger leistet? Wohl kaum, sondern weil sie etwas anderes leistet, etwas, von dem die Gesellschaft nichts zu haben meint. Wo sie scheinbar nur investiert, ohne etwas zu erwirtschaften.

Aber, wird hier jemand einwerfen, was ist mit den Frauen, die ständig wegen ihrer kranken Kinder fehlen, sollen sie weiterhin Ausgleichszahlungen für nicht erbrachte Leistungen erhalten? Wird durch sie nicht der gesamte Arbeitsablauf gestört, bringen sie nicht permanent die Frauenarbeit in Verruf? Gegenfrage: warum betreuen in der Mehrzahl die Mütter ihre kranken Kinder? Weil die Väter das größere Geld verdienen, weil sie angeblich die wichtigere, unentbehrlichere Arbeit tun, weil ihre Chefs sagen, daß das nicht in Frage käme. Zweite Gegenfrage: was ist daran so Verwerfliches, daß sich Eltern um ihre Kinder kümmern? Sollten wir nicht vielmehr unsere Kinder als kostbarstes Gut behüten und umsorgen und es denen danken, die sie großziehen und umsorgen? Und sind drittens wirklich die kranken Kinder der entscheidende Störfall in unserer sehr störanfälligen Wirtschaft? Letzte Gegenfrage: was tun wir dafür, daß unsere Kinder gesund bleiben? Lassen wir sie am Morgen ausschlafen oder reißen wir sie von frühester Kindheit an aus ihren Betten? Wieviel Zuwendung haben wir in einer Arbeitswoche für sie übrig, um ihren seelischen und psychischen Zustand zu erkennen und zu stärken? Können wir sie jederzeit mit genügend Vitaminen gesund ernähren? Wie schützen wir sie vor gereizten und überlasteten Erzieherinnen, vor nörgelnden und unausgeschlafenen Spielkameraden? Und schützen wir sie auch vor uns selbst, vor der ewigen Unzufriedenheit überanstrengter Mütter, vor der Hetze durch die abendlich überfüllte Kaufhalle, vor dem hastigen Ins-Bett-Bringen?

Frauen sollten sich deshalb nicht nur für eine Überprüfung der Leistungskriterien engagieren, sie sollten nicht nur die abstrakte Angleichung der Löhne anstreben, sondern sich auch für eine materielle Aufwertung der Erziehungsarbeit einsetzen: Herabsetzung des Rentenalters, Heraufsetzung des Urlaubs für Eltern, Umwandlung des Kindergeldes in ein Erziehungsgeld. Wir wollen nicht länger die bescheidenen und arbeitsamen, unterbezahlten und für dumm verkauften Helferinnen und Mitarbeiterinnen sein, denen man jährlich zum 8. März ein mageres Dankeschön sagt. Wir plädieren für eine gerechte Verteilung der Arbeit und der Leistungen. Dazu brauchen wir grundlegende strukturelle Veränderungen in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, diese sind jedoch nur durch die gezielte Quotierung erreichbar: Quotierung für Frauen in Hochleistungsbereichen, in Leitungen und bei attraktiven Stellungen. Quotierung aber auch für Männer, um ihnen den Zugang zu den über ein erträgliches Maß feminisierten Berufsgruppen in der Volksbildung, in den Dienstleistungen und im Gesundheitswesen zu erleichtern. Quotierung bedeutet nicht nur, eine quantitative Erhöhung des Frauenanteils in bestimmten Berufsgruppen oder Positionen anzustreben, sondern verlangt die gezielte Werbung von Frauen für bestimmte Positionen in Verbindung mit konkreten Fördermaßnahmen. Leitungspositionen dürfen nicht extreme Zusatzbelastung bringen, sondern sollten für Frauen durch ein Mehr an freier Zeit zugänglich gemacht werden. Frauenberufe sollten nicht nur materiell entschieden aufgewertet werden, sondern auch zu flexibleren Zeitstrukturen führen.

Aber wer will schon eine Quothilde sein, lauten die ersten bescheiden zurückhaltenden Anfragen von Frauen, die um ihr Prestige fürchten an einer Stelle, wo sie noch keines zu verlieren haben. Wir sollten keine Angst haben um die Fähigkeiten von Frauen. Allzuoft sind uns die mittelmäßigen Männer in die Quere gekommen, haben unsinnige Entscheidungen über uns hinweg getroffen, waren unbelehrbar und haben unseren praktikablen Rat gemieden. Wenn sich allerdings die aufsteigenden Frauen dieselben Ellenbogenmanieren aneignen, wenn sie in gleicher Weise machtbesessen und selbstherrlich über andere hinwegregieren, wenn sie nicht zugleich demokratische Formen der Selbstverwaltung und Entscheidungsfindung praktizieren, dann allerdings werden sie größere Schäden und Fehler kaum vermeiden können.

In der Quotierung liegt die große Chance, zu wirklichen Strukturveränderungen und zu einer neuen Qualität von Politik zu gelangen, zu frauenfreundlichen Politikformen, geprägt von Rationalität, Zeitsinn und praktischer Vernunft. Und haben wir nicht positive Erfahrungen mit Quotierungsregeln in dieser Gesellschaft gemacht — wenn sie nicht in den letzten Jahrzehnten unsinnigerweise überstrapaziert worden wären —, nämlich mit der Quotierung von Arbeiter- und Bauernkindern zum Studium und für den beruflichen oder politischen Aufstieg? Die heutigen mittelfünzigjährigen Professoren, Direktoren, Kombiatsleiter und Politiker haben ihre Karriere eben diesen Regeln zu verdanken. Da sollten wir Frauen uns bei allen Bedenken nicht selbst wieder hintanstellen.

5. Radikale Quotierung, d.h. sofortige Halbierung der Besetzung aller gesellschaftlich relevanten Positionen, ist die Voraussetzung für eine wirkliche

Demokratisierung. Quotierung und Demokratisierung gehören bei der Erneuerung der politischen Kultur untrennbar zusammen. Diese Frauenfrage ist heute zwar für alle Parteien und politischen Bewegungen ein offenes Problem, aber sie ist noch immer nicht öffentlich. Deshalb brauchen wir eine eigene politische Organisation, eine Sammlungsbewegung, die dafür sorgt, daß Frauenfragen Öffentlichkeit gewinnen und so politikfähig werden.

Erst wenn die Frauen ihrem Anteil an der Menschheit entsprechend repräsentiert sind, können sie sich über ihre Interessen als soziale Randgruppe erheben und sich in gleicher Weise wie Männer den gesellschaftlich übergreifenden Fragen zuwenden. Eben weil Frauen keine soziale Minderheit sind, sondern die Hälfte der Menschheit, müssen sie bei allen Menschheitsfragen ihr Votum einbringen können. Eine Frauenbewegung aber, die ohne ein gesamtgesellschaftliches Konzept sich nur auf die Durchsetzung weiblicher Partialinteressen orientiert, wird sich am Ende selbst marginalisieren.

6. Wir Frauen sollten deshalb für eine vierfache Gewaltenteilung eintreten: d.h. die klassische Gewaltenteilung zwischen Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung muß durch die vierte Gewalt: eine demokratische Öffentlichkeit erweitert werden. Wir plädieren daher sowohl für die Schaffung einer breiten Frauenöffentlichkeit in Form von eigenen Publikationen, einer eigenen Tageszeitung, eigenen Sendern und Fernsehstudios, aber auch Frauenkulturzentren, Frauencafés, unabhängige Frauenforschungsinstitute usw. wie auch für die Schaffung vielfältiger demokratischer Vertretungsorgane für die Probleme von Konsumtions- und Lebensweise, von Bildung und Erziehung, von Lohn- und Preispolitik. Wir brauchen Verbraucherorganisationen, die über die ökologische Verträglichkeit der Produkte entscheiden, wir brauchen autonome Elternvertretungen, die auf die Bildungsinhalte und pädagogischen Strategien Einfluß nehmen können. Und wir brauchen — und das ist wahrscheinlich am dringlichsten — auf der anderen Seite eine Vielzahl von Selbsthilfegruppen und Basisinitiativen, die unmittelbar im Territorium wirken.

7. Unser sofortiges Interesse aber, und darauf zielt das Sofortprogramm, gilt den werktätigen Frauen. Konfrontiert mit den Rationalisierungs- und Effektivierungsstrategien in Wirtschaft und Verwaltung sehen wir die akute Gefahr, daß die unmittelbaren Interessen der werktätigen Frauen in der Arbeit selbst unterminiert werden. Wir sehen die Gefahr, daß Frauen massenhaft aus ihrem gewohnten Arbeitsumfeld herausgelöst werden, ohne daß es hinreichende Konzepte zur Umschulung oder anderweitigen angemessenen Umsetzung in andere Arbeitsbereiche gibt. Um diese Interessen sofort zur Geltung zu bringen und zu verhindern, daß Frauen mit diesen Problemen isoliert und alleingelassen individuell zurandekommen müssen, schlagen wir auch vor, sofort Betriebsräte zu wählen, die das Vertrauen der gesamten Belegschaft genießen, und die mit umfassenden Befugnissen zur Einsichtnahme in geplante Veränderungen, mit dem Vetorecht zur Verzögerung vorgesehener gravierender Eingriffe ausgestattet werden.

Das Sofortprogramm umfaßt darüber hinaus kurzfristige Maßnahmen zum Aufbau eines umfassenden sozialen Netzwerks, das dem Sinn solidarischer

Gemeinschaftlichkeit verpflichtet ist und darauf orientiert, soziale Härten unmittelbar abzufedern.

8. Um diese Sofortmaßnahmen und auch ein strategisch orientiertes Programm politisch durchsetzbar zu machen, brauchen wir eine aktive und handlungsfähige demokratische Frauenbewegung. Eine solche Sammlungsbewegung sollte sich zunächst in ihren Organisationsstrukturen offenhalten, Verschiedenes probieren, immer wieder Neues erfinden, damit sich nicht allzu schnell hinterrücks die gewohnten patriarchalischen Politikmuster wieder einschleichen. In ihrem Grundcharakter sollte sie zutiefst basisdemokratische Formen anstreben, jeder Basisgruppe ihre Eigenständigkeit belassen und die Vollversammlung oder den Kongreß als verbindliches Gremium anstreben. Die Kriterien zur Zulassung von Gruppen zur Sammlungsbewegung sollten immer wieder neu beraten werden, so auch die Frage, ob gemischte bzw. autonome Männergruppen in einer Frauenbewegung einen Platz haben können.

Die pluralistische Meinungsvielfalt gründet sich in einem Minimalkonsens, der jeweils zu den Kongressen neu bestimmt werden muß. Aus ihm könnten konzertierte politische Aktionen abgeleitet werden, wie z.B. Wahlprüfsteine für Parteien und politische Bewegungen, Wahlbündnisse mit anderen Organisationen, Aufrufe zu Massendemonstrationen und anderen Formen des Protestes, Hilfs- und Solidaritätsaktionen u.a.m. Die Kongresse könnten einen Rat der Sprecherinnen wählen, in dem die Meinungsvielfalt möglichst gewahrt bleiben sollte. Dieser Rat könnte eine Art Arbeitsgremium sein, das zwischen den Kongressen Arbeitsgruppen oder Ausschüsse zu bestimmten Problemfragen betreibt, Hearings zu Gesetzesvorlagen organisiert, selbst Gesetzesvorlagen ausarbeitet und die parlamentarische Vertretung der Sammlungsbewegung sichert. Um die Professionalität der Sprecherinnen zu sichern, sollten sie für die jeweilige Wahlperiode aus den Mitgliedsbeiträgen feste Diäten erhalten. Hier ist zu überlegen, ob man anstelle der personengebundenen Kandidatinnenwahl besser Listenplätze sichert und Rotationsprinzipien für die parlamentarische Vertretung einführt. Auf den Kongressen sollten konkrete Aktionsprogramme beraten und beschlossen werden, wobei es günstig wäre, sich auch über strategische und programmatische Zielvorstellungen zu verständigen. Sprecherinnen und Aktionsprogramm sollten im Einzelwahlverfahren (auch für jeden Programmpunkt) durch einfache Mehrheit bestätigt werden. Auf keinen Fall sollte die Beugung der Basisgruppen unter Mehrheitsbeschlüsse angestrebt werden.

Die heutige Gründungsversammlung sollte bereits versuchen, einen provisorischen Rat der Sprecherinnen zu wählen, um die Repräsentanz bei Modrow am Runden Tisch unmittelbar zu sichern. Dafür wäre es gut, wenn sich diese Versammlung außer dem Sofortprogramm auf einen Minimalkonsens einigen könnte. Ich schlage vor einzutreten: 1. für einen modernen Sozialismus auf deutschem Boden in einem gemeinsamen europäischen Haus; 2. für eine ökologische Reorganisation der Wirtschaft; 3. für Demokratie, Selbstverwaltung und Öffentlichkeit; 4. für eine multikulturelle Gesellschaft; 5. für ein solidarisches Miteinander aller sozialen Gruppen.

Frigga Haug

Über die Frauenfrage als Systemfrage

Anmerkungen zum Frauen-Manifest von Ina Merkel

Immer noch gilt, daß der Grad der Emanzipation einer Gesellschaft ablesbar ist am Grad der Frauenbefreiung. Unter anderem daran konnte man lange schon absehen, daß es der DDR an Menschlichkeit mangelte. Im Aufbruch traten auch die Frauen hervor.¹ Zwar kann man einwenden, daß das Manifest der Frauenbewegung nur der Kopfarbeit einer Autorin zu verdanken ist; daß es jedoch unter großer Zustimmung verlesen und akzeptiert wurde auf der Gründungsversammlung des »Unabhängigen Frauendachverbandes« für die vielerorts schon existierenden feministischen Frauengruppen, läßt es allgemeiner diskutierbar werden, eben als Schriftstück und Zeugnis dieser Frauenbewegung in der DDR.

Was hat die Frauenbewegung in der BRD für ein besonderes Interesse an diesem Manifest? Genügt nicht die einfache Zustimmung und Solidarität?

Mich fasziniert die Ungleichzeitigkeit der beiden Bewegungen und die Unterschiedlichkeit ihrer Bedingungen. Beides gibt Hoffnung, daß wir schnell voneinander lernen können. Und Eile tut in der Geschwindigkeit, in der die Geschichte plötzlich voranschreitet, not. Unter Ungleichzeitigkeit verstehe ich diese erstaunliche Leichtigkeit, mit der im Manifest konkrete Formen des Politikmachens, Forderungen zur Änderung der Lebensweise im einzelnen vorgestellt werden, zu denen in unseren Kämpfen nicht einmal die Phantasie zum Träumen vorhanden ist. Und zugleich dieser Mangel, im Großen den Zusammenhang von Frauenunterdrückung und Gesellschaftsreproduktion wirklich radikal zu Ende zu denken. Daher werden im Manifest m.E. auch Forderungen gestellt, deren Einlösung nach unserer Erfahrung uns Frauen weiter ins Abseits drängen würde.

Da ist z.B. die Frage der Zeitpolitik. Im Fraueninteresse wird gefordert: Herabsetzung des Rentenalters, Heraufsetzung des Urlaubs für Eltern, Umwandlung von Kinder- in Erziehungsgeld. Ich möchte diese Forderungen nicht abwehren, weil sie auch ins Wahlprogramm der bundesrepublikanischen CDU passen würden, sondern frage vielmehr, welche alternativen Forderungen die Frauenbewegung in der BRD (und westlich international) an dieser Stelle formuliert, und warum sie dies tut. Wir erinnern als männliche Politik die verschiedenen Standpunkte: die Unternehmer favorisieren das vorgezogene Rentenalter; den Gewerkschaften scheinen ein verlängertes Wochenende oder längerer Urlaub eine gute Realisierung einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung zu sein; die CDU-regierten Länder fördern das Erziehungsgeld. Alle drei Modelle stoßen auf heftige Kritik in der Frauenbewegung, weil sie die befreienden Möglichkeiten kürzerer Arbeitszeit für Frauen und daher für menschlicheres Leben nicht nutzen, sondern allesamt die gesellschaftlichen Strukturen unangetastet lassen, in deren Fundament Frauenunterdrückung eingegossen ist.

In unseren Gesellschaften ist der Normalarbeitstag männlich. Das soll heißen, daß Erwerbsarbeit so konzipiert ist, daß einer, um sie vernünftig auszuführen, eine zweite Person im Hintergrund braucht, die ihm die Sorge um seine körperliche

und seelische Instandhaltung ebenso abnimmt wie die Hege und Pflege des Nachwuchses. Sollte eine Frau das zweifelhafte Glück haben, erwerbstätig zu sein, hat sie gewöhnlich eine Doppelschicht, ist ständig abgehetzt, anfällig für Krankheiten usw. — letzteres ist im Manifest ja sorgfältig geschildert. — Wir zogen daraus die Konsequenz, daß erst die Verkürzung jeden Arbeitstages es Männern wie Frauen überhaupt ermöglicht, die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung mit allen schädlichen Folgen für die Produktion der Lebensmittel wie die des Lebens selbst zu überwinden und die kulturelle und soziale Reproduktion des Lebens gemeinsam zu bewältigen. In dieser Weise sollten von Frauen alle anderen Lösungen — wie die genannte der Urlaubsverlängerung — zugunsten des Sechsstundentages und in der Zukunft eines noch kürzeren Arbeitstages für alle abgelehnt werden. Eine solche radikal allgemeine Forderung in der Zeitpolitik bietet eine Möglichkeit, Teilzeitarbeit nur für Frauen, die diese aus Not akzeptieren, abzulehnen. Umgekehrt verleitet eine Betrachtung des Zeitproblems als Frauenfrage dazu, diese weitgehend auf die Mütterfrage zu reduzieren, wie dies streckenweise im Text von Ina Merkel geschieht. Dies hat zwar den Vorteil, daß nicht weiterhin an die befreiende Wirkung einer Politik geglaubt wird, welche die Lösung für die Frage der Gattungsreproduktion in ihrer Verstaatlichung sieht. Diese Politik erschöpfte sich in den bekannten Forderungen nach Kinderkrippen, Kindergärten, Ganztagschulen (bzw. deren Einrichtung), um Frauenerwerbsarbeit zu ermöglichen. Die Mängel, die solche Institutionen zu Aufbewahranstalten machen, als ob Kinder Gepäckstücke seien, lassen Zweifel entstehen, ob die Vergesellschaftung der Kindererziehung und -pflege nicht etwas anderes sein könnte als solche Institutionalisierung/Verstaatlichung, die dann »Restprobleme« der seelischen Versorgung als stets wachsenden Aufgabenberg zur Erledigung für die überlasteten und übrigens dafür auch keineswegs ausgebildeten Mütter übrig läßt — wie im Manifest eindrücklich geschildert.

Auf der anderen Seite wird solche Reduktion auf die Mütterfrage den Zusammenhang der ungelösten Frauenfrage mit dem Kapitalismus einerseits und mit dem nicht verwirklichten Sozialismus andererseits nicht aufspüren können. Nicht alle Frauen sind Mütter, und alle Mütter sind nur eine begrenzte Zeitspanne ihres Lebens wirklich vom Muttersein beansprucht. Aber immer sind alle Frauen in unseren beiden Gesellschaftssystemen unterdrückt, marginalisiert, Menschen zweiter Klasse. Die Frauenfrage muß also mit dem Geschlecht der Frauen und mit ihrer Fähigkeit zu gebären zu tun haben, und sie muß zugleich im gesellschaftlichen Zusammenhang sich losgelöst von oder zusätzlich zu dieser Fähigkeit stellen. In unseren kapitalistischen Gesellschaften ist der Gesellschaftszusammenhang unübersehbar so geregelt, daß nur produziert wird, was Profit bringt, wobei diese Produktion staatlich abgesichert ist und alle übrigen im Leben der Menschen noch notwendigen Tätigkeiten, die in ihrer Zeitlogik sich schlecht profitlich organisieren lassen, gebündelt als Umsonstarbeit und ideologisch verklärt als Liebesarbeit an Frauen gegeben werden. Der Einstimmungsprozeß in solche Arbeitsteilung läuft mit hohem ideologischen Aufwand und mit materiellen Vergünstigungen (wie dem männlichen Ernährerlohn, der für die ganze Familie ausreicht). Folgen solcher Teilungen in der Gesellschaft sind u.a. die Produktion um der Produktion willen und damit die ökologische

Krise aus der sich stets steigenden Produktion von Gütern, die für das Leben nicht notwendig gebraucht werden, aus der Rüstung usw.; die Verwahrlosung der Städte und Menschen, der Pflanzen und Tiere, kurz: die zunehmende Unbewohnbarkeit der Gesellschaft ebenso wie das Einkalkulieren von Kriegen zur Lösung wirtschaftlicher Probleme. Was als Frauenfrage erscheint, muß zwar von wirklichen Frauen gelebt werden, ist aber im wesentlichen Resultat der Logik von Wirtschaftsweisen, in denen das Leben nichts zählt, die nicht so organisiert sind, daß die bewußte gemeinschaftliche Planung des Lebens der Gesellschaftsmitglieder leitendes Kriterium des Zusammenlebens und -arbeitens ist. In dieser Hinsicht können wir so weit gehen, zu sagen, daß die Krisen der bisherigen sozialistischen Länder darin bestehen, daß sie das Problembündel, das wir als »Frauenfrage« kennen, nicht gelöst haben. So wäre es nicht die Planwirtschaft, die zu bürokratisch-administrativen Leerläufen, Mangel und Überproduktion von nicht gebrauchten Gütern geführt hätte, sondern die fehlende Anbindung der Lebensmittelproduktion an die Bedürfnisse des Lebens im weitesten Sinne (also der menschlichen und außermenschlichen Natur).

Eingeschlossen in solche Ablösung ist die Frage des Sinns von Arbeit und die Möglichkeit, Politik, also die Regelung der Gesellschaft, als gesondertes Problem einer Extragruppe von Menschen zu begreifen. Insofern hängt also am Begreifen der Frauenfrage als Systemfrage auch die Bedeutung ihrer Lösung für die Erneuerung von Gesellschaft. Betrachten wir solcherart also die Frauenfrage als eingelassen in alle Strukturen der Gesellschaft, so wird offensichtlich, daß weit mehr auf dem Spiele steht als die Art und Weise, wie Mütter und Kinder behandelt werden. Die Lösung der Frauenfrage macht eine Erneuerung der gesamten herrschenden Kultur notwendig als wesentliche Dimension der Erneuerung von Gesellschaft. Auch diese Dimension fehlt folgerichtig im Manifest aus der DDR. Hier ist aus den Frauenbewegungen aus westlichen Ländern, soweit sie kulturrevolutionäre Bewegungen waren und sind, vieles zu lernen.

Fehlen so Kultur und der Zusammenhang der Frauenfrage zur Gesellschaftsregelung im Großen, so ist auch die Seite der Produktion und Verwaltung der Lebensmittel, der Sinn der Arbeit im Manifest nicht wirklich mit dem unge lösten Frauenproblem zusammengebracht. Es gibt einen Bezug zur ökologischen Produktion und zur Anbindung der Wirtschaft an Bedürfnisse der Menschen, die selbst noch diskutiert werden und sich in alternative Formen bringen wollen. Aber unvermutet tauchen »die werktätigen Frauen« als zusätzliche Gruppe auf, um die »man« sich kümmern muß. Als aktuelles Problem drängt sich so die lange Vernachlässigung der Frauenfrage in den allgemeinen Entwurf einer anderen Gesellschaft. Diese drei genannten Problematiken führen vielleicht zu dem verblüffenden Resultat, daß im vorgeschlagenen Minimalkonsens für den Frauentachverband die Frauenfrage plötzlich wieder verschwunden ist. Müßte nicht spätestens in Punkt 2 — also nach dem Bekenntnis zu Sozialismus und Europa — die Forderung nach einer Politik stehen, die die Bereiche der Lebensproduktion und die der Lebensmittelproduktion aufeinander bezieht? Dies würde die ökologische Reorganisation der Wirtschaft ebenso nach sich ziehen müssen wie das Recht auf sinnvolle Arbeit und die Geschlechter-Quotierung aller Positionen in der Gesellschaft. Hinzu käme eine Neuberechnung der gesellschaftlichen

Gesamtarbeit als Grundlage der Arbeitsverteilung. Notwendig wäre eine Arbeitszeitpolitik, die die Teilhabe am Politischen ebenso ermöglicht wie die an der Bewahrung und Pflege des Lebens selbst. Beides wäre erst Grundlage für die in Punkt 3 geforderten Programmpunkte: Demokratie, Selbstverwaltung und Öffentlichkeit. Auch scheint es mir vor dem zeitgemäßen Bekenntnis zur multi-kulturellen Gesellschaft zwingend, die Problematik der Geschlechterverhältnisse in der gesamten Kultur und in den Wissenschaften aufzugreifen, um grundlegend neue herrschaftsfreie Geschlechterverhältnisse als Teil der Produktionsverhältnisse zu erreichen.

In dieser Kürze sind die einzelnen Kritikpunkte notwendig abstrakt. Auch fehlt den hier formulierten positiven Vorschlägen, wie die Frauenfrage als Gesellschaftsfrage zu begreifen sei, tatsächlich praktische Erfahrung, wie solches durchzusetzen und umzuformulieren ist in Politik heute. Hier ist das Manifest aus der DDR den Frauenbewegungen in den kapitalistischen Ländern um Jahrzehnte voraus. Im allgemeinen Konsens, aus den bisherigen sozialistischen Ländern möglichst schnell, möglichst alles wegzuworfen, geht offensichtlich vieles verloren, was befreite Zukunft werden könnte. Ausgerechnet diese Dimensionen, in denen in beeindruckender Selbstverständlichkeit konkrete Vorschläge für befreiendes Leben und für andere Politikformen von Frauen gemacht wurden, wurden in der *TAZ* (am 9.12.89 veröffentlichte die *TAZ* etwa die Hälfte des Manifestes) weitgehend weggelassen. Ganz konkret geht es da um den Verzicht auf die Datsche, um Feriendörfer, in denen gemeinschaftliches Leben möglich sein könnte — dies als Bestandteil einer erneuerten Gesellschaft. Und selbst Stadt- und Verkehrsentwicklung werden als Frauenforderungen gegen eine Intensivierung der Privatsphäre zielsicher angesprochen. Daß nicht viele Frauen in der DDR ein eigenes Auto haben, läßt Politikvorschläge zu, in denen die gesellschaftliche Bereitstellung von Autos für besondere Zwecke, und nicht jederzeit, eine mögliche akzeptierbare Lösung wäre. Hier verbinden sich das niedrigere Konsumniveau als Tugend mit einer langen Erfahrung, daß der Staat überhaupt für solche kollektiven Lösungen zuständig sein könnte. Die Ernährungsforderungen als Bestandteil eines solchen Gesellschafts- und Politikentwurfs (weniger Fleisch, mehr Obst und Gemüse) sind ebenso ermutigend konkret wie die unbescheidenen Forderungen nach Frauen-Tageszeitungen, einem eigenen Sender, Fernsehstudios und Frauenkulturzentren wie auch Frauencafés usw. Schließlich sind es auch die unmittelbaren Vorschläge für die Politikformen in den letzten Abschnitten des Manifests, die trotz allem auf Erfahrung in Demokratie schließen lassen. Versuchen wir, was wir von den DDR-Frauen an konkreten Politiken erfahren, bei uns in der BRD umzusetzen. Der Zeitpunkt ist günstig.

Anmerkung

- 1 Eine denkwürdige Leistung gelang in diesem Fall übrigens einer Frau, Kommentatorin in der *Frankfurter Allgemeinen*. Am 19.1.1990 schreibt Monika Zimmermann zu den Gruppen in der DDR, die sich jetzt um Plätze in der Stadtleitung streiten müssen: »Darunter sind keineswegs nur Gruppen, die wie SPD, Neues Forum oder Demokratischer Aufbruch dabei sind, sich politisch zu profilieren, sondern andere, die im Zuge der jüngsten Entwicklung mit ihren Anliegen aus dem Dunkel des Untergrundes in die Öffentlichkeit kamen, so die Homosexuellen, die Frauen, die Studenten oder auch der Verbund Demokratischer Bildung und Erziehung.«

Irene Dölling

Frauenforschung in der DDR

Im November 1989 meldeten sich in der DDR-Presse einige Wissenschaftlerinnen zu Wort. Sie stellten die Frage, ob »die Erneuerung an den Frauen vorbeigeht«, und formulierten einige Forderungen (z.B. Quotenregelung, Zulassung einer unabhängigen Frauenbewegung, Schaffung eines Gremiums auf Regierungsebene zur Sicherung und Durchsetzung von Fraueninteressen). Sie bezeichneten sich in ihrem Aufruf als »Frauenforscherinnen«.¹ Das war für DDR-Verhältnisse ein ungewöhnlicher Terminus — zumindest in den Medien spielte er bis dahin so gut wie keine Rolle. In wissenschaftlichen Diskursen war er allerdings in den letzten Jahren schon aufgetaucht. Plötzlich gaben Wissenschaftlerinnen, die unter Umständen seit vielen Jahren zur »Frauenfrage als Teil der sozialen Frage« arbeiteten oder die empirisch-soziologische Untersuchungen zur Situation der Frauen in der DDR gemacht hatten, ihren Forschungen diese Bezeichnung. Die Beweggründe sind unterschiedlicher Art:

— Die zunehmende internationale Etablierung von Frauenforschung in Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen und ihre Förderung als ein nicht zu übersehender, wahrscheinlich expandierender Aspekt in der Wissenschaftspolitik, hat WissenschaftlerInnen in der DDR inspiriert, durch »Umbenennung« ihrer Unternehmungen den Anschluß an internationale Trends zu signalisieren.

— Eine solche »Umbenennung« war nicht selten auf die Auffassung gegründet, daß in der DDR die Voraussetzungen für die »Lösung der Frauenfrage« gegeben sind, daß sozialistische Politik quasi »selbstverständlich« die Interessen von Frauen berücksichtigt. Dementsprechend waren die eigenen Forschungen darauf orientiert, wissenschaftlich begründete Vorschläge für die »Verbesserung« der Lage von Frauen durch sozialpolitische Maßnahmen, Förderpläne, berufliche Qualifizierung, den Ausbau von staatlichen Einrichtungen zur Kinderbetreuung usw. zu machen. Die Bezeichnung »Frauenforschung« impliziert in diesem Kontext nicht nur die Annahme einer qualitativ anderen (höheren) gesellschaftlichen Stellung der Frau im »realen Sozialismus«; sie fungiert gleichzeitig auch als eine Art »Kampfbegriff« gegenüber »neofeministischen Konzepten« westlicher Länder, die »Geschlecht« eine mindestens gleichrangige, wenn nicht primäre Wertigkeit gegenüber »Klasse« einräumen.²

— Durch die Übernahme des Terminus »Frauenforschung« haben sich Wissenschaftlerinnen in den letzten Jahren zu einer anderen Sicht bekannt. Mit der Bezeichnung ihrer Arbeit als »Frauenforschung« wollen Wissenschaftlerinnen (insbesondere in den Kultur-, Kunst-, Sprach- und Literaturwissenschaften, der Soziologie) einen konzeptionellen Ansatz markieren, der Geschlechterverhältnisse, der strukturelle Ursachen für Benachteiligung und Diskriminierungen von Frauen (auch im »real existierenden Sozialismus«) als eine wesentliche »Achse« in die Analyse von gesellschaftlichen Prozessen einschließt.³ Sie wollen mit diesem Terminus ihren Standort deutlich machen, d.h. daß ihre Forschungen von dem Interesse getragen sind, Geschlechterverhältnisse aus der Sicht von Frauen, mit dem Blick auf historisch-strukturelle Benachteiligungen des weiblichen

Geschlechts zu untersuchen. Die Ergebnisse von »Frauenforschung« bzw. »feministischer Wissenschaft« in westlichen Ländern sind für sie Gegenstand kritischer Aneignung mit dem Ziel, den eigenen theoretischen Ansatz zu qualifizieren. Das Einbeziehen von Geschlechterverhältnissen, von kulturellen Konstruktionen von Weiblichkeit und Männlichkeit und ihrer Funktionen bei der Konstituierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen in ihr theoretisch-methodisches Konzept öffnet diesen Wissenschaftlerinnen auch einen anderen Zugang zur Analyse und Wertung der Realsituation von Frauen in der DDR, zum theoretischen Verständnis des »realen Sozialismus« und seiner Geschichte sowie zur Formulierung von Schwerpunkten künftiger Frauenpolitik (von »unten« und »oben«).

Seit sich die DDR im Umbruch befindet, hat sich auch die Situation für die Frauenforschung verändert. Dadurch, daß sich spontan und in einem kaum vermuteten Umfang Frauen organisierten, Initiativen, Selbsthilfegruppen, Cafés, Frauenzentren usw. gründeten und ihre Aktivitäten in einem Dachverband (»Unabhängiger Frauenverband«) zusammenführten, dadurch, daß sich Frauen vieler Parteien und Organisationen zu Wort meldeten und die Teilnahme von Vertreterinnen des Unabhängigen Frauenverbandes am »Runden Tisch« durchgesetzt werden konnte, sind auch alle Frauenforschungs-Projekte (gleich welcher Orientierung) in einen veränderten Kontext eingebunden. Waren sie bislang Forschung, die entweder im Auftrag von Staat bzw. Partei (SED) durchgeführt wurde oder aber — nicht selten mühsam durchgesetzte — »Hobbyforschung« einiger »Enthusiastinnen«, kann sie sich nun auf eine praktische Bewegung stützen, durch sie legitimiert werden und auf ihre Bedürfnisse hin arbeiten (ohne zur »Parteigängerin«, nur unter gewandelten Vorzeichen, zu werden). Frauenforschung — jeglicher Art — ist damit gezwungen, sich zu prüfen und (neu) zu bestimmen. Das trifft zum einen auf die etablierten Einrichtungen und Projekte zu, in denen Forschungen zur Situation der Frauen in der DDR, zur Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft, zu Berufsmotivation und -qualifikation, zu Frauen in leitenden Positionen, zum Kinderwunsch und zu alleinerziehenden Müttern, zu geschlechtstypischen Unterschieden in Sozialisation, Laufbahnen, Lebensorientierungen und -konflikten in relativ großem Umfang durchgeführt wurden.⁴ Zu fragen ist hier nach den Grenzen einer »Frauenforschung«, die Frauen so gut wie nicht als Subjekte, mit spezifischen Lebensbedingungen und in der Ganzheitlichkeit ihres Lebenszusammenhangs zum Gegenstand hatte, sondern Frauen vornehmlich funktional — als Arbeitskraft, unter bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten, als stabilisierenden Faktor für Ehe und Familie usw. — gesehen hat. Zu fragen ist, ob eine Forschung überhaupt den Namen »Frauenforschung« beanspruchen kann, die den Fakt einer ausgeprägten geschlechterspezifischen Arbeitsteilung in Beruf und Familie, einer beinahe ungebrochenen Verantwortung der (berufstätigen) Frauen für die unbezahlte Reproduktionsarbeit und die Kindererziehung u.a. linear aus ökonomischen Bedingungen herleitet, die Gewalt gegen Frauen, Sexualisierung ihrer Körper und alltäglich praktizierte Formen ihrer Diskriminierung als »randständige Fragen«, als »im Sozialismus« nicht existierend bzw. als »Überreste« abtut. Das ist, kurz gesagt, ein Forschungsansatz, der die Geschlechterfrage auf die Frauenfrage reduziert und ihre »Lösung« wiederum nur als Nebenaspekt bzw. -effekt der »Lösung der Klassenfrage« versteht, für den

kulturelle Konstruktionen von Weiblichkeit und Männlichkeit nur ein »Überbau-Phänomen« sind, ohne eigenständige Wirkung auf die Produktion und Reproduktion von Verhältnissen.

Aber auch die Frauenforschung, die sich seit einiger Zeit außerhalb und neben der oben skizzierten Art von Forschung entwickelt hat⁵ bzw. die sich jetzt — unbelastet und mit überaus kritischer Haltung ihr gegenüber — etabliert, steht vor der Aufgabe, sich, ihre Inhalte, Ziele und theoretischen Voraussetzungen zu definieren. Erfreulich ist die Tatsache, daß ein offensichtlich schon länger bestehendes Bedürfnis von WissenschaftlerInnen, Frauenforschung zu machen, öffentlich artikuliert wurde und sich in institutionalisierten Formen niederschlägt. So wurde z.B. bereits im September 1988 beim Nationalkomitee der Historiker der DDR eine Kommission zur Geschichte der Frauen und der Frauenbewegung ins Leben gerufen. Im November 1989 haben Germanistinnen der Berliner Humboldt Universität ein Gremium gegründet, das die an feministischer Literaturwissenschaft interessierten WissenschaftlerInnen der DDR zusammenbringen will. Ebenfalls an der Humboldt Universität hat sich im Dezember 1989 ein »Zentrum interdisziplinäre Frauenforschung« konstituiert, mit dem Ziel, allen »frauenforschenden« WissenschaftlerInnen dieser Einrichtung die Möglichkeit zu gemeinsamer Diskussion zu geben, ihre Position in den einzelnen Wissenschaftsdisziplinen zu stärken, StudentInnen durch gemeinsame Ringvorlesungen und Gastvorlesungen mit Forschungsergebnissen und mit einem Wissenschafts-ansatz bekanntzumachen, der in ihrer übrigen Ausbildung bestenfalls eine marginale Rolle spielt. Zur Gründungsveranstaltung kamen immerhin ca. 60 WissenschaftlerInnen der Humboldt Universität, die künftig in mehreren Arbeitskreisen interdisziplinär bestimmte Themen bearbeiten wollen. Die Ergebnisse wollen sie öffentlich zur Diskussion stellen und damit die Arbeit des Unabhängigen Frauenverbandes unterstützen. Daneben strukturiert sich der ehemalige Rat »Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft« neu — er soll künftig zu einer Koordinierungseinrichtung für die Frauenforschung in der DDR werden. Anzunehmen ist, daß sich auch an anderen Hochschuleinrichtungen bald ähnliche Zentren wie das an der Humboldt Universität bilden⁶, und auch die Frauenforschung, die längst außerhalb der wissenschaftlichen Einrichtungen in Basisgruppen der Frauenbewegung begonnen hat, wird sicher in absehbarer Zeit mit ihren Ergebnissen und Standpunkten für eine größere Öffentlichkeit rezipierbar sein (Frauenzeitschriften und Frauenverlage sind im Entstehen begriffen).

Die derzeit vorliegenden (Berliner) Erfahrungen der »gründereuphorischen Phase« der Frauenforschung zeigen, daß die Vorstellungen darüber, was Frauenforschung ist und soll, sehr verschieden sind. Unterschiedlich sind nicht nur Voraussetzungen, die die interessierten WissenschaftlerInnen haben: sind die einen schon seit Jahren mit Frauenforschungsprojekten beschäftigt und/oder mit der internationalen bzw. bundesdeutschen Diskussion in den feministischen Wissenschaften mehr oder weniger vertraut, wollen die anderen erst mit Frauenforschung anfangen und/oder hatten, nicht zuletzt durch die miserable Situation in den Bibliotheken und die bisherigen Ausleihbeschränkungen, bislang kaum Gelegenheit, sich zu informieren. Sehr verschieden sind auch die Lebensbedingungen, Erfahrungen, Konflikte der einzelnen, die nicht unbeträchtlich (wenn auch

oft unbewußt) ihre Motivationen für Frauenforschung orientieren: Alter, Familienstand, Kinderzahl, berufliche Erfolge oder »Knicke« in der Laufbahn, die Atmosphäre im WissenschaftlerInnenkollektiv wie auch die konkreten Formen der »Doppelbelastung«, mit der alle berufstätigen Frauen (mit Kindern) in der DDR fertigwerden müssen, akzentuieren die Erwartungen, die in Frauenforschung gesetzt werden. Das Spektrum dessen, was unter Frauenforschung verstanden und praktiziert wird, ist — entsprechend den Interessenlagen und auch politischen Orientierungen — weit (und wird es, bei aller notwendigen Differenzierung und Standortklärung, sicher auch bleiben). Mit diesem Begriff sind Forschungen ebenso bezeichnet, die in additiver Weise »blinde Flecken«, Wissenslücken in der Geschichte auszufüllen versuchen, die »Spurensicherung« betreiben, wie Ansätze, die eine bislang als selbstverständlich angesehene Forschungsstrategie, die Geschlechterverhältnisse wesentlich ausklammert, kritisch in Frage stellen. Forschung »von Frauen — über Frauen — für Frauen« existiert neben feministisch-wissenschaftlichen Konzepten, die Geschlechterverhältnisse kategorial in Gesellschaftstheorien entwickeln. Frauenforschung, die Frauen wesentlich als Opfer in der bisherigen Geschichte sieht, gibt es ebenso wie eine Frauenforschung, die sich auf die Analyse tatsächlicher Geschlechterverhältnisse, auf die in ihnen jeweils möglichen Spielräume und Behinderungen für beide Geschlechter, auf die konkreten Formen der Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen wie ihrer Machtsphären und Widerstandsformen einläßt. Ist für einige WissenschaftlerInnen ein spezifisch »weibliches Vermögen« Ausgangspunkt für utopische Entwürfe von Geschlechterbeziehungen und wird von ihnen dieses »Vermögen« aus der biologischen Geschlechterdifferenz oder einer (als historisches Konstrukt nicht hinterfragten) »Weiblichkeit« hergeleitet, geht es anderen gerade darum, ein Denken und Bewerten in den tradierten Geschlechterstereotypen zu überwinden, reale Frauen und Männer in konkreten Zusammenhängen nicht hinter den Konstruktionen von »Weiblichkeit« und »Männlichkeit« verschwinden zu lassen. Ebenso groß ist die Spannweite zwischen den Ansprüchen und Perspektiven von Frauenforschung: sie reicht von Projekten, die an kulturellen Praxen von Frauen orientiert sind (Selbsterfahrung und -hilfe, Beratung, Frauenhäuser), bis zu solchen, die die »Frauenfrage« mit Entwürfen von einer sozial gerechten, menschenwürdigen Gesellschaft, mit einer Veränderung bestehender Verhältnisse verbinden, und in diesem Kontext eine Diskussion um die Neubestimmung dessen, was Emanzipation (der Geschlechter) am Ende des 20. Jahrhunderts heißt, für notwendig ansehen.

Es ist gegenwärtig, wo so vieles im Fluß ist, nicht abzuschätzen, welches Gewicht diese skizzierten Formen von Frauenforschung für die öffentliche Auseinandersetzung gewinnen werden. Noch ist nicht abzusehen, welche sozialen Sicherheiten und Lebensbedingungen, die für Frauen in der DDR bisher galten, unter veränderten Verhältnissen Bestand haben werden. Noch ist nicht abzusehen, wie Frauen der verschiedenen sozialen Schichten reagieren, wenn Arbeitsplätze knapp und Sozialleistungen geringer werden, dafür aber z.B. das bezahlte »Babyjahr« verlängert oder für den Verzicht auf Berufsarbeit eine Bezahlung der Hausarbeit in Aussicht gestellt wird. Weder ist heute Sicheres darüber zu sagen, welche Formen von Widerstand Frauen entwickeln, die es über mehrere Generationen

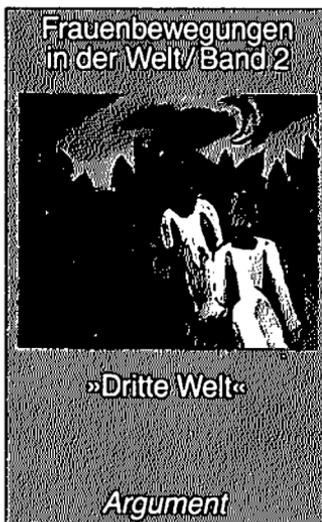
nicht lernen konnten, ihre Interessen zu artikulieren und politisch durchzusetzen, noch, welche Anziehungskraft tradierte »Geschlechterrollen« für Frauen (welcher Schichten, welcher Berufe) haben, die die verschleißenden Auswirkungen der doppelten und dreifachen Belastung unter unzureichenden Lebensbedingungen am eigenen Leibe erfahren haben (und diese Erfahrungen möglicherweise mit »Sozialismus« gleichsetzen). Ungewiß ist, wie weit der Einfluß der unabhängigen Frauenbewegung reichen wird. Kaum abzusehen ist derzeit, in welcher Weise die Erfahrungen der Frauen im bisherigen Staatssozialismus Akzentsetzungen in der Frauenbewegung und der durch sie beeinflussten Frauenpolitik bewirken werden, z.B. in der Forderung, an der politischen Macht beteiligt zu sein. Sicher ist nur, daß sich Frauenforschung in der DDR im Rahmen dieser Spannungsfelder (und als newcomer in den tradierten Wissenschaften) entwickeln und ihr Profil von diesen Bewegungen und Prozessen geprägt sein wird.

Geschrieben Anfang Januar 1990

Anmerkungen

- 1 Vgl. »Für Dich« 46/1989, 18.
- 2 Vgl. dazu z.B. Hans-Jürgen Arendt, Historische Frauenforschung in der DDR. In: Informationen des Wissenschaftlichen Rates »Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft«, H. 3, 1989, 53-69. (Ich setze im Folgenden diese Art von Frauenforschung in Anführungsstriche).
- 3 Vgl. dazu die Beiträge im thematischen Heft »Frauenforschung in der DDR« der »Feministischen Studien« (erscheint voraussichtlich Mai 1990).
- 4 Die meisten dieser Forschungen wurden vom wissenschaftlichen Rat »Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft« koordiniert und geleitet. Diesem Rat, 1981 gegründet, wie alle Wissenschaftlichen Räte der SED unterstellt und mittlerweile in dieser Form aufgelöst, ging ein interdisziplinärer Beirat an der Akademie der Wissenschaften voraus, der 1964 auf Anordnung des Ministerrates gegründet wurde. Dies weist darauf hin, daß — vor allem bedingt durch die volkswirtschaftliche Situation und ihren Bedarf an (qualifizierten) Arbeitskräften — Frauenpolitik ein wichtiger Bestandteil von Gesellschaftspolitik war und die Forschung zu bestimmten »Frauenfragen« durchaus gefördert wurde. Ihre Ergebnisse wurden vor allem in den Informationsheften dieses Rates, aber auch in einer Reihe von Büchern publiziert (z.B. Herta Kuhrig und Wulfram Speigner [Hrsg.], Zur gesellschaftlichen Stellung der Frau in der DDR. Leipzig 1978; Ute Bruhm — Schlegel und Otmar Kabat vel Job, Junge Frauen heute. Wie sie sind — was sie wollen. Leipzig 1981; Heinz H. Schmidt, Die berufstätige Mutter. Ursachen und Lösung ihres Dilemmas. Berlin/DDR 1981; Barbara Bertram, Walter Friedrich, Otma Kabat vel Job, Adam und Eva heute. Leipzig 1988 u.a.) Darüber hinaus steckt ein großer Anteil von Frauenforschung dieser Art in Dissertations- und Habilitationsschriften, über die es keine genaue Übersicht gibt.
- 5 Dazu würde ich z.B. die seit Anfang der achtziger Jahre unternommenen Versuche in der Kulturtheorie zählen, die kulturellen Dimensionen von Geschlechterverhältnissen zu thematisieren, mit Blick auf DDR-Verhältnisse spezifische Entwicklungswidersprüche von Frauen zu benennen und patriarchalisch geprägte Geschlechterstereotype als Teil des kulturellen Alltags in der DDR zu untersuchen (vgl. Irene Dölling, Individuum und Kultur. Berlin/DDR 1986; dies., Frauen und Männerbilder als Gegenstand kulturtheoretischer Forschung. In: Weimarer Beiträge 4/1988, 556-579; dies., Der Mensch und sein Weib. Aktuelle Frauen- und Männerbilder. Ihre historischen Ursprünge und Perspektiven. Erscheint voraussichtlich Anfang 1991). Dazu gehören Arbeiten von Literatur- und Kunstwissenschaftlerinnen sowie (Kultur-)Historikerinnen, die vor allem in Fachorganen veröffentlicht wurden. Zumindest auf meine eigenen Arbeiten bezogen, würde ich allerdings sagen, daß auch hier »funktionale« Herangehensweisen nicht überwunden sind.
- 6 Dabei wird es auch darum gehen müssen, diese Zentren, die sich sicher zunächst auf Initiative einzelner WissenschaftlerInnen bilden, materiell anzuschern. Wie die Berliner Erfahrungen zeigen, ist dies das eigentlich Schwierige — drei Monate, nachdem die Universitätsleitung der Gründung des Zentrums zugestimmt hat, verfügt es weder über einen Raum, noch über Mittel oder MitarbeiterInnenstellen. Zwar zeichnen sich Veränderungen dieser Situation ab, diese ist aber durchaus symptomatisch für den Rang, den Frauenforschung derzeit in Leitungen und wissenschaftsstrategischen Konzepten noch einnimmt.

Frauenbewegungen in der Welt



Frauenbewegungen in der Welt

Band 2: Dritte Welt

Hrsg.: Autonome Frauenredaktion
AS 170, 245 S., DM 18,50

Im zweiten Band der vierbändigen Anthologie kommen Autorinnen aus 14 Ländern zu Wort. Sie berichten vor dem Hintergrund der jeweiligen ökonomischen, kulturellen und politischen Situation über Anfänge, Kontinuitäten und Brüche, theoretische und politische Brennpunkte der feministischen Kämpfe, ergänzt um Daten über die soziale Lage der Frauen im jeweiligen Land. Die Bestandsaufnahmen der aktuellen Situationen der Frauenbewegungen zeigen, wie unterschiedlich Politik und Perspektiven sein müssen, um die

Frauenunterdrückung überall zu überwinden.

Gemäß dem Konzept der Reihe »Frauenbewegungen in der Welt« ist eine Vielfalt von feministischen Positionen vertreten. Diese Bandbreite erstreckt sich über die verschiedenen Länderberichte, mit einer Ausnahme: Am Beispiel Mexikos wird anhand von fünf Beiträgen verdeutlicht, wie unterschiedlich die Schwerpunkte von verschiedenen Frauenorganisationen eines Landes sein können.

Mit Aufsätzen aus folgenden Ländern: Arabische Länder, Argentinien, Bangladesch, Brasilien, Chile, Ghana, Indien, Iran, Mexiko, Pakistan, Südafrika, Südkorea, Türkei, Uruguay

Bereits erschienen:

Band 1: Westeuropa
(AS 150, 240 S.)

»Eine bisher unerreichte Analyse der feministischen Bewegungen in Westeuropa, ... informativ, materialreich und oft spannend zu lesen.« (DVZ)

In Vorbereitung:

Band 3: Außereuropäische kapitalistische Länder (AS 176).

Band 4: Sozialistische Länder
(AS 181).

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

30 Jahre Argument

Eva Schäfer

»Wer sich nicht wehrt, kommt an den Herd!«

Zur feministischen Erneuerung in der DDR

In der Umbruchsituation der DDR geraten auch und zunehmend »Frauen in Bewegung«. Unabhängige Frauengruppen und -initiativen, »Einzelfrauen« und Frauen in Projekten treten selbstbewußt, sachkompetent und originell in die Öffentlichkeit. Wissenschaftlerinnen melden qualitativ neue Ansprüche an Frauenpolitik und Frauenforschung an, die ersten öffentlichen Frauentreffs erhalten massenhaften Zulauf.

Das Tempo des Frauenaufbruchs ist rasant. Auf der Vorstellungsveranstaltung der Berliner Fraueninitiative »lila offensive« in der geschichtsträchtigen Gethsemanekirche¹ wurde die Idee geboren, einen Unabhängigen Frauenverband zu gründen — als politische Interessenvertretung und Alternative zum DFD (Demokratischer Frauenbund Deutschlands), der bis dahin einzigen offiziellen Frauenorganisation in der DDR. Bis zur Realisierung vergingen kaum zwei Wochen. Als die Schauspielerin Walfriede Schmitt dann an dem historischen 3. Dezember 1989 in der Volksbühne ihr programmatisches »Hexen des 20. Jahrhunderts, steigt herab« ausrief, erfuhr sie ein überwältigendes Echo. 1200 Frauen, Sprecherinnen von Frauengruppen und einzelne Frauen, aus der ganzen Republik waren aufgebrochen — zur fröhlichen Revolution mit politisch-parlamentarischer Konsequenz. Wer sind sie, und was wollen diese Frauen, woher kommt diese mitreißende Atmosphäre eines solidarischen, in seiner Sensibilität und Feinfühligkeit für viele sicher auch neuen Umgangs von Frauen miteinander?

Organisierte Anfänge einer Unabhängigen/Autonomen Frauenbewegung in der DDR gehen auf den Beginn der achtziger Jahre zurück. Da tauschen Wissenschaftlerinnen der Humboldt-Universität Berlin im Kreis interessierter Frauen Ergebnisse der Frauenforschung aus, andere Frauen dieser Einrichtung treffen sich zum »Weiberfrühstück«, seit 1983 arbeitet die Gruppe »Lesben in der Kirche« Berlin, seit vier Jahren bestehen fünf Erfurter Frauengruppen, in Dresden und Leipzig finden sich Frauen in Selbsthilfe- und Selbsterfahrungsgruppen — all das oft unter dem Mantel des Privaten, offizielle Frauenpolitik in Frage stellend.

Die Ursache für die Entstehung der Unabhängigen Frauenbewegung sind auf mehreren Ebenen auszumachen. Übergreifend gilt: Ein kollektiver Protest in Gestalt *aller* neuartigen politischen Bewegungen brach u.a. deshalb mit Notwendigkeit hervor, weil es in der DDR nicht gelang, sozialismusspezifische Lösungen für jene gesamtgesellschaftlichen Widersprüche zu entwickeln, die aus der Durchsetzung einer qualitativ neuen Stufe der wissenschaftlich-technischen Revolution erwachsen. Dabei blieben, und hier sehe ich die Hauptquelle für den *frauenspezifischen* Protest, geschlechtsdifferenzierte Problem- und Interessenlagen weitgehend ausgespart. Konkret bedeutete das: Vor dem Hintergrund der systemübergreifenden Wirkungen eines neuen Schubs der Produktivkraftentwicklung (Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion auf der Grundlage der Informationsverarbeitung) entwickelte sich seit Beginn der siebziger Jahre

auch in der DDR ein neuer Produzententyp mit hohem Anspruch an Individualität und Disponibilität, es wuchs das Bildungs- und Qualifizierungsniveau, und es kam zu bedeutenden wirtschafts- und sozialstrukturellen Veränderungen. Als Folge dessen und nicht zuletzt im Zusammenhang mit den Gefahren existentieller Menschheitsbedrohungen vollzog sich ein Wandel der Bedürfnisse und Wertvorstellungen. Formen direkter Demokratie als Alternative zum zentralistischen Repräsentativsystem, die Ausweitung des Demokratieverständnisses auf alle Bereiche der Gesellschaft, ein starkes Bestreben zur Individualitätentfaltung sowie das Bedürfnis zur flexibleren, selbstbestimmten Lebensgestaltung gewannen an Bedeutung. Der Zusammenhang zwischen neuer Arbeitsweise, veränderten Reproduktionsbedingungen und -anforderungen und damit auch neuer Lebensweise konnte weder als allgemeiner noch in der Spezifik geschlechtsspezifischer Wirkungen Berücksichtigung finden in einem Gesellschaftskonzept, das Menschen ökonomischen Prämissen unterordnete, sie fremdbestimmte und letztlich zu Objekten von Politik machte. Neue Bedürfnisse stießen an die Grenzen bestehender gesellschaftlicher Organisationsmodelle. Hinzu kam, daß herangereifte gesellschaftliche Widersprüche durch ein administrativ-bürokratisches Herrschaftssystem nicht anerkannt und neue politische Bewegungen unterdrückt wurden. Damit war das Konfliktpotential vorprogrammiert.

Frauen erleben und erleben diese Widersprüche potenziert in geschlechtsspezifischer Weise. Denn: die DDR ist ein Land in patriarchalen Zwängen. Unter Patriarchat verstehe ich eine in bezug auf das Geschlechterverhältnis spezifische Organisation der Gesellschaft, die vorwiegend von Männern dominierte Strukturen aufweist und dadurch Frauen benachteiligt, diskriminiert und unterdrückt. Wenn aber in der DDR entgegen offizieller Diktion der emanzipatorische Anspruch in bezug auf die Frauenfrage nicht erfüllt werden konnte, so heißt das: Frauen erfahren vor dem Hintergrund der geschlechtsspezifischen Folgen einer neuen Stufe der wissenschaftlich-technischen Revolution die Deformierung einer Gesellschaft, in der sich strukturelle Mechanismen eines administrativ-bürokratischen Sozialismus und patriarchale Strukturen überlagern. Die Erfahrung doppelter Fremdbestimmung, Einschränkung und Benachteiligung schafft für Frauen eine im Vergleich zu Männern unterschiedliche Interessenlage und fordert notwendig eine Doppelstrategie heraus: gegen strukturelle Benachteiligung durch administrativ-bürokratische und patriarchale Herrschaftsmechanismen. Da sich Frauen des bestehenden Geschlechterwiderspruchs in einer patriarchalen Gesellschaft bewußt werden, organisieren sie sich autonom von Männern — in einer eigenständigen Frauenbewegung.

Welches sind die Eckpunkte der für Frauen so folgenschweren Überlagerung administrativ-bürokratischer und patriarchaler Machtausübung? Die folgenden Thesen verstehen sich als Ansatz für eine weiterzuführende Analyse, die wesentliche Voraussetzung für die feministische Erneuerung in der DDR ist.²

These 1: Der Emanzipationsprozeß von Frauen in der DDR wurde in der Tendenz durch männliche Vorstellungen und Normen bestimmt.

Zunächst ist festzustellen: Der seit 1945 in diesem Land eingeleitete Prozeß der Förderung von Frauen konnte bis in die sechziger Jahre hinein wesentliche

Voraussetzungen für ihre Emanzipation schaffen: die massenhafte Einbeziehung von Frauen in das Berufsleben (91,1 % aller Frauen sind berufstätig, 87 % haben eine abgeschlossene Berufsausbildung), ein hoher Vergesellschaftungsgrad in der Kinderbetreuung (Versorgungsgrad Kinderkrippen: 81 %, Kindergärten: 100 %), die Entwicklung von Dienstleistungen, das Recht auf Selbstbestimmung bei Schwangerschaft, eine weitgehende rechtliche Gleichstellung. Diese Erfolge wurden jedoch in ihrer Wirkung relativiert. Zwar brach Frau, wie etwa im Berufsleben, in Männerdomänen ein, sie mußte sich aber dabei männlichen Maßstäben anpassen. Das bedeutete, Frauen unternahmen den untauglichen Versuch, die männliche Rolle im historisch überlebten System der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung auszufüllen. Sie wurden dadurch konfrontiert mit einem familienunfreundlichen Arbeits- und Lebensrhythmus, mit einem autoritären Arbeits- und Leitungsstil, mit Multifunktionalität u. a.

Zum patriarchal geprägten Verständnis »emanzipierter« Frauen gehörte nicht nur die von ihnen zu erbringende männlich normierte Leistung im Betrieb. Weibliche Haus- und Familienarbeit kam wie selbstverständlich als kostenlose Dienstleistung dazu. Letztlich wurden Frauen in die ambivalente Situation gebracht, beide Rollen innerhalb der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung zu übernehmen. Alternative Emanzipationsstrategien, für die das sozialistische Gesellschaftsmodell durchaus bessere Voraussetzungen bot, wie etwa flexible Arbeitszeiten für beide Geschlechter, die Zulassung individueller Lebensgestaltung oder eine familienfreundlichere Wohn- und Infrastruktur, blieben ausgespart. Somit wurde der gesellschaftlichen Arbeitsteilung nach dem Geschlecht als dem konstitutiven Element von Frauenunterdrückung nicht konsequent entgegengewirkt, ja, sie reproduzierte sich in einer durch die weibliche Doppelbelastung besonders folgenreichen Weise.

These 2: Vor dem Hintergrund der Verkürzung der Frauenfrage auf ihren klassenmäßigen und sozialen Aspekt brach in der DDR zu Beginn der siebziger Jahre der Emanzipationsprozeß von Frauen ab.

Sich orientierend an einem wissenschaftlich-theoretischen Erkenntnisstand, der über Engels, Bebel und Zetkin nicht hinausging bzw. noch dahinter zurückblieb, wurde auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 die Feststellung gefeiert, die Frauenfrage sei als soziale Frage gelöst, die Gleichberechtigung verwirklicht und damit die gesellschaftsstrategische Zielsetzung in der Frauenfrage erreicht. Hier verkürzte sich Emanzipation auf juristische Gleichstellung (Gleichberechtigung bezeichnet aus wissenschaftlicher Sicht zunächst nur die gleiche Rechtsstellung), die Frauenfrage reduzierte sich auf die soziale Frage.

Bei einer solchermaßen mechanistischen Handhabung des marxistischen Instrumentariums zur Frauenemanzipation mußte unberücksichtigt bleiben, daß Frauenunterdrückung in ihrer Entstehung und Reproduktion eben nicht ausschließlich auf das Privateigentum an Produktionsmitteln zurückzuführen ist, daß die Geschlechterfrage nicht auf die Klassenfrage reduziert werden kann.⁴ »Übersehen« wurde die Dimension dessen, was August Bebel bereits vor über 100 Jahren formulierte: »... alle Frauen (sind) ohne Unterschied ihrer sozialen Stellung [und Klassenzugehörigkeit; Anm.d.Verf.] ... ein durch unsere Kultur-

entwicklung von der Männerwelt beherrschtes und benachteiligtes *Geschlecht*. « (Die Frau und der Sozialismus, Berlin 1979, 4) Die Frauenfrage hebt sich nicht gleichzeitig mit der Lösung der sozialen Frage auf. Die spezifische Lage von Frauen erwächst nicht aus ihrer Unterdrückung als Klasse, sondern der Diskriminierung als Geschlecht. Gerade in dieser über Jahrtausende gewachsenen gesamtulturellen *patriarchalen Dimension* erlangen Frauenunterdrückung und damit die Frauenfrage eine *relative Eigenständigkeit*. Die patriarchale Dimension der Frauenfrage ist aber nicht nur klassenübergreifend (s. August Bebel), sondern, wie sich in fataler Weise am Beispiel der DDR zeigt, auch systemübergreifend.⁵ Die Aufrechterhaltung patriarchaler Strukturen und damit Frauenbenachteiligung kann also auch unter real sozialistischen Verhältnissen (bei Abwesenheit von Privateigentum an Produktionsmitteln) funktional sein — wenn auch als Ausdruck und Resultat eines deformierten Sozialismus.

These 3: Die 1971/72 eingeleitete Instrumentalisierung von Frauenpolitik für männlich gesetzte »übergreifende« gesellschaftsstrategische Zielstellungen führte zur Verfestigung patriarchaler Strukturen und ihrer Reproduktion auf qualitativ neuer Stufe.

Den größten Rückschlag erlitt der Prozeß der Frauenemanzipation in der DDR durch die Vereinnahmung von Frauenpolitik für bevölkerungs- und wirtschaftspolitische Zwecke. Als sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in der DDR eine deutliche Tendenz sinkender Geburtenzahlen und ein Anwachsen weiblicher Teilzeitarbeit anzeigte, war das in zweierlei Hinsicht zu deuten. Zum einen signalisierte diese Entwicklung individuelle Lösungsversuche von Frauen, um der enormen psychischen und physischen Überanstrengung durch die Vereinbarung von Beruf und sozialer Mutterschaft auszuweichen. Andererseits war die Hinwendung zur Ein- und Zweikindfamilie durchaus auch Ausdruck veränderter weiblicher Lebensansprüche, die der Berufstätigkeit einen höheren Stellenwert als vordem einräumte. Insbesondere letzteres widersprach aber offensichtlich den bevölkerungspolitischen Zielsetzungen. Die Folge: Ohne Frauen nach ihren Bedürfnissen und Ansprüchen zu fragen, überreichte männlich administrierte Frauenpolitik ihnen ein »Geschenkpaket« sozialpolitischer Maßnahmen, das offenkundig die Motivation für einen Kinderwunsch erhöhen sollte. Da diese Maßnahmen sich ausschließlich an Frauen richteten, war ihre prinzipiell nicht abzuwertende Bedeutung, insbesondere in der Eröffnung zeitlicher Freiräume für die Kinderbetreuung, von vornherein relativiert. Männer wurden per Gesetz von Recht und Pflicht sozialer Vaterschaft ausgeschlossen.⁶

In fataler Ähnlichkeit zu konservativen Gesellschaftsstrategien westeuropäischer Länder belebten sich nunmehr anachronistisch gewordene Frauenleitbilder neu. Dazu gehörte die selbstverständliche Übertragung der biologischen auf die soziale Mutterschaft, die Zuweisung sozialpflegerischer Betreuung aller Familienmitglieder und der Hausarbeit auf Frauen (noch heute ist Hausarbeit zu 70 bis 80 Prozent weiblich)⁷, die Wiederbelebung eines mütterzentrierten Frauenbildes (»Ich als Frau und Mutter ...«), das noch heute Frauen, die sich bewußt für ein Leben ohne Kinder entscheiden, in der öffentlichen Meinung herabsetzt, schließlich die Fortschreibung eines Diskriminierungskreislaufes: Die einseitige Belastung durch die Familienarbeit hemmt weibliche Entfaltungsmöglichkeiten

im Beruf, die Schlechterstellung dort verweist Frauen wieder auf die Familie. Vermeintlichen ökonomischen Prämissen untergeordnet, arbeiten noch heute 75 Prozent der Frauen in mehrheitlich minderbezahlten typischen Frauenberufen. Bereits jetzt deutet sich an, daß Frauen unter Verweis auf ihre »Störanfälligkeit« durch die ihnen zugeschriebene Familienverantwortung aus zukunftssträchtigen technologischen Bereichen ausgegrenzt bzw. auf zuarbeitende Funktionen auf unterer Stufenleiter gesetzt werden. Die solchermäßen erfolgte Reduzierung der Persönlichkeit von Frauen auf ihre Gebärfähigkeit mußte zunehmend zur Minderbewertung weiblicher Handlungsfähigkeit generell führen. Nicht ausbleiben konnte dementsprechend die anwachsende Tendenz der Funktionalisierung von Frauen auch als Sexualobjekt: durch die Sexualisierung des Frauenkörpers (Mißwahlen, Striptease, Pornographie), zunehmende Gewalt (oft sexuelle) gegen Frauen und Mädchen. Subtilere Formen eines Sexismus⁸ auch in der DDR zeigen sich auf der Bewußtseins- und sprachlichen Ebene.

Welche Chancen hat eine Unabhängige Frauenbewegung in der DDR, ihre Utopie einer von patriarchalen Zwängen freien Gesellschaft durchzusetzen?

Die Ausgangslage ist widersprüchlich. Das beginnt bereits beim Selbstverständnis der Frauen. Als DDR-spezifisch günstige Voraussetzung gilt zunächst: Trotz einer durch patriarchale Beschränkung gebrochenen Realität und Sozialisation entwickeln Frauen im Zuge des erlangten Grades an ökonomischer Selbständigkeit, durch ihr den Männern weitgehend entsprechendes Bildungs- und Qualifizierungsniveau sowie ein starkes gesellschaftspolitisches Engagement ein ebenso hohes Maß an Souveränität, Selbstbewußtsein, Sachkompetenz. Andererseits sind Frauen in der DDR somit zwar ökonomisch unabhängiger, qualifizierter, politisch gebildeter als möglicherweise ihre westlichen Schwestern, sie sind aber keine Feministinnen. Im Gegenteil. Ein weibliches Bewußtsein für die Frauenfrage existiert so gut wie nicht. Auch Frauenbewußtsein ist geprägt durch offizielle Ideologie und Politik, die das Emanzipationsideal verdrängte und entwertete, die Frauenprobleme individualisierte. Vermeintlich »emanzipierte Frauen« fragten nicht, um welchen Preis sie es »geschafft haben«. Frauendiskriminierende Geschlechterdifferenzen als Ausdruck patriarchaler Machtstrukturen wurden von ihnen als solche nicht erkannt.

Chancen, aber auch Gefahren birgt die Situation des revolutionären Umbruchs in der DDR für den feministischen Anspruch von Frauen. Einerseits war diese Situation auslösendes Moment auch für den Frauenaufbruch, erhielt die Frauensache Auftrieb durch den allgemeinen Demokratisierungsschub, konnten Frauenfragen endlich öffentlich gemacht werden. Andererseits trieb es ja in der beginnenden Umbruchphase gerade deshalb so viele Frauen zur spontanen Aktion, weil sie befürchteten, was im Ansatz auch prompt eintrat — eine Erneuerung der Gesellschaft ohne Frauen nach alten patriarchalen Mustern und damit gegen die Interessen von Frauen. Angesichts zunehmender weiblicher Arbeitslosigkeit, der Folgen der Umverteilung sozialer Maßnahmen gerade für Frauen, der Durchsetzung einer an männlichen Normen orientierten Leistungsgesellschaft, kristallisieren sich für die Unabhängige Frauenbewegung nunmehr zwei Grundanliegen heraus: die feministische Erneuerung mit dem Ideal einer von Geschlechtsunter-

drückung freien Gesellschaft sowie als Voraussetzung dessen: die Sicherung bestehender elementarer Grundlagen für die Frauenemanzipation.

Frauen, die trotz dieser komplizierten Ausgangslage den Mut haben, in der Öffentlichkeit explizit Fraueninteressen einzuklagen, gehen von zwei Grunderfahrungen aus: die bewußt erlebte Einschränkung und Diskriminierung durch administrativ-bürokratische und patriarchale Machtausübung und das Begreifen dieser Erfahrung nicht als individuelles, sondern gesellschaftlich-strukturelles Problem. Gerade letzteren Bewußtseinschritt vollzogen vor allem junge Frauen aus Berufsbereichen mit einem hohen Anteil an geistiger Arbeit, Frauen aus der Intelligenz, qualifizierte Frauen aus dem Arbeiter- und Angestelltenbereich vermittelt durch ihre berufsmäßig spezifischen Zugänge zu Fragen der Entwicklung der Gesellschaft. Bereits in den ersten Wochen des Frauenaufbruchs zeigte sich jedoch, daß sich der Kreis engagierter Frauen auch sozialstrukturell schnell erweiterte. Gerade auf Grund der im Vergleich etwa zur BRD homogeneren Interessenlagen von Frauen in der DDR (angeglicheneres fachliches und politisches Ausbildungsniveau, ökonomisch gesichere Lage bei Frauen unterschiedlicher sozialer Herkunft) ist eine zunehmende Ausweitung des Ansprechpotentials für den Frauenkampf auch auf Frauen der Industrie und Landwirtschaft zu erwarten. Frauen fordern den Einsatz von Gleichstellungsbeauftragten in den Betrieben, eine starke Basisgruppe Mecklenburger Landfrauen steht auf gegen die Dreifachbelastung in Beruf, Familie und individueller Landwirtschaft, gegen eine Arbeitsteilung, die Männern das Monopol auf erleichternde Technik und Frauen auf körperlich schwere, monotone Arbeit »sichert«.

Frauen finden sich zusammen in der geschlechtsspezifischen Erfahrung struktureller Benachteiligung — über weltanschauliche, soziale, altersmäßige Schranken hinweg. Da sind die avantgardistischen Erfurter Frauen, die mit ihrer Bürgerinneninitiative als erste »unabhängige Frauen« in den kommunalen Macht- und Entscheidungsbereichen saßen, da sind 150 Leipzigerinnen des Neuen Forums, die sich selbständig machten, die Fraueninitiative »lila offensive« mit Positionspapier und Projekten wie die »Sozialistische Fraueninitiative« aus Berlin, da ist das Leipziger Frauencafé, sind feministische Theologinnen aus Dresden, die Arbeitsgemeinschaft »Frauen in der PDS«, die lesbische Frauengruppe »Rosa Linde« aus Leipzig, die Frauengruppe alleinerziehender Mütter und die Gruppe »Für Frauen nicht ganz deutsch aussehender Kinder« u.a. — Frauen, die nunmehr ihre Bedürfnisse unüberhörbar artikulieren, nehmen Männersprüche wörtlich: »Ohne Frauen ist kein Staat zu machen« (vgl. Ina Merkel in diesem Heft) und leiten daraus ihre Forderung ab: keine Erneuerung ohne eine feministische Neubestimmung des gesamten Gesellschaftskonzeptes, daraus erwachsender Strategien und Politik, kein gesellschaftlicher Umbruch auf Kosten von Frauen.

Nicht formale Gleichberechtigung, sondern reale Gleichstellung als Voraussetzung für Frauenemanzipation — so formulieren Frauen der Unabhängigen Frauenbewegung ihre strategische Zielstellung. Ein alternatives Gesellschaftsmodell, so ein weiterer wesentlicher Grundkonsens, sieht in den selbstbestimmten, individuellen Entwicklungsmöglichkeiten für Frauen, Männer und Kinder sein eigentliches Ziel. Wirtschaft, Politik, gesellschaftliche Öffentlichkeit sind nur Instrument zur Realisierung des Gesellschaftsmodells.⁹ Die aus diesem

Gesellschaftskonzept abgeleiteten konkreten strategischen Schritte und Forderungen von Frauengruppen des Unabhängigen Frauenverbandes weisen eine gründliche Gesellschaftsanalyse aus und greifen nicht zuletzt internationale Erfahrungen westeuropäischer Frauenbewegungen auf. Zu den Forderungen gehören u.a. die Quotierung für alle Machtbereiche in Politik und Wirtschaft, die Einsetzung von Gleichstellungsbeauftragten sowie einer Frauenministerin, die Höherbewertung typischer Frauenberufe, Maßnahmen zur Aufhebung der geschlechtsspezifischen Berufszuweisung, das Recht und die Pflicht zur sozialen Vaterschaft, die rechtlich und materiell abzusichernde Entscheidungsfreiheit in bezug auf Lebens- und Liebesverhältnisse (einschließlich lesbischer Lebensgemeinschaften), der Abbau rollenfixierter Erziehung, Öffentlichmachen von Gewalt gegen Frauen, Sensibilisierung für die Frauen- und Geschlechterfrage durch Medien und Zulassung einer Unabhängigen Frauenbewegung.

Frauen in der Unabhängigen Frauenbewegung gehen mehrheitlich davon aus, daß die Emanzipation von Frauen die Chance für eine neue Qualität der Geschlechter- und gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse in sich birgt. In den Frauengruppen organisieren sie sich jedoch größtenteils autonom von Männern — im Sinne eines Selbstfindungsprozesses und mit dem Anspruch, sich selbst freizumachen von patriarchalen Denk- und Verhaltensweisen. Selbstbewußt schaffen Frauen jetzt für sich: Frauencafés, Frauenzentren, Häuser für alleinerziehende oder in Not geratene Frauen, Frauenzeitungen, eine Frauenbibliothek, Frauenarchive, Frauenforschungszentren. Autonomie von Männern und anderen politischen Vereinigungen verbindet sich für die Frauen der Unabhängigen Frauenbewegung mit einer kooperativen Zusammenarbeit mit diesen. Denn, so die Grundposition, die Frauenfrage ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und stellt damit eine Herausforderung an alle politischen Kräfte dar.

Für die Frauen im Unabhängigen Frauenverband galten von Beginn an auch parlamentarische Kampfformen als unabdingbar. Das Begreifen des Geschlechterwiderspruchs als Machtverhältnis, die jahrzehntelange Ausgrenzung bzw. Unterrepräsentation von Frauen in Macht- und Entscheidungsbereichen sowie der stark politisierte Charakter der Frauenbewegung in der DDR ließen es als selbstverständlich erscheinen, daß Frauen neben der Bewegung auf der Straße in Politik und Parlamente drängen. Selbstbewußt, ja, radikal setzten sie ihre Teilnahme am Runden Tisch und in kommunalen Ebenen durch, um dort politische Interessenvertretung für Frauen mit hoher Fachkompetenz wahrzunehmen.

Es gilt jetzt in der Umbruchsituation zu verhindern, daß Frauen die ersten Opfer der »Wende« werden, daß neue Gesetze und Bestimmungen wieder patriarchalen Mustern folgen; bereits jetzt geht es um die Neuschreibung konzeptioneller Grundlagen aus der Perspektive von Frauen. Deshalb arbeiten Frauen des Unabhängigen Frauenverbandes — Wissenschaftlerinnen, qualifizierte Fachfrauen und auch »einfach« engagierte frauenbewegte Vertreterinnen — in allen Arbeitsausschüssen des DDR-Runden Tisches mit und sind dabei, dies auch auf den kommunalen Ebenen durchzusetzen. Frauen bringen ihre Vorstellungen in eine neue Wirtschaftskonzeption, die Bildungsreform, in das neue Wahlgesetz, das Gesetz zur Parteien- und Vereinsbildung ein, sie setzten die Einberufung auch eines Arbeitsausschusses für Gleichstellungsfragen durch. In der sich momentan

vollziehenden Polarisierung politischer Kräfte in der DDR profiliert sich die Unabhängige Frauenbewegung als Teil eines linken Aktionspotentials. Darin widerspiegelt sich zum einen das Ideal eines Gesellschaftsmodells frei von jeglicher Ausbeutung und Fremdbestimmung. Zum anderen sind sich Frauen durchaus bewußt, daß z.B. eine Restaurierung des Kapitalismus in der DDR für die Frauenfrage ein gravierender historischer Rückschritt bedeuten würde.

Fazit: Knapp zwei Monate nach Beginn der »Frauenrevolution« sind Wirkungen unübersehbar. Das wichtige Resultat: Frauen haben den »Fuß in der Tür« — die Erneuerung in der DDR ist ohne eine Neubestimmung der Haltung zur Frauenfrage, ohne eine qualitativ neue Frauenpolitik nicht mehr denkbar. Weder die »traditionellen« noch die neuen Parteien kommen an der Frauenfrage vorbei. Dennoch: die Bewegung von Frauen für ihre Emanzipation steht erst am Anfang. Eine massenhafte Sensibilisierung für die patriarchale Dimension der Frauenfrage ist noch zu leisten. Sie wird wesentliche Voraussetzung für den notwendigen Aufschwung im Emanzipationsprozeß von Frauen in der DDR sein.

Anmerkungen

- 1 Die Gethsemanekirche in Berlin Prenzlauer Berg hatte sich vor dem revolutionären Umbruch in der DDR zum Zentrum der neuen politischen Bewegungen entwickelt.
- 2 Feminismus wird hier in weiterem Sinne verstanden als eine Sicht auf gesellschaftliche Verhältnisse unter dem Aspekt der Stellung von Frauen sowie als die Interessenwahrnehmung und -vertretung von Frauen. Feministische Sicht und Politik will die Geschlechter- und Frauenfrage als wesentlich in das Gesellschaftsverständnis einbringen und zielt darauf, Geschlechterverhältnisse als Rang- und Machtverhältnisse aufzuheben. Vgl. dazu auch: Standortbestimmung der Fraueninitiative »lila offensive«, Januar 1990, deren Mitglied die Autorin ist.
- 3 Frauen in der DDR. *Panorama DDR*, Berlin/DDR 1989, 8-11, 15.
- 4 Gegen eine derart eingeeengte Sichtweise spricht nicht zuletzt die Tatsache, daß in kapitalistischen Ländern es für das Kapital offensichtlich im Interesse von Profitmaximierung funktional sein kann, die Benachteiligung von Frauen als Geschlecht zurückzudrängen. Bisherige Postulate marxistischer Theorie zur Frauenemanzipation sind an dieser Stelle zu hinterfragen: Welche Rolle spielt das Privateigentum an Produktionsmitteln tatsächlich noch als Bedingungsfaktor für die Entstehung und Reproduktion patriarchaler Unterdrückung? Ist die Frauenunterdrückung als Geschlecht (nicht als Klasse) kapitalistische Systemnotwendigkeit? u.a. Vgl. dazu: Carola Pust: Die Geschlechterdifferenz ist kein Spezifikum der bürgerlichen Gesellschaft. In: *Klasse und Geschlecht*. IMSF, Frankfurt/M. 1989, 73-80.
- 5 Bezogen auf kapitalistische wie auch sozialistische Gesellschaftsverhältnisse umfaßt die Frauenfrage demnach: alle Probleme der durch klassenmäßige und/oder patriarchale Unterdrückung (Benachteiligung, Diskriminierung) bestimmten Existenzbedingungen von Frauen, alle Probleme des Kampfes um die »wahre, volle soziale und menschliche Befreiung der Gesamtheit des weiblichen Geschlechts« (W.I. Lenin) sowie den Prozeß der Neubestimmung und Neugestaltung des Platzes von Frauen in einer von jeglicher Unterdrückung freien Gesellschaft.
- 6 Erst seit 1986 wurden Männern hier größere Rechte eingeräumt. Vgl. Sozialstruktur der DDR. Autorenkollektiv unter der Leitung von Rudi Weidig, Berlin/DDR 1988, 306.
- 7 Typisch weiblich — Typisch männlich? Autorenkollektiv unter der Leitung von Barbara Bertram, Berlin/DDR 1989, 134.
- 8 Sexismus bedeutet die Unterdrückung, Benachteiligung, Beleidigung von Frauen auf Grund ihres Geschlechts. In diesem Sinne auch als Geschlechterdiskriminierung zu bezeichnen, ist Sexismus das Verhalten gegenüber bzw. die Sicht auf Frauen, die diese nicht als soziale, psychosomatische Persönlichkeiten wertet, sondern Frauen auf die Funktion als Sexualobjekt und ihre Gebärfähigkeit reduziert. Sexismus ist Ausdruck patriarchaler Strukturen einer Gesellschaft.
- 9 Vgl. Standortbestimmung der Fraueninitiative »lila offensive«, Januar 1990.

Kongreßberichte

5. Konferenz des Europäischen Forums Sozialistischer Feministinnen

Göteborg (Schweden), 24. bis 26. November 1989

Das Konferenzthema »Women in Changing Economies — Feminist Perspectives and Strategies« wurde durch die erstmalige Anwesenheit von Frauen aus Polen, Jugoslawien, Ungarn und der UdSSR um die Situation der Frauen im Zeitalter der Perestrojka und der politischen Veränderungen in Osteuropa und erste feministische Bestrebungen in diesen Ländern ergänzt. Insgesamt berichteten Vertreterinnen aus 15 Ländern (darunter auch Frauen aus Australien, Neuseeland, Sierra Leone, Israel/Palästina und dem Sudan). Sie hielten sich übereinstimmend *einseitig* an den Vorschlag der schwedischen Programmgruppe, die Länderberichte an dem Konferenzthema zu orientieren. Geliefert wurde eine Fülle von strukturellen Daten über die »Feminisierung der Armut« als Folge weltweiter ökonomischer Umstrukturierungen (Stichworte: neue Computertechnologie und »flexible Produktion« à la Benetton). Die Berichte aus Westeuropa, Australien und Neuseeland glichen sich dementsprechend. So wurden zum Ende der achtziger Jahre schwerwiegende Einschnitte in den Wohlfahrtsstaat konstatiert und festgemacht an der harten Wirklichkeit von alleinerziehenden Müttern, die mit Sozialhilfe auskommen müssen, an den Rentnerinnen, die an oder unter dem Existenzminimum leben, an vielen einheimischen Frauen, an Migrantismus und schwarzen Frauen, deren Löhne fast überall in den letzten Jahren real gefallen sind. Als Ausdruck des Widerspruchs zwischen Lohnarbeit und unbezahlter Reproduktionsarbeit im Zeitalter von Arbeitslosigkeit und Sozialleistungskürzungen wurde der Druck auf Frauen betont, sich aus dem Arbeitsmarkt ganz zurückzuziehen oder auf schlecht bezahlte Heimarbeit oder Teilzeitarbeit umzusatteln.

Auch die Situation von Frauen aus ethnischen und schwarzen Minderheiten hat sich nicht verbessert, obwohl diese Frauen in einigen Ländern (besonders in Großbritannien) inzwischen gut organisiert sind, ihre Forderungen stellen und von Frauengruppen weithin unterstützt werden. Jedoch sind gleichzeitig Einwanderungskriterien für ausländische Frauen verschärft worden, und es stehe zu erwarten, daß solch institutionalisierter Rassismus auch in den neuen EG-Strukturen festgeschrieben wird. Weitgehend unberücksichtigt in den Berichten blieb der zweite Teil des Konferenzthemas, nämlich ob und wie die feministischen Bewegungen auf diese so niederdrückend abgebildete Situation antworten. Damit nahmen die Berichte weniger ihre ursprüngliche Funktion wahr, über Stand und Artikulationsformen der feministischen Bewegungen in den einzelnen Ländern zu informieren. Statt dessen ordneten sie sich durch ihre Orientierung am Konferenzthema dem inhaltlichen Schwerpunkt zu. Was prinzipiell zu einer Verdichtung und Intensivierung der Auseinandersetzung hätte führen können, erwies sich hier eher als Verdoppelung.

Die am Samstagmorgen folgenden Plenumsreferate blieben weitgehend in der am Abend zuvor vielfach vorgeführten Anordnung. So erläuterte Ruth Pearson aus England, daß der globale Trend in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre auf eine Rückverlagerung der Produktion von den Leichtlohnländern der Dritten Welt in die industrialisierten Länder hinausläuft. Dies bedeute Entlassungen für viele Frauen in den Entwicklungsländern und »flexible« Arbeit für Frauen in Europa: der Arbeitsmarkt teile sich auf in langfristige stabile Arbeitsstellen für ausgebildete Arbeitskräfte (hauptsächlich Männer) und Arbeitsstellen in der »Peripherie« der Wirtschaftszweige und Betriebe für an- oder ungelernete Arbeitskräfte (Frauen insgesamt,

»GastarbeiterInnen« und ethnische oder rassische Minderheiten), die je nach Konjunkturlage angestellt oder entlassen werden oder Heimarbeit zugeliefert bekommen, z.B. im sich ausdehnenden Dienstleistungssektor. Hier wies Ruth Pearson darauf hin, daß neue Technologien wie z.B. Telekommunikation es möglich machen, daß neue Arten von Arbeit z.B. Büroarbeit wiederum in Leichtlohnländer verlagert und von dort an die Zentrale übertragen werden (z.B. Büroarbeit in den Philippinen für US-amerikanische Firmen). Die internationale Arbeitsteilung verlagere sich also ständig und erfordere enge Beziehungen zwischen Frauen in allen Ländern, um effektiv und gezielt handeln zu können. Als praktisches Beispiel für mögliche Handlungsformen berichtete Siri Jensen von einer Gruppe in Norwegen, die sich zum Ziel gesetzt habe, zwischen Frauen in der Gewerkschaft und Frauen in autonomen Frauengruppen zu vermitteln und Kontakte mit Frauengruppen in Entwicklungsländern zu knüpfen.

Joan Acker (Schweden) verdeutlichte in ihrem Referat, das am ehesten beiden Teilen des Konferenzthemas entsprach, daß der Wohlfahrtsstaat mit seinen weitreichenden Sozialleistungen den schwedischen Frauen in vergleichsweise »paradiesischen« Bedingungen zu leben ermöglicht. Gleichzeitig führte sie am Beispiel des Bereichs Ökonomie vor, daß die Geschlechterverhältnisse in ihrer patriarchalen Formiertheit damit noch nicht in Frage gestellt sind. So gelänge es Frauen kaum, die männlichen Diskurse in den Sphären der Erwerbsarbeit zu durchbrechen und ihre faktische Präsenz dort in Veränderungsimpulse umzusetzen. Es brauche weitergehende theoretische Anstrengungen, um die Mechanismen zu analysieren, mit denen sich auch bei annähernder Gleichstellung der Geschlechter im Produktionsbereich die existierenden Diskurse hartnäckig reproduzieren und eine Umstrukturierung sowohl der Produktions- als auch des Reproduktionsbereiches als Voraussetzung für den radikalen Umbau der Geschlechterverhältnisse verhindern.

Am Samstagnachmittag kamen die Frauen aus Ungarn, Polen, Jugoslawien und der UdSSR zu Wort. Obwohl in all diesen Ländern mehr Frauen erwerbstätig sind als im Westen, ist — wie übereinstimmend berichtet wurde — die Segregation des Arbeitsmarktes ähnlich wie im Westen: Frauen hätten oft eine bessere Schulbildung, befänden sich aber verstärkt am unteren Ende der Lohnhierarchie. Ihr Durchschnittslohn liege weit unter dem der Männer, und leitende Positionen würden fast ausschließlich von Männern eingenommen. Erschwerend wirke die traditionelle geschlechtliche Arbeitsteilung in der Familie und die allgemein zeitaufwendigere Hausarbeit und Lebensmittelbeschaffung (Einkauf).

Eine Hauptaufgabe der sich jetzt konstituierenden feministischen Gruppen ist zunächst, die festgefahrenen Geschlechtsrollen und -zuschreibungen in Frage zu stellen und sich für eine Politik einzusetzen, die die Bedürfnisse und Forderungen der Frauen wirklich mit in Betracht zieht, d.h. für einen »socialism with a female face« zu kämpfen, wie es Anastasia Posadskaja (UdSSR) formulierte. Erste Anfänge seien gemacht, und durch die neue politische Offenheit sei eine schnelle Verbreiterung der Basis zu erhoffen. Anastasia Posadskaja gehört zu einer Gruppe von Wissenschaftlerinnen, die in Moskau eine autonome Frauengruppe (LOTOS) gegründet hat. Die Frauen haben begonnen, Frauenforschung zu konzeptualisieren und um deren Institutionalisierung zu kämpfen. Skeptisch beurteilten sie Erfolge auf der politischen Ebene. So habe z.B. das Komitee der Sowjetfrauen einen Frauenausschuß im Ministerrat durchgesetzt, der mitbestimmende Rechte hat. Die »LOTOS«-Frauen sehen sehr klar, daß die Frauen in den politischen Institutionen noch nicht in der Lage sein können, sich widerständig in den festgeklopften patriarchalischen Strukturen zu bewegen. Deshalb arbeiten die Wissenschaftlerinnen an einem

Schulungsprogramm für Frauen, die in den politischen Institutionen beschäftigt sind. Zudem hat sich LOTOS die Einrichtung des ersten Frauenhauses in Moskau zum Ziel gesetzt.

Jolanta Polakwicz (Polen) sorgte für Heiterkeit, als sie berichtete, daß die »Polnische feministische Assoziation«, gegründet im Oktober 1989, in Warschau eine Demonstration zur Unterstützung der US-amerikanischen Frauen und ihres Kampfes für das unbeschränkte Abtreibungsrecht organisiert hat. Insgesamt fehlte eine Fragestellung, die Theorie und praktische Erfahrungen aus den Ländern in der Perspektive transnationaler feministischer Politik zusammenbringt. So steht dem Vorwärtsweisenden durch die Teilnahme der »Osteuropa«-Feministinnen inhaltlich ein Rückfall hinter die Manchesterkonferenz von 1988 zur Seite, bei der auf verschiedenen Ebenen an einer zentralen Fragestellung gearbeitet worden ist (vgl. *Argument* 173, 96f.). Es wird für das 6. Forum, das in Jugoslawien stattfinden wird, darauf ankommen, die ländermäßige Erweiterung in eine Erweiterung der Handlungsfähigkeit der europäischen sozialistischen Feministinnen umzusetzen.

Eine letzte kritische Anmerkung: Prinzipiell sind die Forumkonferenzen für alle Frauen offen, und wir sind uns einig darüber, wie wichtig es ist, daß Migrantinnen im Forum ihre Stimme haben und an den Konferenzen teilnehmen können. Dieses Prinzip erfordert aber mehr als prinzipielle Anerkennung. Es erfordert zum einen die Thematisierung ihrer unterschiedlichen Situation und Problematik in Länderberichten und Vorträgen, zum anderen die Organisation von Übersetzerinnen und eventuell Kostenzuschüssen. Die Entdeckung von »Gleichheit und Differenz« in der Feminismuskonferenz der achtziger Jahre darf nicht nur theoretische Bedeutung haben. Wir müssen uns der daraus folgenden praktischen Konsequenzen bewußt sein und dementsprechend handeln.

Diemut-Elisabeth Bubeck (Leeds/Großbritannien)
und Jutta Meyer-Siebert (Hamburg)

Gründungsveranstaltung des Unabhängigen Frauenverbandes der DDR Berlin/DDR, 3. Dezember 1989

Als im Oktober des vergangenen Jahres die latente Krise in unserem Lande offen ausbrach, haben auch die vielen der bisher im verborgenen existierenden Frauengruppen, wie die Lesben in der Kirche, die Frauengruppe Mathilde oder FrauenforscherInnen der Humboldt-Universität, versucht, sich in der Öffentlichkeit Geltung und Stimme zu verschaffen. Es bildeten sich in allen Städten Fraueninitiativen, wie die Erfurter BürgerInnenInitiative, die lila Offensive oder die Sozialistische Frauen-Initiative (SOFI), die sich dafür einsetzen, daß die Erneuerung nicht wie in den anderen osteuropäischen Ländern an uns Frauen vorbeigeht. Sehr bald kamen wir zu der Auffassung, daß es notwendig ist, sich zu einer politischen Vereinigung zusammenzuschließen, wenn wir in der Gesellschaft wirksame Veränderungen durchsetzen wollen. Am 3. Dezember fanden sich deshalb alte und neue Frauengruppen landesweit zusammen, um den Unabhängigen Frauenverband zu gründen. Wir waren von der Resonanz, die unser Aufruf auslöste, überrascht. Mehr als 1200 Frauen, Vertreterinnen von über 60 verschiedenen Frauengruppen kamen in der Berliner Volksbühne zusammen und debattierten mehrere Stunden über ihre Probleme. Am Ende wurden ein Aktionsprogramm und das Manifest (255ff. in diesem Heft) per Akklamation angenommen und die Schauspielerin Walfriede Schmitt und ich, als Verfasserin dieses Manifestes, zu den Sprecherinnen des Verbandes gewählt.

Der Ansturm der Frauen, die mit uns sympathisieren und aktiv mitmachen wollen,

ist seitdem nicht abgebrochen. Die werktätigen Frauen haben erkannt, daß dieser Verband ihre Interessen offensiv wahrnehmen will und wenden sich an uns mit der Bitte um Unterstützung bei ihren Forderungen. (In der DDR ist jede/r zweite Berufstätige eine Frau!) Wir waren uns darin einig, daß es notwendig ist, sich als Frauen in die Politik einzumischen, damit die Wirtschaftsreform und die Reform des politischen Systems nicht wieder an den Frauen vorbeigeht. Wir haben durchgesetzt, daß unsere Sprecherinnen mit am Runden Tisch sitzen. Wir haben seitdem Vorschläge für die Reformierung der Wirtschaft, für eine neue Verfassung, für ein Mediengesetz und vieles andere mehr ausgearbeitet und vorgelegt. Für die folgenden konkreten Forderungen haben wir uns gegenüber der Regierung besonders stark gemacht und sie an Ministerpräsident Modrow herangetragen: 1. Sind wir der Auffassung, daß es notwendig ist, bei allen Betrieben und Institutionen, aber auch bei den Gemeinden, Stadtparlamenten und der Volkskammer Frauenräte zu bilden, die die Interessen von Frauen wahrnehmen. 2. Fordern wir von der Regierung beim Ministerrat und auf allen nachfolgenden Ebenen der Legislative eine Gleichstellungsbeauftragte im Range einer Staatssekretärin bzw. Stadträtin usw. einzurichten. Diese hätten die Aufgabe, alle Gesetzesentwürfe, aber auch alle Beschlüsse und Maßnahmen — wie jetzt z.B. die Umverteilung von Subventionen oder aber anstehende Veränderungen im Lohn-Preis-Gefüge daraufhin zu prüfen, ob sie gegen die Interessen von Frauen verstoßen oder in der Folge zu einem Absinken ihrer sozialen Lage führen. Sie hätten das Recht, solche Beschlüsse zeitweilig zu blockieren, d.h. Entscheidungen aufzuschieben, bis es einen öffentlichen Diskurs zu diesem Problem und das Einverständnis der betroffenen Frauen gibt. 3. Erwarten wir die Einrichtung eines Frauenförderungsfonds bei der Regierung und den Kommunen, mit dessen Hilfe Frauenprojekte gezielt gefördert, die Einrichtung von Beratungsstellen oder Frauen-Kultur-Zentren, von Babysitter-Diensten u.ä. finanziell unterstützt werden sollten.

Wir haben die Regierung aufgefordert, einen genauen Bericht zur Lage der Frau in der Öffentlichkeit vorzulegen und die Einkommensverhältnisse, die Tarife in typischen Frauenberufen, die Aufstiegschancen u.a. offenzulegen. Eine konkrete Antwort steht zwar noch aus, aber es gibt schon einige Zusagen für die finanzielle Unterstützung bei der Gründung von Frauenkulturzentren und Frauenhäusern. In den Gesprächen und Auseinandersetzungen am Runden Tisch wurde eines sehr deutlich: durch die Frauenpolitik der vergangenen Jahre ist ein emanzipatorisches Bewußtsein bei den Frauen verschüttet worden. Die Gesellschaft hat die Geschlechterproblematik systematisch aus ihrem öffentlichen Bewußtsein verdrängt, und es bedarf einer vielschichtigen Aufklärungsarbeit, um die Unterdrückungsmechanismen gegenüber Frauen, die subtilen Formen ihrer Abwertung sichtbar zu machen, um die in unserer Gesellschaft existierenden Tabus hinsichtlich der Gewalt gegenüber Frauen und Kindern zu brechen und zu einer neuen Kultur der Geschlechterverhältnisse zu kommen. Auch aus diesem Grunde hat sich der Unabhängige Frauenverband zuallererst darauf konzentriert, die Frauenöffentlichkeit in unserem Lande wiederherzustellen. Seitdem es uns gibt, kommt in der DDR keine politische Gruppierung oder Partei mehr um die Frauenfrage herum.

Ina Merkel (Berlin/DDR)

»In Zukunft: Europa?«

Veranstaltet von der »Initiative: Dialog Europa«, Bonn 9. bis 10. Dezember 1989

»In Zukunft: Europa?«, so hatte die aus der politischen Konkursmasse der »Friedensliste« hervorgegangene »Initiative: Dialog Europa (I:DE)« die zweite von ihr veranstaltete Konferenz zur »Neu-Formulierung linker Politik in (West-)Europa« betitelt.

Ob es noch eine Zukunft für die I:DE gibt, scheint bislang eher fraglich, denn vier Tage vor Konferenzbeginn stellte die ihrerseits in Finanznöte geratene DKP die Zahlungen an die (der Parteiführung ohnehin politisch mißliebige, weil zu reformorientierte) I:DE ein. Auch die Zukunft der EG interessierte die ca. 100 Konferenzteilnehmer/innen weniger als von den Veranstaltern um Peter Brollik und Karl-Heinz Hansen geplant. Einen Monat nach Öffnung der Mauer stand die Konferenz ganz im Schatten des Umbruchs im Realsozialismus und der Ereignisse in der DDR.

Schon in den Eröffnungsstatements wurde deutlich, daß für einige KP-Vertreter der Abschied vom Realsozialismus mit einer Hinwendung zur Sozialdemokratie verbunden ist. So betonten Harald Neubert vom ZK der SED, der statt der ursprünglich angekündigten Marion Seelig von der »Vereinigten Linken« sprach, und Martin Jacques, Chefredakteur des britischen KP-Organs *Marxism Today*, die Chance, die sich daraus ergebe, daß nun die »Spaltung der Linken« aufgehoben werde, daß Sozialdemokraten und Kommunisten aus den »Schützengräben des Kalten Krieges« (Neubert) herauskämen. Der »Dialog Europa« geriet jedoch nicht zu einem Dialog mit den real existierenden Sozialdemokraten, da der SPD-Parteivorstand eine Art Kontaktsperre erlassen hatte und selbst offizielle Vertreter des PCI, der sonst kaum eine Gelegenheit ausläßt, sich als Motor der künftigen »Europäischen Linken« zu präsentieren, nicht an der Konferenz teilnahmen. Inhaltlich begründen läßt sich diese Dialogverwaltung seitens der Sozialdemokraten nur schwerlich. Keines der Referate der KP-Vertreter offenbarte eine ungebrochen-traditionelle kommunistische Identität, wobei Martin Jacques diesen Bruch am klarsten artikuliert: Da die Linke nach dem Zusammenbruch von Keynesianismus und Realsozialismus kein neues Projekt mehr habe, lägen die vordringlichsten Aufgaben momentan in der Lösung der »globalen Probleme« Umwelterstörung und Verelendung der Dritten Welt. Dazu sei eine Rückbesinnung auf universelle menschliche Werte und eine Neuinterpretation des Begriffs »Sozialismus« notwendig, dessen traditionelle Ziele um gleichrangige feministische und »grüne« Inhalte ergänzt werden müßten.

Der Tenor der Eröffnungsstatements durchzog beide Konferenztage. So entstand beispielsweise am Samstagnachmittag im Forum »Krise der Linken: Abschied von alten Mythen« eine Kontroverse über den Stellenwert von Mythen/Utopien. Soll man sich angesichts des »Scheiterns des Sozialismus« fortan mit Pragmatismus und »Realpolitik« begnügen, oder bleiben — worauf Jan Prieue insistierte — Utopien als Antriebsmomente für gesellschaftliche Veränderungen für die Linke unverzichtbar? Werden mit »Europa '92« und auch der »Europäischen Linken« neue Mythen geschaffen? Jörg Huffschmied stieß auf breite Zustimmung, als er konstatierte, daß die Euro-Linke noch nicht existiere und es sie auch in den nächsten fünf bis sechs Jahren nicht geben werde. Obwohl die Konturen einer speziellen »Europäischen Linken« noch unklar blieben, machte das Forum 7 (»Dritte Welt und 1992: 500 Jahre Kolonialismus«) bereits auf die mögliche Beschränktheit dieses Ziels, auf die Gefahr des Eurozentrismus aufmerksam. Ziel der Linken kann es nicht allein sein, dem die nationalen Grenzen sprengenden Kapital auf seinem Weg nach Europa '92 zu folgen, vielmehr muß — wie Michael Rogalski (Paris) zum Schluß seines Beitrages forderte — der Kampf für eine neue Wirtschaftsordnung, die statt auf der Kooperation von Staaten auf dem Prinzip der Solidarität der Völker beruht, im Zentrum linker Politik stehen. Weitere Foren-Themen waren die Entwicklungstendenzen des Euro-Kapitalismus, der Perestrojka und die Perspektiven eines erst noch zu begründenden »neuen gewerkschaftlichen Internationalismus« sowie die Themen Frauenpolitik, Ökologie und kulturelle Identitäten.

Das »Nach-Nachkriegsordnungen — das Ende von Jalta« betitelte Abschlußpodium

sollte nach Absicht der Veranstalter die Zukunft Europas erhellen und »alternative Positionen für eine Gesamteuropäische Friedensordnung« skizzieren, erbrachte aber eher Einblicke in die tiefe Rat- und Hilflosigkeit der versammelten Linken. Einig war man sich noch in der Ablehnung einer deutschen Wiedervereinigung, allenfalls sollte — so Elfriede Bräuer vom Potsdamer Institut für Internationale Politik — eine Konföderation von BRD und DDR als Impulsgeber für den europäischen Einigungsprozeß dienen.

Für scharfe Kontroversen sorgte dann der Beitrag von Jürgen Schnappertz, der im Gegensatz zur positiven Orientierung der übrigen Diskutanten an Gorbatschows Ideen eines »Gemeinsamen Europäischen Hauses« für den forcierten Ausbau der EG zu einer »Europäischen Union« warb. Schnappertz, Exponent des sog. »Realo«-Flügels der Grünen, beschuldigte den überwiegenden Teil der Linken und Grünen, sich mit ihrer Ablehnung von EG und NATO in einer Front mit den deutschen Rechten und »Republikanern« zu befinden — eine Argumentation, die noch aus dem letzten Europawahlkampf der CDU/CSU bekannt sein dürfte. Vor einer Renaissance des Nationalen schütze — so Schnappertz — nur eine verstärkte Westintegration, die zu bekämpfen einer der größten historischen Fehler der BRD-Linken gewesen sei. Angelika Hirschmüller von der AL West-Berlin und einige Vertreter der grünen BAG Frieden widersprachen heftig und stellten klar, daß die programmatischen Ziele der grünen Partei immer noch auf Ablehnung einer Supermacht Europa, auf Abbau der Blockkonfrontation, Entmilitarisierung und Dezentralisierung ausgerichtet seien. Die von ihnen vertretene Orientierung am KSZE-Prozeß blieb jedoch zu nebulös, um wirklich den Charakter einer Alternativkonzeption beanspruchen zu können.

Die Konferenz bot wenig mehr als die Momentaufnahme einer Linken, die, überrollt von der Modernisierung des Kapitalismus und dem Zerfall des Realsozialismus, an den Rand gedrückt von EG-Binnenmarkt-Projekt und großdeutschem Wahn, nach tragfähigen Konzepten sucht, um zumindest perspektivisch wieder politische Wirksamkeit zu entfalten. Von Martin Jacques' Forderung, sich an die Spitze des Umbruchprozesses in Europa zu stellen, ist selbst der modernisierungsbegeisterte, EG-freundliche Teil dieser Linken himmelweit entfernt, zumal man auch dort nur eine sehr ungefähre Vorstellung davon hat, welches Wunsch-Europa denn eigentlich entstehen soll.

Klaus Wardenbach (Bonn)

»Wege und Irrwege des neueren Umgangs mit Heidegger«

Heidegger-Symposium an der Universität Szeged (Ungarn), 8. bis 12. Oktober 1989,
Deutsch-Ungarisches Symposium in Budapest, 2. bis 4. November 1989

Die Symposien, in Szeged von einer Gruppe um den Lukács-Schüler Mihály Vaida organisiert, die sich mit einer Übersetzung von *Sein und Zeit* profiliert hat, in Budapest von der ungarischen Akademie der Wissenschaften mit Unterstützung der Thysen-Stiftung und des dortigen Goethe-Instituts, fanden anlässlich des 100. Geburtstags von Heidegger statt. Die Heidegger-Rezeption füllt in Ungarn das Vakuum, das der stalinistische Marxismus hinterläßt, bietet aber auch dessen »Bewältigung« an. Voraussetzung ist die von keinem Teilnehmer angezweifelte These, Heidegger habe, im Gegensatz zu Lukács, seiner »totalitären Vergangenheit« mit der sogenannten »Kehre« abgeschworen. Die neuen Fakten, die Hartmut Tietjen (Freiburg) zum »Fall Heidegger« präsentierte, der Versuch einer Schadensbegrenzung für die Heidegger-Rezeption (Frithjof Rodi, Bochum), die neuen Belege für »geistigen Widerstand«, die Friedrich Wilhelm von Herrmann (Freiburg) in den jetzt publizierten *Beiträgen zur Philosophie* (1936-38) erblickte, und Otto Pöggelers (Bochum) Versuch einer

Gegenüberstellung mit Hannah Arendt erhielten somit nicht die kritische Resonanz, die ihnen in der Bundesrepublik beschieden wäre. Der deutsch-ungarisch »entnazifizierte« Heidegger überdeckte auch die Rivalitäten beider Veranstalter (die Budapester hatten z.B. ihren Einfluß auf die Medien dazu benutzt, das Publikwerden des Symposiums in Szeged zu unterdrücken). Es herrschte Einmütigkeit: Heidegger thematisiert den neuen »Anfang«.

Der Begriff zeigt, wie selbstverständlich man sich der Sprache Heideggers bediente. Um eine »Auseinandersetzung« solle es gehen, so Eva Kocziszky (Budapest) in Szeged; auch dies ein vorbelasteter Begriff, mit dem Heidegger die Hegemonie deutscher Philosophie über die französische gedacht hatte (vgl. Kerber [Hrsg.]: »Wege zur Aussprache«. In: Alemannenland: Ein Buch von Volkstum und Sendung. Stuttgart 1937, 135-139). Hegemonie wurde auch in Budapest thematisiert, hier »Wege« mit Heidegger genannt. Der stellvertretende Kultusminister Károly Manherz sprach vom »Anschluß an Europa«; ebenso der Tonbandgruß von Hans Georg Gadamer, der gesundheitlich am Kommen gehindert war: Die »deutsche Philosophie sei Erbe des gesamten Europas«. Daneben ging es um die Reorganisation der Wissenschaften, eine Neubestimmung der Rolle der Philosophie gegenüber der Politik (sie sei nicht länger »Dienstmädchen«); Aufgaben, bei denen Manherz auf Heideggers hochschulpolitisches Engagement von 1933 verwies. Kritiklos, denn auch dieser Teil brauner Vergangenheit Heideggers ist in Ungarn bislang kein Thema. An die Rektoratsrede knüpfte István M. Fehér, der ungarische Cheforganisator, in seiner Abschlußrede an: Ungarn »Umbruch« und »Aufbruch« sei als »Anfang ... im voraus über alles Komende und so auch über uns schon hinweggegangen«.

Die Metaphorik des »Anfangs« artikuliert gegen den Stalinismus die Heideggerische Variante einer Kritik der instrumentellen Vernunft. Aus dieser Sicht bestimmte Vajda in Budapest Heideggers »Philosophie der Bescheidenheit« als postmodern. Fehers Heidegger/Lukács-Vergleich lenkte den Blick auf die innere Logik dieser Perspektive, die Moderne, Nazismus, Stalinismus gleichermaßen als Anmaßung des Menschen erscheinen läßt, gottgleich sein zu wollen. Der Nachweis einer gemeinsamen frühen konservativ-revolutionären Kulturkritik (diese stellte J.C. Nyiri aus Budapest auch in seinem Vergleich Heidegger/Wittgenstein fest), identischer philosophischer Frontstellungen, einer Parallelität in der Rezeption einzelner Philosophen ließen jedoch den Verdacht aufkommen, daß die linke Metaphysik von Lukács nur konservativ variiert wird. Denn keinesfalls hält der späte Heidegger, wie Fehér schließlich meinte, die Geschichte offen. Der Determinismus geht lediglich auf ein anonymes »Geschick« über. Auch der Verweis auf Heideggers Kritik an Lukács' Rationalismus/Irrationalismus-Schema überzeugte wenig, bewegt sie sich doch in einem Gegenparadigma zu Vernunft und Wissenschaft, das die stalinistische Blockierung der Wissenschaft im Namen von Wissenschaft ungedacht läßt. Die Leistung dieser Kritik bestünde somit darin, den Anfängen einer demokratischen Kontrolle der Verhältnisse aufs neue zu wehren.

In Szeged verbanden sich künstlerische, sakrale und ästhetisierende Aspekte der Heidegger-Rezeption zu einem Symposium im ursprünglichen Sinn des Wortes: Fest. Dem entsprach die Eröffnung mit einer festlich gedeckten Tafel. Analog zur Heiligung der Schöpfung im christlichen Sabbatverständnis versuchte das Arrangement, die Heiligkeit der Realität im Sinne eines Höheren erfahrbar zu machen. Von *Sein und Zeit* her entwarf Belá Bacsó (Budapest) eine Kunstkonzeption, deren Effekt er mit Arthur Danto die »Verklärung des Gewöhnlichen« nannte. Joseph Rauscher (Mainz) bestätigte dies mit dem »Objet trouvé« der modernen Kunst und stellte so die Differenz zwischen Heideggers Reformulierung des Heiligen und der Perspektive

des Sabbats heraus: Menschliche Aktivität wird auf einen Unterstellungsakt unter ein vorgängig »Unsagbares« (Bacsó) reduziert, womit die »Kunstfertigkeit als Bedingung der Kunst« ihre Bedeutung verliert (Rauscher).

Hanspeter Padrutt (Zürich) unternahm den Versuch, die grün-konservativ-revolutionäre Utopie seines Buches »Der epochale Winter« (Buchpreis der Deutschen Umweltstiftung 1989) in ein Gesamtkunstwerk umzusetzen. Beginnend mit Gorbatschows Rede vom »gemeinsamen europäischen Haus« und Heideggers Anrufung der »europäischen Überlieferung« im *Spiegel*-Interview von 1966, vollzog Padrutt den Gang durch eine ideell verdoppelte Geschichte. Schuberts Vertonung der »Winterreise« wurde nicht nur das Programmthema (»Blumen im Winter«) entnommen, sie war auch Abbild einer »hintergründig epochalen Geschichte«, in der Subjekte lediglich als Schatten eines Jenseits agieren. In Bild und Ton wurden — analog den ersten Zeilen des Liederzyklus: »Fremd bin ich eingezogen, Fremd zieh' ich wieder aus« — immer wieder Modifikationen einer allgegenwärtigen Seins-Entfremdung beschworen. Am Ende steht — dem Lied vom »Leiermann« entsprechend, der es gehen »läßt«, »alles wie es will« — die Vision einer »Revolution des großen Lassens«. Padrutts Ökologie-Verständnis — vom griechischen *oikein* her genuin heideggerisch als »Hermeneutik des dichterischen Wohnens«, als »nichtberechnend« verstanden — rückt das »Unfaßbare« des »Seinsgeschicks« ins Zentrum des politischen Handelns.

Rainer Alisch (West-Berlin)

Wissenschaft und Risiko

Herbstakademie des BdWi in Volterra (Italien), 16. bis 23. September 1989

K. Traube (Atomphysiker) eröffnete die Reihe der Statements mit seiner (auch schon von anderen vorgetragenen) These von der historischen Einmaligkeit und der prinzipiellen Nichtbeherrschbarkeit heutiger großtechnischer Risikopotentiale. A. Leisewitz (Biologe) erläuterte die These von der »deformierten« Produktivkraftentwicklung. Aus dem Zusammenhang von Produktivkraftentwicklung und Vergesellschaftungsprozessen in den verschiedenen Etappen der Herausbildung industrieller Naturprozesse wollte er ein Kriterium zur Beurteilung heutiger Risikopotentiale gewinnen. »Linear strukturierte Technologien« ermöglichten keine zyklische Reproduktion der Natur und seien deshalb abzulehnen. Der ökologische Umbau des Produktivkraftsystems müsse diese zyklische Reproduktion der Natur gewährleisten. Die anschließende Diskussion fokussierte das Problem, inwieweit von einer Einmaligkeit bzw. Erstmaligkeit (J. Asdonk) heutiger Risikopotentiale gesprochen werden könne (L. Claußen, G. Wohland), und ob nicht der Begriff der »deformierten Produktivkraftentwicklung« lediglich den (untauglichen) Versuch beinhalte, am »Reich der Freiheit« festzuhalten, mithin kategorial dazu beitrage, prinzipielle Kritikpunkte am Industrialismus auszublenden (K. Traube). Bezogen auf die Perspektive gesellschaftlicher Entwicklung unter den Bedingungen heutiger Risikopotentiale fragte R. Rilling (Soziologe), wie diese überhaupt denkbar sei, wenn der Gesellschaft die Kompensationsmöglichkeiten ausgehen — eine Frage, die in Volterra immer wieder gegenwärtig war. B. Boß-Bavnbeck (Mathematiker) warnte vor einem neuen Mythos der Lösbarkeit von Risiken durch wissenschaftliche Modelle. Auch Interdisziplinarität sei kein geeignetes Konzept, allenfalls eine neue Ethik, ein neuer Typus von Allgemeinbildung und die gesellschaftliche Zurücknahme von Komplexität (Vernetzung).

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen der Risiko- und Katastrophensoziologie. K. Dörre kritisierte an der Beckschen Risikokonzeption die klassische Trennung von

Ökonomie und Gesellschaft, betonte aber, daß mit dieser Arbeit die elaborierteste Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung unter den Bedingungen der »Risikoproduktion« vorliege. L. Claußen überraschte die TeilnehmerInnen mit der pointierten These, sehr gute Problemlösungen seien die gefährlichsten Potentiale für Katastrophen, da diese ausblenden, was Max Weber »Nebenfolgen« genannt habe. Schlecht gelöste Probleme hingegen sensibilisieren. Anhand einer Typologie der Genese und des Verlaufs von Katastrophen analysierte er moderne Formen der »Magisierung« und »Ritualisierung« in den verschiedenen Phasen der Katastrophenentwicklung. In der Diskussion ging es um die Bewertung von Risiken, den Funktionswandel von Wissenschaft in der Risikogesellschaft und das Verhältnis von Experten und Laien.

Konkrete Technikfelder und diverse Sicherheitskonzeptionen, mithin die Technikpolitik, waren die Themen der beiden letzten Tage. H.J. Uth (Bundesumweltamt) begann mit einem Überblick zu den »Risiken der Chemie« und stellte ein »integriertes Sicherheitskonzept« vor. B. Lutterbeck (Jurist/Informatiker) übte Kritik am »geronnenen Technikrecht« und analysierte die bestehenden (internationalen) Probleme bei der Entwicklung des Datenschutzes. Während schon im Bereich des individuellen Datenschutzes die Probleme weitgehend ungelöst seien, verschärfte sich diese Problematik nochmals, wenn es um die notwendige Forderung nach freiem Datenzugang — »Freedom of Information« (FoI) — gehe. R. Hohlfeld (Biologe) referierte die Entwicklung der experimentellen Biologie in ihrem Übergang zur synthetischen Biologie. Er zeigte auf, daß sich mit diesem von Winnecker 1986 vorgetragenen Konzept keineswegs eine Revolution im Denken der Biologie vollziehe, sondern daß dieses Konzept nur die konsequenteste Fortsetzung der experimentellen Biologie — die Beherrschbarkeit von Naturvorgängen — darstelle. Weiterhin kritisierte er das von der Bundesregierung (und von der DFG) favorisierte »additive Modell« zur Beurteilung gentechnologischer Versuche. Nach diesem Modell kann das Gefahrenpotential genetisch veränderter Organismen nicht größer sein als das der Herkunftorganismen des neukombinierten biologischen Artefaktes. Die damit implizierte Negation synergetischer Effekte stand im Zentrum seiner Kritik. Hanny Nover (Chemikerin/Mikrobiologin) gab eine erste Einschätzung zum GenTech-Gesetz. Sie kritisierte u.a. die mangelnde Beteiligung der Öffentlichkeit im Genehmigungsverfahren, die Einteilung der Sicherheitsstufen auf Grund von pathogenen Eigenschaften der gentechnisch veränderten Organismen (wobei dies nicht definiert wird) und die Einengung des Geltungsbereiches auf lebendige Organismen bzw. die Ausklammerung von Stoffen (z.B. Arzneimitteln) im Gesetzestext. Anschließend wurden einige politische Möglichkeiten zur Risikokontrolle und Demokratisierung von Entscheidungen diskutiert, so die Zweiteilung der Experten in Sach- und Fachexperten, die Einführung eines Ombudsprinzips (eine Art Interessenausgleichsstelle) und das Beispiel der »Planungszelle« in Wuppertal.

Insgesamt war es eine facettenreiche und gelungene Tagung, deren Weiterführung schon beschlossen ist. Sie findet vom 15. bis 22. September 1990 in Volterra (Italien) statt.

Ulrich Kowol (Bielefeld)

Besprechungen

Kunst- und Kulturwissenschaft

Glaser, Hermann: Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Band 3: Zwischen Protest und Anpassung 1968 bis 1989. Hanser Verlag, München 1989 (407 S., Ln., 54,- DM)

Hermann Glaser beschließt seine Trilogie mit einer offenen Frage, die zugleich historisch und aktuell ist: »Auschwitz hätte nichts unberührt lassen dürfen. Hat unberührt davon die postmoderne Zukunft begonnen?« (350)

Nürnbergers sozialdemokratischer Schul- und Kulturdezernent, der allerdings eher als Autor kulturhistorischer Werke (insbesondere zur Industriegeschichte und zu Freud) bekannt ist, hegt auch in diesem letzten Band ein kreatives Mißtrauen gegenüber ausschließlich anmutenden Begriffen. Kulturgeschichte entfaltet sich für Glaser als ein »Patchwork von Möglichkeiten«; nicht um Vollständigkeit geht es, sondern um theoretisches Probehandeln, um das Entwickeln von Formationen einer potentiellen Kulturtopographie. Glasers Blick enthüllen sich Konstellationen: Verwerfungen und Brüche sind interessanter als historiographische Kausalitäten. Mit wissenschaftlich-analytischer Schärfe und ästhetischer Imagination verknüpft er Absonderliches mit dem Besonderen, Alltägliches mit dem Allgemeinen, Partikulares mit theoretischem Raisonement, Banales mit philosophischer Reflexion.

Als »Beben im Untergrund« bezeichnet Glaser den Beginn der studentischen Protestbewegung, die den »Mehltau der Adenauer-Ära« (Christoph Meckel) so verstörend aufwirbelte. Erschüttert wurde mit den Sinnen und der Sinnlichkeit der das Leben erstickende Ernst des Lebens. Die von Synkopen getriebene Rockmusik, die stilisierten langen Haare, die öffentliche Inszenierung des Andersseins spitzten die Kritik an Symbolen zur Gesellschaftskritik zu. Die Frage nach der Genese von Auschwitz wurde gestellt. Die Studentenrevolte wirkte nach Glaser katalysatorisch, sie zersetzte die politischen, gesellschaftlichen, ästhetischen und wissenschaftlichen Diskurse. Glaser schöpft aus einem immensen zeitgeschichtlichen Reservoir; sein Verfahren, das eine genaue Kenntnis der Passagenarbeit Walter Benjamins verrät, nutzt die Collage-Form mit theoretischer Phantasie. So werden wissenschaftliche oder literarische Zitate in Exzerpte aus Popsongs, Flugblättern oder Ausstellungskatalogen in einen analytischen Zusammenhang montiert und kommentiert. Nie verhehlt Glaser seine Position, doch um so deutlicher werden fremde Einsichten und Wertungen. Er führt die Geschichte von Begriffen vor: Hinter dem Müsli-Kult lassen sich die unbegriffenen Sehnsüchte nach Gemeinschaftlichkeit ohne falsches hohles Pathos erkennen. Die Entstehung der Alternativbewegungen, der Grünen oder des Terrorismus wird stets mit der Signatur der Epoche vermittelt.

Was Jürgen Habermas als »neue Unübersichtlichkeit« bestimmt hat, differenziert Glaser gegenüber modischem Beliebigkeitsgeschwätz als »Vielfachwahrheit«, die Aporien und Antinomien nicht leugnet, sondern sich ihnen aussetzt. Gegenüber den »Inkompetenzkompensationskompetenz«-Profis wie Odo Marquard, die mit dem »Abschied vom Prinzipiellen« gern auch die politische Suche nach dem Ort Nirgendwo als dem Noch-Nicht, der konkreten Utopie, verabschiedeten, indem sie die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen eskamotieren, beharrt Glaser auf antizipatorischer Vernunft. Die Bricolage der Jugendkultur begreift er als ästhetische Aneignung der Gegenwart. Glaser sieht die kritischen Potenzen, wo Marquard die Geisteswissenschaft zur Märchentante degradiert, die für den »lebensweltlichen Farbigkeitsbedarf«

sorgt. Am Beispiel etwa von Pina Bauschs Tanztheater läßt sich die Produktivität dieser Pluralisierung von Begriffen erkennen; Unsicherheit gebiert neue Zeitperspektiven. Jean Baudrillards »Aufstand der Zeichen« ist dann ein Symptom spezifischer und begründeter Rationalitätsfurcht. Die »Mehrfachkodierung« der als postmodern qualifizierten Architektur markiert die »Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen« und ist ebenso Indiz der Tendenz zur Enthistorisierung. »Die postmoderne Stadt-Ansicht suggeriert lediglich die Überwindung von Unwirklichkeit. Inszenierung will die Frage nach dem Sinn von Stadt (als Heimat) nicht aufkommen lassen. Architektur übernimmt die Rolle des Dekorateurs, der jede Botschaft verpackt. Die Postmoderne feiert ihren Synkretismus als urbane Rhapsodie.« (232)

Frappierend sind die Gegenstände, an denen Glaser seine Theoreme illuminiert. Die Openings der TV-Soap operas »Dallas« und »Dynasty« beschreibt er als »Glanzleistungen einer den 'Stadtkörper' warenästhetisch vermarktenden Strategie.« Glaser bescheidet sich jedoch nicht mit der pathetischen Denunziation vermeintlich postmoderner Beliebigkeit; Paul Feyerabends »anything goes« wird als Symptom gewürdigt und in disparaten Konfigurationen auf seine Erkenntniskraft getestet.

An der Kulturgeschichte der vergangenen zwanzig Jahre läßt sich die Postmoderne auch als Versuch der sich selbst aufklärenden Moderne verstehen. »Vielfachwahrheit« entspricht dem, was Wolfgang Welsch als Signatur der Postmoderne entziffert hat: einer Vernunft der Übergänge nämlich. Ob Anselm Kiefer, Joseph Beuys oder Jean Luc Goddard, eigen ist ihren Werken eine »Mehrfachkodierung« denkbaren Sinns. Dies gilt für die Popmusik eines Sting ebenso wie für den Funktionswandel politischer Begriffe und Perspektiven. »Dem Vollendungszwang der Moderne wird die Vielfalt der Pluralbildung entgegengestellt; an die Stelle des einen Diskurses, des einen Konsensus, der Geschichte, des Fortschritts, der Evolution, würden die Diskurse, Geschichten, Übereinstimmungen, Fortschritte und Evolutionen der geschichtlichen Prozesse und ihrer Erscheinung in den Spiegel der Vernunft treten.« (279)

Die Gefahren der Beliebigkeit und des theorielosen, gar theoriefeindlichen Eklektizismus sind keineswegs gebannt, Glaser nutzt sie aber als Folie einer Aufklärung der Aufklärung. Seine Trilogie der »Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland«, nicht zuletzt dieser abschließende Band, enthält »Vielfachwahrheiten« und läßt sich vielfältig nutzen: als kulturhistorisches Nachschlagewerk, als Fundus kulturtheoretischer Fragmente oder als spannende Lektüre.

Felix Semmelroth (Frankfurt/M.)

Wolschke-Bulmahn, Joachim: Auf der Suche nach Arkadien. Zu Landschaftsidealen und Formen der Naturaneignung in der Jugendbewegung und ihrer Bedeutung für die Landespflge. Minerva Publikation, München 1990 (285 S., 22 Abb., Ln., 54,- DM)

Beim Programm-Forum der SPD im Oktober 1989 in Köln verlangte der brasilianische Umweltschützer José Lutzenberger von der SPD eine neue Weltanschauung der »Harmonie mit der Schöpfung«. Bereits achtzig Jahre vorher hatte Kautsky die mangelnde Kultur der Massen darin begründet gesehen, daß ihr der »Zugang zur Natur, dem ewigen Urquell aller Schönheit und allen Schönheitsempfindens« abgeschnitten sei (Vermehrung und Entwicklung in Natur und Gesellschaft. Stuttgart 1910, 142). Spätestens seit Meyer-Abich ist solchermaßen fundierte naturreligiöse Öko-Ethik ebenso ideologischer Kitt in der SPD, wie »Öko« in der Gesamtgesellschaft der neblige Konsens über alle Konflikt- und Klassenlinien hinweg ist. Was früher »Volks-gemeinschaft« oder »Freiheit und Demokratie« waren, ist heute der »ökologische

Umbau der Industriegesellschaft«. Im Raumschiff Erde, verschwistert mit den Bäumen und bemuttert von der Sonne, sitzen wir alle in einem Boot.

Als Band II der von Gert Gröning und Ulf Herlyn herausgegebenen »Arbeiten zur sozialwissenschaftlich orientierten Freiraumplanung« hat Wolschke-Bulmahn nun einen ersten umfassenden Versuch unternommen, die historische Entwicklung des Natur- und Landschaftsverständnisses der Umweltbewegungen und -planer ideologiekritisch vorzuführen. Dabei untersucht er erstmals das Verhältnis der bürgerlichen (und in Ansätzen auch der proletarischen) Jugendbewegung zu Natur und Landschaft, ihre blut- und bodenständigen Ideallandschaften, ihr bildungsbürgerliches und ästhetisierendes Naturverständnis, das an ständischen Gesellschaftsbildern der Romantik orientiert ist, die Funktionalisierung der Jugendbewegung für pädagogische Militarisierungen in Gelände-, Kriegs- und Pfadfinderspielen sowie die Tradition jugendbeweger Landschaftsideale in der Planung des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, Himmler. Ab etwa 1940 planten unsere Landschaftspfleger den ökologischen Umbau der von Polen geraubten Gebiete in deutsche Ideallandschaften als völkische Heimat für deutsche rassereine Neusiedler.

Wolschke-Bulmahn diskutiert ausführlich die Wechselbeziehungen zwischen Jugend- sowie Naturschutzbewegung und Landesplanung und analysiert auf der Grundlage damaliger alternativer umweltpolitischer Konzepte, wie sie ansatzweise in der Arbeiterjugendbewegung, insbesondere in der Naturfreundebewegung und dem Jugendherbergswesen, entwickelt wurden, historische Handlungsalternativen und »objektive« Möglichkeiten. Die »Solidarität der ausgebeuteten Menschen mit der ausgebeuteten Natur« (Engels) und sozialpolitisch motivierte Naturaneignung beim Kampf für ein »freies Wegerecht«, im »sozialen Wandern« oder bei vereinzelt Protesten der Gewerkschaftsjugend gegen den »kapitalistischen Raubbau an der Natur« arbeitet er mit dem Ziel auf, 1. Modelle für zukünftige Formen gesellschaftlicher Naturaneignung zu diskutieren und 2. die Auswirkungen einzelner historischer Entscheidungen nachzuweisen.

Meyer-Abich hatte gemeint: »Wäre die Menschlichkeit von den Sozialisten nicht nur unter Menschen, sondern auch gegenüber der natürlichen Mitwelt gesucht worden, hätten die Natur- und Heimatschützer nicht auf den Nationalsozialismus zu setzen und an ihm zu scheitern brauchen« (Wege zum Frieden mit der Natur. München 1984, 288). Im Gegensatz zu dieser historisch falschen These dokumentiert das Buch ausführlich an den Quellen die traditionelle Nähe der frühen Natur- und Heimatschützer und ihrer völkischen, sozialdarwinistischen und sozialbiologischen Positionen zu den NS-Ideologien.

Wolschke-Bulmahn kommt das Verdienst zu, reale Handlungsalternativen recherchiert und dokumentiert zu haben. Er beschreibt, wie einzelne bürgerliche und proletarische Gruppen in der Zeit sozialer Umwälzungen und der damit verbundenen Bewußtwerdungsprozesse für eine sozial bewußte Betrachtungsweise von Natur, Landschaft und Lebensbedingungen auf dem Land und in den »rauchenden« Fabriken sensibilisiert wurden. Gerade am Beispiel von Landschaftswahrnehmungen, die die soziale Not großer Teile der Landbevölkerung einbezogen, weist er nach, wie sehr Landschafts- und Naturempfinden nicht biologisch vorgegeben oder ethisch vorgeordnet, sondern Ergebnis kultureller und sozialer Vermittlung ist, wie sich integrierter Umweltschutz in selbstorganisierten Aktions- und Lernprojekten entwickelte, etwa beim »Walzen«, im »sozialen Wandern« oder in den Land-Kundschaften des »Internationalen Sozialistischen Kampfbundes« (ISK).

Auch wenn Wolschke-Bulmahn die eine oder andere Legende kultiviert (so die vom militärischen Zweck des Reichsautobahn-Baus, die den Blick auf die herrschaftlichen

Aspekte dieser demonstrativen und elitären Naturnutzung der Herrenfahrer verbaut), die Arbeit präsentiert insgesamt tragfähige Hypothesen und zeigt auf, wo weiter differenziert werden muß. Insbesondere muß der Blick auf die Entwicklung der Umwelt- und Naturaneignung innerhalb der Arbeiterbewegung kritischer werden: Was ist der Grund für die anscheinend identische ökologische Rhetorik Georg von Vollmars der 1870er und der rheinischen KPD-Kleinbauernpolitik im preußischen Landtag der 1920er Jahre? — Ist die Vereinnahmung der elitären naturrevolutionären Positionen eines Paul Robiens durch den Faschismus folgerichtig? — War der sozialdemokratische Konsens der fünfziger Jahre für die Zukunftstechnologien Beton und Atom tatsächlich unbewußt? — Wer kritisierte die Strategie der »Umleitung« der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf eine verschärfte Ausbeutung der Natur?

Als Wolschke-Bulmahn die entsprechenden Quellen recherchierte, war das inzwischen größte Archiv zur Entwicklung proletarischer Naturaneignung, »Arbeiterkultur und Ökologie« in Baunatal-Großenritte (bei Kassel), noch nicht öffentlich zugänglich. Heute kann eine Fortschreibung ideologiekritischer Umweltgeschichte auf das Archiv und die Bibliothek in Baunatal zurückgreifen. Während Wolschke-Bulmahn z.B. zwei Naturfreunde-Zeitschriften nachweist, umfaßt die Zeitschriftenbibliographie von Arbeiterkultur und Ökologie knapp 200. Dieses Mißverhältnis macht deutlich, daß das, was für die bürgerliche Jugendbewegung und die Landespflege mit der »Suche nach Arkadien« geleistet ist, für die Arbeiterbewegung noch aussteht: eine kritische Durchdringung der ökologischen Nebelbänke.

Jochen Zimmer (Duisburg)

Bohn, Rainer, Eggo Müller und Rainer Ruppert (Hrsg.): Ansichten einer künftigen Medienwissenschaft. Edition Sigma-Rainer Bohn, West-Berlin 1988 (285 S., br., 36,- DM)

Als 1969 die »Ansichten einer künftigen Germanistik« erschienen, war dies auch ein Nachdenken über die Möglichkeiten einer fortschrittlichen Germanistik — zur Diskussion stand neben den Gegenständen und den methodologischen Problemen der Disziplin auch eine politische Neuorientierung. Ein ähnliches Ziel verfolgt der vorliegende Band. Doch die Voraussetzungen und die aktuelle Situation sind vollkommen verschieden. Der grundlegende Unterschied ist: Die Medienwissenschaft existiert als solche an der Universität (noch) nicht. Bislang finden medienwissenschaftliche Forschungen hauptsächlich in einer Unterabteilung der Literatur- und Theaterwissenschaften statt, außerdem in Psychologie und Pädagogik. Ob die Absicht des vorliegenden Bandes also eher die künftige Einrichtung einer medienwissenschaftlichen Extraabteilung ist — mit all ihren segensreichen Auswirkungen für den wissenschaftlichen Arbeitsmarkt —, wird zumindest von den Herausgebern vornehm verschwiegen. Ihnen geht um zweierlei:

Einmal um die kritische Reflexion von ökonomischen, machtpolitischen und ideologischen Verwertungsprozessen der Medienforschung. Zum anderen erstreben sie eine wissenschaftstheoretische Diskussion, die über die Praxis der Medienforschung hinausführt (8). Medienwissenschaft sei grundsätzlich zu verstehen, als »die universelle Integration geisteswissenschaftlich-hermeneutischer, humanwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher — einschließlich ökonomischer und juristischer Ansätze« (21). Hinzu käme der notwendige Bezug auf die technisch-ingenieurwissenschaftlichen Zusammenhänge. Klare disziplinäre Eingrenzungen werden von den ihnen wie auch von anderen Autoren des Bandes abgelehnt. Dagegen versuchen sie zunächst die Klärung dessen, worum es sich grundsätzlich beim Medium — als der

nach wie vor zentralen Kategorie der Disziplin — handelt. Die »historisch-genealogische« (8) Gegenstandsbestimmung bringt sie zu der Auffassung, daß die Rede vom »Medium« nur dann sinnvoll ist, »wenn es sowohl den Kanal, als auch die Konstruktionshandlungen auf dessen beiden Seiten umfaßt« (13). Das auf der einen Seite des Kanals eingehende »Werk« (14) wird als Begriff, dessen belastende »Hypothek« aus der Literaturwissenschaft nunmehr unhaltbar geworden sei, in Frage gestellt. Denn, egal ob »Werk« oder »Programm«, die Vorstellung eines zentral gesetzten Ausgangspunktes der Kommunikation würde obsolet, wenn man von einem System der zweifachen Realitätskonstruktion an beiden Seiten des Kanals ausginge. Dies bedeute freilich nicht, daß damit auch die Hermeneutik überflüssig würde. Im Gegenteil, die Realitätskonstruktionen auf der Rezipienten- wie auch auf der Produzentenseite seien weiterhin nur mit »geeigneten interpretativen Methoden zu verstehen« (15). Die analytisch-begriffliche Durchdringung sei jedoch gegenüber den technischen Entwicklungen weit zurück. Mit hermeneutischen und empirischen Instrumenten allein ließen sich z.B. »interaktive Kommunikationsspiele, deren 'Kern' Programmkommandos sind« (18), kaum konzeptualisieren. Von den vierzehn Aufsätzen versuchen die ersten vier einen Problemaufriß der Gegenstände, Methoden und Begriffe der Medienwissenschaft zu leisten. Hier sei speziell auf die Artikel von Rolf Klopfer und Knut Hickethier hingewiesen.

Hickethier stellt die Entwicklungsgeschichte der literatur- und theaterwissenschaftlichen Medienforschung vor und weist auf die Berührungspunkte und Unterschiede zwischen der Kommunikationswissenschaft einerseits und der Medienwissenschaft andererseits hin. Er entwirft folgende Gegensatzpaare: Zeitung und Zeitschrift versus Film und Fernsehen; Journalismus und Nachrichtenproduktion versus fiktionale Spiel- und Unterhaltungsproduktion; empirisch-sozialwissenschaftliche Verfahren versus hermeneutische Ansätze. Überschneidungen sieht er allgemein im Bereich der historischen Forschung und speziell im Fall der Technikgeschichte (62f.).

Klopfer wendet sich einem anderen Gegenstand künftiger Medienforschung zu: Die Medienästhetik, welche er als »Ganzheit der Wahrnehmung und Zeichenverarbeitung« (87) begreift und ausführlich am Fall der Fernsehästhetik diskutiert. Sein Interesse gilt den Wirkungen, die vom audiovisuellen Material ausgehen können, wenn es entsprechend gestaltet ist. Den Aspekt der Modellierung und Aktivierung bestimmter Wahrnehmungsmuster bezeichnet er als »Sympraxen« (81) — ein Begriff, den er durch den Rekurs auf Eisensteins klassische Montagetheorien zu erhärten versucht. Denn nicht die »Abbildungseffekte« oder die Absichten eines Autors seien bestimmend für die Wirkungen einer Inszenierung, sondern das System — oder mit Eisenstein gesagt, die »Montage der Attraktionen« (83). Das Fernsehen sieht Klopfer als komplexe Kommunikationsform, die »ununterbrochen auf alle schon erlernten Formen [des Ästhetischen und Narrativen; Anm.d.Rez.] rekurriert und diese damit auch am Leben erhält« (85).

Joachim Schmitt-Sasse diskutiert im Zusammenhang neuerer wahrnehmungspsychologischer Studien ebenfalls die Kategorie der Sympraxis. Im Hinblick auf die Wirkungen von Werbespots beobachtet er jedoch auch eine Aktivierung von körperlichen und geistigen Vorgängen. Seine These ist, daß stark emotionalisierte Medienprodukte, etwa vom Typus des Langnese Werbespots, über die Mobilisierung der Körperfunktionen zu einer gesteigerten Ich-Wahrnehmung und damit zu einer Stärkung der Identität führen (192). Leider bleiben die von ihm behaupteten neuen Dimensionen seiner Erkenntnisse für die künftige Fernsehforschung (192) wenig ausgeführt und am ehesten im Titel (»Macht Filme wie komplexe Werbespots!«) angedeutet (181).

Auf einen wesentlichen Gesichtspunkt der Medienforschung — die Technikentwicklung — spielen vor allem zwei Beiträge des Bandes an. Einmal der Artikel von Siegfried Zielinski (vgl. folgende Besprechung) und zum anderen der Aufsatz »Technikvermittelte Musik« von Volker von Thienen, der ausführlich die technische Herstellung und Wahrnehmung von Musik analysiert und dabei Tendenzen der »Ästhetisierung« und »Enthistorisierung« (167) aufdeckt. Grund dafür sei wesentlich die Abspaltung der Rezeption von der Produktion und damit die Auflösung des historisch-sozialen Kontextes in der Musikpraxis (167). Die Technisierung von Musikpraxen habe jedoch nicht eine »Verengung« der Musikfunktionen, sondern eher deren »Ausdifferenzierung« zur Folge (170). Thienens Vorschlag, den Gebrauch von neuen Techniken grundsätzlich von der Seite der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse her zu untersuchen (151), ist richtig, wenn auch nicht gerade neu.

Eine gleichfalls alte Diskussion wird von Charlton und Neumann wieder aufgenommen. Es geht um den Streit um die »weichen« oder »harten«, die »qualitativen« oder die »quantitativen« (91) Methoden in der Medienforschung — freilich stoßen auch sie nicht auf einen endgültigen »Testsieger« (102). Jedoch können sie festhalten, daß »möglicherweise in Zukunft die qualitativen und quantitativen Methoden« (103) durch andere — neue Methoden — Konkurrenz bekommen werden. An diesem Punkt ist der Beitrag von Jan-Uwe Rogge interessanter. Sein Ausgangspunkt ist das Verständnis »der medial inszenierten Wirklichkeiten als Ausdruck bzw. Abbild von gesellschaftlichen Normen und Werten« (116). Um den Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Wandel und Medieninhalten zu untersuchen, empfiehlt er eine besondere Art der Feldforschung, wie sie am Tübinger Institut für »Empirische Kulturwissenschaften« betrieben wird, und zeigt damit auch neue Möglichkeiten für eine empirische Medienforschung auf. Zweierlei versteht er unter Feldforschung: Zum einen »das Feld, als eine je spezifische Umwelt, eine komplexe Wirklichkeit«, und zum anderen »eine Phase im Forschungsprozeß, in der es um die Erarbeitung von Fragestellungen, die Adäquanz von komplexen Erhebungsmethoden durch die Genese von Modellen geht« (125). Eine strenge Unterscheidung zwischen der Untersuchungsanlage einerseits und der Datenerhebung andererseits lehnt er ab und schlägt statt dessen vor, »die methodischen Schritte als Einheit und hermeneutischen Prozeß« zu begreifen. Das Verhältnis zwischen »harten« und »weichen« Daten dürfe kein über- oder untergeordnetes sein, sondern sei jeweils abhängig vom Untersuchungsgegenstand (ebd.). Überdies könne die »Irrationalität« des forschenden Subjekts nicht geigneter werden. Deshalb sei es nötig, den Erhebungsprozeß einsehbar und kritisierbar zu gestalten (126).

Ein weiterer spannender Aufsatz, auf den zumindest kurz hingewiesen sein soll, ist der von Karl Prümm. Vor dem Hintergrund des »Übergangs von einer hochdifferenzierten Stummfilmkultur zum Tonfilm« (189) in den späten zwanziger Jahren führt er die Kategorien des »Intermedialen« und der »Multimedialität« aus. Dabei geht es um die Analyse der ineinander verwobenen alten und neuen Medien und Künste. Noch immer stelle, laut Prümm, Brechts prägnante Formulierung: »Der Filmsehende liest Erzählungen anders. Aber auch der Erzählungen schreibt, ist seinerseits ein Filmsehender« eine Herausforderung für die Medienwissenschaft dar (196).

Es mangelt also kaum an Herausforderungen und Desideraten für eine künftige Medienwissenschaft. Offen bleibt die Frage, ob und wie sich eine derartig entgrenzte Disziplin in das enge und hochspezialisierte Gefüge der Universität einläßt. Die im Band durchgängig erhobene Forderung nach Multi- oder Interdisziplinarität bleibt gerade angesichts der extrem entfalteten und durchaus »interdisziplinär« organisierten

Bewußtseinsindustrie viel zu unbestimmt und vage. Es genügt nicht, ein »Studium von Film und Fernsehen im Umkreis kultureller Prozesse« (219) zu fordern. Hinzutreten muß ein ethisch-politisches Konzept — eine Haltung, die sich nicht darauf beschränkt, das Fernsehen zu untersuchen, sondern, wie Faulstich richtig bemerkt: »Die gesellschaftliche Dominanz des Fernsehens« ebenso wie die »gegenwärtige Dominanz der Profitinteressen« (235) zur Diskussion zu stellen. Gefordert ist der Blick über den Tellerrand des jeweiligen Forschungsprojekts hinaus. Zwar gelang es den Herausgebern, neue und zum Teil spannende Ansätze vorzustellen. Jedoch scheiterte das Vorhaben, eine methoden- und erkenntniskritische, vor allem jedoch wissenschaftspolitische »Selbstverständigungsdebatte« (8) zu führen, über weite Strecken am Spezialistentum der Autoren. Ulrich Schmid (West-Berlin)

Zielinski, Siegfried: Audiovisionen. Kino und Fernsehen als Zwischenspiel in der Geschichte. Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek 1989 (318 S., br., 24,80 DM)

Zwischen den Anfängen der Kinematographie bis zu den audiovisuellen Formen unserer Tage liegen mehr als 100 Jahre. Die geschichtliche Rekonstruktion der audiovisuellen Apparate im technischen, sozialen und kulturellen Gefüge ist ein umfangreiches Projekt, dem sich Zielinski (Medienwissenschaftler an der TU Berlin) seit einigen Jahren widmet. — Sein Konzept der »integrierten Mediengeschichte«, das er bereits im Band »Zur Geschichte des Videorecorders« (1986) vorgestellt hat, wird hier erneut zum methodischen Prinzip. Er nimmt an, daß sich soziale, kulturelle und ökonomische Dimensionen in jeweils spezifischer Weise in den medialen Formen repräsentieren. Diese kann er vor dem Hintergrund eines Geflechts verschiedener gesellschaftlicher Voraussetzungen einführen. »Im Focus der Betrachtung steht die Materialität der Medien in dem triadischen Bezug von Technik — Kultur — Subjekt. (...) Zwischen den drei Bezugsgrößen gibt es hingegen ein ständiges Wechselverhältnis, das in geschichtlich verschiedenen Konstellationen von einzelnen Faktoren jeweils unterschiedlich geprägt wird.« (15f.) Im »audiovisuellen Diskurs«, womit Zielinski einen »Handlungs- und Ausdrucksbereich« bezeichnet, der sämtliche Praxen umfaßt, »in denen mit Hilfe technischer Sachsysteme und Artefakte die Illusion der Wahrnehmung von Bewegungen ... geplant, erzeugt, kommentiert und goutiert wird« (13), unterscheidet er analytisch drei mediale Dispositive: Das Kino, das Fernsehen und die heutigen Formen der Audiovision.

Die Keimformen des Kinos lassen sich in den frühen fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts auffinden. Ein österreichischer Artillerieoffizier stellte 1853 einen Apparat zur Darstellung beweglicher Bilder vor — zur Effektivierung der Soldatenausbildung. Im großen Stil wurde Kino schließlich in Form von Rundumvisionen (Panoramen) auf der Pariser Weltausstellung 1900 präsentiert. Als medialer Fluchtpunkt des 19. Jahrhunderts stellt das Kino die entsprechende soziale Form der Erfüllung der durch Industrialisierung geprägten Massenbedürfnisse nach Zerstreuung und Unterhaltung dar. Wobei ursprünglich vor allem »die Zuschauer mit ihren Bedürfnissen ... zu Projektionsflächen des kinematographischen Apparats« wurden (77). Während simulierter Zug-, Ballon- und Dampferfahrten konnten Besucher beispielsweise die Imaginationen fremder Erdteile und Völker kolonialistisch schwelgend genießen. Im Fortgang der Kinoentwicklung stellt Zielinski »zwei Prozesse der Enteignung« fest: »Das Kinogeschäft wurde durchkapitalisiert ... Und die sozial Unterprivilegierten wurden des originären Mediums der konzentrierten Zerstreuung und schnellen Entspannung zunehmend beraubt durch die literarische und theatralische Entfremdung des Films wie seiner *Auratisierung* im Kino. Beide Prozesse waren im sozialen wie im kulturellen Sinne solche der *Verbürgerlichung*.« (81f.)

Auch das »technische System« (179) Fernsehen, das, bestehend aus »Aufnahmegeräten, Signalwandlern, Übertragungsleitungen, Verstärkern, Sendestationen und Endgeräten« eine »hochgradig organisierte Institution« (180) bildet, ist laut Zielinski eine Zwischenstufe im audiovisuellen Diskurs, in der sich jedoch bereits die »Perspektive der entfaltenen Audiovision« (221) — als dem medialen Fluchtpunkt des 20. Jahrhunderts abzeichnet. Nach einer Phase der fast unbegrenzten privaten »Automobilität« (212) ereignete sich Anfang der siebziger Jahre ein entscheidender Einschnitt: Rohstoffknappheit, ökonomische Krisen und wachsende Naturzerstörung gaben den Impuls zum Ausbau des High-Tech Kapitalismus und damit zu einem neuen Schub für die elektronische Unterhaltungstechnologie. Die Folge ist ein enormer »Flow of Broadcasting« (214) in den immer unüberschaubarer werdenden Fernseh- und Kabelnetzen. Das qualitativ Neue im audiovisuellen Diskurs beschreibt Zielinski als »integriertes System« (221). Statt der unterschiedlichen Trägermaterialien für Bilder und Töne, verlangt der »auf hoher Stufe integrierte Medienmarkt der achtziger und neunziger Jahre nach einem *kompatiblen Produkt*« (218), welches für »sämtliche dispositiven Anordnungen gleichermaßen leistungsfähig sein muß« (220). »Technologisches Herzstück dieses Systems ist ein tendenziell globales Netz aus Glasfasern mit Satellitenverbindungen, durch das die Datenströme mit unterschiedlichem Informationsgehalt in egalisierter Form fließen« (221) — spricht: ISDN. Im Binärcode läßt sich das filmische Material mit den integrierten digitalen Datennetzen der Handels- oder Dienstleistungsunternehmen und den individuellen Datenstationen der privaten Haushalte zusammenschließen. Andere Formen der Mobilität, die nicht mehr primär physischer Art sind, sondern durch die Informationstechnik ermöglicht werden, setzt Zielinski in Beziehung zu einer hochgradig individualisierten und flexibilisierten Lebensweise — einer »Egomanisierung des Zeitgeistes« (227), wie sie sich exemplarisch am Umgang mit dem Walkman zeigt. Das faszinierende Moment der audiovisuellen »Mega-Maschine« (223) analysiert Zielinskis Untersuchung leider nur am Rande — um so eindringlicher drückt es sich im Sprachlichen aus. Im Kapitel über die Perspektiven der Audiovision ist es überdies streckenweise problematisch, seiner Analyse durch den Dschungel der beschriebenen Entwicklungen und Phänomene zu folgen. Ferner sind die Begriffe (»Bezeichnungspraxis«, »Supertext«, »Diskurs« etc.) — oft en passant eingeführt — nicht immer dazu geeignet, die inneren Zusammenhänge und Veränderungen in dieser komplexen Kartographie begreiflich zu machen. Das liegt zum Teil daran, daß sowohl die Methoden der Analyse als auch das begriffliche Instrumentarium nur im Einleitungskapitel dargestellt, im weiteren jedoch viel zu wenig erläutert werden.

Im Schlußkapitel »Brüche — Dissonanzen — Fragen — Visionen« (275) geht es Zielinski neben einer wertenden Einschätzung auch um die Kritik der gängigen simulationstheoretischen Ansätze und der damit zusammenhängenden kulturpessimistischen Tendenzen. Gegenüber den Simulationstheoretikern hält er an der Bedeutung des »sozialen Raums« (276) fest, in dem letztlich auch die mediale Interaktion stattfindet, und fordert: »Das Gesellschaftliche und das Private in Wechselwirkungen zu denken«, was heißt, »den Widerspruch als essentielle Kategorie in die Bewegung einzubeziehen« (276). Denn inwieweit im Kapitalismus »das Mediale ... die Köpfe und Herzen der Menschen zu besetzen in der Lage ist, hängt wesentlich davon ab, in welche Richtungen die übrigen gesellschaftlichen Praxen verändert werden, mit denen sich der audiovisuelle Diskurs überschneidet.« (277f.) Zielinski zeigt die entwicklungsimmanenten Widersprüche auf und stellt alternative Nutzungsweisen vor. Bedauerlicherweise bleibt in seinem dialektischem Resümee vieles im Allgemeinen, da der »Mangel an Konzepten« im Vergleich zu der »Entwicklungsstufe

von technischen Mitteln und Gegenständen kulturellen Handelns« (288) eklatant ist. Dennoch gelingt es ihm, sowohl informationstechnologische »Overkill« (275) — Visionen, als auch modischen Zweckoptimismus zu vermeiden und statt dessen die »bessere Verwendung der Apparate im Interesse der Allgemeinheit« — wie Brecht es ausdrückte — in den Blick zu nehmen.

Schließlich bietet die integrierte Mediengeschichte einen fesselnden Zugang zum untersuchten Material und kann durchaus Vorbildfunktion für andere Arbeiten dieser Art für sich reklamieren! Das sehr gut bebilderte Buch ist obendrein eine spannende Material(fund-)grube — nicht nur für MedienwissenschaftlerInnen. Es ist leidenschaftlich verfaßt und angenehm pedantisch recherchiert.

Ulrich Schmid (West-Berlin)

Soziologie

Bourdieu, Pierre: La noblesse d'Etat. Grandes écoles et esprit des corps. Edition de Minuit, Paris 1989 (569 S., br., 149,- FF)

Wie wird Macht heutzutage an die Erben übertragen? Und wie werden Bruderkriege vermieden? Die vereinfachte Antwort lautet: Über das Schul- und Hochschulsystem, das eine sakramentale Trennung fürs Leben vornimmt, einen »Stand«, fast einen »Orden« (ordre) schafft und wie beim Akt der »Ordination« klassifiziert. Es gibt eine lange rituelle Vorbereitung, wie es sich ziemt, wenn man ein Sakrament entgegennimmt. Über den Concours werden absolute Differenzen geschaffen zwischen dem 30., der Student an der Ecole Normale wird, und dem 31., der nichts ist. Er vollzieht den »Schicksalseffekt« (»Du bist ein Dummkopf« oder »Du bist ein Genie«). Anders ausgedrückt: Die Auswahl führt zu einem »Ödipus-Schicksal«. Angesichts der unheilvollen Prophezeiung unternimmt der Kandidat alle möglichen Anstrengungen, um seinem zu entgehen — aber gerade dadurch vollzieht sich das Schicksal.

Die Aufgabe der Wissenschaft — so Bourdieu — bestehe darin, 1. das Selbstverständliche, das zu gut Bekannte mit Distanz zu betrachten, zu verfremden, 2. die Einsätze im sozialen »Spiel« und ihre Notwendigkeit zu erklären, um sie so der Absurdität zu entreißen. Zu diesem Zweck müsse mit den beiden üblichen simplistischen Erklärungen, die sich als Alternativen darbieten, gebrochen werden: 1. »ideologische Apparate« üben einen symbolischen Zwang aus, bilden die Grundlage aller entfremdeten Vorstellungen und Verhaltensweisen bzw. 2. der umgekehrten Sicht, die in jeden Beherrschten die Grundlage einer (freiwilligen) Unterwerfung ohne Notwendigkeit einschreibt, unter die Zwänge, Verführungen, Faszinationen der Macht. Wenn es richtig ist, daß Beherrschte immer mit zu ihrer eigenen Beherrschung beitragen, dann ist die Disposition, die sie zu dieser Komplizenschaft tendieren läßt, doch auch ein verinnerlichter Herrschaftseffekt (Ilf.). Symbolische Gewalt läßt sich nur ausüben bei aktiver Komplizität, was weder bewußt noch freiwillig meint.

Die Aufteilung des Hochschulsystems ist eine große und kleine Pforte — d.h. einerseits die großen »Grandes Ecoles« ENA, HEC, ENS, Ecole Polytechnique, andererseits die Universitäten, die berufsorientierten Fachhochschulen IUT etc. — bezeichnet und bestimmt ein individuelles soziales Schicksal (196). Die Arbeitsteilung zwischen HEC, ENA etc. verhindert Bruderkriege, die zum Untergang führen könnten. Die Hierarchie der Einrichtungen entspricht der sozialen Qualität ihres Publikums, die große Pforte bereitet auf nobelste Karrieren vor. Diejenigen, die eine

vermeintliche Demokratisierung und soziale Mobilität ausmachen, ignorieren Phänomene wie die Verschiebung der Strukturen, die relative Positionen aufrecht-erhält. Es ist zu unterscheiden zwischen Verschiebung innerhalb eines Feldes und zwischen Feldern. Bourdieu konstatiert, daß sich der Abstand zwischen kleiner und großer Pforte in den letzten 25 Jahren vergrößert hat. Zwischen 1959 und 1972 haben sich die Studentenzahlen an den Universitäten um 3,6 vervielfacht, während an den Vorbereitungsklassen zu den Grandes Ecoles (classes préps) dieser Multiplikator 1,7 beträgt und für die großen Pariser Gymnasien quasi Stabilität zu verzeichnen ist (272). Fazit: Die soziale Distanz zwischen beiden Polen ist gewachsen. Eine Demokratisierung hat nicht stattgefunden. Der Zugang ist noch geschlossener als zwei Jahrzehnte zuvor, die Homogenität der »noblesse« hat zugenommen.

Die vertraute Opposition Geburt — Verdienste löst sich auf, und Meritokratie entpuppt sich als neue, zeitgemäße Form des Geburtsadels. Sie stellt nach Art von Initiationsriten Stände her, einen Stand, der von den gewöhnlichen Menschen getrennt und insofern »sacré«, unantastbar ist. Es wird eine soziale Grenze gezogen (auch bereits tendenziell zwischen Tätigkeiten wie Konzeption und Exekution). Bourdieus Hauptentdeckung besteht darin, daß das Schul- und Hochschulsystem Trennungen, Einschnitte vornimmt, Differenzen von einem sozialen »Stand« gegenüber anderen herstellt. Diese Funktion des Bildungssystems erlaubt die Weitergabe, die Übertragung der Macht an Nachfolger innerhalb des eigenen Standes — von Chancengleichheit bleibt de facto keine Spur.

Jede gelungene Sozialisierung macht die »Agenten« tendenziell zu Komplizen ihres Schicksals. Der »amor fati« läßt Wahlverwandschaften ebenso wirksam werden wie Wahlablehnungen: Er konvertiert Mißerfolge in gewählte (Ver-)Weigerung. Erziehung ist gelungen, wenn der Zögling wie ein Wunder erwartet, was das wahrscheinlichste Schicksal darstellt (159). Gegen die herrschende Vorstellung, die nur »technische« (neutrale) Effekte pädagogischen Handelns kennt, muß gefragt werden (101f.), ob jegliches pädagogisches Handeln nicht auch einen Initiationsritus darstellt, einen Akt der Weihe (consécration), der getrennte und unantastbare Gruppierungen produziert und ob die technische Funktion der Elitehochschulen nicht den Effekt hat, eine rituelle Ausgrenzungsfunktion zu verbergen, den unantastbaren Zeremonien den Anschein einer rationalen Begründung zu verleihen, durch die die Gesellschaften, die Rationalität beanspruchen, ihre Aristokratie produzieren? Die schulische Institution ist in der Lage, den Teilnehmenden das Erkennen ihrer Logik zu verstellen; sie ist vor der Analyse geschützt durch die Tatsache, daß diejenigen, die wissen, nicht reden und diejenigen, die reden, nichts wissen. Sie ist eine quasi-religiöse Instanz (163f.), die unantastbare Personen konstituiert, und entscheidend zu einer ständigen Redistribution von Macht und Privilegien beiträgt. Durch Titelverleihung nimmt sie am Monopol symbolischer Gewalt teil, das der Staat innehat.

Soziale Identität ist immer zugleich Nicht-Identität, Differenz zu sozialen Gruppierungen (z.B. denjenigen ohne Zeugnis). Die schulischen Werturteile sind, vermittelt über den »Schicksalseffekt«, Faktoren der Konstitution persönlicher Identität. Die Praxis der Grandes Ecoles ist ein Ritus, der zum Inhaber des legitimen Monopols sozialer Tugenden oder Kompetenz macht. Dies funktioniert, weil schulische Kompetenz typisch bourgeoise und männliche Tugenden wie Charakter, manliness, leadership, public spirit einschließt (166). Dieses Monopol konstituiert, sobald anerkannt, eine Aristokratie. Jede Aristokratie definiert sich selbst als jenseits jeder Definition. Die Herrschenden neigen dazu, als notwendig und legitim die Fähigkeiten festzuschreiben, die sie beherrschen und in die Definition von »Exzellieren« (excellence) die Praktiken einzuschreiben, in denen sie selber exzellieren. Dazu

gehört, daß bei absteigender Hierarchie die Personen durch das definiert sind, was sie machen, bei aufsteigender jedoch durch das, was sie sind. Das Exzellente steht per definitionem jenseits jeglicher Definition (156). Es markiert einen Einschnitt zwischen der gewöhnlichen, weiblichen, familiären Welt und der männlichen, wissenschaftlichen; zwischen wirklichen Männern, die einer Tätigkeit als Selbstzweck ohne jedes profane, interesselgeleitete, pragmatische Ziel nachgehen und den gewöhnlichen Menschen (155).

Eine Reproduktionsstrategie umfaßt Geburten-, Nachfolge-, Erziehungs-, Heirats-, Prophylaxe-, Wirtschafts-Strategien und solche zum Aufbau eines nützlichen sozialen Beziehungskapitals (387f.). In die gleiche Richtung wirken Mechanismen der Selbst-Orientierung (nach unten: »das entspricht nicht meiner Neigung, meinem Naturell« nach oben: »ich fühle mich zu Höherem berufen«). Nicht der Gegensatz zwischen dem Rückgriff auf die Familie oder auf die Schule ist treffend, sondern der zwischen einer rein familiären Handhabung und einer familiären, die einen gewissen Gebrauch der Schule in die Reproduktionsstrategien einfließen läßt. Jede Reproduktionsstrategie impliziert eine Form des »*numerus clausus*«, d.h. der Ein- und Ausschließung. »Das Schulsystem funktioniert mit der augenscheinlichen Unparteilichkeit einer Glücksspielziehung, die jedoch in Wirklichkeit systematisch schief läuft und in aller Unschuld Effekte hervorbringt, die jedenfalls denen unendlich viel näher stehen, die die direkte Übertragung durch Vererbung sichern, als einer Zufallsverteilung« (410f.).

Die Fassade rein technischer Rationalität, die die Großunternehmenswelt und die staatliche Finanzoligarchie entfalten, indem sie Kompetenz zum Wert der Werte machen, hat zum Effekt, die wirklichen Zugangsbedingungen zu den herrschenden Positionen zu verschleiern. Diese führende »Elite«, die sich ganz der Zukunft hingewandt verstanden wissen möchte, findet ihre wirklichen Selektionsgrundlagen sowie gleichzeitig die praktische Rechtfertigung ihrer Privilegien in der Vergangenheit, der Geschichte, der Anciennität des Besitzstands, der Errungenschaften. Die Anciennität in der Macht, das (verborgene) Prinzip der Machthierarchie, ist ein sicheres Mittel, Spätergekommene zu maßregeln. Es gibt keine schwerer zu überwindende Barriere als die Zeit, um die Distanzen, die konstitutiv sind für die soziale Ordnung, aufrechtzuerhalten und damit die verschiedenen sozialen Status, die sich oft durch nichts anderes unterscheiden als die Zeit.

Die gegenwärtige historische Kombination ist beispiellos: Keine führende Schicht hat so viele Sicherheiten auf sich vereint wie die »*noblesse d'Etat*«: Eigentums-, Schul-, manchmal sogar Adelstitel (548), d.h. verschiedene Legitimationsprinzipien — wie Aristokratismus der Geburt, Meritokratie schulischen Erfolgs oder wissenschaftliche Kompetenz, Hochhalten der Produktivität. Herrschaft muß anerkennen machen, d.h. als symbolische Macht agieren. Zwang und Repression weichen sanften Zwängen, der symbolischen Gewalt. Polizei und Gefängnis nehmen einen weniger wichtigen Platz ein für die Aufrechterhaltung von Herrschaft als Schulen und Instanzen der kulturellen Produktion.

Gab es nun wenigstens Schritte hin zu mehr Demokratie? Der Erwerb schulischer Titel hängt eng, nämlich mit einer Häufigkeit, die kein Zufall sein kann, von der »Vererbung«, der Übertragung des familiären »Erbes« ab, speziell des kulturellen Kapitals, und ist ein Faktor sozialer Bewahrung. Hinter der Maske der Modernität und Rationalität (Weber) verbergen sich soziale Mechanismen, die gewöhnlich den archaischesten Gesellschaften zugeschrieben werden (536ff.). Die Technokraten sind Erben der »*noblesse de robe*«, der Notabeln. Die Inhaber ökonomischen Kapitals befinden sich in einem doppelten Widerspruch — im Verhältnis zum Volk schlagen

sie sich auf die Seite der Intellektuellen, des Denkens, des Über-Interessen-Stehens, der Raffinesse und im Verhältnis zu den Intellektuellen auf die Seite des Handelns, der Männlichkeit, des Pragmatismus, der Kraft und Effektivität. Daher rührt die Ambivalenz, daß sie ihren Nachwuchs in intellektuelles Leben einführen, ohne sie zu Intellektuellen zu machen. Es erhebt sich der Cadre-Intellektuelle oder Intellektuelle-Cadre, der den Status des bürgerlichen Lohnabhängigen akzeptiert. Cadres sind bürgerliche Lohnabhängige, insofern in einer zweideutigen Position.

Das reibungslose Funktionieren scheint in alle Ewigkeit gewährleistet, jedoch: Mit der gesellschaftlichen Komplexität wächst die Fragilität des gesellschaftlichen Systems. Darüber hinaus ist die symbolische Verallgemeinerung von Sonderinteressen ein wichtiges Fachinstrument im Kampf zwischen den Herrschenden, das paradoxerweise das Allgemeininteresse voranbringt.

Aus nichtfranzösischer Perspektive könnte das Ergebnis dieser Studie als einzig gegen das französische System der Grandes Ecoles gerichtet aufgefaßt werden, doch diese Auffassung würde zu kurz greifen: Sowohl die Wirkungsweise meritokratischer Aufstiegsmuster dürfte für alle hochentwickelten Industrieländer gelten als auch der Mechanismus der Zeugnis- bzw. Diplomvergabe. In den Fußstapfen von Bourdieu wäre zu vermuten, daß die Aufteilung zwischen kleiner und großer Pforte in der Bundesrepublik innerhalb des universitären Systems verläuft, nämlich zwischen den mehr oder weniger prestigereichen, den mehr oder minder verrufenen Hochschulen; darüber hinaus wird die Grenzlinie innerhalb der Universitäten zwischen einzelnen Fachbereichen zu ziehen sein. Die Führungskräfte der Wirtschaft nehmen bekanntlich seit langem eine Hierarchisierung der Universitäten vor, auch die Gründung von Privatuniversitäten stellt einen Vorstoß zur Entdemokratisierung des universitären Feldes dar, initiiert von der hiesigen Aristokratie zur reibungslosen Machtübergabe an die Erben. Die Frage, inwieweit die Formel Familie + Schulsystem = Machtproduktion auch hierzulande gilt, wäre eine eigene Untersuchung wert.

Wolfgang Kowalsky (West-Berlin)

Giesen, Bernhard, und Hans Haferkamp (Hrsg.): Soziologie der sozialen Ungleichheit. Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung. Westdeutscher Verlag, Opladen 1987 (429 S., br., 48,- DM)

Vier Theorie-Stränge der Ungleichheitsforschung lassen sich entwirren: zum ersten eine funktionalistisch-systemtheoretische Erklärung — Ungleichheit resultiert aus unterschiedlichen Reproduktionsmustern jeweiliger Statusgruppen in gesellschaftlichen Subsystemen, bemißt sich also nach Lebensstilen, Lebenschancen und Statusmerkmalen; zum zweiten eine interaktionistisch-handlungstheoretische Erklärung, die Ungleichheiten an gruppen- und schichtspezifischen Kommunikationsstrukturen und -hierarchien festmacht und sie aus unterschiedlicher sozialer und kommunikativer Kompetenz herleitet — Ungleichheit bemißt sich am Generations-, Sozialisations-, Bildungs- und Reproduktionsverhalten; zum dritten eine Eliten-Konflikttheorie, die soziale Ungleichheit anthropologisch aus gesellschaftlichen Aufgaben sozialer Kontrolle und der damit verbundenen Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Herrschaftseliten versteht; zum vierten eine materialistische Erklärung, die soziale Ungleichheit am Kriterium der Verfügung über Produktionsmittel, der Aneignung von Mehrwert und der Statuierung von Eigentumstiteln bemißt — Ungleichheit ist damit ein Problem der Klassenbildung und -reproduktion.

Wohl nicht zu Unrecht könnte man auf die Frage nach dem Wesen sozialer Ungleichheit alle vier Ansätze bündeln. Doch in welchem Verhältnis stehen jeweils Eigentum und Besitz, Macht und Status, soziale Akzeptanz, Einkommen und berufliches

Prestige, welche verbindlichen Grenzziehungen bestehen zwischen Klassen, Schichten, Statusgruppen und Elitekonstellationen, in welchen gesellschaftlichen Konfliktkonstellationen ermöglicht soziale Ungleichheit Herrschaft oder verteilt Möglichkeiten strategischen Handelns. Daran schließt sich die Frage, ob diese Ansätze ununterschieden mikro- und makrosoziologisch Geltung beanspruchen können, ob sie nur für differenzierte — in der Sprache der Systemtheorie: komplexe — Gesellschaften oder auch für die Erklärung primitiver Gesellschaften ohne entwickelte Stratifikationsmuster herangezogen werden können. In ihrer Fluchtlinie vereinigen sich diese Fragen in einer: ist die Affinität zur Monopolisierung knapper Ressourcen und Machtbildung integraler Bestandteil menschlicher Sozietät, also anthropologisch oder aus der jeweiligen Gesellschaftsordnung herzuleiten? Die überwiegend getroffene Feststellung der Beiträge lautet: beides. Schicht- und Klassenbildungen seien darüber hinaus zwar voneinander als strukturelle und genetische Momente sozialer Ungleichheit nicht zu trennen, doch erfolgt der seitens der Autoren mehrheitlich vertretene klassentheoretische Zugang nicht im Marxschen Sinne, sondern ausgehend von einem — von konkreten Gesellschaftsformationen abstrahierten — menschlichen Drang zur Monopolisierung von Ressourcen. Interaktion als soziales Handeln im Bereich gesellschaftlicher Reproduktion und Arbeit als dominante Handlungsform im Bereich gesellschaftlicher Produktion ergänzen einander. Noch verkürzter: während Schichten Lebensstilgemeinschaften vorstellen, lassen sich Klassen als zueinander antagonistische Interessengemeinschaften begreifen.

Eine zentrale Fragestellung lautet: Inwieweit werden »alte« vertikale Ungleichheiten durch »neue« horizontale Ungleichheiten ersetzt oder überformt, die *Kreckel* (95f.) als (insbesondere geschlechtsspezifische) Ungleichheit im Zugang zu sozialpolitischen Transfereinkommen, zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen und als Zwang zur Schatten-, Schwarz- oder Subsistenzwirtschaft faßt. Diese Überlegung knüpft daran, daß Bildung, Beruf und Einkommen nur »Vollerwerbsbürgern« zuzurechnen sind, daß auf der anderen Seite aber Transfereinkommen, Subventionen und infrastrukturelle Gegebenheiten für einen anwachsenden Teil der Bevölkerung substantielle Bedeutung erlangen. *Hradil*, der die Auflistung horizontaler Ungleichheiten um die Parameter Arbeitsplatzunsicherheit, ungleiche Umweltbedingungen und ethnische Diskriminierung ergänzt, erblickt den Erkenntnisgehalt von außerhalb der Erwerbssphäre liegenden Dimensionen sozialer Ungleichheit darin, daß soziale Ungleichheit als »typische Konfiguration ein Nebeneinander von Privilegien und Deprivationen« (121) ist. Wer über soziale Ungleichheit räsoniert, habe neben ökonomisch, wohlfahrtsstaatlich und sozial ungleichen Lebensbedingungen auch soziale Lagen, die Auskunft über formale Bildung, Prestige, Macht, Arbeits-, Wohnungs- und Freizeitbedingungen geben, aber auch jeweilige konservative, kleinbürgerliche, aufstiegsorientierte, hedonistische, technokratische u.a.m. Milieus zu bedenken. Wie *Haferkamp* deutlich macht, ist soziale Ungleichheit nicht nur Resultat strukturell angelegter Lebensbedingungen, sondern entspringt darüber hinaus komplexen Prozessen der Zuschreibung und Aushandlung. Dieser gesellschaftlichen Dynamik entspricht, worauf *Weede* aufmerksam macht, daß soziale Ungleichheit »partiell funktional und partiell dysfunktional« (213) ist. Einzelne Parameter sozialer Ungleichheit müssen nicht nur nicht positiv korrelieren, sondern können sich als kulturelle, soziale und ökonomische Ressourcen voneinander ablösen (*Wippler*, 235ff.).

Die bloße Kombination vertikaler und horizontaler Ungleichheiten treibt *Bader* weiter zu einer Theorie strategischen Handelns von Klassen/Gruppen/Individuen, die weder Lebensstile, Traditionen, affektive Internalisierungen (Kulturen, Normen,

Psychodynamiken) additiv aufeinanderschichtet noch einer vulgärmaterialistischen ökonomistischen Reduktion erliegt (252ff.). *Bader* isoliert vier Parameter der objektiven Lebenslage, nämlich strukturierten Habitus nach *Bourdieu*, strukturierte Erfahrungen, spezifische Praxen und Lebensstile, sowie Formen kollektiven Konfliktbewußtseins. Soziale Ungleichheit ist ihm nicht vielfältig aufgesplittete soziale Differenzierung, sondern strukturell ungleiche Verteilung der Verfügungsgewalt über Objekte, die wiederum nicht »Gratifikationen«, »Belohnungen« oder »Lebenschancen« vorstellen, sondern Ressourcen, und auch hier nicht Konsumtions-, sondern Produktionsmittel. In einer Matrix auf gesellschaftlichen Arbeits- und Produktionsverhältnissen einerseits, wobei er unter direkten Ressourcen Arbeitsbedingungen, spezifische Leistungsqualifikationen und Organisations- bzw. Kooperationsformen versteht, zeigt *Bader* die prozessuale Dimension sozialer Ungleichheit als historisches Produkt gesellschaftlicher Praxis.

Der Band erhellt Zäsuren zwischen ahistorischen, soziale Ungleichheit zu- und beschreibenden Ansätzen, die gesellschaftliche Stratifikation aus einer Fülle von jeweils isolierten Faktoren letztlich phänomenologisch herleiten und historischen Denkansätzen, die den Motor gesellschaftlicher Differenzierung und sozialer Ungleichheit in den jeweiligen Strukturen und Prozessen gesellschaftlicher Reproduktion und materieller Produktion lokalisieren. Der Streit, wenn er auch ab und an unter einem Wust divergenter Begrifflichkeiten und interessegeleiteter Mißverständnisse zu verschwinden droht, bleibt produktiv. Nikolaus Dimmel (Salzburg)

Brandt, Gerhard: Arbeit, Technik und gesellschaftliche Entwicklung. Transformationsprozesse des modernen Kapitalismus. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1990 (413 S., br., 26,- DM)

Der Band dokumentiert Aufsätze aus den Jahren 1971 bis 1987 und belegt die Bemühungen des Autors, das von Horkheimer zu Beginn der dreißiger Jahre formulierte und später aufgegebenes Programm des Frankfurter Instituts für Sozialforschung: die Vermittlung von empirischer Forschung mit Theorie der Gesellschaft und politischer Praxis in gesellschaftsverändernder Absicht — neu zu beleben. Die Forschungsarbeit dieses Instituts, dessen Leiter Brandt von 1972 bis 1984 war, konzentriert sich seitdem auf Reproduktionsprobleme und Stabilitätsbedingungen des gegenwärtigen Kapitalismus und sucht ihre Begründung in der marxistischen Kapitalismustheorie als einer Krisentheorie der bürgerlichen Gesellschaft. Hierbei knüpft sie vor allem an zentrale Theoriestücke von Sohn-Rethel an. Die Aufsätze lassen sich im wesentlichen zu zwei Gruppen bündeln: zum einen versuchen sie — forschungsgeschichtlich — die eigenen Arbeiten als Weiterentwicklung wissenschaftlicher Traditionslinien im Institut für Sozialforschung auszuweisen (etwa »Ansichten kritischer Sozialforschung 1930-1980«) oder zur Geschichte der westdeutschen Industrie-soziologie in Beziehung zu setzen (etwa »Marx und die neuere deutsche Industrie-soziologie«); zum anderen berichten sie aus der eigenen Forschungspraxis (etwa zur computerisierten Arbeit oder zu Entwicklungsproblemen gewerkschaftlicher Politik und industrieller Beziehungen).

Die vielleicht bündigste Charakterisierung des eigenen Forschungsansatzes in Absetzung von anderen ist bei Brandt die Unterscheidung von Produktions- und Subsumtionsmodell: »Produktionsmodell meint dabei in erster Annäherung, daß die Produktivkraftentwicklung und insbesondere die Entwicklung der menschlichen Arbeit das zentrale Thema der Marxschen Theorie und damit auch das einer an dieser Theorie orientierten Industriesoziologie bilden. Das Subsumtionsmodell dagegen unterstellt, es sei die Unterwerfung, die Subsumtion der Produktivkräfte

und insbesondere wiederum die der menschlichen Arbeit unter das Kapital, die das zentrale Thema der Kritik der politischen Ökonomie als Kern der Marxschen Theorie ausmacht.« (255) Dem Produktionsmodell ordnet Brandt etwa das Göttinger Soziologische Forschungsinstitut und die Berliner Projektgruppe Automation und Qualifikation zu, das Subsumtionsmodell lokalisiert er am Münchner Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung und — vor allem — am Institut für Sozialforschung in Frankfurt. So sehr man bestreiten kann, daß die Unterscheidung von Produktions- und Subsumtionsmodell zu einer angemessenen Beschreibung aller darunter gefaßten Forschungsansätze führt — für den von Brandt vertretenen Ansatz hat der Marxsche Begriff der realen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital Schlüsselbedeutung: er meint die Unterwerfung aller Lebensbedingungen unter die Anforderungen der Kapitalverwertung, das Abstraktwerden der Arbeit, die Degradation lebendiger Arbeit auf Restfunktionen etc. Im Konzept der realen Subsumtion steckt ein »totalisierendes Argumentationsmuster«, das Brandt als »durchgängiges Merkmal der kritischen Theorie« identifiziert (131). Damit verbinden sich theoretische und empirische Probleme: »empirisch läßt sich wohl kaum der Nachweis führen, daß die okzidental fortgeschrittenen Gesellschaften ... nur annähernd den Zustand eines geschlossenen und sich selbst erhaltenden Systems erreicht hätten ...« (184) Reelle Subsumtion sei nicht als linearer und unumkehrbarer Prozeß, sondern als widersprüchliche und politisch gebrochene Entwicklung zu begreifen; die mit dem Subsumtionsmodell »unterstellte Entwicklungslogik kapitalistischer Vergesellschaftung« sei nicht »mit dem realen Verlauf ihrer Durchsetzung« zu verwechseln (207). Die Wirklichkeit fügt sich nicht ohne weiteres dem Konstrukt. Der Versuch, das, was darin nicht aufgeht, im Medium derselben Subsumtionslogik zu begreifen, muß den Forscher ins Dilemma stürzen: er behilft sich etwa mit dem unbestimmten Komparativ (Arbeit unterliege »immer mehr den Wirkungen der realen Subsumtion«, 185) bzw. mit der unbestimmten Limitation (Arbeit gehe »nie völlig in der Logik der realen Subsumtion« auf, 186). Die Scheuklappen des Konstrukts hat Brandt zum Teil selbst konstatiert: offen bleibe, »worin die Grenzen der Subsumtion der Arbeit unter das Kapital liegen könnten« (197). Angesichts solcher Probleme hat Brandt in den achtziger Jahren andere Diskussionen und Forschungsansätze für sich fruchtbar zu machen gesucht, die quer zu der bislang verwendeten Theorietradition stehen: die Labour Process Debate (mit ihrer Akzentuierung des Stellenwerts von Politik und Subjektivität in der Arbeit) und die école de régulation (mit ihren historisch gerichteten Analysen des Funktionierens, der Krise und Neuformierung von Akkumulationsregimes auf Grund je spezifischer Regulationsformen).

Gerhard Brandt hat sich im November 1987 das Leben genommen. Mit ihm hat die deutsche Soziologie, insbesondere die Industriesoziologie, einen ungemein scharfsinnigen, diskussionsfördernden und auch (was hierzulande keine Selbstverständlichkeit ist) selbstkritischen Wissenschaftler verloren. Der Band wird dazu beitragen, das Andenken an ihn und seine Arbeit lebendig zu halten.

Werner van Treeck (Kassel)

Jander, Martin: Theo Pirker über Pirker. Ein Gespräch. SP-Verlag, Marburg 1989 (157 S., br., 28,- DM)

Theo Pirker hat das Denken der westdeutschen Nachkriegslinken maßgeblich beeinflusst. Er, der bis zu seiner Emeritierung eine Professur für Soziologie an der FU Berlin innehatte, war einer der bekanntesten Agitatoren gegen die Wiederbewaffnung. Als Gegner des Industriegewerkschaftskonzepts kämpfte er für den Aufbau der Gewerkschaftsorganisation als öffentlicher Verband mit dem Industriebetrieb als

Zentrum. Dieses Konzept sah vor, daß sich die Gewerkschaften nicht nur auf Tariffragen kaprizierten, sondern sich auf die direkte politische Einflußnahme in den Parlamenten, Sozialversicherungen etc. ausrichteten. Ab 1953 arbeitete er unter Victor Agartz am WWI (Wirtschaftswissenschaftliches Institut des DGB, dessen Leiter Agartz war) als Referent für Soziologie und dessen ghost-writer. Pirker und Agartz waren gegen das sozialpartnerschaftliche Mitbestimmungskonzept und für demokratische Kontrolle der wirtschaftlichen Macht durch Beauftragte der Gewerkschaften. Darüber hinaus strebten sie die Neuordnung der Grundstoffindustrie an. Sie wollten vergesellschaftete Selbstverwaltungsunternehmen mit Eigenverantwortlichkeit und keine verstaatlichten Betriebe. 1956 wurde Pirker im Zusammenhang mit einem dubiosen Hochverratsprozeß gegen Agartz, über dessen Hintergründe er auch im Gespräch mit Jander genaue Auskünfte verweigert, entlassen.

In den fünfziger und sechziger Jahren griff Pirker Themen auf, die später von der Linken häufig samt seinen Thesen übernommen wurden, ohne ihren Urheber zu nennen. Ein Beispiel ist seine Kritik an der Entstehung der BRD und deren Verfassung. Stichworte hierzu sind: »Verordnete Demokratie«, »Kanzlerdemokratie«, »Monopolisierung der Politik durch bürokratische Parteiapparate«, »Einrichtung von SPD und Gewerkschaften im autoritären Staat« etc. Darüber hinaus veröffentlichte Pirker Reflexionen über Bedingungen und Chancen außerparlamentarischer Oppositionsbewegungen. Von ihm stammt die These von der Entwicklung der Gewerkschaften zum reinen Versicherungsbetrieb (1965) wie auch die vom Ende der Arbeiterbewegung (1978). Durch die Veröffentlichung der Bücher »SPD nach Hitler« und »Die Moskauer Schauprozesse« machte sich Pirker Mitte der sechziger Jahre bei der westdeutschen Linken unbeliebt. Im ersten Buch vertritt er die These, daß der schumachersche Antikommunismus die SPD daran hinderte, Stalins Offerten bezüglich der Deutschlandfrage politisch aufzugreifen. Im zweiten veröffentlichte er als erster die Protokolle der stalinischen Vernichtungsprozesse, auf die er zufällig in der Schweiz gestoßen war. Von nun an war Pirker von ganz links bis zum rechten Rand der Sozialdemokratie nicht mehr wohlgekommen. Er selbst sieht darin den Hauptgrund für einen Zitierboykott.

Durch Forschungsprojekte in der Stahlindustrie, zusammen mit Burkart Lutz und Siegfried Braun durchgeführt, hatte Pirker einen Namen als Industriosoziologe. Nach seiner Zeit am WWI galt seine Aufmerksamkeit vor allem der Büroautomation. Zu Beginn der sechziger Jahre polemisierte er, gestützt auf empirische Untersuchungen und seine praktischen Erfahrungen als ausgebildeter Verwaltungsangestellter, gegen Max Webers These von der Rationalität der Verwaltung. Er weist nach, daß es Unsinn ist, Bürotätigkeit nach tayloristischen Konzepten organisieren zu wollen. Im Büro werde Information verarbeitet. Rationalisierung müßte dort deshalb auf die Optimierung des Informationsflusses und nicht auf die Minimierung des für die Einzeltätigkeit notwendigen Zeitaufwands zielen. Eine praktische Konsequenz sei z.B. Mischarbeit in kleinen Arbeitseinheiten, statt zentraler Schreibbüros. Ähnliche Positionen hat Pirker auch zur Industriearbeit entwickelt. Heute, mehr als zwanzig Jahre später, kommen Management und Gewerkschaften vor dem Hintergrund mikroelektronisch basierter Automation zu fast denselben Einsichten. Pirker kritisiert, daß die deutschen Gewerkschaften nicht nur das politische Vakuum von 1945 zu nutzen versäumten, sondern auch die Bedeutung der Frage konkreter Gestaltung von Arbeitsorganisation und Technik für die betriebliche Politik nie begriffen hätten, auf den planenden Zugriff auf die Produktion verzichteten und sich statt dessen fast ausschließlich damit begnügten, auf intermediärer Ebene tarifierbare Lohn- und Leistungsfragen zu regeln. Daher stamme die Immobilität und Inhaltsleere ihrer konkreten betrieblichen Politik.

Pirker ist in einem katholischen und kommunistischen Elternhaus in München aufgewachsen. Im zweiten Weltkrieg war er Fallschirmjäger und wurde mehrfach verwundet. Seine Familie charakterisiert er als der »Arbeiteraristokratie« zugehörig. Der Vater war Meister. Familie Pirker kaufte nicht beim Konsum wie die Proleten des Stadtteils. Hier scheint er auch gelernt zu haben, jene zu verachten, die an der Spitze stehen, sei es der Generalstab, der Papst oder der Generaldirektor und in der mittleren Führungsebene den Dreh- und Angelpunkt jeglicher sozialer Organisation zu sehen. Max Weber hatte darauf hingewiesen, daß die tüchtigsten deutschen Arbeiter Sozialdemokraten waren. Pirker ergänzt, daß sie immer zuerst deutsche Arbeiter waren. Ohne dies zu sehen, könne die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nicht begriffen und keine erfolgreiche linke Politik entfaltet werden. Tief geprägt vom Elitebewußtsein dieser Facharbeiterschichten, ihrem Technikinteresse und ihrem Nationalbewußtsein sowie einem spezifischen, Ernst Jünger ähnlichen Fasziniertsein vom Austreten der Grenzen des Erleidenkönnens von Gewalt, begeistert sich Pirker für die Fliegerei und den technischen Krieg. Er wird Fallschirmspringer. Bis heute ist Pirkers provokanter Standardsatz in Diskussionen über deutsche Geschichte: »Ich war kein Widerstandskämpfer, ich war Fallschirmspringer.« In ihm kommt nicht nur seine von der linkskatholischen Nachkriegstheologie geprägte Auffassung zum Ausdruck, daß eine solidarische Gesellschaft nur aufzubauen sei, wenn »wir uns der Erfahrung des Krieges und dem was wir gemacht haben und was uns zugefügt wurde« (28) stellen, sondern auch sein klares Bewußtsein davon, daß neben seiner arbeiteraristokratischen Herkunft der Krieg eine wesentliche ihn sozialisierende Erfahrung war, die sich in seinem politischen und sozialwissenschaftlichen Denken widerspiegelt, und über die er stets die Auseinandersetzung sucht.

Vor dem Hintergrund seiner sozialen Herkunft gerinnt seine als Fallschirmjäger gewonnene Erfahrung zu einer grundsätzlichen Kritik am Prinzip des Generalstabs und generalstabsmäßiger Planung militärischer Aktionen. Dieser setzt Pirker das Konzept kleiner, mobiler und selbständiger Einheiten gegenüber. Während die Planung des Generalstabs sich auf riesige Räume und totale Ziele beziehe, der Natur der Sache nach nicht von konkreten Lagen ausgehen könne, sondern immer angenommene Lagen zugrundelegen müsse, aber als Planung des allmächtigen Generalstabs ein Befehl sei, der auch wider bessere Kenntnis der Situation umgesetzt werden müsse, die Arbeit des Generalstabs und damit er selbst somit kontraproduktiv sei und lediglich Durcheinander produziere, können kleine, autonome Einheiten sich auf konkrete Ziele konzentrieren und ihr Verhalten an der jeweiligen realen Lage ausrichten. Dieser Gedanke ist auch die Grundlage der Pirkerschen Kritik an den Vorstellungen der sowjetisch beherrschten Komintern und ähnelt bekannten Theorien des Guerillakrieges. Pirker war eine Zeitlang militärischer Berater des algerischen Widerstands. Wichtiger aber ist, daß er die Grundzüge seiner Kritik an der konventionellen Kriegsführung in die Politik und die Industriesoziologie hinein verlängert, was zu einer großen Affinität der politischen Theorie Pirkers und seiner militärtaktischen Überlegungen führt. Auch in der praktischen Politik, so Pirker, sei nur das konkrete Ziel (z.B. Verhinderung der Atombewaffnung) aktionsfähig und moralisierende Verallgemeinerungen politischer Ziele (z.B. Kampf dem Atomtod) gleichbedeutend mit der Austreibung des Politischen.

So sehr sich die Ergebnisse der Überlegungen Pirkers im Einzelnen auch als richtig erwiesen haben mögen, so wichtig ist es dennoch, sich mit ihrem background auseinanderzusetzen. Die manchmal schier ungebrochene Verlängerung aus der Analyse des Krieges gewonnener Erkenntnisse in die Politik ist Pirker möglich, weil er wie Clausewitz im Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sieht.

Dies als richtig unterstellt, unterliegen — gewollt oder nicht — Politik und Krieg den gleichen Gesetzmäßigkeiten, nämlich denen der Gewalt, Macht und Effizienz. Die Linke muß darüber nachdenken, ob sie sich einen solchen Politikbegriff weiter leisten will, oder ob sie ihr Ziel, den Abbau von Macht, in der Realisierung ihrer eigenen Politik zumindest ein Stück weit vorwegnehmen muß. Übertragen z.B. auf das vor dem Hintergrund mikroelektronisch basierter Automation heute äußerst brisante, von Pirker schon sehr früh aufgeworfene Problem der Organisation von Produktion und Büro, führt das zur Frage, ob die Konzepte des Kapitals einfach durch Gegenkonzepte — begründet mit höherer Effizienz — zu konfrontieren sind, oder ob es den Bedürfnissen der Arbeitenden nicht angepaßter ist, für solche Konzepte zu streiten, die den Abbau von Macht und das Entgrenzen alter Arbeitsteilungen implizieren.

Das Problem des Pirkerschen Effizienzbegriffs wird vermutlich deutlicher, wenn gesehen wird, woraus er sich ableitet. Nach 1945 verschränken sich in Pirkers Denken auf neue Weise Nationalbewußtsein, Elitedenken und die inzwischen zum Glauben an die Rationalität industriellen Fortschritts geronnene Technikbegeisterung, alles zusammen einst Grundlage seines Fasziniertseins vom technischen Krieg. Pirker ist der Überzeugung, daß es 1945 Aufgabe der Linken gewesen sei, den Kampf um die Führung der Nation aufzunehmen. Er meint damit, für den Wiederaufbau Deutschlands auf dem international höchsten technischen Niveau einzutreten. Pirker glaubt, die Rationalität des technischen Fortschritts könne sich nur auf der Basis von Demokratie entfalten, denn komplexe technische Systeme seien autoritär nicht effektiv zu verwalten. Dies ist aber höchstens die halbe Wahrheit. Unterschlagen wird, daß industrielle Modernisierung, deren soziale Folgen unabsehbar sind oder nicht akzeptiert werden, häufig antidemokratische Bewegungen mit antimodernistischen Zielen hervorbringt.

In der Pirker-Biographie scheinen die Widersprüche zwischen jenen Gruppen auf, die nach 1945 die Organisationen der Arbeiterbewegung wiederaufbauten: Emigranten, ehemalige KZ-Häftlinge und Frontsoldaten, die als »HJ-Jungen« bezeichnet wurden. Zu ihnen gehörte Pirker. Bis heute ist in der Linken dieser Konflikt tabuisiert. Immer noch pflegt sie den Mythos von der Wiedergeburt der Arbeiterbewegung in den Konzentrationslagern und in der Emigration. Der politische und organisatorische Einfluß der Frontsoldaten in der Nachkriegslinken ist nach wie vor höchstens punktuell erforscht und schon gar nicht in der Diskussion. Pirkers manchmal schonungslose und provozierende Offenheit in der Darlegung eigenen Denkens birgt die Chance, dieses Tabu ein kleines Stück aufzubrechen und ein realistischeres Verhältnis zu unserer eigenen Geschichte und damit auch zu unserer eigenen Zukunft zu gewinnen. Dies meint wohl auch Martin Jander, wenn er im Vorwort davon spricht, daß diese Linke eine »Historikerdebatte« nötig habe. Wer Theo Pirker kennt, weiß, daß er sich einer solchen Auseinandersetzung nicht verweigert. Viele Passagen des Interviews weisen darauf hin, daß er sie auf seine Art geradezu sucht.

Gerd Hurrle (Hattingen)

Erziehungswissenschaft

Handbuch der Deutschen Bildungsgeschichte. Bd. III: 1800-1870. Von der Neuordnung Deutschlands bis zur Gründung des Deutschen Reiches. Hrsg. von Karl-Ernst Jeismann und Peter Lundgreen. Verlag C.H. Beck, München 1987

(443 S., Ln., 148,- DM, Subskriptionspreis: 128,- DM)

Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. V: 1918-1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur. Hrsg. von Dieter Langewiesche und Heinz-Elmar Tenorth. Verlag C.H. Beck, München 1989

(471 S., Ln., 158,- DM, Subskriptionspreis: 138,- DM)

»Gut Ding will Weile haben« — dies scheint der Grundsatz der Herausgeber zu sein. Bereits Ende der siebziger Jahre war die Idee zu diesem Projekt geboren, bevor nach einer vierjährigen Anlaufphase, in der durch vorbereitende Kolloquien die ursprüngliche Planung wesentlich differenziert und ausgeweitet wurde, die endgültige Konzeption des Handbuchs erarbeitet war. Es dauerte dann allerdings ein halbes Jahrzehnt, bis 1987 schließlich mit dem Band II der erste von insgesamt sechs geplanten Bänden erschien, dem nun im Abstand von zwei Jahren ein weiterer (Band V) folgte. Man kann schon jetzt von einem ausgesprochen erfreulichen publikatorischen Ereignis sprechen. Dies liegt in erster Linie an der Grundkonzeption des Handbuchs, die in ihrer Art ohne Vorbild ist. Das Herausgeberkollektiv, primär mit Erziehungswissenschaftlern und Historikern besetzt, hat in vorbildlicher Zusammenarbeit mit Literaturwissenschaftlern, Volkskundlern und Soziologen ein nur interdisziplinär erschließbares Forschungsfeld bearbeitet, zu dem die einzelnen Fachdisziplinen nach internen Paradigmenwechseln in den letzten drei Jahrzehnten mit je spezifischen Fragestellungen verstärkt Zugang gefunden haben. Waren die Lexika und Handbücher zur Geschichte der Erziehung und Bildung bislang vor allem auf die pädagogische Ideen- und Institutionengeschichte konzentriert und folgten dabei einer narrativen Geschichtsauffassung, so läßt sich die vorliegende Konzeption einer »historischen Bildungsforschung« als sozialisationstheoretisch ausgerichtete Gesellschafts- und Sozialgeschichte umschreiben. Damit ist gesagt, daß in einem weiten Begriffsverständnis von »Bildung« zum einen die Schul- und Ideengeschichte stärker in ihrer Einbettung in gesamtgesellschaftliche Entwicklungen gesehen wird, daß zum anderen bisher eher vernachlässigte Phänomene in ihrer Bedeutsamkeit für Bildungsprozesse erkannt und in den Vordergrund gerückt werden. Die Gliederung der beiden vorliegenden Bände läßt das Bemühen um eine durchgängige Sachstruktur des Handbuchs erkennen: Die Handbücher beginnen nach den einleitenden Überblicksartikeln der jeweiligen Herausgeber mit einem Kapitel, in dem Lebensformen und Umgangserziehung im Alltag behandelt werden. Ihnen folgen ein weiteres zu Familie, Kindheit und Jugend, eines zur Volks- bzw. Erwachsenenbildung, ein Kapitel zur Sozialpädagogik bzw. zum Armenwesen und frühen Formen der Sozialarbeit, sowie ein abschließendes »Medien«-Kapitel. Daneben finden sich zentrale Kapitel zum »pädagogischen Denken«, zur Entwicklung von Schule und Hochschule sowie zur Berufsbildung, die in der Regel weiter differenziert sind und von verschiedenen Autoren bearbeitet wurden.

Das 19., das bürgerliche Jahrhundert war zugleich das der Bildung. *Jeismann* stellt in seinen einleitenden Bemerkungen zum III. Band heraus, daß dieser Tatbestand sich nicht sensationellen Umwälzungen der Philosophie, der Ästhetik oder der Bildungstheorie verdankt (die waren fast alle bereits im 18. Jahrhundert erfolgt), sondern als eine Antwort auf jene Herausforderungen anzusehen ist, die sich in Folge von politischen und sozialen Krisen, ökonomischen Entwicklungen, technisch-

wissenschaftlichen Entdeckungen und demographischen Veränderungen ergeben haben. Im Zuge der Auflösung der ständischen Ordnung wird Bildung zu einem bedeutsamen Medium der sozialen Neuformierung und Modernisierung der Gesellschaft. Man kann von einem Experimentierfeld für verschiedene Bildungskonzeptionen sprechen, die freilich sogleich in die sozialen und politischen Konflikte verwickelt werden, sobald sie gesellschaftliche Wirksamkeit entfalten: Aufklärung, Idealismus und Neuhumanismus werden zu Beginn des Jahrhunderts »sozialmoralisch instrumentalisiert«, das neue Bildungswissen vermittelt »sozialkulturelle Wertorientierungen und Lebensführungsnormen mit sozial-ubiquitärer Gültigkeit« (Jäger, 193). Einschränkungen sind jedoch angebracht. Am Beispiel der Professionalisierungsgeschichte des Lehrerberufs, der sich — freilich vorerst nur für Männer — bis 1870 weitgehend konsolidiert hat, zeigt sich, daß gerade hier sowohl die klassische Bildungsphilosophie wie auch die »Pestalozzische Reform« nur bruchstückhaft rezipiert werden. Unter dem Druck einer restaurativen Bildungspolitik und dem Bedürfnis nach Etablierung einer spezifischen Ethik des Lehrerberufs dominieren insbesondere nach 1848 eher staatskonforme, technologisch-handwerklich ausgerichtete Konzeptionen die Lehrerausbildung. »Praxisnahes« Erfahrungswissen und methodisch-didaktische Schwerpunktsetzungen drängen weiterreichende gesellschaftspolitische Fragestellungen an den Rand. Noch ausstehende Forschungsdefizite werden insbesondere in den Beiträgen eingeklagt, die in bisher unterbelichtete Bereiche der Bildungsgeschichte vorstoßen. Dazu gehört neben der Entwicklung von Mädchenschulen der gesamte Bereich der außerschulischen historischen Sozialisationsforschung. Obwohl zu den sozioökonomischen und soziokulturellen Rahmenbedingungen des familialen Strukturwandels in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mittlerweile einige Arbeiten vorliegen, erweist es sich beispielsweise als schwierig, die von *Herrmann* fokussierte »Innenansicht« von Familie, Kindheit und Jugend aus einer bildungsgeschichtlichen Perspektive zu beschreiben und zugleich prägnante, regional hinreichend differenzierte Typen zu bilden. Während sich die patriarchalische Struktur des »ganzen Hauses« allmählich zugunsten der Privat-Familie auflöst, organisiert sich die bürgerliche Öffentlichkeit verstärkt in geselligen »Harmonien«, Clubs und Vereinen und befriedigt ihre Bildungs- und Lektürebedürfnisse in Lesegesellschaften sowie über ein sich rasch ausbreitendes Bibliothekswesen. Daß hier ein bislang noch zu wenig erschlossener Bereich früher Formen von Erwachsenenbildung vorliegt, wird nicht nur in *Röhrigs* Beitrag zur Volksbildung, sondern insbesondere auch in *Ungern-Sternbergs* Ausführungen zur Medienkultur hervorgehoben. Er zeigt eindringlich, wie wenig die Vereins-, Buchhandels-, Theater-, Zeitungs-, Museums- und Bibliotheksgeschichte bisher über den Bereich der entsprechend spezialisierten Teildisziplinen hinaus in ihrer sozialisations- und bildungsgeschichtlichen Relevanz Beachtung gefunden hat.

Der von *Langewiesche* und *Tenorth* herausgegebene Band V akzentuiert die sozialgeschichtliche Konzeption des Handbuchs noch stärker bildungssoziologisch, distanziert sich aber zugleich von den Faschismus- und Totalitarismustheorien, die in den älteren sozialwissenschaftlichen und historischen Auseinandersetzungen mit diesem Abschnitt deutscher Geschichte bestimmend waren. Ohne bei der Deskription stehen zu bleiben oder Fragen der historischen Theoriebildung ganz zu vernachlässigen, analysieren die meisten Beiträge die Zwischenkriegszeit vom Krisenbewußtsein der Zeitgenossen her. Nachdem der Bildungseuphorismus des letzten Jahrhunderts endgültig verbraucht ist, wird die Weltwirtschaftskrise analogisch auf die »geistige Währungs- und Wertungskrise« projiziert und unter dem Eindruck eines traditionszeretzenden Gesellschaftswandels sind die Bildungsaktivitäten auf fast allen Ebenen

mit der Diskussion von Bewältigungsstrategien beschäftigt. Methodisch innovativ (Bildung von »Arbeitsgemeinschaften«) scheinen sie jedoch zeitdiagnostisch den Herausforderungen der »neuen Zeit« kaum gewachsen zu sein. Im Richtungsstreit der Erwachsenenbildung artikulieren sich Stimmen, die in politikfernen »Bildungsbrüderschaften« dem Verfall des Zeitalters entgegenwirken wollen, in der Hochschullehrerschaft keimen antidemokratische Ressentiments. Komplementär dazu wird die Jugend als »Generation« der Zukunft mythologisiert. Zudem gewinnt die Jugendphase — vermittelt über vielfältige Organisationsformen von den »Bündischen« bis hin zu den »wilden Cliques« — an Gewicht als eigenständiger Bildungsfaktor im Lebenslauf. Schulpolitisch wird in der Weimarer Republik die bis zum Ende des Kaiserreiches bereits weitgehend vorangetriebene, aber längst nicht in allen Ländern umfassend durchgesetzte Vereinheitlichung und Verstaatlichung des öffentlichen Schulsystems weiter vorangetrieben, bei mancherlei Kompromissen und Einschränkungen, die wegen der Parteienzersplitterung (etwa in Fragen der Konfessionsschulen) konzediert werden mußten. Bedeutsam ist weiterhin die nun auf breiter Front einsetzende Etablierung der wissenschaftlichen Pädagogik an den Hochschulen und die damit verbundene Aufwertung in der Öffentlichkeit. *Tenorth* greift in seinem zentralen Aufsatz zum pädagogischen Denken die immer schon kontroverse Frage nach der (Dis-)Kontinuität pädagogischen Denkens im Verhältnis zur nationalsozialistischen Ära auf. Gegen pronocierte Thesen aus einem Guß zeigt er überzeugend, daß sich diese Frage nur pluralisierend beantworten läßt: Kontinuitätslinien bestehen neben eindeutigen Brüchen und Verwerfungen. Als produktive Irritation nicht nur für die Erziehungswissenschaft wäre hier der Befund zu rezipieren, »daß pädagogisches Wissen aus der Praxis der Erziehung ... relativ eindeutig ablösbar ist von den politischen Kontexten, denen es entstammt, und von den gesellschaftlichen Zusammenhängen, in denen es benutzt wurde« und daß es darüber hinaus im Hinblick auf das Theorie-Praxis-Problem »anscheinend kein Kontinuum der Gütemaßstäbe pädagogischen Wissens gibt. Zwischen den theoretischen Kriterien erziehungswissenschaftlicher Forschung, den pädagogischen Kriterien praxisbezogener Reflexion und den politisch-sozialen Kriterien für gelungene Erziehung besteht jedenfalls nicht jenes einlinige Entsprechungsverhältnis, das in ideologiekritischen Auseinandersetzungen unterstellt wurde. Es bezeichnet vielleicht sogar den erschreckenden Modernismus der Ideenpolitik der Nationalsozialisten, daß sie sich diese Differenz zur Stabilisierung ihrer Macht zynisch zunutze gemacht haben« (147). In eine ähnliche Richtung weist der an einer strukturalistischen Geschichtsbeurteilung geschulte Blick *Eichbergs* auf die Lebenswelt und das Alltagswissen. Er arbeitet drei Öffentlichkeitsformen heraus, die quer zu der etablierten Unterscheidung zwischen bürgerlicher, proletarischer und faschistischer Öffentlichkeit liegen. Überzeugend gelingt ihm dies insbesondere im Hinblick auf die medienindustrielle Öffentlichkeit, die nun (dies führt *Schütz* im Medienkapitel weiter aus) durch Rundfunk und Tonfilm eine völlig neue bewußtseinsbildende Kraft entfaltet. Auch in diesem Bereich hat die bildungsgeschichtliche Reflexion erst ansatzweise eingesetzt.

Die einheitliche Gesamtkonzeption des Handbuchs ermöglicht die diachron lesbare Entwicklungsgeschichte einzelner Teilbereiche über mehrere Bände hinweg. Dies gelingt freilich bei in sich klar vorstrukturierten Gegenstandsfeldern, wie etwa der Geschichte des öffentlichen Schulsystems (oder der in beiden Bänden zu recht in eigenen Beiträgen hervorgehobenen bildungsgeschichtlichen Bedeutung des Militärs) sicherlich leichter, als bei weniger klar abgrenzbaren Themen wie der im Ausgang des 19. Jahrhunderts noch relativ konturlosen Sozialpädagogik oder dem ohne historische Kontinuität der Institutionen sich entwickelnden Sektor der Volks- und

Erwachsenenbildung. Die künftig historische Bildungsforschung wird zeigen, ob die Erarbeitung von Kategorien gelingt, deren synthetische Kraft die unterschiedlichen Felder besser zu integrieren vermag, ohne die notwendigen Differenzierungen preiszugeben. Fürs erste darf man auf das Erscheinen der noch ausstehenden Bände des Handbuchs gespannt sein.

Georg Ruder (München)

Oelkers, Jürgen: Reformpädagogik. Eine kritische Dogmengeschichte. Juventa Verlag, Weinheim und München 1989 (248 S., br., 34,80 DM)

Welche Konjunktoren das Nachdenken über Erziehung und Unterricht, vor allem die auf ihre Veränderung zielenden Ambitionen auch prägen, die »Reformpädagogik« bildet für sie einen inhaltlichen Bezugspunkt. Sogar dort noch, wo man nicht einmal implizit auf sie verweist: »Reformpädagogik« — das ist gewiß (wenigstens in der Bundesrepublik, mehr noch in der DDR) ein identitätsstiftendes Element für die Pädagogik. Wer ihren Fortschritt fordert, knüpft an ihre Tradition an. Und selbst die Antipädagogik wirbt für ihre Sache mit reformpädagogischen Argumenten.

Allerdings geschieht dies keineswegs frei von Paradoxien: Denn die nähere Betrachtung enthüllt, daß es die »Reformpädagogik« schlechthin nicht gegeben hat. Schon der Versuch ihrer epochalen Eingrenzung auf den Zeitraum von 1890 bis 1930 scheitert. Was unter diesem Begriff gefaßt wird, erweist sich zudem als ein heterogener, nicht einzugrenzender Komplex von Veränderungen der Praxis des Erziehens und Unterrichtens — so stellten beispielsweise die Auseinandersetzung um die Reform des Gymnasiums und die Einführung des Jugendstrafrechts am Ende des letzten Jahrhunderts für die Zeitgenossen Elemente der Reformpädagogik dar. Ebenso wenig läßt sich eine Einheit der Problemstellungen, Themen und Topoi bestimmen, die eine gegenständliche Identifizierung der Reformpädagogik ermöglichen. Mehr noch: Wenn es überhaupt ein einheitliches Moment an der Reformpädagogik gab und gibt, so ist dieses wohl post festum entstanden. Zugespielt formuliert: Die Reformpädagogik wurde als solche überhaupt erst in ihrer Rezeption erzeugt. Sie läßt sich als ein Produkt der »Geisteswissenschaftlichen Pädagogik« fassen, die nicht nur faktisch die vielfältigen Reformbemühungen in den zwanziger Jahren durch ihre Reflexionsformen zu disziplinieren versuchte, sondern zugleich einen Claim absteckte, der sich bis in die Gegenwart ausbeuten ließ. So waren es Herman Nohl und Wilhelm Flitner, die das Epochenverständnis von der Reformpädagogik konstituierten und verbindlich machten.

Gegenüber solcher Traditionsstiftung, gegenüber den mit ihr verbundenen Geltungsansprüchen von Reformpädagogik wie auch geisteswissenschaftlicher Pädagogik tritt Oelkers mit seinem Buch an. Er beginnt, das Feld neu zu vermessen. Einmal weist er den Epochenbegriff von Reformpädagogik zurück und zeigt, daß ihre Eigentümlichkeit gerade im Mangel an Originalität liegt. Zwar sind »Programmatik und Selbststilisierung, Sprachformen und Paradoxien von 'Reformpädagogik' ... von Anfang an deutlich erkennbar, aber vor allem deswegen, weil ein Bruch mit der pädagogischen Tradition *nicht* gesucht und nicht gesehen wurde« (II; Hervorh. im Orig.). So setzt Oelkers nach einem problematisierenden Einleitungskapitel zum epochalen Verständnis von Reformpädagogik mit dem zweiten Kapitel konsequenterweise bei der »Reformpädagogik vor der 'Reformpädagogik'« ein; seine Kernthese lautet: »Pädagogik ist immer Reformpädagogik« gewesen (35). Die zumeist als Auslöser eines neuen pädagogischen Denkens angeführte, etwa auf Nietzsche gründende Kulturkritik habe dabei Bedeutung höchstens in dem Sinne gehabt, daß sie eine Protesthaltung stützte, in deren Folge man sich gedanklich an Gemeinschaftsvorstellungen orientierte, die Chance auf demokratische Erneuerung aber verpaßte.

Das dritte Kapitel rekonstruiert die Diskussion zur Jahrhundertwende, um die zwei fundamentalen Ideen der Debatte, nämlich »Kindorientierung« und »Entwicklung« herauszuarbeiten. Für beide konstatiert Oelkers, daß sie nicht nur zum Mythos pervertierten, sondern darin notwendig in eine antipädagogische Haltung mündeten. Man könnte dies als ein weiteres Grundparadox der Reformpädagogik anführen: Sie zeichnet aus, daß sie zu einer Selbstblockade von pädagogischer Reflexion und Praxis führt. Deutlich wird dies sowohl im vierten Kapitel über »Konzepte der Schulreform« und schließlich in dem über »Konzepte der Gesellschaftsreform«. Spätestens in diesem tritt in aller Schärfe hervor, was Oelkers schon einleitend notiert: Die Pädagogik unterliegt einer Ambivalenz, weil sie Weltverbesserung und pragmatische Veränderung will — eine Mischung, die »nie zusammenstimmt« (19).

Welche Einwände und Defizittrügen (etwa hinsichtlich der internationalen Debatte, insbesondere der Auseinandersetzung um die als solche begriffene Reformpädagogik in der Sowjetunion) man gegen Oelkers Buch auch vorzutragen hätte, es ist doch aus zwei Gründen über jede Kritik erhaben: Zum einen liefert es eine materialreiche, analytisch angelegte und theoretisch geleitete Darstellung zur Reformpädagogik, die längst überfällig war — zu monieren wäre vielleicht, daß die Fülle der Hinweise überwältigt, somit das Buch kaum als Einführung geeignet erscheinen läßt. Zudem zeichnet es eine Komplexität der Darstellung aus, die zuweilen theoretische und philologische Oberflächlichkeit nahezu zwangsweise zur Folge hat. Man wird also weiterhin auf Einzelstudien zurückgreifen müssen, kann diese aber unter den von Oelkers dargelegten Prämissen neu lesen.

Zum anderen bleibt allein schon der Versuch einer neuen, gegenüber der Inanspruchnahme durch die Geisteswissenschaftliche Pädagogik alternativen Deutung, ein kaum zu überschätzendes Verdienst. Daß sich Oelkers selbst im Grunde eines historisch-systematischen Verfahrens bedient, mag dabei als eine besondere Pointe gelten. Ob er freilich die Rede von der Reformpädagogik, von ihrer epochalen Besonderheit tatsächlich aufzulösen vermag, bleibt dahingestellt. Möglicherweise würden eine sozialgeschichtliche, modernisierungstheoretisch angeleitete Analyse und die wissenschaftssoziologische Auseinandersetzung mit der Pädagogik zeigen, daß doch ein gleichsam paradigmatischer Zusammenhang zu Beginn dieses Jahrhunderts bestand, der die Identität von Reformpädagogik konstituierte.

Michael Winkler (Nürnberg)

Tenorth, Heinz-Elmar: Geschichte der Erziehung. Einführung in die Grundzüge ihrer neuzeitlichen Entwicklung. Juventa Verlag, Weinheim und München 1988 (343 S., br., 34,80 DM)

Für mich steht die Erziehungsgeschichte des Frankfurter Wissenschaftlers in lehrreicher Idealkonkurrenz zu einem wenige Jahre älteren Buch. Ich meine die »Geschichte der Pädagogik« von Herwig Blankertz (Büchse der Pandora, Wetzlar 1982). Hinterläßt Tenorths Buch den Leser in einer gewissen Konfusion darüber, was er denn nun eigentlich vom Gang der deutschen Erziehungsgeschichte zu halten habe und was in Zukunft zu tun sei, gewinnt Blankertz aus seinen Analysen klare Perspektiven, weil er an einer normativen Idee von Pädagogik festhält, die sich in Wissenschaft nicht auflösen läßt. Auch wer Blankertz, der hierin dem Neukantianismus und der geisteswissenschaftlichen Pädagogik treu blieb, nicht folgen mag, wird die produktive und kritische Energie anerkennen, welche die Hypostasierung eines pädagogischen propriums freisetzt und welche verloren geht, wenn über der Angliederung immer neuer Gebiete die Kontur der Disziplin selbst verschwindet. Diesen Weg beschreitet Tenorth. Was hat, um nur dieses Beispiel zu nennen, das gerade Konjunktur

hat, die historische Bildungsforschung als ein Teilgebiet der Sozialgeschichte mit Pädagogik zu tun? Welche Fragen beantwortet sie, die unser praktisches Interesse am Bildungswesen, das die geschichtliche Entwicklung mit einschließt, vertiefen und befriedigen? Die Auflösung einer Disziplin kann auch im Zeichen von Positivismus und Historismus erfolgen und nicht nur in postmoderner Beliebigkeit — gegen die Tenorth zu recht einmal polemisiert.

Das Buch gliedert sich in sieben Kapitel. Zwei davon sind systematisch und befassen sich mit Begriff und Methode der Erziehungsgeschichte sowie mit den Strukturprinzipien moderner Gesellschaften und dem Stellenwert, den das Erziehungssystem in ihnen einnimmt. Ein Kapitel resümiert das Erbe der vormodernen Welt unter Ein-schluß der Antike — eine seltsame Konventionalität, der sich der Autor hier und auch sonst oft fügt. Kapitel III ist dem 18., dem »pädagogischen« Jahrhundert, Kapitel IV der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn der Reichsbildung gewidmet. Hier stehen Absätze über Bildungsphilosophie, Bildungswesen und allgemeine Erziehungsverhältnisse sowie die Bildungspolitik fremd nebeneinander, so daß man sich fragt, ob das alles überhaupt noch sinnvoll unter einem Dach untergebracht werden kann. Kapitel V umfaßt unter der Überschrift »Krise der Moderne« die Jahre von 1890 bis 1945. Auch hier wieder das irritierende Nebeneinander von Verhältnissen, Wissenschaft und Politik, das sich — ein wenig anders formuliert — auch im letzten historischen Kapitel wiederfindet, das uns dann in die Gegenwart entläßt. So eigentümlich den Leser im Kapitel IV einige Seiten über Schiller, Fichte, Humboldt und andere Referenten der deutschen Bildungsidee anmuten, so beliebig wirken die Andeutungen über die Richtungen der Erziehungswissenschaft heute am Ende des Buchs.

Für Studenten mag Tenorth, der den Anmerkungs- und Literaturteil erfreulich knapp gehalten hat, eine brauchbare Ergänzung zu dem genannten Buch von Blankertz und zu der noch immer gut informierenden »Geschichte der Erziehung« (Autorenkollektiv, Berlin/DDR 1956ff.) sein. Für mich ist der Text eine entschlußlose Addition von Fragmenten, wo der Autor voreilig alle zukunftsweisenden Ansätze bloß antippt, um sie zugunsten einer vage bleibenden wissenschaftlichen Objektivität abzuweisen. Mit einer einfachen Anlehnung der Erziehungsgeschichte an die allgemeine Geschichte hat man nichts gewonnen als eine öde Nivellierung aller interessanten Fragen, das lehrt dieses Buch. Ebenso lehrt es, daß eine Verallgemeinerung des Erziehungsbegriffs, für die Tenorth zu Unrecht sich auf Bernfeld beruft, nur die Funktion hat, die Zuständigkeiten zu vernebeln und die Verantwortung der Disziplin zu schwächen.

Katharina Ruschky (West-Berlin)

Flitner, Wilhelm: *Gesammelte Schriften*, Band 2: Pädagogik. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 1989 (310 S., Ln., 39,- DM)

Flitner, Wilhelm: *Gesammelte Schriften*, Band 3: Theoretische Schriften. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 1989 (546 S., Ln., 102,- DM)

Röhrs, Hermann und Hans Scheuerl (Hrsg.): *Richtungsstreit in der Erziehungswissenschaft und pädagogische Verständigung*. Wilhelm Flitner zur Vollendung seines 100. Lebensjahres am 20. August 1989 gewidmet. Verlag Peter Lang, Frankfurt/M., Bern, New York, Paris 1989 (418 S., Ln., 64,- DM)

Die beiden theoretischen Bände der gesammelten Schriften Wilhelm Flitners umfassen die »Systematische Pädagogik« (1933) und die »Allgemeine Pädagogik« (1950) (beide Schriften in Band 2) die die überarbeitete Fassung der »Systematischen Pädagogik« darstellt und bis 1980 in 14 Auflagen erschienen ist; Band 3 versammelt unter der Einteilung »Normative und ethische Aspekte der Pädagogik« (Teil I) und

»Theoretische Schriften« (Teil II) Aufsätze und Vorträge Flitners von 1925 bis 1978, die in chronologischer Reihenfolge abgedruckt sind (ergänzt um ein hilfreiches Namens- und Sachregister).

Beide Bände vermitteln den Eindruck eines in sich geschlossenen Werkes, dessen Kontinuität sowohl hinsichtlich der Problemstellung wie auch der Lösungsperspektiven sich ungebrochen durchhält. Zwar gibt es leichte Verschiebungen — etwa in der Gewichtung unterschiedlicher Faktoren (so tritt die Theologie sowohl in der Problemformulierung — Glaubensspaltung — wie auch in der Zielperspektive zugunsten ethisch-anthropologischer Betrachtungsweisen zurück), aber Problemstellung wie funktionale Verortung der Pädagogik in der Lösungsperspektive bleiben doch erhalten. Flitners theoretische wie ethische Reflexion nimmt ihren Ausgangspunkt von einer Krisendiagnose der Moderne: In ihr sind jene Lebensformen der patriarchalischen Gesellschaft, in denen soziale Funktion, Sitte, geistiges Leben und Haltung konvergierten (3, 74), verfallen — und mit ihnen auch die Möglichkeit einer quasi selbstverständlichen Einpassung der Subjekte in eine (christlich verbürgte) Autoritätsordnung (3, 13f.). Während Flitner anfangs noch glaubte, daß jene mit der bürgerlichen Gesellschaft und der Industrialisierung neu geschaffenen Institutionen und sozialen Verhältnisse ihre Versittlichung (als Verchristlichung) noch nicht gefunden hätten (3, 25), so wußte er doch, daß keine der von ihm unterschiedenen Weltanschauungen (Katholizismus, Protestantismus, Humanismus und wissenschaftlicher Positivismus) mehr allein imstande sein würde, Lebensformen zu anerkannten sittlichen Einheiten zu machen. Diese Einsicht führt Flitner nicht nur dazu, im eigenen Lager um Toleranz und eine Öffnung gegenüber reformpädagogischen Einsichten zu werben, sondern schließlich auch dahin, den Dialog nicht nur als Grundlage verantwortlicher Politik (der »Verantwortlichen«), sondern auch der pragmatischen Geisteswissenschaften zu begreifen (2, 129). Zum Integrationspunkt der Weltanschauungen wird dann schließlich die Persönlichkeit (3, 85), die den Konsens mit anderen darüber suchen muß, was menschenwürdig und sinnvoll ist (3, 85) — auch um eine Barbarei, wie sie im Faschismus statthatte, zu verhindern (3, 94). Flitners Theoriebildung mündet nun allerdings nicht in eine Apologie des mündigen Einzelnen, der moralisch autonom über sich und die Gestaltung seiner Lebensbedingungen entscheiden könnte. Daran hindert nicht nur, daß der Dialog von »Verantwortlichen« für andere geführt wird, sondern — damit zusammenhängend — das Konzept der Lebensform, an dem Flitner festhält: Ziel des Dialogs ist die Etablierung neuer Lebensformen, ist wiederum jener Grund, jenes Ethos, aus dem die einzelnen ihre moralischen Perspektiven mit Selbstverständlichkeit und Toleranz schöpfen. Es geht nicht darum, alte Formen zu restaurieren, sondern neue zu schaffen: die durchgesetzten Sozialverhältnisse mit ethischen Prämissen zu verbinden.

Als hermeneutisch-pragmatische Geisteswissenschaft steht die Pädagogik im Dienst an der sittlichen Gestaltung des Gemeinwesens (3, 366). Vor dem Hintergrund des Krisenszenarios und der Bedeutung des Konzepts der Lebensform entwirft Flitner Position und Aufgabenstellung einer wissenschaftlichen Pädagogik. Im Gegensatz zu den an bestimmte Lebensformen gebundenen Erziehungslehren tritt diese pädagogische Wissenschaft auf den Plan, nachdem ein Reflektieren auf das Versagen der Erziehungslehren vor der Krise der Lebensformen notwendig geworden ist (3, 414ff.). Im Gegensatz zu diesen ist es für die wissenschaftliche Pädagogik notwendig, den gesellschaftlichen Stellenwert der pädagogischen Praxis kritisch zu reflektieren und die Einheit dieser Praxen jenseits aller Deformationen in einem ethisch zentrierten Grundgedankengang auszudrücken. Ihre Möglichkeit, der Verfall der gültigen Lebensformen, bildet zugleich ihre Grenze: Ihre Zielsetzungen bleiben

unwirksam, solange sie nicht tatsächlich geltende Lebensnormen reflektieren (3, 74; 2, 108, 242). Flitner ist überzeugt, daß neue gesittete Lebensformen möglich sind, in denen sich soziale Funktion, Sitte, Interpretation und Haltung verschränken: Ohne diese verlieren sich auch pädagogische Ansätze in hoffnungsloser Zersplitterung (3, 347). Das pädagogische Denken, das sich selbst aus vier unterschiedlichen Zugriffen auf den Gegenstand (die Flitner in der »Allgemeinen Pädagogik« erläutert als biologische, geschichtlich-gesellschaftliche Betrachtungsart, Erziehung als geistige Erweckung und als Erweckung des Gewissens) zusammensetzt, die alle unverzichtbar und nicht aufeinander reduzierbar sind, gerät damit in ein gewisses Dilemma: Wenn Erziehung letztlich nur auf der Basis gültiger Lebensformen gelingen kann, es pädagogisch-wissenschaftliche Reflexion aber nur dort gibt, wo diese zerbrechen, so hat diese Reflexion keinen konkreten Gegenstand mehr. Flitner muß daher annehmen, daß ein Rest von Erziehungslehren noch in ihren Lebensbereichen anerkannt ist: diese gilt es, von Irrtümern zu befreien und mit Bezug auf ihren Kontext aufzuklären im Hinblick auf ihre real-situativen Möglichkeiten. Insofern bezeichnet er die pädagogische Wissenschaft als *réflexion engagée* (3, 328), die die Selbstverständlichkeiten von in verschiedenen Lebensformen gültigen Erziehungslehren reflektiert und zu einem Grundgedankengang der Zeit zu verdichten hat, der dem praktischen Erzieher ein »Standortbewußtsein im Kampfgewühl der Zeit gibt« (3, 307). Die pädagogische Wissenschaft, deren autonomen Charakter als philosophisch-hermeneutisch-pragmatische Disziplin Flitner nicht aufhört zu verteidigen, gewinnt damit selbst pädagogischen Charakter: Ihr primäres Ziel ist die pädagogische Bildung sowohl der professionellen Erzieher (zunächst in pädagogischen Akademien, später an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen zentriert um die Allgemeine Pädagogik) als auch der Laien (im Rahmen der Erwachsenenbildung) — eine Bildung, die einerseits Einsicht in die Probleme der Zeit und andererseits Parteilichkeit für die Entwicklung neuer sittlicher Lebensformen vermittelt. Ziel ist die Möglichkeit von moderner Pluralität auf dem Boden einer objektiven Sittlichkeit, die als solche eine kooperative Bearbeitung von Welt- und Sinndeutungen erlaubt. Von der Realisierung dieser objektiven sittlichen Grundlage im Umgang mit Subjekten, die sich in ihrer Autonomie von dieser Grundlage her begreifen, hängt das Gelingen und Scheitern von pädagogischer Theorie und Praxis ab.

Vor dem Hintergrund gegenwärtiger Diskussionen zur Zersetzung der Lebensformen hin auf stärkere Individualisierung als Vollendung der Moderne, zur Verselbständigung von Strukturen gegenüber dem, was subjektiv möglich ist, zur Zersplitterung und Vervielfältigung von Sinnentwürfen und Rationalitätsmodellen u.ä. erscheint Flitners Problemdiagnose als verharmlosend und seine Lösungsperspektive als uneinlösbar, weil deren Prämissen nicht nur vorübergehend, sondern endgültig verloren sind. Von einer Festschrift aus Anlaß der Vollendung des 100. Lebensjahres Flitners wird man vielleicht erwarten, daß sie sich diesen Problemen — und damit auch dem, ob die Kennzeichen der pädagogischen Disziplin als philosophisch-hermeneutisch-pragmatisch, als Philosophieren aus der konkreten Situation pädagogischer Verantwortung heraus, noch Gültigkeit beanspruchen kann — stellt. Die Herausgeber der Festschrift aber legen bereits im Vorwort die Perspektive eher formal fest: Sie betonen die integrative Sichtweise Flitners, die immer unterschiedliche Perspektiven als möglich und legitim angesehen habe und sehen darin eine Möglichkeit, auch den heutigen Richtungsstreit in der Pädagogik zu entschärfen (Ilf.). Diesen Richtungen soll daher in der Festschrift zugleich ein Forum gegeben werden. Jedoch wird schon in dem einleitenden Beitrag von H. Röhrs deutlich, daß keine Diskussion der Fragen an die Möglichkeit und die Grundlagen von integrativer

Verständigung stattfindet. Die Forderung nach einem Konzept des kritischen Pluralismus (19), der einmal mehr — eine Darstellung der drei »Paradigmen« (empirisch, hermeneutisch, kritisch) folgt, glaubt Röhrs einlösen zu können durch Rückbezug aller möglichen Perspektiven auf ein geisteswissenschaftliches Fundament: »Die geisteswissenschaftliche Pädagogik bildet jedoch ein breites und reiches Fundament, auf dem sich weitere wissenschaftliche Richtungen bilden und entfalten können.« (45) Wie man sich eines solchen Fundaments heute versichern könnte, ob der Ansatz Flitners dafür mögliche Argumente bietet, wird nicht diskutiert. So bleiben auch die versammelten Aufsätze unvermittelte Selbstdarstellungen verschiedener Positionen. W. Brezinka stellt die empirische Erziehungswissenschaft als eine mögliche Wissenschaft dar; O. Anweiler verweist auf die »Internationale Dimension der Pädagogik«. An Richtungen und Positionen der Erziehungswissenschaft sind weiterhin vertreten: T. Ballauff mit einem Plädoyer für den Bildungsbegriff, M. Brumlik mit einer Darstellung der Pädagogik als kritischer Sozialwissenschaft, H.-J. Gamm (kritisch-materialistische Pädagogik), M. Heitger (Tranzendentalphilosophische Pädagogik), K. Schaller (Kommunikative Pädagogik) und ein Beitrag von W. Klafki zur möglichen Begründung pädagogischer Zielsetzungen. In einem weiteren Teil wird die Pädagogik im Verhältnis zu Nachbardisziplinen vorgestellt von : H.-H. Groothoff (Philosophie Kants), F.E. Weinert (Psychologie), G. Bittner (Psychoanalyse), P. Eggers/V. Lenhart (Soziologie). Weitere Aufsätze behandeln das Verhältnis der Pädagogik zum Humanismus (C. Menze), zum Glauben (K.E. Nipkow), zur ästhetischen Bildung (K. Mollenhauer), zur Technik (E.E. Geissler), zur Altenbildung (A. Kruse/U.M. Lehr), zur lebenslangen Bildung (F. Pöggeler) sowie — eher systematisch — die Legitimität pädagogischer Wirkungs- und Verantwortungsvorstellungen (H. Heid). Mit der Notwendigkeit des kritischen Gespräch-Führens beschäftigt sich ein Beitrag von H. Bokelmann.

Es gibt neben einer Einführung O.F. Bollnows in die geisteswissenschaftliche Pädagogik, in der er die Unterschiede in den Ansätzen Flitners und Nohls betont, nur zwei Beiträge, die sich mit dem Werk Flitners auseinandersetzen. U. Herrmann stellt das Werk Flitners nicht nur als zentriert um die Begriffe »Lebensform — Gesittung — Konsensus« dar, sondern verweist auch auf die Grenze der Konzeption, der sich Flitner selbst bewußt gewesen sei: daß unter den Bedingungen der Moderne das Gelingen von Bildung und Erziehung, deren Fundamente in den Lebensformen fragwürdig geworden sind, grundsätzlich in Frage gestellt sei (252). Herrmann verweist auch auf die Grenze der Gesellschaftskritik Flitners, für die der Entfremdungsbegriff und damit die Form des Gegensatzes von Individuum und Gesellschaft unter industriellen Bedingungen keine Rolle gespielt habe (253).

In seinem Schlußbeitrag »Wo finden wir Maßstäbe für unser pädagogisches Tun und Lassen« knüpft H. Scheuerl explizit an Flitners Perspektive an: Wie kann die Pädagogik angesichts zerstittener (aber eben nicht wie bei Flitner mitgedacht: zerfallener) Lebensformen (394) einen Beitrag zur Klärung und Verständigung auf normativer Grundlage leisten? (397) Seine Perspektive — als gäbe es real intakte Lebensformen und entsprechende »motivierende Pädagogiken«, die nur miteinander in Streit lägen, und als gäbe Flitner keine alternative und kritische Perspektive auf deren Problemstellung wie Lösungsperspektive — besteht in dem historischen Einblick in möglichst viele unterschiedliche motivierende Pädagogiken und darin, »einige grundlegende Beurteilungskriterien zu verbreiten« (400). Dies würde zwar den Richtungsstreit nicht beenden, aber doch Verständigungsmöglichkeiten eröffnen. Die Konzeption des gesamten Bandes könnte man dem ersten Punkt geschuldet sehen, wenn man das Problem der »motivierenden Pädagogiken heute« einmal ausklammert (was

zentral für eine Auseinandersetzung mit Flitner wäre). Die Möglichkeit der grundlegenden Kriterien aber, von der her auch ein Nebeneinander-Stellen unterschiedlicher und bekannter Ansätze erst seinen integrierten Sinnzusammenhang gewinnen könnte, wird weder problematisiert noch bearbeitet. Alfred Schäfer (Köln)

Soziale Bewegungen und Politik

Dertinger, Antje: Frauen der ersten Stunde. Aus den Gründerjahren der Bundesrepublik. Latka Verlag, Bonn 1989 (256 S., Ln., 28,- DM)

In biographischen Kurzportraits stellt Antje Dertinger exemplarisch Frauen aus Politik und Kultur, Sozialarbeit und Pädagogik, aus Wirtschaft und Justiz vor, die maßgeblich die Reorganisation des öffentlichen Lebens nach 1945 mitbestimmten. Der Bogen reicht von Ilse Aichinger, die dem Erleben, Erinnern und Erhoffen des Nachkriegsdeutschland eine Sprache zu verleihen suchte, über Klara-Maria Faßbinder, die Initiatorin der westdeutschen Frauenfriedensbewegung bis hin zur jüdischen Politikerin Jeanette Wolff. Ich erfuhr, daß sich die Arbeiterwohlfahrt in ihrer heutigen Konzeption der Aufbauarbeit von Frauen um die Sozialpolitikerin Lotte Lemke verdankt. Ich erfuhr, daß die beiden wichtigsten Ämter im zerstörten Berlin, das Amt des Amtierenden Oberbürgermeisters und die Leitung des Sozialwesens mit zwei Frauen, Louise Schroeder und Marie-Elisabeth Lüders, besetzt waren. Und wer weiß schon von dem Engagement der Juristin Elisabeth Selbert, die allen Widerständen zum Trotz und dank einer großangelegten Mobilisierungskampagne im Parlamentarischen Rat beharrlich den Gleichheitsparagrafen durchsetzte?

Ich habe die zwanzig Portraits begierig an einem Stück gelesen und wurde von Mal zu Mal zorniger: Die Selbstverständlichkeit, mit der die Besatzungsmächte angesichts der desolaten demographischen und demokratischen Verfassung bei der Neugestaltung des öffentlichen Lebens auf die politisch »unbelasteten« Frauen als Arbeitskräftereservoir zurückgriffen, steht in eklatantem Widerspruch zu dem, was uns die Geschichtsschreibung über jene Zeit vermittelt. In der politischen Kultur der Bundesrepublik ist diese Aufbauarbeit nicht präsent! Hier liegen die Stärken des Buches: Es weist dort, wo es um die weibliche Beteiligung an der gesellschaftlich-politischen Entwicklung geht, auf die großen Lücken bisheriger Überlieferung hin. Es kompensiert den aktuellen Mangel an weiblichen historischen Vorbildern im öffentlichen Leben, indem es großen Männern große Frauen zur Seite stellt. Es erweitert unseren Wissensfundus. Aber es bleibt darin additiv und der tradierten geschichtswissenschaftlichen Sicht immanent.

Die Portraits von Antje Dertinger sind ein gutes Beispiel dafür, wie problemlos die etablierte Politikgeschichte mit einigen Facetten von Frauenforschung angereichert werden kann, ohne in ihren traditionellen Deutungsmustern angetastet zu werden. Es ist erschreckend, wie wenig sich die Autorin mit der relativ dichten fachlichen Diskussion um Frauen im Nachkriegsdeutschland auseinandergesetzt hat. Seit den frühen 80er Jahren bietet die Frauengeschichtsforschung alternative Sichtweisen zum verflochtenen, dualen Charakter weiblicher Arbeitsleistung in ihrer Bedeutung für die soziale und familiale Reproduktion und für den Wiederaufbau der kapitalistischen Gesellschaft an, die bewährte politökonomische Erklärungsmuster obsolet werden lassen. Die meisten der hier vorgestellten Frauen haben den Hauptteil ihrer Organisationsarbeit nicht Parteien, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden oder anderen Trägern traditioneller Öffentlichkeitsarbeit gewidmet, sondern dem täglichen Überleben. Die Autorin wertet diese Subsistenzarbeit, die für den Wiederaufbau

nach '45 absolute Priorität besaß, jedoch nicht als politisch, somit als unwichtig für ihre Lebensläufe. So bleiben die Biographien oberflächlich, gleichsam geschichtsleer, werfen mehr Fragen auf als sie klären. Und sie tragen, trotz gutgemeinter Absicht, letztlich dazu bei, das bestehende, männlich ausgerichtete Geschichtsbild zu verfestigen!

Ich möchte diese Kritik an einem Beispiel verdeutlichen. In der Feinmotorik der Beschreibung, die mit konventionellen Verfahren arbeitet, entstehen unthematisierte Widersprüche: So wenn einerseits die Politikerin Louise Schroeder in ihrer Entscheidung gegen Ehe und Familie und in ihrer Praxis als Parlamentarierin dargestellt wird — andererseits sie sich jedoch »plötzlich in dem gewaltigen Oberbürgermeisteraal des Stadthauses« wiederfindet, obwohl sie sich »nie nach einem politischen Mandat gedrängt hatte« (173 u. 171). Aber irgendetwas mußte doch geschehen sein? Antje Dertinger greift zum bewährten Erklärungsmuster der Politikgeschichte — Stimmen- und Machtverteilung in der Stadtverordnetenversammlung von Gesamt-Berlin — und verleiht damit der Wahl von Louise Schroeder zur Amtierenden Oberbürgermeisterin den Charakter eines von strukturellen, historischen Prozessen abgeschnittenen Ereignisses. Ihre langjährige politische Arbeit erhält darin etwas Zufälliges. Verstärkt wird die Assoziation durch Hinweise auf den »labilen Gesundheitszustand«, auf ihre »durchscheinende Blässe«. Louise Schroeder gerät zur Ausnahmeerscheinung. Und sie wird von der Autorin am männlichen Modell gemessen: Weil sie sich nicht aufspalten läßt in »Persönlichkeit einerseits« und »Funktion andererseits« wird sie zur Mutter — zur »Mutter Berlins« (168).

Kritiklos übernimmt Dertinger z.B. den englischen »Observer« als Zeitzeugen, ohne zu fragen: Welche reale Aussagekraft steckt in dem zitierten Bild einer gütigen, taktvollen, kleinen, gebrechlichen Frau im vorgerückten Alter, vor der »selbst ihre heftigsten kommunistischen Gegner sich Mühe geben müssen, sie zu hassen, ...« (168) — gütig, freundlich, Frau versus heftig, Hass, Kommunist. Für mich ist hier von dem Menschen Louise Schroeder nur noch wenig übriggeblieben, und ich bezweifle, daß wir es hier mit einer kompetenten Gewährsquelle für den integren Charakter der Politikerin zu tun haben.

Müßte man nicht, um ein umfassenderes Bild von Louise Schroeder zu erhalten, z.B. auch ihre Haltung zu den überparteilichen zentralen Frauenausschüssen thematisieren, die sich nach '45 überall in den Zonen konstituierten? Zunächst als Vorstandsmitglied am Aufbau des Berliner Zentralen Frauenausschusses beteiligt, sah sie seine Arbeit als überflüssig an, als durch Wahlen den Frauen Möglichkeiten zur politischen Gestaltung innerhalb der Parteien eingeräumt wurde. Diese Argumentation stieß bei anderen Frauenausschüssen auf schärfste Kritik: sie entspräche in keiner Weise den historischen Erfahrungen. Und, so meine Einschätzung, sie ist wohl nur vor dem Hintergrund der besonderen Situation Berlins im sich verschärfenden Klima des Kalten Krieges zu interpretieren. Aber letztlich zementierte Louise Schroeder damit die bis heute nachhaltig wirkende Ideologie der Unterordnung von »Frauenfragen« als Nebenwiderspruch. Es müßte Aufgabe einer radikalen Frauenforschungsperspektive sein, auch die negativen und ambivalenten Seiten von Politikerinnen in ihrer historischen wie lebensgeschichtlichen Widersprüchlichkeit herauszuarbeiten.

Das unbefragte, positivistische Geschichtsverständnis zeitigt noch ärgerlichere Ergebnisse: Auch wenn sich Elfriede Nebgen, ein maßgeblicher Kopf der christlichen Gewerkschaftsbewegung, als »Gehilfin Jakob Kaisers« definiert, so heißt dies nicht, diese Selbsteinschätzung distanzlos und ungeprüft als historische Wertung und als Titel in die Überschrift zu nehmen, auch wenn man, um über Elfriede Nebgen zu

berichten, an Jacob Kaiser nicht vorbeikommt. Eine Geschichte, die Frauen und ihre Lebensentwürfe wirklich ernst nimmt, muß andere Darstellungsmodi finden. Eine diesbezügliche Absicht wird von der Autorin allerdings auch nicht verfolgt. Sonst würde sie nicht immer wieder betonen, diese oder jene Protagonistin stünde ihre Frau, verstünde sich aber nicht »frauenrechtlerisch«. Ich stoße dabei auf fast stilblütenhafte Beteuerungen: »Niemand war sie (Elfriede Nebgen, U.C.S.) frauenrechtlerisch veranlagt gewesen. Immer hatte sie als eine emanzipierte Persönlichkeit gelebt. Sie war klug, selbstbewußt, dem Leben zugewandt.« (141) Als schlossen sich diese Eigenschaften gegenseitig aus, schlimmer noch: als sei »frauenrechtlerische Neigung« eine Frage der Veranlagung!

Antje Dertinger führt in jede Biographie behutsam mit einer kleinen, atmosphärischen Szene ein. Manchmal gerät sie damit leider hart an den Rand des Trivialen, wie beim Einstieg zu der Juristin Elisabeth Selbert. Die Funktion des Bildes ist klar: es soll zeigen, wie beschwerlich, zeitaufwendig, anstrengend frauenpolitische Praxis war. Aber es bleibt historische Staffage, da die Autorin keinen Bezug herstellt zwischen der Elisabeth Selbert, die »um 4 Uhr früh« aufsteht, »ihrem kranken Mann ein bescheidenes Frühstück vorbereitet und nebenbei selbst ein paar Happen« isst, und der Elisabeth Selbert, die mit »eine(r) geräumige(n) Handtasche bei sich« nach sechsstündigem Fußmarsch »rechtzeitig und unbeschadet« im Kasseler Rathaus zum ersten Treffen von Sozialdemokraten der Region eintrifft (179). Will man Frauen in der Nachkriegszeit als politisch Handelnde sichtbar machen, dann greift ein traditioneller Politikbegriff nicht, der Frauen nur auf der Rednerbühne der Zeit sucht. Die Subsistenzarbeit und die Sozialarbeit im weitesten Sinne sind verflochtene Ebenen ihres politischen Handelns. Junge Frauen von heute, denen noch immer die Unvereinbarkeit von Familie und Beruf gepredigt wird, fragen angesichts der Biographie einer Martha Fuchs, Annedore Leber, Berta Middelhaue: Frau, Mutter, politisch Aktive — wie haben diese Frauen das gemeistert? Hier hätte ich gerne mehr erfahren.

Uta C. Schmidt (Dortmund)

Busse-Wilson, Elisabeth: Die Frau und die Jugendbewegung. Ein Beitrag zur weiblichen Charakterologie und zur Kritik des Antifeminismus. Hrsg. u. komm. v. Irmgard Klönne. Lit Verlag, Münster 1989 (125 S., br., 29,80 DM)

»Für eine Frau ist es zweifellos eine große innere Genugtuung, einen gehaßten Mann zu vernichten und zu zerschmettern, für den Mann dagegen wird es stets den größten Abscheu erwecken, bei einer Frau das gleiche zu tun, selbst wenn es in Notwehr geschieht. Man kämpft nicht gegen Frauen. Wer mit dem Kopf eines erschlagenen Feindes heimkehrt, der ist hohen Ruhmes wert; wessen Schwert eine Frau getötet hat, der ist geschändet.« (100) Hans Blühers Sätze sind keineswegs Kriegsberichterstattung, sondern stellen eine wissenschaftliche Antwort auf die vorliegende Schrift dar. Er, der bei der Autorin für den Begriff des Antifeminismus steht, gehörte wie sie der Jugendbewegung an. »In der Homoerotik sah er die eigentliche Triebstruktur für jede Kulturentwicklung und das entscheidende Element für die Herausbildung des Staates« (119), erläutert Irmgard Klönne sein theoretisches Wirken.

Das Buch erschien erstmalig 1920 — und die 70 Jahre, die uns von der Erstveröffentlichung trennen, belegen die Kontinuität der ungelösten Frauenfragen. Busse-Wilson wurde 1890 geboren und gehörte zu den ersten Frauen, die sich wissenschaftlich qualifizieren konnten (vgl. 113), sie schrieb u.a. für »Die Tat«. Die erhoffte Berufung an eine pädagogische Akademie fand nie statt. Sie arbeitete im Verlag ihres Mannes (von dem sie sich 1938 trennte), in einer wissenschaftlichen Bibliothek und

als Arbeiterin bei der Post. Sie starb 1974, ohne nach 1945 auch nur eines ihres Manuskripte veröffentlichen zu können.

Interessant ist, daß Verallgemeinerungen der Sozialwissenschaftlerin Busse-Wilson bis heute ihre Beschreibungsmacht nicht verloren haben, auch wenn sich empirisch vieles änderte. Einige Beispiele: »So wird der Eros unter die Vorzensur der Wirtschaft gestellt und in Schutzhaft genommen.« (36) Die historischen Bedingungen haben sich verändert, Frauen bleiben nicht bei dem Mann, der ihre Jungfräulichkeit »vernichtete« (vgl. 52); die Schutzhaft wurde zur Intensivierungsmacht, die Suche nach »dem« einen blieb, der Weg hat sich geändert. »Erst nachdem so der Selbstzweck des Eros erkannt worden war, konnte man auch ein neues Verhältnis zu jenem ihm unterstellten Motiv der Fortpflanzung erobern.« (34) Daß diese Eroberung auch nach 70 Jahren noch nicht stattfand, gibt zumindest eine Ahnung von ihrem Umfang. Die herrschende heterosexuelle Kultur panzerte sich mit Verhütungsmitteln, die die Fortpflanzung verhindern (sollen), so daß Selbstzweck und Fortpflanzungssexualität für Männer ineinsfallen und Entwicklung auf diesem Gebiet kaum stattfand. Ohne Chemie (usw.) würden wir in die zwanziger Jahre zurückgeworfen, und was in medizinischen Belangen ein Fortschritt sein mag, ist in erotischen Angelegenheiten eine Entwicklungsschere zu Lasten von Frauen.

Wie sehr die herrschende Moral das Leben von Frauen bestimmt, ist ein Grundthema der Arbeiten von Busse-Wilson. In der moralischen Zusammenfügung von Mann und Frau entziffert sie mal ironisch, mal analytisch das gesellschaftliche Auseinandergerissensein, das zur Herrschaft über Frauen führt und ihr vorausgeht.

Beim Studium der theoretisch arbeitenden Vorgängerinnen aus der Frauenbewegung erkennt man zumeist auch unsere Problemstellungen wieder; sichtbar werden unsere theoretischen Fortschritte und die praktisch-politischen und kulturellen Schneckengänge.

Kornelia Hauser (Bielefeld)

Karras, Christa: Die neue Frauenbewegung im lokalen politischen Kräftefeld. Untersuchungen zum Wandel des Politikverständnisses und der politischen Praxis. Centaurus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler 1989 (303 S., br., 35,- DM)

Von ihrem Beginn 1971 bis zur Auflösung des Frauenzentrums 1981 wird ein Ausschnitt aus der Geschichte der Braunschweiger Frauenbewegung chronologisch verfolgt. Von den ersten Aktionen zum § 218 über Arbeitsgruppen, Bündnisse, Feste, Mitgliederentwicklungen, Selbsterfahrung, Frauenzentrumsarbeit, Frauenhausinitiative, Theater, Frauenbuchladen, Lesben, Beratung reicht die Bandbreite. Als Quellen dienen Interviews mit zwanzig beteiligten Frauen, Protokolle, Flugblätter und Diskussionspapiere von Projekten und Arbeitsgruppen sowie Zeitungsartikel. Karras gibt Einblick in die Vielfalt und in zahlreiche Kämpfe und Erfolge der lokalen Bewegung. Mit der Fragestellung, wie eine Bewegungspolitik gleichzeitig eingreifend und dabei basisdemokratisch sein kann, stößt sie auf viele Probleme, die immer noch aktuell sind. Mit der sozialistischen Frauen-Initiative Braunschweig (FIB) und dem Frauenzentrum, das diese als Ort und Subjekt der Bewegung ablöste, untersucht Karras zwei unterschiedliche Projekt- und Arbeitsformen, die sie als einander ausschließende Gegensätze denkt. Ihr Ergebnis: auf der Seite der FIB sieht sie eingreifendes politisches Handeln, Bündnisse auch mit gemischtgeschlechtlichen Organisationen, Strategien, Theoriearbeit, Kontinuität und Verbindlichkeit, Effektivität und Hierarchien; auf der Seite des Frauenzentrums Auseinanderfallen in einzelne Gruppen, tendenziellen Rückzug aus jeglicher Politik bei Konzentration auf Selbsterfahrung und eher nicht-hierarchische Strukturen (273).

Karras läßt gezielt einander widersprechende Sichtweisen und Positionen zu Wort

kommen. Ohne theoretisch begründeten Standpunkt wird sie jedoch vom Material hin- und hergeworfen in einer Art ausgleichender Gerechtigkeit. Ihre Kritik bleibt häufig behauptend und gleitet stellenweise ins Ressentiment ab, so etwa, wenn sie schreibt, daß die Marburger Frauengruppe von den Bonnerinnen mit dem Hinweis, daß sie sich an die Beschlüsse der Konferenz der sozialistischen Frauengruppen zu halten habe, »ziemlich schnell und knallhart wieder auf Linie gebracht« (76) wurde. Selbsterfahrungsgruppen kommen nicht auch als Kritikformen an alltäglichen Herrschaftsverhältnissen vor, sondern nur als Ansatz, der die Gefahr mit sich brächte, zu lindern und wieder fit zu machen für diese Verhältnisse (99). Hier wird als gesichertes Wissen ausgegeben, wo die Analyse beginnen müßte. Die Frage von Demokratie und »Effektivität« bleibt als »grundsätzlich nicht lösbares Dilemma« (262) schließ-lich stehen.

In den Interviewauszügen läßt sich studieren, wie die einzelnen das Problem der Integration neuer Frauen und das Wissensgefälle im Frauenprojekt verarbeiten. Viele Frauen fühlen sich nicht anerkannt und überfordert, während diejenigen, die Gelerntes einsetzen können, sich selbst in »Redeschlachten« kämpferisch und kompetent erleben, Diskussionen als Siege, lehrreich, stärkend, und Standpunkte klärend erfahren (vgl. 119f.). Das Ende der FIB, die sich in das von ihr mitgegründete Frauenzentrum auflöste, wird von Karras der »kalten« bzw. »feindseligen Atmosphäre« zugeschrieben. Einige Frauen führten »hochtheoretische Reden« und lieferten sich heftige Auseinandersetzungen, während die anderen schwiegen (119). Der Lösungsvorschlag — verbindliche kollektive Arbeit und Diskussionen über gruppendynamische Prozesse (275) — greift zu kurz.

Deutlich wird, daß Fragen der Aneignung und Vermittlung ins Zentrum der Überlegungen gerückt werden müssen, um nicht Kompetenzunterschiede und Theorie selbst zur Ursache der beschriebenen Probleme zu machen und in Gegensatz zu Menschlichkeit und Demokratie zu bringen (Theoretikerin klingt häufig wie ein Schimpfwort und wird in einem Zuge mit unerträglichen Gruppenstrukturen gebraucht). Vermittlungsfragen und Lernformen, die die vorgeführten Kompetenzunterschiede bedingen und in Bewegung bringen könnten, thematisiert Karras nicht. Die Frage, wie die einzelnen Bedeutung für das Projekt erlangen können und es so erst zu einem gemeinsamen werden kann, taucht als »Dominanz und Passivität« (259) im späteren Frauenzentrum wieder auf. Im Unterschied zur FIB existierten keine Schulungsgruppen. Neue Frauen wurden nur als Belastung und nicht als potentielle Mitstreiterinnen erfahren (204f.), während gleichzeitig über einen Mangel an Nachwuchs zur Übernahme von Aufgaben geklagt wurde (207). Trotz der genannten Widrigkeiten kamen ständig neue Frauen hinzu, waren diese Projekte Orte des Hineinwachsens in die Frauenbewegung, die uns heute fehlen.

Die Form der Chronik stellt sich dem Lesevergnügen entgegen, die Fülle der zusammengetragenen Daten und Ereignisse muß mühsam durchpflügt werden, ohne daß Fragen einen roten Faden liefern oder kapitelweise Zusammenfassungen zumindest im nachhinein Lerneffekte organisieren. Der Anspruch, »das gesamte Spektrum« (14) aufzuarbeiten, führt dazu, daß einzelne Themen nur kurz angerissen werden, zudem über das ganze Buch schnipselhaft verstreut vorkommen und bei Interesse mit viel Arbeit zusammengefügt werden müssen. Ein Anhang mit Teilen des Materials, vor allem Grundsatz- und Selbstverständnispapieren, wäre nützlich gewesen. Die zitierten Auszüge zeigen, daß Einmischung und Bündnispolitik einen ständigen, produktiven Prozeß der Vergewisserung über Notwendigkeit und Ziele des Projekts forcierten.

Eva Stäbler (Hamburg)

Nölle-Fischer, Karen (Hrsg): Zukunft, gibt's die? Feministische Visionen für die neunziger Jahre. Frauenoffensive aktuell, München 1989 (198 S., br., 18,- DM)

Tatsächlich stellt das Buch überwiegend »Trugbilder, Erscheinungen« (= Visionen) vor; aus deren Stoff werden Wünsche und Forderungen gemacht, z.B.: »Technik wird nur dann eingesetzt, wenn sie weder der Natur noch einem einzigen Lebewesen schaden kann.« (Stauffer, 14) »Nur die restlose Aufhebung der Geschlechterideologie gibt beiden Geschlechtern genügend Zeit und Raum, ihre natürlichen Frustrationen aus dem Ablösungsprozeß von der Mutter zu verarbeiten und als Vehikel der eigenen Entwicklung zu nutzen.« (Mühlen-Achs, 118) Geschichten werden erzählt über Alchemie (Pütz), eine »Privatinformantin« holt Auskünfte über Frauenprojekte ein (Bergermann), geschrieben wird über Wohnprojekte (Neitmann), übers Älterwerden (Willkop); neben kurzen Episoden (Stempel) existiert u.a. ein Brief an H. Arendt (Schlaeger) und ein Bericht über Feminismus in Science-Fiction-Literatur (Klinger). Die Visionen sind von den gesellschaftlichen Wirklichkeiten so weit entfernt wie die weiße Wolke bei Brecht vom Betrachter. Sie reichen nicht bis an die Gegenwart, machen die Realität vergessen, so wenig ist ihr Stoff von dort. Die aufgeführten Probleme (Umwelt, Gentechnologie, Gattungsreproduktion, individuelle Reprivatisierung) werden ausgeschmückt, viele Worte werden auf ihre Eindeutigkeit verwendet; fast keine Autorin arbeitet mit ihrem Gegenstand, entziffert seine Bewegungsweise oder bloß seine Widersprüche. »Was wissen wir von dem, was wir wollen« fragt Nölle-Fischer (81) — nach der Lektüre des Buches glaubt die Leserin im Besitz der Antwort zu sein: noch nichts.

Eine Ausnahme ist Erica Fischer. Sie beginnt ihren Beitrag mit einem 15-Punkte Programm, das ein Teil der Frauenbewegung in Wien 15 Jahre zuvor »beschlossen« hatte. Punkt eins: Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Punkt vier: Aufhebung der Familie. Im Jahr 1989 hält sie an diesen Forderungen fest — sie seien »großspurig«, »inhaltsleer«, aber orientierend. »Ich weiß nicht, ob das Patriarchat noch genügend Zeit hat zu kapitulieren, ehe es ganz von selbst zugrunde geht. Aber gerade weil ich es nicht weiß, gerade weil es so unvorstellbar erscheint, ist 'nichts vergeblich', das dem Überleben der Frauen nützt und sich gegen die Männerherrschaft richtet.« (71)

Solche — allerdings wenigen — Versuche, den feministischen Alltag mit Politik in einen Zusammenhang zu bringen, stehen neben axiomatischen Aussagen, deren politische Dimension darin besteht, daß sie nur noch »von allen« anerkannt werden müssen, um als Befreiung gelebt werden zu können: »Die wahre Macht der Frauen liegt in einer natürlichen, untrennbar mit ihrem Wesen verbundenen Potenz und ist deshalb der Macht ihrer Ausbeuter, die auf psychologischer und sozialer Unterdrückung beruht, weit überlegen. Sie ruht auf ihrer Fähigkeit und ihrem Willen, Kinder zu gebären ...« (Mühlen-Achs, 114). Der Titel des Buches soll in die Zukunft verführen, zumindest in ein Nachdenken über sie; die Beiträge fordern überwiegend dazu auf, zu akzeptieren, daß die Unveränderbarkeit der Welt mit vielen Worten noch zu besprechen und besingen ist.

»Die frauen, die an den mann forderungen, die das eigentum betreffen, stellen, müssen aus dem bett des mannes aussteigen und in die welt hinausziehen.« (Christa Reinig, 184)
Kornelia Hauser (Bielefeld)

Bock, Ulla: Androgynie und Feminismus. Frauenbewegung zwischen Institution und Utopie. Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1988 (235 S., br. 38,- DM)

Das Vorwort gibt Auskunft über das Vorhaben der Autorin: Zunächst soll die Frauenbewegung als »eine der bedeutendsten sozialen Bewegungen der vergangenen

zwanzig Jahre« (9) vorgestellt werden. Danach fragt sie sich, ob die Androgynie als uralter Traum von der Erreichung einer neuen Qualität des Menschseins eine Utopie sozialer Bewegungen ist. Sie untersucht, welche Merkmale anderer sozialer Bewegungen sich in der Frauenbewegung wiederfinden lassen, und sie geht der Frage nach, welcher »Erklärungswert den Theorien sozialer Bewegungen, bezogen auf die Emanzipationsbewegungen der Frauen, beigemessen werden kann« (25). Bemerkenswert übersichtlich stellt sie Theorien vor und einander gegenüber (klassisch-funktionale Theorie, Theorie der Ressourcenbildung, Fordismus, Systemtheorie der Selbsterzeugung). Sie kritisiert, daß die vorhandenen Theorien zur Analyse sozialer Bewegungen erst dann greifen, wenn der Widerstand der Betroffenen bestimmte Formen angenommen hat, so daß er »in ein rationales Erklärungsmodell eingefügt werden« (40) kann. Das ist ihrer Meinung nach nicht ausreichend. Für Bock ist die konzentrierte Form des Widerstands, die sich unter anderem »in spektakulären, öffentlichkeitswirksamen Aktionen (Tomatenwurf im SDS, Aktion § 218)« (ebd.) ausdrückt, bereits Ergebnis der (Frauen)Bewegung. Ihrer Ansicht nach standen am Anfang das »unbegriffene(m) Unbehagen, ... Leiderfahrungen, die die Frauen untereinander ins Gespräch brachten und in kleinen Gruppen zusammenführten« (ebd.).

Kurz und informativ referiert Bock die zweihundertjährige Geschichte der ersten Frauenbewegung, die der neuen Frauenbewegung (seit Ende der sechziger Jahre) und gibt einen Überblick über Frauenbildung und -forschung. Zu letzterem stellt sie drei Ansätze feministischer Wissenschaftstheorie (Mies, Göttner-Abendroth, Woessler de Panafieu) vor, indem sie Motive, Ziele und Methoden benennt. In der Darstellung werden auch Schwierigkeiten und Nutzen des wissenschaftlichen Streitens sichtbar. So weist Bock darauf hin, daß es sinnvoll ist, die verschiedenen Ansätze zueinander in Beziehung zu setzen und so Stärken und Schwächen des einzelnen Modells herauszuarbeiten: »Es geht vielmehr um eine die verschiedenen Vorschläge *verbindende* Diskussion, in der die jeweils besonders scharf herausgearbeiteten Momente zusammengefügt und vor allem ihres illusionären und erkenntnishemmenden Anteils entkleidet werden.« (80) Ein solcher Umgang mit Theorien scheint uns sehr produktiv.

Im zweiten Teil des Buches erfolgt eine umfassende, breitgefächerte Erklärung des Androgyniebegriffs. Ihre Einschätzung, daß dem Ideal der Androgynie mit Skepsis zu begegnen sei, stellt sie explizit voran: »In dem Maße wie die Androgynie als »Heilsbotschaft« verkündet wird, ist die Frage der Kriminalistik angebracht: Cui bono (wem nützt es, wer hat einen Vorteil davon, d.V.)«? (11). Bock zeigt die historische Entwicklung sowie den mythologischen und kulturellen Hintergrund der Androgynie auf. »In einem Universallexikon aus dem 18. Jahrhundert stehen die Begriffe Hermaphroditus, Androgynus und Zwitter gleichbedeutend nebeneinander und bezeichnen ein Mann-Weib als ein Wesen, das die Zeichen beiderlei Geschlechts trägt ...« (122). Bock zeigt, daß sich verschiedene gesellschaftliche Instanzen (Politik, Wissenschaft, Religion/Kirche) das Konzept der Androgynie zu eigen machten. Dies geschehe jedoch nicht, um die Gleichberechtigung von Frau und Mann ernsthaft zu verwirklichen, sondern diene dem Erhalt patriarchalischer Herrschaftsstrukturen. Fraglich bleibt, weshalb Bock sich überhaupt so intensiv mit diesem Konzept beschäftigt, zumal sie ihm für die Frauenbewegung keine eigene Bedeutung zuschreibt. Auch der von uns erwartete Zusammenhang von Androgynie und Feminismus wird nicht zufriedenstellend erarbeitet. Dennoch hat das Buch auch Stärken. Es ist besonders geeignet für Personen, die sich am Anfang ihres wissenschaftlichen Arbeitens befinden oder für NichtwissenschaftlerInnen. Bis auf wenige Ausnahmen sind Bocks Argumentationen gut nachvollziehbar, ihre Sprache ist verständlich,

durch Beispiele und die Arbeit mit Quellen stellt sie konkrete Bezüge her. Die größte Schwäche des Buches ist vielleicht, daß der/die LeserIn den umfangreichen Stoff selbst (an)ordnen muß, um Antworten auf die aufgeworfenen Fragen zu erhalten.

Claudia Hegeler und Evelin Strüber (Bielefeld)

Lissner, Anneliese, Rita Süßmuth und Karin Walter (Hrsg.): Frauenlexikon. Traditionen. Fakten. Perspektiven. Herder Verlag, Freiburg-Basel-Wien 1989 (1245 S., Ln., 58,- DM)

Die Besetzung »der« Frauenfrage geschieht in diesem Buch ganz selbstbewußt und unabhängig von frauenbewegten Debatten: »Zentral ist immer die Frage nach der Gleichberechtigung und Partnerschaft«. Die Herausgeberinnen unterstellen, daß das »neu entwickelte Selbstverständnis von Frauen« zu einer »natürlichen Verunsicherung« von beiden Geschlechtern führt. Das Lexikon soll »Überprüfungen, Vergewisserungen, Klarstellungen« ermöglichen. Es »will die Ungerechtigkeiten, die sich ... ergeben, nicht nur benennen, sondern auch Lösungsperspektiven aufzeigen.« (V) Die ökumenische Ausrichtung des Unternehmens (die mehr einer Beschwörung der Gemeinsamkeit von allen — westeuropäischen — Frauen gleichkommt) verbietet vielleicht die Prüfung dieses Anspruchs; so sollen nur einige kritische Anmerkungen gemacht werden. Z.B. heißt es lapidar unter dem wichtigen Stichwort »Emanzipation«: »Die Emanzipation der Frauen ist in dem Maße erreicht, in dem ihnen allgemein zugewilligt wird, daß sie auf dem Hintergrund ihrer spezifischen Lebenssituation und Interessen eigene Entscheidungen selbstverantwortlich und mit gesellschaftlicher Unterstützung treffen.« (219) Individuelle und gesellschaftliche Emanzipation in einen Passivierungsdiskurs einzuspinnen, stellt schon eine ganz besondere Leistung dar, aber dann die gewöhnliche Gegenwart als Zukünftiges anzumahnen, macht den Beitrag — der sicher eher Unwissenheit demonstriert — gemein: »Ihre (der Frau, kh) Selbstdefinition und die Bestätigung durch andere muß sie stärker aus ihrer eigenen Lebenswelt entwickeln.« (221) Was ist, wenn die »Lebenswelt« patriarchalisch und kapitalistisch organisiert ist? Oder wenn sich die »Lebenswelt« einer Frau auf Mann und Kinder reduziert?

Ein strukturierendes Merkmal des Lexikons ist, daß viele Begriffe, die strategischen Stellenwert für die Bewegung erhielten, besonders kenntnislos erläutert werden (exemplarisch: Frauenbewegung, Arbeit, Sozialisation, Kultur, Frauenpolitik, Wissenschaft, Sexualität.) Patriarchat ist nicht einmal ein eigens zu erläuternder Begriff. Abtreibung ist den Herausgeberinnen nur einen Verweis zum Schwangerschaftsabbruch wert. Der Paragraph, der vor mehr als 20 Jahren die erste Welle massenhafter Empörung auslöste, hat selbst im juristischen Diskurs nicht diese Verharmlosung angenommen. Welche Frau hätte je vermutet, daß es zur »Lesbischen Liebe« den Querverweis auf »Alleinstehende« geben könnte? Oder bei »Marxismus« nur der Verweis auf das Stichwort »Sozialismus« nötig scheint (immerhin kommt der Begriff vor, das war in dem von J. Beyer u.a. 1983 herausgegebenen »Frauenhandlexikon« nicht so). Informativ dagegen sind z.B. solche Schlagwörter wie »Mode« (mit dreieinhalb Druckseiten so lang wie der Beitrag »Arbeit«) oder »Schule« und »Sexismus«. Überraschend ist auch, daß Männer wichtige Begriffe aus der Frauenbewegung (Sexualität, Liebe, Zärtlichkeit, nichteheliche Lebensgemeinschaften) (mit-) schrieben. Insgesamt machen sie 8,6 % der AutorInnen aus.

Der Versuch, Frauen aus unterschiedlichen politisch-theoretischen Richtungen zwischen zwei Buchdeckel zu bringen und so Frauenfragen eine moralische Artikulation zu geben, ist noch fehlgeschlagen. Liberale und konservative AutorInnen sind auf dem Feld bis jetzt zu schwach. Eigene überzeugende Gedanken fehlen. Noch

werden die alten Gesellschaftstheorien (zumeist implizit) bedient, ohne daß ihre mächtigen patriarchalen Wurzeln erkannt würden. Man hat sich einige linke Autorinnen »geleistet«, deren Aufgabe, dem Ganzen eine Alternative entgegenzuhalten, zu groß war für ihre Anzahl. So fällt es besonders auf, daß linken Feministinnen ein Lexikon fehlt, das sie darüber »vergewissert«, wie weit die theoretische und politische Arbeit gediehen ist und zu Lösungen beiträgt. Das vorhandene Lexikon ist als Anregung in diese Richtung zu verstehen.

Kornelia Hauser (Bielefeld)

Ökonomie

Altwater, Elmar, u.a.: Soll und Haben. Strategien und Alternativen zur Lösung der Schuldenkrise. Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1988 (229 S., br., 22,- DM)

Daß die »Schuldenkrise« kein ausschließliches Thema für Spezialisten ist, hat mit der Größe der Krisenfolgen zu tun. Auf 1200 Milliarden Dollar waren die Schulden der »Dritte Welt«-Länder Ende 1987 aufgelaufen. Der geforderte Schuldendienst überschreitet die Leistungskraft der betroffenen Ökonomien. Die aus der Bedienung der Schulden resultierenden wirtschaftspolitischen »Sachzwänge« erklären ein Stück weit die Ausbrüche des Volkszorns und die repressiven Reaktionen der Staatsgewalt, wie vorerst zuletzt in Venezuela. Der finanzkapitalistische Verwertungsanspruch droht »Millionen Menschen ganz legal die Existenzgrundlage unter den Füßen wegzuziehen« (Tetzlaff).

Vier Aufsätze beschäftigen sich mit der Schuldenkrise im allgemeinen. *Tetzlaff* analysiert die Rolle von Weltbank und Weltwährungsfonds bei der Vorbereitung ganzer Weltregionen, den Direktinvestitionen ausländischer Kapitale als »Standorte« zu dienen. Anlage suchende Kapitalmassen aus den Industriestaaten wurden seit der Mitte der siebziger Jahre verstärkt in fremdfinanzierte Industrialisierungsprojekte in der »Dritten Welt« geleitet. Tetzlaff zeigt, daß die »Basisidee der verschuldeten Industrialisierung« (28) unter Bedingungen von Weltmarktstagnation und Protektionismus in die derzeitigen Situationen untragbarer Verschuldung führte. *Altwater* beurteilt die »Abkopplung der monetären von der realen Kapitalakkumulation« in den Metropolen der Weltwirtschaft als ursächlichen Prozeß der monetären Spekulation. Diese »Explosion« des internationalen Kreditgeschäfts und die Zinsmanipulation der US-Regierung bewirkten Finanzkapitalbewegungen in solchen Ausmaßen, daß die Wiederanpassung an die produktiven Möglichkeiten nur vage katastrophisch vorgestellt wird: »Das amerikanische Imperium (pax americana genannt) endet im Desaster ...« (69). Eher deskriptiv orientiert ist der Beitrag »Dritte Welt abgeschrieben« und der über die Weltwährungskonferenz. Während *Kuhlke* in häufig unpassender Ausdrucksweise und ohne die Herkünfte seines Wissens anzugeben, über finanztechnische Innovationen im Umgang mit der Zahlungsfähigkeit von Staaten schreibt, gibt *Bunzenth* einen sorgfältig gearbeiteten Bericht zur auch politisch institutionalisierten Dominanz der wenigen entwickelten kapitalistischen Staaten über den ökonomisch abhängigen Rest der Welt am Beispiel der Weltwährungskonferenz 1987. Die folgenden drei Länderstudien zeigen, wie aus sehr unterschiedlichen Ausgangslagen die identische Situation des Verschuldungsdrucks entstehen konnte. Peru, noch immer vom kolonialistischen Außenhandelsmuster geprägt, Südkorea, einigen als Modell erfolgreicher »nachholender Industrialisierung« geltend, dessen Besonderheiten (Industrieaufbau durch Auslandskapitalanlagen, 50 %-Exportorientierung der Industrie, prekäre Arbeitsbedingungen) sich schnell als Krisenpotentiale herausstellten, Ungarn als Fall der Finanzkreditabhängigkeit einer Ökonomie des »realen

Sozialismus«: Diesen drei Ländern ist gemeinsam, daß sie volkswirtschaftlich unter dem Druck der Bedienung und Verringerung von hohen Schuldensummen stehen.

Von anderer Art sind die vier Aufsätze, die sich um die Konkretisierung »alternativer Lösungsansätze« bemühen. Es geht um Überlegungen, wie der Problemkomplex der »Dritte Welt«-Verschuldung primär im Interesse der ausgebeuteten Gesellschaftsklassen anzugehen sei. *Völmer* gerät bei der Diskussion der Einwände gegen seine Forderung »Die Schulden müssen umfassend gestrichen werden« in aparte Argumentationen, z.B. mit dem Hinweis auf die Rationalität von »Kapitalflucht« (158), oder bei der ausgesuchten Frage, ob »die Verletzung von Souveränität mit Berufung auf humanitäre Ziele ... propagiert« werden dürfe (16). Statt globale Regulations-»Szenarien« zu entwerfen, in die eine Überfülle nicht reflektierter Bedingungen eingeht, wäre nützlich zu überlegen, wie man dem Finanzkapital im jeweiligen Nationalstaat, d.h. in der BRD, versuchsweise (um »strategisch« u.ä. zu vermeiden) in den Arm fallen kann. *Hankel* sieht die Problemlösung in der »Entschuldung« der betroffenen Volkswirtschaften und in der Abhilfe bei einer entscheidenden Schwachstelle der »Dritte«- und »Vierte Welt«-Ökonomien: beim Aufbau einheimischer »Investmentbankwesen«, was einen mehr binnenorientierten Weg industrieller Kapitalakkumulation sicherstellen soll. *Simon* geht davon aus, daß als Voraussetzung für eine grundsätzlich verbesserte Situation der Schuldnerländer »die existierenden internationalen Herrschaftsstrukturen gebrochen« werden müssen. Nach Aufweis der dem Konzept »Neue Weltwirtschaftsordnung« inhärenten falschen Beurteilungen und Idealismen skizziert sie den Rahmen besserer Existenzbedingungen der heutigen peripheren Wirtschaften: »die Auflösung des Weltmarktes zugunsten gebrauchswertorientierter internationaler Beziehungen« (196). Potentiale in dieser Richtung scheinen ihr in Kooperationsabkommen (Argentinien/Brasilien) und in Naturalgeschäften (Peru) gegeben. Überlegungen für eine grundsätzlich andere Produktionsweise (»öko-feministische Gesellschaft«) stellt *Mies* an. Ihre Kritik der »Ausbeutung der Natur, der Frauen und fremder Völker« (201) schließt die Absage an tradierte linke Politik-Konzepte ein, die blind sind für die Folgen kapitalistischer Produktivkraftentwicklung und für die imperialistische Komponente des Lebensstandards der metropolitenen Lohnarbeiter (202). Ein Problem ihres Konzepts scheint mir darin zu liegen, daß nicht klar wird, wer die Träger einer neuen Vergesellschaftung »öko-feministischen« Typs sein sollen und ob »Konsumbefreiung«, angesichts der pathogenen Herrschaft des Gegenteils, nicht erst auf der Talsohle wirklicher Sachzwänge, nach Krieg, Katastrophen u.ä., organisierbar ist.

Die Stärke des Bands sind die Analysen von Tetzlaff und Altvater, in denen frühere Arbeitsergebnisse der Verfasser verdichtet sind, und die Länderstudien. Sie kompensieren m.E. die schwächeren Teile, zumal an die Beiträge zum Thema »Lösungsstrategien« auf Grund der thematischen Verschiedenheit vielleicht nicht dieselben Ansprüche gestellt werden können. Ulrich Rasche (z.Zt. Hagen/Westf.)

The Road to Economic Recovery. Report of the Twentieth Century Fund Task Force on International Debt. (Mit einem Hintergrundpapier von Rüdiger Dornbusch.) Priority Press Publications, New York 1988 (125 S., Ln., 9,95 £)

»Die Verschuldungskrise begleitet uns schon fast acht Jahre.« Das mit dieser düsteren Feststellung eingeleitete Buch enthält das Ergebnis der Diskussionen und Beratungen einer hochkarätigen »task force«, die im Auftrag des amerikanischen Twentieth Century Fund den Versuch unternahm, die Verschuldungskrise der Entwicklungsländer zu analysieren und Empfehlungen für ihre Bewältigung zu formulieren. Zu den Experten zählten Bankiers, Journalisten, Akademiker, sogar der ehemalige

mexikanische Finanzminister Silva Herzog. So unorthodox wie ihre Zusammensetzung sind auch die Vorschläge der Arbeitsgruppe; für sie ist die Verschuldungskrise an einem Punkt angelangt, wo nur verschiedene Formen der Schuldendiensterleichterung merkliche Effekte haben könnten: »der Zeitpunkt ist gekommen, die Strategie zu überdenken« (3).

Im Hintergrundpapier von Rüdiger Dornbusch wird die Argumentation für viele der Empfehlungen geliefert. Dornbusch stellt zunächst fest, daß in den letzten sieben Jahren die makroökonomischen Indikatoren keine Verbesserung in der Situation der hochverschuldeten Entwicklungsländer erkennen lassen. So ist in der Gruppe der fünfzehn Entwicklungsländer, die im Baker-Plan von 1985 aufgelistet wurden, das Wachstum des BSP pro Kopf von 2,7 Prozent in der Periode 1971-1980 bis auf minus 0,7 Prozent jährlich in der Periode 1982-1988 gefallen (31). In den letzten sechs Jahren sind diese Länder absolut und relativ gesehen ärmer geworden. Dornbusch listet eine Reihe von Faktoren auf, die zu der heutigen Krise geführt haben: die weltweite Rezession anfang der achtziger Jahre, die zu einem Verfall der Rohstoffpreise führte; die zwei Wellen des Erdölshocks in den siebziger Jahren, die die Entwicklungsländer unterschiedlich trafen; die Effekte von Mißwirtschaft, Währungsüberbewertung und Fehlinvestitionen in den Entwicklungsländern; und schließlich die übermäßige Kreditvergabe der internationalen Banken zu einer Zeit, wo die Risiken solcher Geschäfte noch nicht klar waren (37).

Dornbusch versucht herauszustellen, daß in verschiedenen Ländern verschiedene Kombinationen von Faktoren maßgebend sind: Während in Brasilien z.B. ein guter Teil der Kredite produktiv investiert wurde, war dies in vielen anderen Ländern nicht der Fall. Das Interessanteste in dem Hintergrundpapier ist jedoch die Analyse der Ursachen für das Scheitern der mittlerweile schon klassischen Anpassungsprogramme, die den verschuldeten Ländern seit 1982 aufgezwungen werden. In einer Situation, wo die nationale Wirtschaft an vielen Stellen (und nicht nur in der Außenwirtschaft) Risse zeigt, führt der Versuch, kurzfristig die Zahlungsbilanz der Länder zu verbessern, unweigerlich zu immer neuen Problemen. Die Streichung von Subventionen z.B., die ein fester Bestandteil von Anpassungsprogrammen ist, führt zu einer weiteren Verschlechterung der Löhne und damit zu sozialen Ausbrüchen. Versuche, Fluchtkapital durch höhere Zinsen zurück ins Land zu locken, erinnern an die Quadratur des Kreises, weil durch diese Maßnahme die innere Verschuldung teurer wird und der Haushalt noch defizitärer. Die verschuldeten Länder befinden sich damit in einer sehr prekären Lage — die kleinste nationale oder internationale Erschütterung kann die Wirtschaft noch tiefer in die Krise stürzen.

Dornbusch analysiert auch die verschiedenen Formen des bis heute verfolgten Krisenmanagements und zeigt, an welchen Stellen sie widersprüchlich sind. Der Baker-Plan war von Anfang an mehr eine Absichtserklärung als ein Aktionsplan. Nicht umsonst entschied sich die »task force« für einen »aktiven« Vorschlag: »Die Arbeitsgruppe empfiehlt nachdrücklich, daß sofort Versuche unternommen werden, Zinsenkaptalisierung und Recycling von Zinszahlungen in lokale Währung einzuführen als Mittel, um einen Ausgleich zwischen dem Bedarf an Investitionen, dem Wachstum der Entwicklungsländer und den Rechten der Gläubiger zu finden.« (20) Ein partieller Schuldenerlaß wäre möglich, wenn der Discount auf dem Sekundärmarkt an die Entwicklungsländer weitergegeben würde. Dafür wären institutionelle Maßnahmen notwendig. Diese Krise zu lösen bedarf es aber mehr, als nur den Schuldendienst zu reduzieren. Deswegen plädiert die Arbeitsgruppe für eine Umkehrung des finanziellen Transfers. Nicht die Entwicklungsländer sollten Kapital in die Industrieländer exportieren, sondern umgekehrt.

Daß die Arbeitsgruppe trotz ihrer nicht orthodoxen Vorschläge mit den Füßen auf dem Boden bleibt, zeigt das Plädoyer von Dornbusch für ein »verantwortliches einseitiges Handeln« der verschuldeten Länder: »Im Sommer 1982 kam Silva Herzog, der mexikanische Finanzminister, nach Washington, um darzulegen, daß sein Land seine Schulden nicht bedienen könnte. Mitten in der Konfusion und Hektik der Rettungsaktion bekam er eine deutliche Botschaft zu hören: Trefft vor allem keine einseitigen Entscheidungen! Jetzt, sechs Jahre später, hat sich der Kreis geschlossen: Wer auch immer, tue genau dies!« (67)

Raúl Rojas (West-Berlin)

Ikonicoff, Moisés: De la cultura de renta a la economía de producción. Ed. Legasa, Buenos Aires 1989 (143 S., br.)

Der Ökonom Moisés Ikonicoff, seit Juli 1989 Planungsstaatssekretär der neuen argentinischen Regierung und ehemals Direktor der Pariser *Revue Tiers Monde*, ist den deutschsprachigen Dritte-Welt- und Lateinamerika-Spezialisten wenig bekannt, obwohl er im September 1988 als »Staatsanwalt« der 3. Welt beim IWF-Gegenkongreß in Berlin war. Sein nach der Rückkehr nach Buenos Aires veröffentlichtes Buch »Von der Rentenkultur zur Produktionswirtschaft« könnte aber einige sehr wertvolle Einblicke in die komplizierte Problematik des chaotischen La-Plata-Landes bieten. Gerade rechtzeitig vor den Wahlen, die die Weichen für die nächsten Jahre stellen sollte, ist es ihm gelungen, klare Antworten auf zwei brennende Fragen zu liefern: Warum ist Argentinien seit Jahrzehnten ein Land, das alle Theorien über Unterentwicklung, Voraussetzungen der Demokratie usw. zu widerlegen scheint? Wie könnte es endlich aus der Sackgasse der Dekadenz, der Desindustrialisierung und der Desorientierung herauskommen?

Die grundlegende These Ikonicoffs — der in seinen vorherigen Arbeiten bereits klarsichtige Analysen zum Thema »selektive Abkoppelung« und »Industrialisierungsstrategien in einer Epoche technologischer Umwälzungen« unternommen hat — ist einfach: Argentinien ist eine Art Opec-Land *avant la lettre*, d.h. ähnlich wie Spanien im 17. Jahrhundert und die Erdölländer im 20. Jahrhundert leidet es an den Folgen einer »Rentenkultur«, die ihm in der Periode 1880-1930 überhöhte Einkünfte durch eine Art Differentialrente des damals günstigen Weltmarktes gegeben hat. Aus dieser Situation — deren abgeschwächte Form in den sechziger Jahren als »holländische Krankheit« in die Theorie eingegangen ist — leiten sich, hier wie in den Opec-Ländern, einige wesentliche Konsequenzen ab: die dynamische Rolle der umfangreichen Staatsausgaben, die ohne Anwendung von kohärenten Effizienzkriterien getätigt werden und denen kein — oder kaum ein — internes Steueraufkommen gegenübersteht; die ebenfalls ineffiziente, da von der »Rente« subventionierte und verzerrte Produktionsstruktur, die in keiner logischen Relation zur Ressourcenkonstellation, zur Fähigkeit, Technologien zu absorbieren und zur Verfügbarkeit über die verschiedenen Produktionsfaktoren steht; die völlig sekundäre oder inexistente Rolle des internen Sparaufkommens; die besonders starken Tendenzen zum Luxuskonsum und zur Verstädterung; eine besondere Logik der Entgeltung der Arbeit, die nicht direkt mit deren Produktivität zu tun hat, sondern mit der Position des Arbeitenden in der Gesellschaft, und die daher auch zu besonders starken Widerständen gegen technologische oder organisatorische Veränderungen führt.

Die These widerspricht nicht der Interpretation des deutschen Argentinien-Spezialisten Peter Waldmann, der von einem »Schwellenland auf Dauer« spricht, das eben durch die Prosperität der Jahre 1880-1930 an einer effizienten Umstrukturierung der Produktion in Richtung binnenmarktorientierter Industrie gehindert wurde. So kommt man mit dem Ökonomen Ikonicoff zum paradoxen Schluß, daß das grund-

legende Problem des Landes kein ökonomisches, sondern ein kulturelles ist: Paradox ist das insbesondere, wenn man bedenkt, daß Argentinien auch heute noch ein Land mit sehr hohem kulturellem Niveau ist. Dringend notwendig wäre jedoch, so der Autor, eine Veränderung der Mentalitäten, weg von der vorherrschenden Renten- und Spekulationskultur zu einer Grundeinstellung, die in produktive Bahnen führt, statt nur um die Verteilung des stagnierenden Nationalprodukts zu streiten.

Ikonicoff unterstreicht auch zu Recht die Unzulässigkeit der geläufigen Wirtschaftstheorien in bezug auf den argentinischen Sonderfall. Die CEPAL- und Dependenzansätze können die unglaubliche Dekadenz nicht erklären, die das Land in den letzten fünfzehn Jahren erleidet: Trotz brutaler Kapital- und Einkommenskonzentration war es nicht möglich, eine dynamische Entwicklung à la Brasilien in Gang zu setzen, und trotz der Repression gegen die Gewerkschaften konnte die Inflation nicht dauerhaft gebremst werden. Als Ausweg bietet sich für den mit dem Peronismus zusammenarbeitenden Autor nur eine Strategie an, die zu einer Art »produktiver Revolution« führt, wie sie der neue Präsident Carlos Menem im Auge hat. Ikonicoff betont dabei die vorrangige Notwendigkeit der Wiederherstellung der Infrastrukturen wie Transportwesen und Telefon. Er lehnt mit überzeugenden Argumenten die Illusionen des neoliberalen Modells ab, das auf Privatisierungen und ausländische Investitionen setzt, sowie auch die derjenigen, die in der Außenschuld nicht die Spitze des Eisbergs, sondern das Hauptproblem an sich sehen. Als grundlegendes Konzept zur Überwindung der Krise gibt es kaum anderes anzubieten als die Mobilisierung und vernünftige Kanalisierung der eigenen Ressourcen, denn das Beispiel der Opec-Länder zeigt ja, daß auch Kapitalzuflüsse in der Höhe mehrerer Marshall-Pläne keine Lösung bringen, sondern im Gegenteil die Probleme der Unterentwicklung noch verschärfen.

Das Buch Ikonicoffs, das im jetzigen Moment der widerspruchsvollen Reorientierung von besonderer Aktualität ist und dessen Interesse weit über das La-Plata-Land hinausgeht, z.B. im Hinblick auf Venezuela und Algerien, kann allen Praktikern und Theoretikern der Dritten Welt sehr nützliche neue Einblicke geben.

Viktor Sukup (Buenos Aires)

Hwang, Byung-Duck: Nachholende Industrialisierung und autoritärer Staat. Das Beispiel Südkorea: Politik, Ideologie und weltmarktorientierter Kapitalismus. Edition Sigma, Berlin 1989 (359 S., br., 39,- DM)

Hwangs Analyse greift in die Debatte um die Entwicklungswege der »Newly Industrialising Countries« ein und kritisiert zugleich die sich heute in einer Paradigmenkrise befindende kritische Sozialwissenschaft Südkoreas, »die sich mehr oder weniger auf die Theorie des peripheren Kapitalismus oder die neokoloniale Stamokap-Theorie beruft« (12) mit dem Ziel, die Strategiebildung der südkoreanischen Linken zu erneuern.

Zunächst betont er in einer ausführlichen staatstheoretischen Standortbestimmung, daß die »Wirksamkeit« (73) der kapitallogischen Gesetzmäßigkeiten von der relativen Autonomie des Staates, der Ideologie, der Residuen einer vergangenen Gesellschaftsformation und anderen Überbauinstanzen abhängt. Die historische Entwicklung sei »vermittelt durch die 'società politica' und 'società civile'« (73), wie er mit Gramsci formuliert. Dementsprechend könne »der Marxsche Krisenbegriff ... nur als objektive Rahmenbildung von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die prinzipiell von hegemonialen Praktiken abhängen, betrachtet werden« (ebd.). In seiner historisch angelegten Analyse führt er den begrenzten Erkenntniswert der Modernisierungs-, Dependenz-, peripherer Kapitalismus und Weltstheorien vor,

die endogene und exogene Faktoren nicht angemessen verbinden können. Hwang kann zeigen, daß »Südkorea nicht trotz, sondern wegen der Weltmarktintegration eine erfolgreiche kapitalistische Transformation in die fordistische Akkumulation durchführt« (12). Voraussetzungen waren die Nation-Bildung und ein starker Staat unter der Dominanz der Nationalbourgeoisie. Die besondere geopolitische Lage im Rahmen der Umstrukturierung des kapitalistischen Weltsystems unter US-Hegemonie erzwang eine Landreform und den Aufbau eines starken Staates zur »Eindämmung des Kommunismus als antikommunistisches Bollwerk« (123). So wurde der Großgrundbesitz ausgeschaltet, und es konnte sich ein stabiler Machtblock aus Staatsbürokratie und entstehendem Industriekapital bilden, indem beide sowohl an einer importsubstituierenden, weltmarktintegrativen nachholenden Industrialisierung interessiert sein mußten als auch an einer Erhaltung der relativen Autonomie des Staates. Diese wurde durch die autoritäre Tradition des koreanischen Staates, durch die vom Konfuzianismus geprägte Kultur und Ideologie und die »Internalisierung des Ost-West-Konflikts und Externalisierung der klassenpolitischen Auseinandersetzung« (122) erhöht. — Die durch die Importsubstitution verursachten chronischen Handelsbilanzdefizite konnten durch die Veränderung der zunächst auf arbeitsintensiven, dann zunehmend auf kapital- und technologieintensiven Industrien gestützten Exportorientierung abgebaut werden. »Zudem werden Massenproduktionsvorteile wegen der Weltmarktorientierung und gleichzeitiger Importsubstitution vollkommen ausgenutzt« (290). Den Multinationalen Konzernen gelang es, streng zu kontrollieren und so »Zugang zum Weltmarkt zu finden, die Importsubstitution in den schwerindustriellen Bereichen mit günstigen Joint-Ventures-Bedingungen zu forcieren, Deviseneinnahmen durch die Exporte der Waren zu erhöhen und die Managementfähigkeiten zu erweitern« (291). Diese Kontrolle wurde durch die besondere Rolle des Staates und seiner nationalen Träger ermöglicht.

Parallel dazu wurden die Auslandskredite produktiv investiert, was Hwang mit der Verbindung von drastischen Produktivitätssteigerungen, relativ dynamischen Lohnerhöhungen und der »Revolutionierung« der Konsumstruktur belegt. Gleichzeitig steigt die Inlandssparquote, und es können bei steigender Produktivität Handelsbilanzüberschüsse zur Schuldendienstzahlung trotz Weltwirtschaftskrise erzielt werden, wobei die Akkumulation ohne zusätzliche Auslandskredite mit hohen Investitionsquoten und Produktivitätssteigerungen weitergeht. Hwang folgert hieraus, daß »in Südkorea die materielle Basis zum Aufstieg vom peripheren Fordismus ohne soziale Sicherungsmechanismen zum (Neo-)Fordismus mit wohlfahrtsstaatlichen Regulierungen realisiert werden könnte«, da die »fordistischen« Konsumgüterindustrieverbände mit der Investitionsgüterabteilung verbunden sind und die Mikroelektronikindustrie als »neue technologische Basisindustrie« (291) ausgebaut wird.

Weil die bürgerliche Klasse eine solche Entwicklung als »passive Revolution im Gramscischen Sinne« (333) betreiben könne, empfiehlt er der südkoreanischen Linken, sich am Aufbau einer »(neo-)fordistisch« regulierten Gesellschaft zu beteiligen und im Kampf um demokratische Rechte und soziale Sicherheiten die Zivilgesellschaft als Ort des Ringens um nationale Hegemonie mitzugestalten. Obwohl für Hwangs These wesentlich, wird in der sonst an empirischem Material reichen Analyse nicht ausreichend aufgezeigt, wie die Mikroelektronikindustrie in Südkorea eine neue »Fordisierungs«-Dynamik entfalten kann, was auch mitsamt den von ihr induzierten Umwälzungen im Maschinenbau und den höherwertigen Konsumgüterindustrien unter Arbeitsplatzgesichtspunkten betrachtet, keinesfalls klar ist. Ein gründliches Lektorat und weniger Satzfehler hätten dem Buch gutgetan.

Matthias Oberg (West-Berlin)

Il modello giapponese. Sociologia del lavoro 34/1989. Franco Angeli, Milano (297 S., br., 26000 L).

Der Band bringt eine Auswahl von Beiträgen zu einem im April 1988 in Bologna durchgeführten, u.a. vom kommunistisch orientierten Metallarbeiterverband der Region Emilia Romagna (FIOM-CGIL) organisierten, internationalen Seminar. Das Ziel war ein kritisches Verständnis der neuen Produktionsmethoden, um aus der Defensive herauszukommen und die aktive Gestaltung von Alternativen zu ermöglichen, die eine echte Demokratisierung der Arbeitsbedingungen beinhalten.

Der erste Teil widmet sich der Beschreibung der neuen, vom ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden des Toyota Corp. *Taiichi Ono* erfundenen Produktionsmethoden. Dabei wird der Versuch unternommen, über das »Technische« hinaus den Toyotismus im gesamten historischen Kontext der japanischen Gesellschaft zu verstehen. Der Toyotismus, so *U. Jürgens* vom Westberliner Wissenschaftszentrum, »öffnet der Ausbeutung neue Wege« (25); seine Durchsetzung hing, wie man in dem interessanten Artikel von *K. Dohse*, *U. Jürgens* und *T. Malsch* lesen kann, wesentlich von der Schwäche der japanischen Gewerkschaften ab, die auf ihre zu Beginn der fünfziger Jahre erlittene schwere Niederlage zurückgehe. In allen Beiträgen wird deutlich, daß für den Toyotismus die fast totale Passivität der Betriebsgewerkschaften gegenüber den Plänen des Management, die Kopplung der Löhne an die Beitragsleistung bei Verbesserung der Produktionsmethoden, die gegenseitige Kontrolle innerhalb der Arbeitsgruppe, das die Belegschaft zusammenschweißende Gemeinschaftsgefühl u.a.m. Voraussetzung sind. In diesem Sinne ist der Toyotismus ein der japanischen Gesellschaft eigenes Phänomen und »keineswegs eine Alternative zum Fordismus. Der 'Toyotismus' ist einfach die Praktizierung der fordistischen Organisationsprinzipien unter vom Management unbeschränkt beherrschten Bedingungen« (*Dohse, Jürgens, Malsch*, 120f.); diese Bedingungen werden von *Nomura Masami* und *Tokunaga Shigeyoshi* in weiteren Artikeln z.T. ausführlich dargestellt.

Im zweiten Teil soll die Frage der Übertragbarkeit des japanischen Modells in andere entwickelte kapitalistische Länder (insbesondere Westeuropa) beantwortet werden. *U. Jürgens* und *H.P. Strömel* stellen einen Vergleich der Kommunikationsstrukturen zwischen Management und Arbeitern in japanischen und westdeutschen Firmen vor; dabei wird klar, daß in den japanischen Firmen die Kontrolle durch das Management in der direkten Produktion stärker ist. Ein riesiger formalisierter Apparat läßt wenig Raum für informelle, nicht kontrollierbare Kommunikationen unter den Arbeitern. *H. Demes* berichtet über die *bisher* erfolglosen Versuche einiger japanischer Firmen, die in Japan herrschenden Arbeitsformen in der BRD einzuführen. Dafür seien aber nicht kulturelle Differenzen verantwortlich, sondern die westdeutsche Arbeitsgesetzgebung sowie die konfliktorientiertere Haltung der Arbeiter. Letzten Endes werde »die Japanisierung von der Machtverteilung zwischen Kapital und Arbeit abhängen« (138). *A. Dina* hebt hervor, daß selbst der Taylorismus es nicht geschafft habe, »die kontinuierliche Anwesenheit von informellen Organisationselementen der Arbeiter nicht nur als elementares Verteidigungsinstrument vor dem Übermaß an Ausbeutung, sondern auch als notwendige Voraussetzung der vollen Funktionsfähigkeit der formellen Organisation« (211f.) aufzuheben. Daher stünden die Unternehmer vor der Alternative, entweder eine Arbeitsorganisation zu schaffen, die vermittels hochtechnologisierter Systeme das Prinzip des »just in Time« realisiere, um so eine quasi totale Kontrolle über die Arbeiter zu errichten (z.B. FIAT); oder deren aktive Teilnahme zu fordern, um so, unter sozial und kulturell ähnlichen Bedingungen wie in Japan, deren Autonomie zu unterminieren. Unter anderen Umständen (wie etwa in Schweden) könnten aber hochtechnologische Produktios-

bedingungen eine Demokratisierung der Arbeitsbedingungen bedeuten. — Im letzten Teil berichtet *S.M. Rosen* über die wenigen Versuche, den Toyotismus in der US-amerikanischen Automobilindustrie einzuführen. Von seiten der Gewerkschaften habe es keine große Widerstände gegeben, da sie nicht nur unvorbereitet gewesen seien, sondern gar, wie die Automobilgewerkschaft, im »japanischen Modell« eine Möglichkeit sahen, ihre Rolle in den Betrieben zu stärken. Der Beitrag von *O. Marchisio* verdeutlicht, daß die Suche der Unternehmer nach flexibleren Produktionsprozessen nicht nur der Notwendigkeit, die Kontrolle über die Arbeiter zu verstärken, sondern wesentlich auch Anforderungen des Marktes nach stärkerer Flexibilität geschuldet ist. Eine aktive Gestaltung von Gewerkschaftsseite ist nur realisierbar, wenn die Arbeiter ihre Klassenidentität (ihr Klassenbewußtsein) erhalten: die *notwendige* Demokratisierung der Produktion setzt das Konfliktpotential der Arbeiterklasse, ihre eigenständige Perspektive voraus. Wie aber *konkret* die Arbeiterklasse ihre Identität durch die Veränderungen hindurch behalten kann, wird bei Marchisio nicht klar. Der *Centro Studi* *Teconologia*, der in einigen norditalienischen Betrieben das Verhältnis von Arbeiter/in—Arbeitsgruppe—Klasse untersucht hat, zeigt dagegen, daß Klassenbewußtsein als solches nicht notwendig Handlungsfähigkeit einschließt. Das »Zugehörigkeitsgefühl zu einer breiteren Gruppe (der 'Arbeiterklasse') ist von Anfang an vorhanden. Dieser Zusammenschluß scheint aber viele defensive Züge gegen eine als bedrohlich empfundene Welt zu haben« (285). Aber welche Schlüsse sind daraus zu ziehen?

Das Absicht von Referenten und Organisatoren wurde insoweit eingelöst, als es nicht das Ziel war, eine allgemeine Theorie des Toyotismus oder »Post-Fordismus« zu liefern, sondern durch Materialien, Problemstellungen und Vorschläge der Schaffung einer wirksamen Strategie der Gewerkschaften zuzuarbeiten. In der weiteren Diskussion darf aber die Behandlung des Zusammenhangs der neuen Produktionsmethoden mit der Geschlechterproblematik nicht, wie hier, völlig vernachlässigt werden.

Sebastiano Ghisu (Cagliari/West-Berlin)

Georges Labica

**DER MARXISMUS-
LENINISMUS**

Elemente einer Kritik

ARGUMENT

Georges Labica

**Der Marxismus-Leninismus
Elemente einer Kritik**

Wie hängen die stalinistischen Leiden mit dem Marxismus-Leninismus zusammen? Die offiziellen Lehrbücher schweigen sich darüber aus. Labica rekonstruiert die philosophischen und politischen Kämpfe, aus denen der Marxismus-Leninismus als staatlicher Offizialdiskurs hervorging. Die Analyse der historischen Konstellation von Philosophie, Wissenschaft, Partei und Staat liefert einen Schlüssel für das Verständnis heutiger Kontroversen im Marxismus.

144 Seiten, br., 18,- DM

Verfasser/innen

A: =Arbeitsgebiete; V: =Veröffentlichungen M: =Mitgliedschaften

Alisch, Rainer, 1952; MA, Studium der Philosophie an der FU Berlin. V: *Deutsche Philosophen 1933*, AS 165, (Mitautor, 1989)

Anders, Günther: siehe *Argument* 179

Bubeck, Diemut, 1959; B.Phil., Dozentin am St. Anne's College, Oxford. V: *Marx' »Reich der Freiheit« und die Frauenarbeit*, in *Argument* 177 (1989). A: Feminismus; feministisch-materialistische Konzeption sozialer Gerechtigkeit. M: Europäisches Forum sozialistischer Feministinnen

Dimmel, Nikolaus: siehe *Argument* 179

Dölling, Irene, Dr.phil., Prof. am Wissenschaftsbereich Kultur der Humboldt-Universität Berlin (DDR). V: *Individuum und Kultur* (1986); *Frauen und Männerbilder als Gegenstand kulturtheoretischer Forschung*, in *Weimarer Beiträge* (1988); *Marxismus und Frauenfrage in der DDR*, in *Argument* 177 (1989)

Frank, André Gunder, 1929; Dr. Dr., Prof.f.Entwicklungsökonomie und Sozialwissenschaften an der Univ. Amsterdam. V: *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika* (1961); *Krisen in der kapitalistischen Weltökonomie* (1978); *Die europäische Herausforderung* (1983). A: Dritte Welt, Lateinamerika (»Entwicklung von Unterentwicklung«); Geschichte des Weltsystems; Krisentheorie

Ghisu, Sebastiano, 1961; Doktorand an der FU Berlin. A: *Geschichte des Marxismus*. M: PCI

Grabek, Michael, 1952; Dr.phil., freier Wissenschaftler. A: Philosophie, Arbeiterbewegung, Gramsci

Gransow, Volker, 1945; Dr.phil., Gastprof. am Berliner Studienzentrum der Stanford University. V: *Kommunismusforschung* (1980); *Mikroelektronik und Freizeit* (1982); *Der autistische Walkman* (1985). A: Politische Kultur, politische Soziologie

Haug, Wolfgang Fritz: siehe *Argument* 179

Haug, Frigga: siehe *Argument* 179

Hauser, Kornelia: siehe *Argument* 179

Hegeler, Claudia, 1967; Studium der Literaturwissenschaft an der Univ. Bielefeld

Hurrle, Gerd, 1949; Dipl.Päd., Päd.Mitarb. am DGB-Bildungszentrum Hattingen. V: *Automation und gewerkschaftliche Bildungsarbeit* (1988); *Arbeit und Neue Technik in der gesellschaftspolitischen Bildung der Gewerkschaften* (1988). A: Erwachsenenbildung, Arbeit und Neue Technik, Geschichte der Arbeit und der Technik

Kempf, Wilhelm, 1947; Dr.phil., Prof. f. psychologische Methodenlehre und Statistik an der Univ. Konstanz. V: *Konfliktlösung und Aggression. Zu den Grundlagen einer psychologischen Friedensforschung* (1978); *Zur Sozialpsychologie von Sicherheitspolitik und Friedensbewegung* (Hrsg., 1985); *Medienkrieg oder »Der Fall Nicaragua«* (Hrsg., 1990). A: Politische Psychologie, Methodenlehre, Transkulturelle Psychologie

Kisker, Klaus Peter, 1932; Prof. f. Polit. Ökonomie an der FU Berlin. V: *Wirtschaftswunder Berlin?* (Mithrsg., 1987); *Multinationale Konzerne* (1982). M: SPD, GEW

Kowalsky, Wolfgang, 1956; Dipl.Soz., Dr.rer.pol., wiss. Mitarbeiter an der FU Berlin. V: *Frankreichs Unternehmer in der Wende* (1989). A: französische Zeitgeschichte

Kowol, Ulrich, 1957; Dipl.Soz., wiss. Ang. im USP-Wissenschaftsforschung an der Univ. Bielefeld. A: Wissenschafts- und Techniksoziologie, Industriesoziologie. M: BdWi, GEW

Merkel, Ina, 1957; Dr.phil., wiss. Ass. an der Humboldt-Universität Berlin (DDR), FB Kulturtheorie. A: Kulturgeschichte der Geschlechterverhältnisse

Meyer-Siebert, Jutta, 1947; Dipl.Psych., Lehrerin. V: *Küche und Staat*, AS 180 (Mitautorin, 1988). A: Arbeit, Politikformen. M: GEW

Rasche, Ulrich, 1956; Lehrer, Doktorand (Politikwissenschaft). A: Spanische Industrie und Wirtschaftspolitik

- Rojas, Raul*, 1955; Dr.rer.pol., wiss. Mitarb. an der FU Berlin. V: *Die Armut der Nationen* (Mithrsg., 1987), *Das unvollendete Projekt. Zur Entstehungsgeschichte von Marx' Kapital* (1989). A: Verschuldungskrise, Mathematische Wirtschaftswissenschaft
- Ruben, Peter*, 1933; Dr.sc.phil., Wiss. Mitarb. d. Akademie der Wiss. d. DDR. V: *Dialektik und Arbeit der Philosophie* (1978); *Philosophische Schriften I* (Mitauteur, 1981); *Was ist Sozialismus? Zum Verhältnis von Gemein- und Personeneigentum an Produktionsmitteln* (1990). A: Logik und Dialektik ökonomischer Theorien, Philosophie
- Ruder, Georg*, 1953; Dr.phil., Dipl.Päd.; Wiss. Mitarb. an der Universität der Bundeswehr, München. A: Erziehungs- und Bildungsgeschichte, Bildungsphilosophie, Didaktik
- Rutschky, Katharina*, 1941; Freie Autorin. V: *Schwarze Pädagogik* (1977); *Deutsche Kinderchronik* (1983). A: Erziehungsgeschichte, Sozialgeschichte. M: DGfE
- Schäfer, Alfred*, 1951; PD, Dr.päd., Bildungsreferent/Priv.Do. an der Hochschule Lüneburg. V: *Systemtheorie und Pädagogik* (1983); *Aufklärung und Verdinglichung* (1988); *Zur Kritik pädagogischer Wirklichkeitsentwürfe* (1989). A: Allgemeine Pädagogik, Bildungstheorie, Sozialisationstheorie, Erziehungsphilosophie
- Schäfer, Eva*, 1954; Dr.phil., wiss. Aspirantin an der Akad. f. Gesellschaftswissenschaft Berlin/DDR. A: Frauenbewegung BRD und DDR. M: Unabhängiger Frauenverband der DDR
- Schmid, Ulrich*, 1962; Studium der Medienwissenschaft an der FU Berlin
- Schmidt, Uta C.*, 1958; Doktorandin (Geschichte). V: *Zwischen »Abscheu vor dem Paradies« und der Suche nach dem »Absoluten« — Historische Kategorien in der feministischen Theorie* (1989); *Facetten feministischer Forderung nach Interdisziplinarität* (Mitautorin, 1990). A: Theorie und Geschichte der Geschichtswissenschaft, Frauen zwischen Mittelalter und Neuzeit, in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft
- Semmelroth, Felix*, 1949; Dr.phil., Literaturreferent im Dezernat Kultur und Freizeit der Stadt Frankfurt/M. V: *Oscar Wilde: der Dandy als Artist* (1984); *Nonchalanter Niedergang — Großbritannien: Der klassische Kapitalismus* (1988). A: Literaturtheorie, Kultur- und Gesellschaftstheorie
- Stähler, Eva*, 1955; Lehrbeauftragte, Doktorandin, Mitglied der Argument-Frauenredaktion. V: *Subjekt Frau*, AS 117 (Mitautorin, 1985); *Küche und Staat*, AS 180 (Mitautorin, 1988); *Frauenbewegungen: »Dritte Welt«*, AS 170 (Mithrsg., 1989). A: Frauen/Politik. M: GEW, Feministische Universität Hamburg
- Stratmann, Eckhard*, 1948; MdB. V: *Grüne Wirtschaftspolitik* (Mithrsg., 1985); *Das Grüne Energiewendeszenario 2010* (Mithrsg., 1989). A: Wirtschaftspolitik, Energiepolitik. M: Die Grünen
- Stüber, Evelin*, 1968; Studium der Soziologie an der Univ. Bielefeld
- Sukup, Viktor*, 1947; Dr.phil., z.Zt. freie journalistische und Forschungstätigkeit. V: *Zeitbombe Südamerika — Ein Kontinent zwischen Diktatur und Demokratie* (1988). A: Entwicklungspolitik, internationale Beziehungen, Lateinamerika
- Tjaden, Karl Hermann*, 1935; Dr.phil., Prof. f. Politische Ökonomie u. Wirtschaftssoziologie an der GH Kassel. V: *Mensch — Gesellschaftsformation — Biosphäre* (1990); *Kapitalistische Gesellschaftsformation*, in: H.J. Sandkühler (Hrsg.), *Europ. Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften* (1990). A: Gesellschaftstheorie, Regionalforschung. M: BdWi
- Treack, Werner van*, 1943; Dr.phil., Prof. f. Arbeits- und Sozialpolitik an der GH Kassel, Redakteur des *Argument*. V: Zur Arbeits- und Verwaltungsforschung und zur Soziologischen Theorie. M: ÖTV, BdWi
- Wardenbach, Klaus*, 1958; M.A. (Politologie), Mitarbeiter der »Regenbogenfraktion« im Europ. Parlament. A: EG-Politik, 3. Welt
- Winkler, Michael*, 1953; Dr.phil., Dr.phil.habil., Priv.-Doz.; Hochschullehrer an der Univ. Erlangen. V: *Geschichte und Identität* (1979); *Stichworte zur Antipädagogik* (1982); *Eine Theorie der Sozialpädagogik* (1988). A: Allgemeine und historische Pädagogik; Sozialpädagogik; Heimerziehung
- Wolf, Frieder O.*: siehe *Argument* 179
- Zimmer, Jochen*, 1947; Dr.phil., Prof. f. Sozialwissenschaften an der Univ. GH Duisburg. V: *Wir sind die Grüne Garde* (Mitauteur, 1986); *Frankfurt zu Fuß* (Mitauteur, 1987); *Besiegte Natur* (Mitauteur, 1987). A: Geschichte der Jugend- und Umweltbewegungen. M: Ulmer Verein, Naturfreunde

blättern in 3w

Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

164 '90

EG und Dritte Welt

Von den kommenden Segnungen der EG
Ost-West-Kooperation auf Kosten des Südens
Der Binnenmarkt aus der Sicht der Entwicklungsländer

Lome IV unter Dach und Fach

Der Binnenmarkt und die »Drittausländer«
Der Binnenmarkt aus der Sicht malaysischer Unternehmer

Die letzten Kolonien der EG

Berichte zu Nicaragua, Südafrika, Sambia, Simbabwe; Ausländer in Frankreich; Aufrüstung im Irak; Internationale Rohstoffabkommen; Die PT in Brasilien; Kambodscha; Kurdenprozeß

163 '90

Chile: Pinochet geht — sein Einfluß bleibt
Honduras: Fortsetzung der Low-Intensity-Warfare

Panama: Bush-Noriega, eine Männerfreundschaft am Ende

Indien: zu den Wahlen, zur Außen- und Wirtschaftspolitik, zu sozialen Problemen und militärischer Aufrüstung

Palästina: Interview mit Nissim Calderon

Ägypten: Wirtschafts- und Außenpolitik

Philippinen: Augenzeugenbericht vom Putschversuch

Karibik: Literatur der Antillen

3 '90

Aktuelles

R.Leonhard: Panama — Land ohne Opposition

R.Vetter: Polen 1990 — Aufbruch zu neuen Ufern

H.Meyer: Herbert Wehner: Spiegelungen

H.Scheer: Die Sozialistische Internationale und Italiens Kommunisten

Thema: Bewegung in den Gewerkschaften?

M.Schneider: Glasnost und Offenheit

O.Jacobi: Bausteine einer europäischen Zukunftsgemeinschaft

K.Pumberger: Massenprotest und Reformen in Osteuropa

K.Lang: 35-Stunden-Woche und höhere Einkommen

Kultur und Wissenschaft

H.Joas: Die Benachteiligung der Frauen in der Wissenschaft

R.Wiggershaus: Prosa des Lebens

R.Erd: Musikalische Praxis und sozialer Protest

T.Rothschild: Jüdische Anarchisten — Notizen zu George Tabori und Thomas Brasch

V.Dohrn: Viktor Sklovskij

P.Glotz: In der Betrachtung liegt Freiheit. Ernst Jünger wird fünfundneunzig

H.-M.Lohmann: Zeitschriftenforum

37. Jg. 1990

Einzelheft 6 DM, Jahresabo 48 DM (ermäßigt 40 DM).
Aktion Dritte Welt e.V., Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, 7800 Freiburg i.Br.

Hrg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Holger Börner,
Walter Dirks, Günter Grass, Johannes Rau, Carola Stern,
Heinz O. Vetter, Hans-Jochen Vogel, Herbert Wehner f.
Redaktion: Peter Glotz (Chefredakteur), Ulrike Ackermann,
Norbert Seitz (beide verantw.) - Erscheint monatlich.
Einzelheft 12,80 DM frei Haus; Jahresabo 90,- DM frei Haus.
- Verlag J.H.W. Dietz Nachf., In der Raste 2, 5300 Bonn 1



TEXT+KRITIK

51 '90

S.Möbbeck: Die Linke und der Oskar (nach dem Parteitag ...)

H.Schierholz: Zusammenwachsen oder Zusammenstürzen? Zur DDR-Politik der SPD

I.Arend: Ein europäisches Deutschland

R.Bäcker: Die Stunde der Nullen

Round Table: Was bleibt vom Sozialismus?

U.Skirke: Wider die Politikverdrossenheit. Thesen zur Reform von Partei und Parlament

Kongreß Sozialismus heute

Projekt Moderner Sozialismus: Markierungen

Wirtschaftspolitische Grundsätze der DDR-SPD

H.-J.Lotze: Anregungen für die Reform des Wirtschaftsmechanismus der DDR

L.W.Pawliczak: Zehn Thesen zur Ökonomie im Kontext der Menschenrechte

U.Kremer: Demokratische Wirtschaftsreform und moderner Kapitalismus

O.Brosch/M.Grunwald/F.Saß: 1990 — Eine Chance für die Linke?

13. Jg. 1990

Hrsg.: Detlev Albers, Heinz Albrecht, Jürgen Egert, Katrin Fuchs, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Susi Möbbeck, Ursula Pausch-Gruber, Olaf Scholz, Kurt Wand, Klaus-Peter Wolf, Burkhard Zimmermann. — Redaktion: Ingo Arend, Florene Guesnet, Uwe Kremer, Matthias Machnig. — Erscheint zweimonatlich. Jahresabo 51 DM, erm. 42 DM, Ausland 54 DM — Redaktion und Verlag: Kieler Str. 13, 5000 Köln 80

105/106 '90

Ernst Jünger

E.Jünger: Sizilischer Brief an den Mann im Mond

W.Kaempfer: Gewalt und Wohlverhalten. Ernst Jünger und Die Revolte der Moderne

W.Krull: Im Foyer des Todes. Zu »In Stahlgewittern« und anderen Texten über den Ersten Weltkrieg

J.Manthey: Ein Don Quijote der Brutalität. Ernst Jüngers »Der Arbeiter«

P.Schünemann: Das Entschwinden der Biographie

W.Kaempfer: Gleißend und schattenlos. Zur Physiognomie der Untat

E.Geisler: Ein Text von Henri Michaux als Replik auf Ernst Jünger

W.Matz: Nach der Katastrophe. Jünger und Heidegger

D.Kamper: Weltstaat im Kopf, Wildnis im Herzen. Ernst Jüngers Anmerkungen zum »Post-Histoire«

U.Baron: »Qualitäten des Überganges«. Der Rausch im Leben und Werk Ernst Jüngers

H.Plard: »Zu euch, ihr Inseln ...« Über die Nesophilie des reisenden Ernst Jünger

H.Heissenbüttel: General i.R. als Goethe. Zu E. Jüngers Tagebüchern »Siebzig verweht«

D.Zissler: Natur und Naturwissenschaft im Werk Ernst Jüngers

H.Plard: Ernst Jünger in Frankreich

N.Dorsch/M.Kampmann: Auswahlbibliographie

Herausgeber: Heinz Ludwig Arnold. Redaktionelle Mitarbeiter: Otto Lorenz, Angelika Machinek, Frauke Meyer-Gosau, Ulrich Pokern und Michael Tötzeberg. — Erscheint viermal jährlich, Abopreis 54 DM zzgl. Versand. — Redaktion: Tuckermanweg 10, 3400 Göttingen — Verlag: edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

vorgänge

Zeitschrift für Bürgerrechte
und Gesellschaftspolitik

103 '90

Zeitfragen, Kommentare

A.Buro: Bruchstücke zur deutschen Gemeinsamkeit

J.Perels: Was tun gegen den großdeutschen Nationalismus?

L.Incesu: Zur Diskussion um Sterilisation, Kastration und Eugenik

K.Schmidt: »Zigeunerpolitik« vor und nach 1945

D.Haselbach: Eine neue Zeitschrift der »neuen Rechten«

G.Meneses Vogl/D.Liehmann: Wenig Integration — viel Abschottung. Der Schäuble-Entwurf

M.Bommes/A.Scherr: Kulturelle und politische Bedingungen von Ausländerfeindlichkeit

Essay

M.Th.Greven: Amnestie als politischer Prozeß

Thema: Intelligente Maschinen vs. Vernunft
L.Bonsiepen: Künstliche Intelligenz: Ein Zerrspiegel der Informatik

A.-A.Guha: Mein Computer und ich

R.A.M.Mayer: Mensch und Maschine

H.Buddemeier: Zu einer Nachrichtensen- dung für Kinder

W.-M.Catenhusen: Technikfolgenabschät- zung. Ein Schritt zur Technikdemokratie?

H.-J.Schabedoth: Mit der Computerisierung zur humanen Arbeitswelt?

29. Jg. 1990

Herausgeber: Vorgänge e.V., in Zusammenarbeit mit der Gustav-Heinemann-Initiative, der Humanistischen Union und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie. — Redaktion: Dieter Hoffmann. — Erscheint zweimonatlich. Einzelheft 13 DM (Doppelheft 20 DM); Jahresabo 58 DM zzgl. Versand. — Verlag: Vorgänge e.V., Kurfürstenstr. 22, 8000 München 40

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im
Bildungs-Gesundheits- u. Sozialbereich

33 '90

Moralisierungs»diskurs«

G.Amendt: Ein Opfermythos. Betrachtun- gen zur Abtreibungsdebatte

H.Sünker: Politik und Moral oder: Wider die Moralisierung des Politischen

M.Brumlik: Bildung zur Gerechtigkeit. Über Moralpädagogik und Jugendarbeit

R.v.Praunheim/M.Dannecker: Das ist krimi- nell. Ein Streitgespräch, moderiert von Ingrid Klein

B.Hafenegger: Alltagsmoral(en) in der Sozial- arbeit

Forum

K.-H.Braun: Die Vermittlung von pädagogi- scher Theorie und Praxis als subjektive Ent- wicklungsaufgabe. H.J.Gramm zum 65. Geburtstag

A.Gruschka: Gefeierte Widerstand durch Bildung. G.Koneffke zum 62. Geburtstag

Magazin

Herausgeber: Sozialistisches Büro, Redaktion: N.Diemer, E.Schmid, F.Schöne, Ch.B.Kirrnich, Th.Kirrnich, T. Kunstreich, F.Düchting, R.Laux, F.Manke, B.Rose, K. Dehnboedel, H.Narr, H.Dorn, K.Blanc, D.Hall, C.W. Maché, W.Völker, G.Pabst, M.Hentschel, A.Wagner, A. Schaar- schuch. — Jährlich 3-4 Hefte. — Einzelh. 9-15 DM incl. Vers. Jahresabo 39 DM. — Redaktion: Pf. 102062, 6050 Offenbach. Vertrieb: Verlag 2000, Pf. 102062, 6050 Offenbach

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik



78 '90

Auf der Suche nach dem verlorenen Sozialismus

Prokla-Redaktion: Editorial

L.Marz: Zu einer modernen Ökonomie der DDR. Leitlinien für eine öffentliche Strategiediskussion

M.Burawoy: Überlegungen zum Klassenbewußtsein ungarischer Stahlarbeiter

D.Elson: Markt-Sozialismus oder Sozialisierung des Marktes?

H.Riese: Geld im Sozialismus

I.Wallerstein: Marx, der Marxismus-Leninismus und sozialistische Erfahrungen im modernen Weltssystem

A.Przeworski: »Warum hungern Kinder, obwohl wir alle ernähren könnten?« Irrationalität des Kapitalismus — Unmöglichkeit des Sozialismus

21. Jg. 1990

Hrsg. v. d. Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. — Redaktion: E.Altvater, H.Ganßmann, M.Heinrich, K.Hübner, B.Mahnkopf, D.Messner, S.Neckel, K.-D.Tangermann (geschäftsführend). — Erscheint mit 4 Nummern im Jahr. Einzelheft 16 DM, Jahresabo 52 DM — Verlagsadresse: Rotbuch Verlag GmbH, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30. — Redaktionsadresse: Postfach 100 529, 1000 Berlin 10.

Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen, Dokumente, Rezensionen, Bibliographie & Infomarkt: 4x pro Jahr auf 120 Seiten.

➔ Fakten statt Mythen

Gegenexperten in der Risikogesellschaft Heft 1/90

Soziale Bewegungen und politischer Wandel im Osten Europas Heft 2/90

Sozialstruktur und kulturelle Praxis Heft 3/90

Großstadt und neue soziale Bewegungen Heft 4/90

Bestellanschrift
und Aboabwicklung:
SP-Verlag
Deutschausstraße 31
3550 Marburg



Redaktionsanschrift:
Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen
c/o Thomas Löff
Neubauerstraße 12, 6200 Wiesbaden

Ich bestelle:

- Jahres-Abonnement des Forschungs-journals NSB (DM 42,- / DM 36,- für StudentInnen und Erwerbslose)
- Einzel exemplar Nr. _____/90 (DM 12, 50)
- Einzel exemplare der Jahrgänge 88/89: (Exemplare aus 1988 DM 6,-):
- Geschlechterverhältnis in den NSB
- Parteien und NSB (Exemplare aus 1989 DM 9,-):
- Medien und neue soziale Bewegungen
- Alternativökonomie
- Institutionalisierungstendenzen
- Sonderheft 1989: 40 Jahre BRD - 40 Jahre soziale Bewegungen (DM 12,-)

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.

Datum _____

Unterschrift _____

1/90

Summaries

Wolfgang Fritz Haug: Excerpts from the Perestrojka Journal

The author's study on the concepts of Perestrojka (*Gorbachov: Essay on the principles of his thought*, Argument, Hamburg), completed in the spring of 1989, left unanswered the question of what would become of these ideas in practice. His politico-theoretical diary treats the radical changes and collapse of governments in the socialist world and, above all, the revolution in the GDR — a course of events laden with mutually contradictory tendencies which compels changes in all leftist, especially Marxist, thinking.

André Gunder Frank: East European Revolution of 1989. Twelve Lessons for Democratic Social Movements (and Socialists?)

The developments in Eastern Europe call for reappraisal of several widely held theories and deeply felt ideologies of socialism, social democracy and social movements. The early political euphoria has also neglected serious economic realities, which threaten to pose new political problems in the future.

Klaus Peter Kisker: Economic Lessons from the Failure of the »Feudo-Socialism«

Lenin's attempt to build socialism in Russia has failed because of objective reasons. A feudo-socialistic system has arisen out of feudal and socialist elements. Under pressure of Stalin, this system was introduced in the GDR in 1952. It mobilised resources for particular goals and made possible extensive growth. But it perished from its own success in developing the forces of production. Capitalism has reached its limits in terms of civilisation. Therefore, a return to the original idea of socialism, adapted to meet the challenges of our time, is required.

Karl Hermann Tjaden: »Political Economy of Socialism« — A Worthless Theory?

The economics of socialist systems as theoretically developed in the GDR, has often been disavowed by authoritarian economic policy. Nevertheless, it represents a theoretical system which comprises important macroscopic economic concepts (e.g. productivity and effectiveness of the macro-system) which can serve to stimulate current discussions about sustainable economic development.

Wilhelm Kempf: Nicaragua — Electoral decision or capitulation?

The seemingly surprising outcome of the Nicaraguan elections of February 1990 is analyzed in terms of the low-intensity warfare strategies that have been waged against Nicaragua by the Reagan and Bush administrations. They had as their objective a »show of good faith« on the part of the Nicaraguan population.

Volker Gransow: Civil Society and the Democratic Question

The author gives a short description of the history of the concept and then discusses the »democratic question« of the institution of an autonomous civil society, intermediated by public life and politics. The assumption of a »complete« civil society is rejected and an »open« civil society suggested.

Ina Merkel: Manifesto for an Independent Women's Movement in GDR

Frigga Haug: The Women's Movement as a Question of Political System

The manifesto presented at the founding convention of the Independent East German Women's League (December 1989) attempts to formulate women's oppression on the theoretical level and to solidify their demands. Haug attempts to reconcile ideas drawn from the twenty-year history of the women's movement in the GFR with the experience of women in the GDR expressed by Merkel. She recommends that the focus of the GDR program be shifted away from the role of women as mother and that the women's movement in West Germany learn from the concrete political proposals being made by its counterpart in the East.

Irene Dölling: Women's Studies in the GDR

The newly-founded Department of Women's Studies at the Humboldt University is now beginning to embrace standpoints and issues already familiar to the women's movement in the West. It remains to be seen in what way this new development can be tied in to the existing research on the specific problems of women in the GDR.

Eva Schäfer: Feminist Revival in the GDR

Theses on the specific history of »Womens Liberation« in the GDR: emancipation based on the model of the male wage-earner; the reduction to its class aspects; the co-optation of the movement by the government in the interests of its controlled birth-rate policies. A revolutionizing of traditional sex/gender-relations is required.

<i>Karras, Christa: Die neue Frauenbewegung im lokalen politischen Kräftefeld (E. Stäbler)</i>	320
<i>Nölle-Fischer, Karen (Hrsg.): Zukunft, gibt's die? Feministische Visionen für die neunziger Jahre (K. Hauser)</i>	322
<i>Bock, Ulla: Androgynie und Feminismus. Frauenbewegung zwischen Institution und Utopie (C. Hegeler / E. Strüber)</i>	322
<i>Lissner, Anneliese, Rita Süßmuth und Karin Walter (Hrsg.): Frauenlexikon. Traditionen, Fakten, Perspektiven (K. Hauser)</i>	324

Ökonomie

<i>Altwater, Elmar, u.a.: Soll und Haben. Strategien und Alternativen zur Lösung der Schuldenkrise (U. Rasche)</i>	325
<i>The Road to Economic Recovery. Report of the Twentieth Century Fund Task Force on International Debt (R. Rojas)</i>	326
<i>Ikonicoff, Moisés: De la cultura de renta a la economía de producción (V. Sukup)</i>	328
<i>Hwang, Byung-Duck: Nachholende Industrialisierung und autoritärer Staat. Das Beispiel Südkorea: Politik, Ideologie und weltmarktorientierter Kapitalismus (M. Oberg)</i>	329
<i>Il modello giapponese. Sociologia del lavoro 34 (S. Ghisu)</i>	331



Frühe DDR-Literatur
Traditionen, Institutionen, Tendenzen
Hrsg. v. Klaus R. Scherpe und Lutz Winckler

In der Diskussion um die »Einheit« der deutschen Literatur spielt die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der frühen DDR-Literatur eine Schlüsselrolle: Betont die Literaturgeschichtsschreibung der DDR den historischen und kulturellen Neuanfang und damit die Konstituierung einer eigenständigen DDR-Literatur, so wird im Westen verwiesen auf Kontinuitäten der Sprache und Kultur, die die deutsche Literatur auch nach 1945 als Einheit erscheinen lassen. Der vorliegende Band versteht sich als Beitrag zu dieser Diskussion. Neben einzelnen Autoren und ihren Werken werden literarische Traditionen und Gattungen sowie maßgebliche literarische Institutionen untersucht.

AS 149, Literatur im historischen Prozeß 17
160 S., DM 18,50/15,50 für Studenten